

SONDERABSCHREIBUNGEN
in der Abschreibungspolitik
ausgewählter Aktiengesellschaften

Inaugural - Dissertation

zur Erlangung
des Grades eines Doktors der Wirtschafts- und
Sozialwissenschaften bei der Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Freien Universität Berlin

1964

vorgelegt von

Dipl.-Kfm. Dipl.-Hdl. Klaus Schultze

aus Berlin

Druck:

ERNST-REUTER-GESELLSCHAFT
der Förderer und Freunde der Freien Universität Berlin e. V.
DISSERTATIONS-DRUCKSTELLE

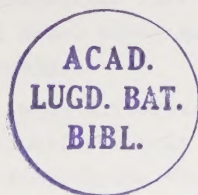
1 Berlin 33, Garystr. 45

SONDERABSCHREIBUNGEN
in der Abschreibungspolitik
ausgewählter Aktiengesellschaften

In a u g u r a l - D i s s e r t a t i o n

zur Erlangung

des Grades eines Doktors der Wirtschafts- und
Sozialwissenschaften bei der Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Freien Universität Berlin



vorgelegt von

Dipl.-Kfm. Dipl.-Hdl. Klaus Schultze

aus Berlin

Rudolf Schilder

Dekan: Professor Dr. ~~Karlheinz von Weizsäcker~~

Referent: Professor Dr. Erich Thieß

Korreferent: Professor Dr. Bernhard Bellinger

Tag der mündlichen Prüfung: 5. Dezember 1964

Vorwort

Sonderabschreibungen wurden in den letzten 15 Jahren aus verschiedenen Gründen und mit unterschiedlichen Zielsetzungen gewährt. Von den begünstigten Unternehmen wurden die jeweils gebotenen Sonderabschreibungsmöglichkeiten in unterschiedlichem Umfange und zum Teil auch aus mehreren Motiven in Anspruch genommen, boten doch die Sonderabschreibungen in Verbindung mit den Normalabschreibungen vielfach die Möglichkeit, den gesamten Bruttogewinn im Unternehmen zu binden. Ferner war bzw. ist ihnen durch deren wahlweise Inanspruchnahme die Möglichkeit gegeben, Abschreibungen in der Höhe vorzunehmen, die zur Realisierung mehrerer unternehmenspolitischer Zielsetzungen zweckmäßig sein kann.

Die aus dem Zwangscharakter der Normalabschreibungen und dem Fakultativcharakter der Sonderabschreibungen resultierende Frage nach der jeweiligen Festsetzung der Abschreibungen ist eine Frage nach den Bestimmungsgrößen der Abschreibungspolitik, die nach kurzer Erörterung der Funktionen der Abschreibungen und der Fiskalmotive für deren Zulassung in dem ersten Teil der vorliegenden Arbeit darzustellen versucht werden; entsprechend der Themenstellung wird dabei etwas ausführlicher auf die Sonderabschreibungen eingegangen.

Obwohl den Unternehmen durch differierende Festsetzung der Abschreibungen ein offensichtlich nicht unerheblicher Ermessensspielraum für die Berücksichtigung verschiedener unternehmenspolitischer Zielsetzungen gegeben ist, ist eine externe Ermittlung der Abschreibungspolitik einzelner Unternehmen mit den bisherigen Methoden kaum hinreichend genau durchführbar. Das Aufzeigen neuer Möglichkeiten der externen Ermittlung der Abschreibungspolitik ist Inhalt des Hauptteils der Arbeit, der die Darstellung der Abschreibungspolitik ausgewählter Unternehmen unter besonderer Berücksichtigung der Sonderabschreibungen umfaßt.

Als Auswahlkriterium für fünf der sechs analysierten Gesellschaften diente neben der Berechtigung zur Inanspruchnahme der bisher materiell bedeutungsvollsten Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG -die infolge der nunmehr einsetzenden Auflösungsphase

ein recht anschauliches Bild über die Wirkungen und Auswirkungen von Sonderabschreibungen geben- die Zugehörigkeit zur eisen-schaffenden Industrie sowie die Betriebsgröße. Die Wahl fiel auf die Dortmund-Hörder Hüttenunion AG, die Phoenix-Rheinrohr AG, die August Thyssen-Hütte AG und die Klöckner-Werke AG, die sämtlich zu den größten Stahlerzeugern der Bundesrepublik gehören (nach dem Zusammenschluß von Phoenix-Rheinrohr und der ATH ist das neue Unternehmen der größte europäische Stahlerzeuger), und auf die Gußstahlwerk Witten AG. Als sechstes Unternehmen wurde die Rheinische Strohzellstoff AG analysiert, die einmal wegen besonderer Abschreibungen und zum anderen wegen der eingeleiteten Liquidation interessant ist. Von einer allgemeinen Analyse der Unternehmen wurde abgesehen, da diese ohne geschlossene Bilanzentwicklungen lückenhaft bleiben muß, letztere aber den Rahmen der Arbeit sprengen würden.

Die Auswertung wesentlich erscheinender Ergebnisse der Analysen, die sich unter anderem auf die gewollten Wirkungen und die ungewollten Auswirkungen von Sonderabschreibungen und deren unternehmenspolitische Ausnutzung erstrecken, bildet den Inhalt des dritten Teils der Untersuchung, in dem auch auf die durch Sonderabschreibungen verursachten Komplizierungen von Kreditwürdigkeitsprüfungen und -überwachungen eingegangen wird, die dem Verfasser aufgrund seiner Tätigkeit bei der Berliner Industriebank AG bekannt sind. Die Kapazitätsentwicklung bei Reinvestition liquider Mittel in Höhe von Sonder- und Normalabschreibungen wird in einem Exkurs dargestellt, der zur Veranschaulichung gewollter Wirkungen von Sonderabschreibungen dienen kann.

Der Verfasser ist Herrn Professor Dr. Erich Th i e ß für die Anregung zu der vorliegenden Arbeit sehr zu Dank verpflichtet; Herrn Professor Dr. Bernhard B e l l i n g e r ist er für wertvolle Hinweise dankbar.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<u>Grundlegung: Fiskalmotive und Funktionen</u>	
<u>der Abschreibungen</u>	1
<u>A Bestimmungsgrößen der Abschreibungspolitik</u>	7
<u>I. Externe Bestimmungsgrößen der</u>	
<u>Abschreibungspolitik</u>	8
a) Handelsrecht	8
b) Steuerrecht	13
1. Die steuerrechtlichen Grundlagen	
der Normalabschreibungen	13
2. Die steuerrechtlichen Grundlagen	
der Sonderabschreibungen	19
aa) Sonderabschreibungen gem. § 7a EStG	20
bb) Sonderabschreibungen gem. § 7b EStG	23
cc) Sonderabschreibungen gem. § 7d EStG	27
dd) Sonderabschreibungen gem. § 7e EStG	29
ee) Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG	31
ff) Sonderabschreibungen gem. § 131 AO	35
gg) Sonderabschreibungen gem. § 79 EStDV	38
hh) Sonderabschreibungen gem. § 81 EStDV	41
ii) Sonderabschreibungen gem. § 82 EStDV	44
jj) Sonderabschreibungen gem. § 16 BHG	46
Exkurs: Wertberichtigungen gem. § 7c EStG	51
3. Die steuerliche Begünstigung der	
Abschreibungsberechtigten	58
<u>II. Interne Bestimmungsgrößen der</u>	
<u>Abschreibungspolitik</u>	66
a) Grundsätzliche interne Bestimmungsgrößen	67
b) Modifizierende interne Bestimmungsgrößen	71

	Seite
<u>B Abschreibungspolitik aus externer Sicht</u>	75
<u>I. Der Abschreibungsausweis im Jahresabschluß</u>	76
a) Die Aussagefähigkeit des Abschreibungs- ausweises	77
b) Die Problematik des Abschreibungsausweises	79
<u>II. Methoden externer Analyse der Abschreibungspolitik</u>	82
a) Möglichkeiten der Analyse	83
b) Die Kontrollfunktion der Erlösbindung	90
<u>III. Die Abschreibungspolitik der Dortmund-Hörder Hüttenunion AG</u>	97
a) Ermittlung der Sonderabschreibungen und Berechnungsgrundlagen	97
b) Ermittlung des Ausnutzungsgrades der Bewertungsfreiheiten	103
c) Darstellung der Abschreibungspolitik	107
d) Die Aufwandsvorverlagerung durch Sonderabschreibungen	120
e) Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Sonderabschreibungen	125
<u>IV. Die Abschreibungspolitik der Gußstahlwerk Witten AG</u>	131
a) Ermittlung der Sonderabschreibungen und Berechnungsgrundlagen	131
b) Ermittlung des Ausnutzungsgrades der Bewertungsfreiheiten	136
c) Darstellung der Abschreibungspolitik	140
d) Die Aufwandsvorverlagerung durch Sonderabschreibungen	151
e) Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Sonderabschreibungen	157

	Seite
<u>V. Die Abschreibungspolitik der</u>	
<u>Phoenix-Rheinrohr AG</u>	162
a) Ermittlung der Sonderabschreibungen und Berechnungsgrundlagen	162
b) Ermittlung des Ausnutzungsgrades der Bewertungsfreiheiten	168
c) Darstellung der Abschreibungspolitik	172
d) Die Aufwandsvorverlagerung durch Sonderabschreibungen	183
e) Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Sonderabschreibungen	188
<u>VI. Die Abschreibungspolitik der</u>	
<u>August Thyssen-Hütte AG</u>	194
a) Ermittlung der Sonderabschreibungen und Berechnungsgrundlagen	194
b) Ermittlung des Ausnutzungsgrades der Bewertungsfreiheiten	198
c) Darstellung der Abschreibungspolitik	201
d) Die Aufwandsvorverlagerung durch Sonderabschreibungen	214
e) Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Sonderabschreibungen	220
<u>VII. Die Abschreibungspolitik der</u>	
<u>Klöckner-Werke AG</u>	225
a) Ermittlung der Sonderabschreibungen und Berechnungsgrundlagen	225
b) Ermittlung des Ausnutzungsgrades der Bewertungsfreiheiten	230
c) Darstellung der Abschreibungspolitik	233
d) Die Aufwandsvorverlagerung durch Sonderabschreibungen	248
e) Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Sonderabschreibungen	253

	Seite
VIII. Die Abschreibungspolitik der	
<u>Rheinische Strohzellstoff AG</u>	259
a) Ermittlung der Sonderabschreibungen und Berechnungsgrundlagen	259
b) Ermittlung des Ausnutzungsgrades der Bewertungsfreiheiten	267
c) Darstellung der Abschreibungspolitik	269
d) Die Aufwandsvorverlagerung durch Sonderabschreibungen	277
e) Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Sonderabschreibungen	281
C Ergebnisse der Analysen	284
I. Die Aussagefähigkeit der dynamischen Analyse	285
II. Grundformen der Abschreibungspolitik	291
III. Die bankwirtschaftliche Bedeutung der dynamischen Analyse	296
a) Die Aufgabenstellung hinsichtlich der Normalabschreibungen	297
b) Die Aufgabenstellung hinsichtlich der Sonderabschreibungen	301
IV. Kritische Würdigung der Sonderabschreibungen	306
a) Wirkungen und Auswirkungen der Sonderabschreibungen	306
b) Unternehmenspolitische Ausnutzung der Sonderabschreibungen	313
Exkurs: Der Kapazitätseffekt von Sonderabschreibungen	318
<u>Zusammenfassung</u>	333

	Seite
<u>Literaturverzeichnis</u> =====	337
<u>Anhang</u> =====	351
<u>Lebenslauf</u> =====	365

Grundlegung: Fiskalmotive und Funktionen der Abschreibungen

Die von Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre allgemein anerkannte Aufgabe der Abschreibungen ist die Erhaltung eines in Sachanlagen investierten Kapitals. Die Realisation der Kapitalerhaltung soll durch Belastung der Erfolgsrechnungen mit dem Teil des Kapitals erfolgen, der in der jeweiligen Periode durch Kapazitätsverzehr in die Leistungen des Unternehmens eingegangen ist, indem durch Abschreibungen ein entsprechender Teil der Erlöse im Unternehmen gebunden wird. Hierdurch soll entweder eine nominale oder eine reale Kapitalerhaltung erreicht werden.

Nominale Kapitalerhaltung ist gegeben, wenn das investierte Kapital nach Ausscheiden des Anlagegutes aus dem Unternehmen in der ursprünglichen nominalen Höhe wieder zur Verfügung steht.¹⁾ Reale Kapitalerhaltung liegt vor, wenn das nach Ausscheiden akkumulierte Kapital die Anschaffung eines Ersatzaggregates ermöglicht, das -je nach dem Umfang der angestrebten realen Kapitalerhaltung- entweder die gleiche quantitative und qualitative Kapazität oder mindestens die gleiche quantitative Kapazität unter Realisierung des technischen Fortschritts in Form gesteigerter qualitativer Kapazität aufweist²⁾ oder unter Realisierung des technischen Fortschritts eine quantitative Kapazität innehat, die die Erhaltung der relativen Stellung der Unternehmung im Markt zuläßt.³⁾

¹⁾Vgl. Wilhelm R i e g e r : Einführung in die Privatwirtschaftslehre 2. unveränderte Auflage, Erlangen 1959, S. 226/27

Erich G u t e n b e r g : Einführung in die Betriebswirtschaftslehre In: Die Wirtschaftswissenschaften, Herausgeber Erich Gutenberg, 1. Lieferung, Reihe A (Betriebswirtschaftslehre), Beitrag Nr. 1, Wiesbaden 1958, S. 166

²⁾Vgl. Karl H a x : Die Substanzerhaltung der Betriebe Köln und Opladen 1957, S. 19

Albert S c h n e t t l e r : Substanz- und Werterhaltung in den Betrieben. Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 26. Jahrgang 1956, S. 262/63

³⁾Vgl. Fritz S c h m i d t : Die organische Tageswertbilanz 3. Auflage, Leipzig 1929, S. 133

Entsprechend der unterschiedlichen Zielsetzung der Kapitalerhaltung ist die Berechnung und damit die Höhe der Abschreibungen unterschiedlich. Die der nominalen Kapitalerhaltung dienenden Abschreibungen müssen sich an dem investierten Kapital, dem Anschaffungs- oder Herstellungswert, orientieren, die der realen Kapitalerhaltung dienenden Abschreibungen am Wiederbeschaffungswert der Anlagen am Umsatztag ⁴⁾ oder anderen statistischen Daten.

Die nominale Kapitalerhaltung ist auch der Grundgedanke der in Handels- und Steuerrecht enthaltenen Bestimmungen, die nur Abschreibungen in Höhe des Anschaffungs- oder Herstellungswertes zulassen. In Zeiten konstanter Preise, wie sie während der Kodifizierung dieser Vorschriften gegeben waren, beinhaltet die nominale zugleich eine reale Kapitalerhaltung.

Im Rahmen der nominalen Kapitalerhaltung durch Abschreibungen vom Anschaffungs- oder Herstellungswert werden die Abschreibungen unter dem Aspekt der statischen Bilanzauffassung als "ein Mittel zur Wertangleichung für die zu hoch zu Buch stehenden Ziffern des Anlagevermögens" ⁵⁾ angesehen, während sie nach dynamischer Bilanzauffassung "ein Mittel der Verteilung von Ausgaben (Anschaffungskosten der Anlagegüter), die erst später Aufwand werden" ⁶⁾, darstellen.

Neben der von Vertretern der statischen Bilanzauffassung ⁷⁾ betonten Bewertungsfunktion und der von Vertretern der dynamischen Bilanzauffassung ⁸⁾ hervorgehobenen Aufwandverteilungs-

⁴⁾Vgl. Fritz S c h m i d t : a.a.O. S. 133

⁵⁾Edmund H e i n e n : Handelsbilanzen In: Die Wirtschaftswissenschaften, Herausgeber Erich Gutenberg, 2. Lieferung, Reihe A (Betriebswirtschaftslehre), Beitrag Nr. 33 Teil I, Wiesbaden 1958, S. 93

⁶⁾Edmund H e i n e n : a.a.O., S. 93/94

⁷⁾Vgl. Walter le C o u t r e : Grundzüge der Bilanzkunde Eine totale Bilanzlehre, Teil I, 4. durchgesehene Auflage, Wolfenbüttel 1949, S.119

⁸⁾Vgl. Eugen S c h m a l e n b a c h : Dynamische Bilanz (unter Mitwirkung von Richard Bauer) 12. Auflage, Köln und Opladen 1956

funktion der Abschreibungen kommt der Finanzierungsfunktion der Abschreibungen als Folge der zunehmenden Kapitalintensität der Wirtschaft eine ständig wachsende Bedeutung zu. Ursache der Finanzierungsfunktion ist die durch Abschreibungen mögliche Bindung liquider Mittel an das Unternehmen -sofern die Abschreibungen im Erlös vergütet werden-, die zur Reinvestition, Kredittilgung oder anderweitig eingesetzt werden können. Obwohl die durch planmäßige Reinvestition der liquiden Abschreibungsgegenwerte mögliche Kapazitätserweiterung bereits im Jahre 1867 von **M a r x** und **E n g e l s** klar erkannt war, ⁹⁾ wurde sie erst nach 1920 systematisch erforscht, mathematisch gefaßt und in einer Anzahl von Publikationen dargestellt. ¹⁰⁾

⁹⁾Vgl. **Karl H a x** : Karl Marx und Friedrich Engels über den "Kapazitätserweiterungs-Effekt". Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Neue Folge 10. Jahrgang 1958, S. 222 ff.

¹⁰⁾Vgl. **Martin L o h m a n n** : Abschreibungen, was sie sind und was sie nicht sind. Der Wirtschaftsprüfer, 2. Jahrgang 1949, S. 353 ff.

Hans R u c h t i : Die Abschreibung Ihre grundsätzliche Bedeutung als Aufwandsfaktor - Ertragsfaktor - Finanzierungsfaktor, Stuttgart 1953

Helmut N e u b e r t : Anlagenfinanzierung durch Abschreibungen. Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Neue Folge 3. Jahrgang 1951, S. 367 ff. und S. 415 ff.

Heinz L a n g e n : Die Kapazitätsausweitung durch Reinvestition liquider Mittel aus Abschreibungen. Dissertation Freie Universität Berlin, 1952

w.o. Zeitschrift für handelswissenschaftlich Forschung, Neue Folge 5. Jahrgang 1953, S. 49 ff.

Karl-Heinz F o r s t e r : Finanzierung durch Abschreibungen, Stuttgart 1953

Erich K o s i o l : Anlagenrechnung Theorie und Praxis der Abschreibungen (2. abgeänderte und erweiterte Auflage), Wiesbaden 1955

Karl H a x : Die Substanzerhaltung der Betriebe a.a.O.

Erich T h i e ß : Kurz- und mittelfristige Finanzierung. In: Die Wirtschaftswissenschaften, Herausgeber **Erich Gutenberg**, 4. Lieferung, Reihe A (Betriebswirtschaftslehre) Beitrag Nr. 24, Wiesbaden 1958

Während bei den bislang behandelten Abschreibungen deren Kapitalerhaltungsfunktion bei der Aufnahme in Handels- und Steuerrecht eindeutig im Vordergrund stand, und die daher als Normalabschreibungen bezeichnet werden können, steht bei den aufgrund wirtschaftspolitischer Motive gewährten Sonderabschreibungen deren Finanzierungsfunktion bei der Aufnahme in das Steuerrecht gleichermaßen eindeutig im Vordergrund.

Da jede steuerlich zusätzlich anerkannte Abschreibung eine Gewinnminderung in dieser Höhe bedeutet und somit zu einer Liquiditätserhaltung in Höhe der anderenfalls darauf zu entrichtenden Ertragsteuern führt, ¹¹⁾ die z.B. zur Investitionsfinanzierung eingesetzt werden kann, mußte sich der Gesetzgeber der steuerunschädlichen Erlösbindungsfunktion der (Sonder)abschreibungen bedienen, um den Unternehmungen die in dem Gewinn zugeflossenen liquiden Mittel in der jeweils zulässigen oder von ihnen für erforderlich gehaltenen Höhe zur Teilfinanzierung der wirtschaftspolitisch für notwendig oder wünschenswert angesehenen Investitionen belassen zu können. Die Sonderabschreibungen haben -wie Thieß ausführt- "ihren tieferen Grund in unserer Steuergesetzgebung. Diese sieht keine Steuerstundungen aus dem Grunde vor, daß ein Zinsit einen unabweisbaren Investitionsbedarf hat. Wenn man ihm hierfür flüssige Mittel belassen will, muß man das Ergebnis einer Steuerstundung auf Umwegen erreichen. Man muß legale Wege schaffen, um den zu versteuernden Gewinn zunächst niedrig und später zu hoch auszuweisen. Dadurch verbleiben dem Zinsiten zunächst die nicht gezahlten Steuern, später zahlt er sie auf Grund der erhöhten Gewinne nach." ¹²⁾

Die Gewährung des im folgenden behandelten Sonderabschreibungskatalogs wird verständlicher bei einer Betrachtung der Entwicklung von Körperschaftsteuersatz, Gewerbesteuersatz und des Notopfers Berlin sowie der daraus anhand von Giersch

¹¹⁾ Vgl. Bernhard Hartmann: Finanzierung und steuerliche Abschreibung. Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 26. Jahrgang 1956, S. 621

¹²⁾ Erich Thieß: Die betriebswirtschaftliche Problematik der Investitionshilfe. Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 8. Jahrgang 1956, S. 222

aufgestellter Formeln ermittelten Ertragsteuerbelastung für einbehaltene Gewinne (a) und für berücksichtigungsfähige Ausschüttungen (b): ¹³⁾

Zeitraum	Körperschaftsteuer		Gewerbesteuer	Notopfer Berlin	Ertragsteuerbelastung	
	(a)	(b)			(a)	(b)
1948/49	35-65	35-65	15	1,2	70,61	70,61
1950	50	50	15	1,2	57,56	57,56
1951/52	60	60	15	3,0	67,83	67,83
1953/54	60	30	15	3,75	68,48	54,97
1955/57	45	30	15	4,09	55,73	47,92
ab 1958	51	15	15	-	57,39	33,42

Es ist einleuchtend, daß bei einer derartig hohen Ertragsteuerbelastung eine Finanzierung notwendiger Investitionen durch versteuerte Gewinne in nennenswertem Umfange nicht möglich war. Infolge des bis etwa 1955 darniederliegenden Kapitalmarktes war auch eine Finanzierung durch Aktien- oder Obligationenausgabe kaum durchführbar, so daß die traditionellen Finanzierungsquellen in Form von Bank- und Lieferantenkrediten, gebundenen Erlösteilen (Selbstfinanzierung bzw. Innenfinanzierung) und/oder Geldmarktmitteln durch meist öffentliche Kreditprogramme oder eben Steuerstundungen über den Umweg von Sonderabschreibungen ergänzt werden mußten.

Das erwähnte Darniederliegen des Kapitalmarktes und dessen Unergiebigkeit namentlich für Emissionen der privaten Wirtschaft ist in der nachstehenden Aufstellung klar erkenntlich: ¹⁴⁾

¹³⁾ Vgl. Hans-Helmut G i e r s c h : Investitionsfinanzierung und Besteuerung Band 3 der Schriftenreihe "Beiträge zur betriebswirtschaftlichen Steuerlehre" Herausgeber Werner Aprath, Köln, Wiesbaden 1961, S. 45 und S.79

s. Anhang S. 352

¹⁴⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1957, S. 139 und für das Jahr 1962, S. 163

Zeitraum	Industrie-Obligationen		Aktien		Wertpapiere insgesamt	
	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%
1949 - 1953	737,1	9,9	785,2	10,5	7.438,8	100
1954 - 1956	1.787,2	11,8	3.845,3	26,0	14.781,2	100
1957 - 1959	3.501,7	13,2	4.154,2	15,7	26.533,9	100
1960 - 1962	1.423,2	4,4	5.603,6	17,0	32.541,2	100

Bezüglich der auffällig zögernden Ausweitung des Absatzes von Industrie-Obligationen und Aktien wird darauf hingewiesen, daß man erst Ende 1956 hinsichtlich der Versorgung der Wirtschaft auf dem Kapitalmarkt echte Ansätze einer Normalisierung zu erkennen glauben durfte, sofern die Zahlen, die fast ausschließlich Großbetriebe betreffen, als repräsentativ angesehen werden können. ¹⁵⁾

Bei einer quellenorientierten Gliederung der Finanzierungsmitel in einen internen und einen externen Herkunftsbereich, die auch von M e l l e r o w i c z ¹⁶⁾, L o h m a n n ¹⁷⁾ und R u b e r g ¹⁸⁾ vorgenommen wird und die den Vorteil hat, "daß die vielfach komplexen Zusammenhänge der bloßen rechtlichen Zugehörigkeit des Kapitals zunächst zugunsten zweier Finanzierungskreise zurücktreten, die eine mehr und mehr zunehmende Bedeutung für die Finanzierungspolitik der Unternehmungen erlangt haben" ¹⁹⁾, sind die Normal- sowie die Sonderabschreibungen dem Innenbereich zuzuordnen.

¹⁵⁾Vgl. Erich T h i e ß : Kurz- und mittelfristige Finanzierung, a.a.O., S. 22

¹⁶⁾Vgl. Konrad M e l l e r o w i c z : Betriebswirtschaftslehre der Industrie, 1. Band, 3. durchgesehene und erweiterte Auflage, Freiburg 1958, S. 108/9

¹⁷⁾Vgl. Martin L o h m a n n : Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 3. durchgesehene Auflage, Tübingen 1959, S. 178 - 185

¹⁸⁾Vgl. Carl R u b e r g : Gliederung der Ergebnisse einer externen Bilanzänderungsrechnung. In: Gegenwartsfragen der Unternehmung Offene Fragen der Betriebswirtschaftslehre Herausgegeben von Bernhard Bellinger, Wiesbaden 1961, S. 205

¹⁹⁾Hans-Helmut G i e r s c h : a.a.O., S. 16

A Bestimmungsgrößen der Abschreibungspolitik

Obwohl der Abschreibungspolitik im Sinne einer variierenden Festsetzung des Abschreibungsaufwands mittels Bestimmung der "Abschreibungsmethoden, der Höhe der Abschreibungssätze und der Verteilung der Abschreibungen auf die Nutzungsjahre" ¹⁾ im Rahmen der Unternehmenspolitik, die nach M e l l e r o w i c z in dem "Treffen von Entscheidungen grundsätzlicher Art" besteht, die sich auf "die Gründung und Erweiterung von Betrieben, das Festlegen oder Ändern des Betriebsgegenstandes, Bestimmung des Produktionsprogrammes, ... die Kosten- und Preispolitik, ... die Formen der Finanzierung (ob Eigen- oder Fremdfinanzierung), die Höhe der Bestände und Abschreibungen, die Bildung von Rückstellungen und Rücklagen, Erwerb und Verkauf von Beteiligungen" ²⁾ erstrecken, zweifellos eine nicht untergeordnete Bedeutung zukommt, liegen umfassende Analysen der Determinanten der Abschreibungspolitik nicht vor.

Als Ursache hierfür dürfte die Komplexität der Einflußgrößen zu nennen sein, da neben den handels- und steuerrechtlichen Normen noch unternehmenspolitische Zielsetzungen mitbestimmend einwirken. Diese Heterogenität der Determinanten kann somit als Erklärung dafür angesehen werden, daß in den Veröffentlichungen zu dem Problemkreis 'Abschreibungen und Abschreibungspolitik' von T r ü l t z s c h und V o s s überwiegend die steuerrechtlichen Möglichkeiten der Abschreibungspolitik, die im folgenden zusammen mit den handelsrechtlichen als die externen Bestimmungsgrößen bezeichnet werden, dargestellt sind. ³⁾ An unternehmenspolitischen Einflußgrößen,

¹⁾ Karl H a x : Die Bedeutung der betrieblichen Abschreibungs- und Investitionspolitik für das wirtschaftliche Wachstum der modernen Industriestaaten. Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Neue Folge 10. Jahrgang 1958, S.253

²⁾ Konrad M e l l e r o w i c z : Unternehmenspolitik Band I, Freiburg 1963, S. 84/85

³⁾ Vgl. Rudolf T r ü l t z s c h : Abschreibungen und Abschreibungspolitik. Neue Betriebswirtschaft 1953, S. 63

Harald V o s s : Abschreibungs-Politik und -Methoden. Der Volkswirt, 7. Jahrgang 1953, Nr. 47, S. 13 ff.

die nachstehend den internen Bestimmungsgrößen zugeordnet sind, werden im allgemeinen die Finanzpolitik und die betriebliche Steuerpolitik genannt, auf die auch H a r d e r eingeht. 4) H e i n e n sowie A d l e r - D ü r i n g - S c h m a l t z weisen ferner auf die Ertragsabhängigkeit sogenannter Zusatz- oder Sonderabschreibungen hin, die mitunter zur Gewinnausweisregulierung vorgenommen werden. 5)

I. Externe Bestimmungsgrößen der Abschreibungspolitik

Als externe Bestimmungsgrößen der Abschreibungspolitik werden -wie bereits erwähnt- die handelsrechtlichen sowie die in ihrer Bedeutung in den letzten Jahrzehnten stark gestiegenen steuerrechtlichen Normen bezeichnet, die nachstehend in ihren Grundzügen dargestellt werden. Die Ausführungen sollen hauptsächlich dazu dienen, die Variationsbreite der gegebenen Abschreibungsmöglichkeiten aufzuzeigen, über deren Ausnutzung unter dem Primat der internen Determinanten in der in den Rahmen der Unternehmenspolitik eingeordneten Abschreibungspolitik zu entscheiden ist.

a) Handelsrecht

G u t e n b e r g definiert die Abschreibung als "eine Methode der Aufwandserfassung und -verteilung für Wirtschaftsgüter, deren Nutzung sich über mehrere Geschäftsperioden erstreckt, sofern an diesen Gütern Minderungen ihres Wertes festzustellen sind." 6) Dieses Kriterium des Wertverlustes als Ursache

4) Vgl. Ulrich H a r d e r : Bilanzpolitik Wesen und Methoden der taktischen Beeinflussung von handels- und steuerrechtlichen Jahresabschlüssen, Wiesbaden 1962, S. 223 ff.

5) Vgl. Edmund H e i n e n : a.a.O., S. 107

Hans A d l e r - Walther D ü r i n g -
Kurt S c h m a l t z : Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft Handkommentar für die Bilanzierungs- und Prüfungspraxis nach dem Aktiengesetz unter Berücksichtigung der sonstigen handelsrechtlichen Vorschriften, 3. neubearbeitete Auflage, Stuttgart 1957, § 132 Tz 59

6) Erich G u t e n b e r g : a.a.O., S. 175

für Abschreibungen kommt ebenfalls in § 133 AktG klar zum Ausdruck:

§ 133

Wertansätze in der Jahresbilanz

Für den Ansatz der einzelnen Posten der Jahresbilanz gelten folgende Vorschriften:

1. Die in § 131 Abs. 1 A II Nr. 1 bis 4 bezeichneten Gegenstände des Anlagevermögens dürfen höchstens zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt werden.
Auch bei geringerem Wert dürfen sie zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt werden, wenn der Anteil an dem Wertverlust, der sich bei der Verteilung auf die voraussichtliche Gesamtdauer der Verwendung oder Nutzung für das einzelne Geschäftsjahr ergibt, in Abzug oder in Form von Wertberichtigungen in Ansatz gebracht wird.
...

Bezüglich des Wertverlustes wird von Br ö n n e r und von Adler - D ü r i n g - S c h m a l t z ausgeführt, daß er über die technische Abnutzung hinausgehend noch andere Entwertungsursachen wie z.B. Wertminderungen infolge technischen Fortschritts, Änderungen der Markt- und Absatzlage und dergl. berücksichtigt. 7)

Als wichtigste Abschreibungsursachen führt H e i n e n an:

- a. Abnutzung durch Gebrauch (technischer Verschleiß)
- b. Entwertung durch Substanzminderung
- c. Natürlicher Verschleiß im Zeitablauf (ruhender Verschleiß)
- d. Entwertung durch Fristablauf
- e. Entwertung durch technischen Fortschritt
- f. Entwertung durch Bedarfsverschiebungen im Markt
- g. Katastrophenverschleiß
- h. Wertminderung durch Fallen der Preise
- i. Fehlinvestitionen
- j. Geschäftspolitische Gründe" 8)

7) Vgl. Herbert Br ö n n e r : Die Bilanz nach Handels- und Steuerrecht, 5. neu bearbeitete Auflage, Stuttgart 1956, S. 25

Hans Adler - Walther D ü r i n g -
Kurt S c h m a l t z : a.a.O., § 133 Tz 121

8) Edmund H e i n e n : a.a.O., S. 100

Eine weitere handelsrechtliche Bewertungsvorschrift bildet § 40 HGB, dessen Absatz 2 für die Bemessung von Abschreibungen von Bedeutung sein kann:

Bei der Aufstellung des Inventars und der Bilanz sind sämtliche Vermögensgegenstände und Schulden nach dem Werte anzusetzen, der ihnen in dem Zeitpunkte beizulegen ist, für welchen die Aufstellung stattfindet.

Der hiernach für Einzelkaufleute und Personengesellschaften mögliche Ansatz aller Vermögensgegenstände mit dem Wert am Bilanzstichtag (Tageswert) wird hinsichtlich der Anlagewerte "vermöge einer alten auf Rechtsüberzeugung beruhenden Gewohnheit und Übung dahingehend abgewandelt, daß dafür die Bewertungsvorschriften des § 133 AktG mit dem Anschaffungswert als Obergrenze bzw. dem fortgeschriebenen Anschaffungswert als angemessenem Wertansatz auch bei geringerem Tageswert gelten.⁹⁾ "Diese dem Wortlaut des § 40 HGB. entgegengesetzte Übung schien so überzeugend zu sein, daß man mindestens in bezug auf die Anlagewerte von einem regelrechten derogierenden Gewohnheitsrecht glauben zu können."¹⁰⁾

Infolge der Schwierigkeit, für jedes Anlagegut jeweils den Tageswert festzustellen, gilt die Vermutung, daß der um angemessene Abschreibungen gekürzte Anschaffungs- oder Herstellungswert diesem Wert entspricht. "Wertminderungen des Anlagevermögens gegenüber dem bisherigen Wertansatz, die durch fallende Marktpreise entstehen, b r a u c h e n n i c h t b e r ü c k s i c h t i g t zu werden (Realisationsprinzip); sie k ö n n e n aber Berücksichtigung finden (Niederstwertprinzip)", so daß hinsichtlich des Anlagevermögens von einem gemilderten Niederstwertprinzip gesprochen wird.¹¹⁾

Unter Bezugnahme auf ein RFH-Urteil aus dem Jahre 1939, in dem die §§ 131 und 133 AktG als allgemeine Grundsätze ordnungs-

⁹⁾Vgl. Herbert B r ö n n e r : a.a.O., S. 12 - 13

Ottmar B ü h l e r : Bilanz und Steuer bei der Einkommens-, Gewerbe- und Vermögens-Besteuerung, 4. neubearbeitete Auflage, Berlin und Frankfurt a.M. 1950, S. 204 - 205

¹⁰⁾Ottmar B ü h l e r : a.a.O., S. 204

¹¹⁾Edmund H e i n e n : a.a.O., S. 63

mäßiger Buchführung bezeichnet werden, führt B ü h l e r mit einem Hinweis auf S c h l e g e l b e r g e r aus, daß § 40 HGB "überhaupt keinen Wertbegriff vorschreibe, sondern am ehesten als Verweisung auf die G. o. B. richtig verstanden werde." 12)

Zu der im Handelsrecht nicht erörterten Frage der Abschreibungsmethode bemerkt B r ö n n e r , daß diejenige Methode die beste sein wird, "welche in ihrem Ergebnis so nah wie möglich an die tatsächlichen Wertverluste herankommt." 13)

L ü c k e schlägt vor, "die Methode auszuwählen, welche den hauptsächlichsten Abschreibungsgründen unter Berücksichtigung bilanzpolitischer Überlegungen am besten gerecht wird." 14) Die aus § 133 AktG zu entnehmende Abschreibungsermittlung durch Verteilung des Anschaffungs- oder Herstellungsaufwands auf die voraussichtliche Nutzungsdauer, und zwar entsprechend der bei Kodifizierung dieser Vorschrift fast ausschließlich vorliegenden und von Vertretern der statischen Bilanzauffassung geforderten linearen Abschreibungsmethode dürfte daher als zulässige Obergrenze angesehen werden, da die in den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung enthaltenen Prinzipien der Vorsicht, des Gläubigerschutzes und der finanzwirtschaftlichen Vorsicht 15) eine Modifizierung der linearen Abschreibung wünschenswert erscheinen lassen.

S c h m a l e n b a c h äußert sich hierzu unter dem für die dynamische Bilanzauffassung ungleich bedeutungsvollerem Aspekt der Vergleichbarkeit der periodischen Erfolgsrechnungen dahingehend, daß die Abschreibungen im Interesse einer guten Erfolgsrechnung eher zu reichlich als zu knapp bemessen werden sollten, um nicht durch später erforderlich werdende Sonder-

12) Ottmar B ü h l e r : a.a.O., S. 206

vgl. Edmund H e i n e n : a.a.O., der auf S. 62/63 hierzu folgendes bemerkt: " Während § 40 HGB nach herrschender Meinung keinen bestimmten Wert fordert, sondern mehr eine Bewertungsmethode zum Inhalt hat, differenziert § 133 AktG die Bewertung .."

13) Herbert B r ö n n e r : a.a.O., S. 25

14) Wolfgang L ü c k e : Die außerbetriebliche Normierung der Abschreibungen. Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Neue Folge 11. Jahrgang 1959, S. 318

15) Vgl. Edmund H e i n e n : a.a.O., S. 57 ff.

abschreibungen eine Beeinträchtigung der Vergleichbarkeit hinnehmen zu müssen. ¹⁶⁾ Daher hält er für **Anlagegüter**, die einem allmählichen, auch von der Beanspruchung unabhängigen Verschleiß unterliegen oder "aus anderen Gründen einen allmählichen Schwund der Gebrauchsfähigkeit erwarten lassen", eine abfallende (degressive) Abschreibung für erforderlich. ¹⁷⁾

Die durch die handelsrechtlichen Bewertungsvorschriften bestimmte Variationsbreite der **Abschreibungsbemessung** liegt demnach -sofern von dem Sonderfall der progressiven **Abschreibung** abgesehen wird- zwischen dem **Ansatz linearer Abschreibungen** bei relativ hoch gegriffener Nutzungsdauer in Beachtung der Höchstwertvorschrift des § 133 AktG und dem **Ansatz degressiver Abschreibungen** bei relativ niedrig angesetzter Nutzungsdauer in Beachtung der genannten modifizierenden Prinzipien. "Damit besteht grundsätzlich Freiheit in der Wahl der **Abschreibungsmethode**, die sich den betriebswirtschaftlichen Bedürfnissen im einzelnen anpassen kann." ¹⁸⁾

Eine in den letzten Jahrzehnten in ihrer Bedeutung stark angewachsene Bestimmungsgröße für die Bemessung der in der Handelsbilanz angesetzten **Abschreibungen** ist das **Steuerrecht** aufgrund der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz. Der Grundsatz der Maßgeblichkeit besagt, daß die dem Fiskus gegenüber angesetzten Normalabschreibungen nur geltend gemacht und die in Form der steuerlichen Sonderabschreibungen gekleideten staatlichen Finanzierungshilfen nur in Anspruch genommen werden können, wenn sie auch in der Handelsbilanz vorgenommen werden. "Weil in der Steuerbilanz grundsätzlich keine höheren **Abschreibungen** angesetzt werden dürfen als in der Handelsbilanz, kommen in fast allen offiziellen Erfolgsrechnungen die

¹⁶⁾ Vgl. Eugen Schmalenbach : a.a.O., S. 127

¹⁷⁾ Eugen Schmalenbach : a.a.O., S. 105

¹⁸⁾ Hans Adler - Walther Düring -
Kurt Schmaltz : a.a.O., § 133 Tz 126

¹⁹⁾ Albert Schmettler : Betriebsanalyse, 2. völlig
neubearbeitete Auflage, Stuttgart 1960, S. 124

steuerlich zulässigen Abschreibungen in Ansatz." 19) Im Hinblick auf die dadurch verursachte Verzerrung der Abschreibungen in der Handelsbilanz wird von K o s i o l die Ansicht vertreten, daß Bewertungsfreiheiten in der Steuerbilanz abzulehnen bzw. nur noch denkbar sind, "wenn die Steuerbilanz bewußt von der Handelsbilanz abweicht und den Grundsatz der Maßgeblichkeit durchbricht." 20)

b) Steuerrecht

Während den handelsrechtlich zur Realisierung der Kapitalerhaltung zwingend vorgeschriebenen Normalabschreibungen die steuerrechtlich obligatorischen Absetzungen für Abnutzung in etwa entsprechen, ist die Ausnutzung der steuerlich zulässigen Sonderabschreibungen fakultativ; hieraus ergibt sich eine Aufteilung der steuerrechtlichen Grundlagen in die der Normal- und die der Sonderabschreibungen.

1. Die steuerrechtlichen Grundlagen der Normalabschreibungen

Die in der Handelsbilanz in angemessener Höhe verrechneten Normalabschreibungen werden im allgemeinen auch von der Finanzbehörde im Rahmen der Ertragsteuerermittlung als abzugsfähige Betriebsausgaben anerkannt. Unterschiedliche Auffassungen über die Angemessenheit von Abschreibungssätzen oder Nutzungsdauern sind durch Verhandlungen zwischen dem Steuerpflichtigen und der Finanzbehörde unter Würdigung der Betriebsindividualität der Abschreibungen oder durch Gerichtsentscheidung zu klären. Die Unterschiede ergeben sich meist aus dem differierenden Ansatz der Nutzungsdauer bei dem Steuerpflichtigen und in den von der Finanzbehörde als Vergleichsmaßstab ausgearbeiteten Abschreibungstabellen, in denen die Nutzungsdauer von Anlagegütern aufgrund langjähriger Ermittlungen festgesetzt sind. Die aus der Anwendung dieser Abschreibungstabellen resultierende Normierung der Abschreibungen, gegen die verschiedentlich mit dem Hinweis auf die nicht genügend berücksichtigte Be-

20) Erich K o s i o l : Betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte zum Bilanzsteuerrecht. Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 22. Jahrgang 1952, S. 350

triebsindividualität der Abschreibungen und die Behandlung der Tabellen als nahezu unumstößlichen Maßstab Stellung genommen wird, ²¹⁾ erklärt sich aus den Grundsätzen der steuerlichen Gerechtigkeit und der Notwendigkeit der Gleichmäßigkeit der Besteuerung, die sich auf den tatsächlich erzielten Gewinn erstrecken soll. ²²⁾

Rechtsgrundlage für die Bemessung steuerlich anzuerkennender Normalabschreibungen ist § 7 EStG, der in der Fassung des EStG 1953 folgenden Wortlaut hat:

§ 7

Absetzung für Abnutzung oder Substanzverringerung

(1) Bei Gebäuden und sonstigen Wirtschaftsgütern, deren Verwendung oder Nutzung durch den Steuerpflichtigen zur Erzielung von Einkünften sich erfahrungsgemäß auf einen Zeitraum von mehr als einem Jahr erstreckt, kann jeweils für ein Jahr der Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten abgesetzt werden, der bei Verteilung dieser Kosten auf die Gesamtdauer der Verwendung oder Nutzung auf ein Jahr entfällt (Absetzung für Abnutzung). Die Absetzung bemißt sich hierbei nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer des Wirtschaftsguts. Absetzungen für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung sind zulässig.

(2) Bei Bergbauunternehmen, Steinbrüchen und anderen Betrieben, die einen Verbrauch der Substanz mit sich bringen, sind Absetzungen für Substanzverringerung zulässig. Absatz 1 ist entsprechend anzuwenden.

Durch das Steuerneuordnungsgesetz vom 16. 12. 1954 ²³⁾ wurde der obligatorische Charakter der Absetzungen für Abnutzung (AfA) betont, indem nach der neuen Formulierung die AfA abzusetzen sind und nicht wie bisher abgesetzt werden können. ²⁴⁾

²¹⁾ Vgl. Hanns St e u d e l : Normierung der Abschreibungen durch die Finanzverwaltung? Der Betriebs-Berater, 8. Jahrgang 1953, S. 5-6

Rudolf T r ü l t z s c h : a.a.O.

Bernhard G ü b b e l s : Handbuch der steuerlichen Abschreibung, 3. völlig überarbeitete und ergänzte Auflage, Köln 1961, S. 48-49

²²⁾ Vgl. Herbert B r ö n n e r : a.a.O., S. 36

Bernhard G ü b b e l s : a.a.O., S. 3

Der von der Finanzbehörde hinsichtlich der Abschreibungsmethode vertretene Standpunkt, daß die lineare Abschreibung den Regelfall darstellt und die degressive Abschreibung nur in nachgewiesenen Einzelfällen anzuerkennen ist, wurde in den Einkommensteuer-Richtlinien 1953 dahingehend modifiziert, daß letztere für bewegliche Wirtschaftsgüter mit einer Nutzungsdauer von zehn und mehr Jahren bei Vorliegen besonderer Verhältnisse, insbesondere bei schnellem Veralten des Anlageguts, zulässig ist. Der in den EStR 1953 festgesetzte Höchstsatz von 28,31% Abschreibung vom Restbuchwert für Aggregate mit zehnjähriger Nutzungsdauer wurde durch das Steueränderungsgesetz 1958 ²⁵⁾ auf 25% und durch das Steueränderungsgesetz 1960 ²⁶⁾ auf 20% gesenkt. Diese Einschränkung gilt nicht für Investitionen in Berlin (West), die, sofern die Anlagen mindestens drei Jahre in Berlin verbleiben, weiterhin mit 25% abgeschrieben werden können. ²⁷⁾

In der nachstehenden Tabelle ist die Entwicklung der degressiven Höchstsätze sowie der nach § 52 Abs. 11 EStG 1958 zulässigen zwischenzeitlichen höheren Abschreibungssätze für Anlagen mit mehr als fünfzehnjähriger Nutzungsdauer dargestellt:

²³⁾ Gesetz zur Neuordnung von Steuern. Vom 16. Dezember 1954
Bundesgesetzblatt I 1954, S. 373

²⁴⁾ Vgl. Herbert Brönnner: a.a.O., S. 163

²⁵⁾ Gesetz zur Änderung steuerlicher Vorschriften auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Ertrag und des Verfahrensrechts. Vom 18. Juli 1958 Bundesgesetzblatt I 1958, S. 473

²⁶⁾ Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, des Körperschaftsteuergesetzes, des Gewerbesteuergesetzes und des Wohnungsbau-Prämiengesetzes (Steueränderungsgesetz 1960) Vom 30. Juli 1960 Bundesgesetzblatt I 1960, S. 616

²⁷⁾ Vgl. Herbert Längsfeld: Das Steueränderungsgesetz 1960. Der Betrieb, 13. Jahrgang 1960, S. 859

Betriebs- gewöhnl. Nutzungs- dauer	Lineare Ab- schrei- bung	Degressive Abschreibung gem.			
		ESTR 1953-57	§ 7 EStG 1958	§ 7 EStG 1960	§ 52 EStG 1958
10	10	28,31	25,00	20,00	
11	9,09	26,59	22,73	18,18	
12	8,33	25,09	20,83	16,66	
13	7,69	23,78	19,23	15,38	
14	7,14	22,61	17,86	14,28	
15	6,66	21,57	16,67	13,32	
16	6,25	20,63	15,63	12,50	16,00
17	5,88	19,78	14,71	11,76	16,00
18	5,55	19,00	13,89	11,10	16,00
19	5,26	18,30	13,16	10,52	15,79
20	5,00	17,65	12,50	10,00	15,00
25	4,00	15,04	10,00	8,00	12,00
30	3,33	13,18	8,33	6,66	11,67
40	2,50	10,63	6,25	5,00	8,75

Die Prozentsätze der Spalte 3 gelten für die in der Zeit vom 1.1.52 bis zum 31.12.57 angeschafften oder hergestellten Wirtschaftsgüter;

die Prozentsätze der Spalte 4 gelten für die nach dem 1.1.58 und vor dem 8.3.60 angeschafften oder hergestellten Wirtschaftsgüter sowie für Wirtschaftsgüter mit einer Nutzungsdauer von weniger als 15 Jahren, die vor dem 9.3.60 bestellt und bis zum 31.12.61 geliefert worden sind, sofern vor dem 13.3.60 darauf eine Anzahlung geleistet und eine schriftliche Auftragsbestätigung erteilt worden ist;

die Prozentsätze der Spalte 5 gelten für bewegliche Wirtschaftsgüter mit einer Nutzungsdauer von weniger als 16 Jahren, die nach dem 8.3.60 und für bewegliche Wirtschaftsgüter mit einer Nutzungsdauer von mehr als 15 Jahren, die nach dem 31.12.60 angeschafft oder hergestellt worden sind;

die Prozentsätze der Spalte 6 gelten für die in der Zeit vom 1.1.58 bis zum 31.12.60 angeschafften oder hergestellten Wirtschaftsgüter;

schaftsgüter mit einer Nutzungsdauer von mehr als 15 Jahren. 28)

Degressive Abschreibungen auf unbewegliche Wirtschaftsgüter waren nur in seltenen Ausnahmefällen zulässig; durch das Steueränderungsgesetz 1960 wurden sie generell untersagt.

Sofern der sogenannte Teilwert insbesondere eines linear abgeschriebenen Wirtschaftsgutes nicht unerheblich unter dem um die Abschreibungen geminderten Anschaffungs- oder Herstellungswert liegt, kann eine aperiodische Reduzierung des Restbuchwerts auf diesen theoretischen Wert vorgenommen werden. Die steuerrechtliche Grundlage dieser Abschreibung bildet § 6 EStG:

§ 6

Bewertung

(1) Für die Bewertung der einzelnen Wirtschaftsgüter, die dem Betrieb dienen, gilt das Folgende:

1. Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die der Abnutzung unterliegen, sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die Absetzungen für Abnutzung nach § 7, anzusetzen. Ist der Teilwert niedriger, so kann dieser angesetzt werden. Teilwert ist der Betrag, den ein Erwerber des ganzen Betriebs im Rahmen des Gesamtkaufpreises für das einzelne Wirtschaftsgut ansetzen würde; dabei ist davon auszugehen, daß der Erwerber den Betrieb fortführt. Bei Wirtschaftsgütern, die bereits am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahrs zum Anlagevermögen des Steuerpflichtigen gehört haben, darf der Bilanzansatz nicht über den letzten Bilanzansatz hinausgehen.

...

Im Hinblick auf den Fakultativcharakter dieser Vorschrift führt B ü h l e r aus, daß damit dem Steuerpflichtigen "eine bescheidene Möglichkeit legaler Gewinnregulierung" gegeben ist, "die sich als solche naturgemäß nicht der Gunst der Steuerverwaltung erfreut." 29) Auf die Möglichkeit, eine Teilwertabschreibung etappenweise in Form

28) Vgl. Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1963, hrsg. vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Band I, Fachlicher Teil, Düsseldorf 1963, S. 362 - 363

29) Ottmar B ü h l e r : a.a.O., S. 248

von Zwischenwertabschreibungen vornehmen zu können, geht G ü b b e l s unter Zitierung mehrerer BFH-Urteile ausführlich ein.³⁰⁾

Ohne weiter auf die Problematik der degressiven Abschreibung und deren zweimalige Einschränkung sowie das bezüglich der degressiven Abschreibungen bedeutsame BFH-Urteil vom 11.2.55, zu dem M e l l e r o w i c z ausführlich Stellung nimmt,³¹⁾ oder die Teilwertkritik von K o s i o l einzugehen,³²⁾ soll abschließend die Variationsbreite der steuerlichen Normalabschreibungen aufgezeigt werden.

Im Steuerrecht ist bezüglich der Normalabschreibungen etwa der gleiche Ermessensspielraum wie im Handelsrecht mit Ausnahme des Ansatzes relativ kurzer Nutzungsdauern gegeben, die in jedem Falle von dem Steuerpflichtigen zu begründen oder durch Konvention festzulegen sind. Einschränkung ist es dagegen steuerlich unzulässig, in Jahren mit schlechter Ertragslage die Nutzungsdauer überhöht anzusetzen oder keine Normalabschreibungen vorzunehmen und die zu gering bemessenen oder unterlassenen Abschreibungen in ertragsstärkeren Jahren -evtl. in Form von Teilwertabschreibungen- nachzuholen; derartige Abschreibungen werden nicht anerkannt und vermindern die Erlösbindingungsmöglichkeit durch Abschreibungen.³³⁾ Eine Erweiterung des steuerlichen Variationsbereichs für die Festsetzung der Abschreibungen erfolgt durch die nachstehend aufgeführten Sonderabschreibungen.

³⁰⁾Vgl. Bernhard G ü b b e l s : a.a.O., S. 278 ff.

³¹⁾Vgl. Konrad M e l l e r o w i c z : Abschreibungen in Erfolgs- und Kostenrechnung, Heidelberg 1957

³²⁾Vgl. Erich K o s i o l : Bilanzreform und Einheitsbilanz. Grundlegende Studien zu den Möglichkeiten einer Rationalisierung der periodischen Erfolgsrechnung
2. Auflage, Berlin - Stuttgart 1949 1949

³³⁾Vgl. Herbert B r ö n n e r : a.a.O., S. 173

2. Die steuerrechtlichen Grundlagen der Sonderabschreibungen

Zu einigen der als Vorläufer der ab 1948 gewährten steuerlichen Finanzierungshilfen zu bezeichnenden Sonderabschreibungen bemerkt B ü h l e r folgendes: 34)

"Die früheren ' K u r z l e b i g e n - A b s c h r e i b u n g e n ' gemäß § 6 Ziff. 1 EinkStG. 1934 hatten in der Fassung von 1934 für Gegenstände, 'deren betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer erfahrungsgemäß 5 Jahre nicht übersteigt', die Möglichkeit sofortiger Abschreibung im Jahre des Erwerbs bedeutet. Das war eine Maßnahme der Wirtschaftsankurbelung, die praktisch eine große Bedeutung hatte; ...

A u ß e r o r d e n t l i c h e A b s c h r e i b u n g e n für andere als kurzlebige Anlagegüter sind aus verschiedenen Anlässen, vor allem durch § 3 des Neuen Finanzplan-Gesetzes vom 20. März 1939 gewährt worden. Es konnte nach dieser Bestimmung die Höhe von 20-35% des gesamten Betrags von erworbenen Steuergutscheinen I, wenn sie bestimmte Zeiten hindurch behalten wurden, 'Bewertungsfreiheit für die abnutzbaren Wirtschaftsgüter des betrieblichen Anlagevermögens' in Anspruch genommen werden. Diese Bewertungsfreiheit ist namentlich für Gebäude in Anspruch genommen worden, bei denen sonst nur 1-3% Abschreibung zulässig sind; ..."

Während diese in Verbindung mit den in der Ost-Steuerhilfe-Verordnung von 1940 35) genannten Sonderabschreibungen als Ausnahmen anzusehen sind, müssen die nach der Währungsstabilisierung am 20.6.48 gewährten diversen Sonderabschreibungen als ein integrierender Bestandteil der Wirtschaftspolitik bezeichnet werden.

34) Ottmar B ü h l e r : a.a.O., S. 284

35) Vgl. Verordnung über Steuererleichterungen zur Förderung der eingegliederten Ostgebiete (Ost-Steuerhilfe-Verordnung-OSTV-). Vom 9. Dezember 1940
Reichsgesetzblatt I 1940, S. 1565

Zweite Ost-Steuerhilfe-Verordnung (Zweite OSTV)
Vom 20. Februar 1941
Reichsgesetzblatt I 1941, S. 109

aa) Sonderabschreibungen gem. § 7a EStG

Die Abschreibungsberechtigten

Die Berechtigung zur Inanspruchnahme der Bewertungsfreiheit für Ersatzbeschaffungen gem. § 7a EStG erstreckte sich auf "buchführende Land- und Forstwirte sowie Gewerbetreibende und Angehörige der freien Berufe, die Bücher nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches ordnungsgemäß führen." ³⁶⁾ Mit Wirkung ab 1.7.51 konnte sie aufgrund des Steueränderungsgesetzes 1951 nur noch von Steuerpflichtigen, "die entweder als Flüchtlinge oder Vertriebene zur Inanspruchnahme von Rechten und Vergünstigungen berechtigt sind oder aus Gründen der Rasse, Religion, Nationalität, Weltanschauung oder politischer Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus verfolgt worden sind", in Anspruch genommen werden. ³⁷⁾ In § 7a in der Fassung des Steueränderungsgesetzes 1953 wird der erstgenannte Personenkreis nunmehr bezeichnet als Steuerpflichtige, die "auf Grund des Bundesvertriebenengesetzes vom 19. Mai 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 201) zur Inanspruchnahme von Rechten und Vergünstigungen berechtigt sind". ³⁸⁾

Begünstigungszeiträume und Prozentsätze

Die genannten Begünstigten konnten auf die in der Zeit vom 21.6.48 bis zum 30.6.51 bzw. nach mehrmaliger Verlängerung bis zum 31.12.58 angeschafften oder hergestellten beweglichen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens im Wirtschaftsjahr der

³⁶⁾ Gesetz Nr. 64 Vom 20. Juni 1948, Beilage Nr. 4 zum Gesetz- und Verordnungsblatt des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes

Vgl. Erhard Müller: Zur Besteuerung der freien Berufe, der Handwerker und Kleingewerbetreibenden. Die Wirtschaftsprüfung, Jahrgang 3 1950, S. 273

³⁷⁾ Gesetz zur Änderung und Vereinfachung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes (ESt- und KSt-Änderungsgesetz 1951). Vom 27. Juni 1951 Bundesgesetzblatt I 1951, S. 411

³⁸⁾ Gesetz zur Änderung steuerlicher Vorschriften und zur Sicherung der Haushaltsführung. Vom 24. Juni 1953 Bundesgesetzblatt I 1953, S. 413

Anschaffung oder Herstellung und dem folgenden Jahr neben der nach § 7 EStG zu bemessenden AfA Sonderabschreibungen in Höhe von 50% der Anschaffungs- oder Herstellungskosten vornehmen; die Abschreibungen der folgenden Jahre waren nach dem Restwert und der Restnutzungsdauer zu bemessen. ³⁹⁾ Anstelle der 50% nach § 7a Abs. 1 Buchst. a EStG 1949/50 konnten nach Buchst. b im Jahr der Anschaffung oder Herstellung und im darauffolgenden Jahr jeweils bis zu 15% der Anschaffungs- oder Herstellungskosten abgeschrieben werden; eine Nachholung nicht ausgenutzter Sonderabschreibungen war nicht zulässig. ⁴⁰⁾ Nach Angleichung des Einkommensteuerrechts von Berlin (West) an das des Bundesgebiets konnte die Vergünstigung des § 7a EStG mit Wirkung vom 1.1.50 bis zum 31.12.53 von Berliner Steuerpflichtigen in Anspruch genommen werden. ⁴¹⁾

Bemerkenswert ist noch, daß die Höchstgrenze von DM 50.000,- gem. § 7a EStG 1948 pro Unternehmer bzw. Mitunternehmer galt, und daß die Höchstgrenze von DM 100.000,- pro Unternehmen galt, so daß im erstgenannten Falle pro Unternehmen in Form einer Personalgesellschaft die Abschreibungsberechtigung mehrmals in Anspruch genommen werden konnte und im zweiten Falle ein Unternehmer -sofern er Inhaber mehrerer Firmen war- für jedes Unternehmen den Höchstbetrag ansetzen konnte. ⁴²⁾

³⁹⁾ Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Einkommensteuergesetzes. Vom 19. Mai 1953. Bundesgesetzblatt I 1953, S. 222
Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes. Vom 5. Oktober 1956.
Bundesgesetzblatt I 1956, S. 781

⁴⁰⁾ Vgl. Walter B l ü m i c h - Ludwig F a l k : Einkommensteuergesetz, 7. neubearbeitete Auflage, Berlin und Frankfurt a.M. 1955, S. 469

⁴¹⁾ Vgl. Herbert B r ö n n e r : a.a.O., S. 190/91

⁴²⁾ Vgl. Walter B l ü m i c h - Ludwig F a l k : a.a.O., S. 472

Eberhard L i t t m a n n : Die Abschreibungsfreiheit für Ersatzbeschaffung. Der Betrieb, Jahrgang 2 1949, S. 66

Eberhard L i t t m a n n : Bewertungsfreiheit für Ersatzbeschaffung. Der Betrieb, 2. Jahrgang 1949, S. 317, S. 463

Die abschreibungsfähigen Wirtschaftsgüter

Die Sonderabschreibungen konnten auf die beweglichen abnutzbaren Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens vorgenommen werden, die als Ersatz für dem Betrieb ursprünglich dienende angeschafft waren; die Zuordnung der Wirtschaftsgüter zum beweglichen oder unbeweglichen Anlagevermögen erfolgte in Anlehnung an § 18 DMBG. Obwohl bei der Entscheidung darüber, was im einzelnen als Ersatzwirtschaftsgut anzusehen ist, seitens der Finanzbehörde eine gewisse Großzügigkeit festzustellen war, ⁴³⁾ war jedoch eine Betriebserweiterung mit Hilfe von § 7a EStG nicht zulässig.

Entsprechend der primär personorientierten Förderungsabsicht des § 7a EStG 1951 wurde das Kriterium der Ersatzbeschaffung durch das der Zugehörigkeit zu einer der vorstehend genannten Personengruppen ersetzt.

Die Berechnungsgrundlage

Als Berechnungsgrundlage für die Sonderabschreibungen dienten die Anschaffungs- oder Herstellungskosten abschreibungsfähiger Wirtschaftsgüter, die in der Zeit vom 21.6.48 bis zum 31.12.58 angefallen waren. In der EStDV 1950 ⁴⁴⁾ wurde in Erweiterung von § 7a EStG die Abschreibungsfreiheit -auf Antrag- auf Teilherstellungskosten und Anzahlungen ausgedehnt; durch die VO vom 9.12.50 ⁴⁵⁾ wurde diese Vergünstigung auf Teilherstellungskosten und Anzahlungen eingeschränkt, die vor diesem Termin aufgewendet worden waren.

⁴³⁾ Vgl. J. T h e i s : Bewertungsfreiheit für Ersatzbeschaffung. Der Betrieb, 2. Jahrgang 1949, S. 451

⁴⁴⁾ Einkommensteuer-Durchführungsverordnung in der Fassung vom 28. Dezember 1950 (EStDV 1950). Bundesgesetzblatt I 1951, S. 22

⁴⁵⁾ Zweite Verordnung zur Änderung der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung Vom 9. Dezember 1950. Bundesgesetzblatt I 1950, S. 781

bb) Sonderabschreibungen gem. § 7b EStG

Die Abschreibungsberechtigten

Entsprechend der Zielsetzung des § 7b EStG, der objektorientierten Förderung des Wohnungsbaus, sind seit der Einführung dieser Förderung durch das Zweite Steuer-Neuordnungsgesetz ⁴⁶⁾ keine Einschränkungen hinsichtlich der Abschreibungsberechtigten erfolgt.

Begünstigungszeiträume und Prozentsätze

Nach § 7b konnten in den Jahren 1949 -Berlin (West) 1950- ⁴⁷⁾ bis 1960 anstelle der nach § 7 EStG zu bemessenden AfA im Jahr der Herstellung und dem darauffolgenden Jahr bis zu je 10% und in den nächsten 10 Jahren bis zu je 3% der Herstellungskosten abgeschrieben werden; die Abschreibungen der folgenden Jahre bestimmten sich nach dem Restwert und der Restnutzungsdauer. Diese Sätze waren für die Zeit bis zum 31.12.52 Höchstsätze, die in dieser pro Jahr festgesetzten Höhe nicht überschritten werden durften. Erst bei nach diesem Termin fertiggestellten Gebäuden konnten 23% der Herstellungskosten innerhalb der ersten 3 Jahre verteilt werden; es mußten in den einzelnen Jahren jedoch mindestens die nach § 7 EStG obligatorischen AfA vorgenommen werden. ⁴⁸⁾ Nach Abschnitt 59 EStR 1955 war es sogar zulässig, daß die für die ersten 4 Jahre möglichen Abschreibungen von 26% in der Weise vorgenommen werden konnten, daß die in einem Jahr nicht ausgenutzten Abschreibungen auf das nächste Jahr vorgetragen werden konnten, bis die vollen 26% abgesetzt waren; jedoch mußten auch hierbei mindestens die

⁴⁶⁾ Zweites Gesetz zur vorläufigen Neuordnung von Steuern
Vom 20. April 1949. Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes I 1949, S. 69

⁴⁷⁾ Vgl. Herbert Br ö n n e r : a.a.O., S. 195

⁴⁸⁾ Vgl. E. L e n s k i : Die wichtigsten Bestimmungen der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung 1953 und der Einkommensteuer-Richtlinien für 1953.
Der Betrieb, Jahrgang 7 1954, S. 287

gem. § 7 EStG erforderlichen Abschreibungen vorgenommen werden. Durch das Steueränderungsgesetz 1960 ⁴⁹⁾ wurde die Sonderabschreibungsvergünstigung auf 7,5% der Herstellkosten für das Jahr der Fertigstellung und das darauf folgende Jahr sowie auf 4% für die nächsten 8 Jahre festgesetzt und gilt für Gebäude, für die nach dem 9.3.60 die Baugenehmigung beantragt wurde, mit Ausnahme von in Berlin (West) errichteten Gebäuden, bei denen weiterhin die alten Sätze angewendet werden können. ⁵⁰⁾ In dem neu gefaßten Abs. 4 wird die Verteilung der innerhalb der ersten 4 Jahre möglichen Abschreibungen auf diesen Zeitraum gesetzlich verankert.

Durch das § 7b EStG-Einschränkungsgesetz ⁵¹⁾ wurde die Bewertungsfreiheit vorübergehend mit Ausnahme einiger Bauvorhaben ausgesetzt, "deren Förderung dem Gesetzgeber wichtiger erschien als die mit dem Gesetz angestrebte Dämpfung der Konjunktur auf dem Bausektor." ⁵²⁾

L ä n g s f e l d weist darauf hin, daß die noch als Sonderabschreibung bestehende wirtschaftspolitische Förderungsmaßnahme zugunsten des Wohnungsbaus unter Berücksichtigung von Gesichtspunkten der Wohnungspolitik und Raumordnung in das EStG als Dauerlösung aufgenommen werden soll. ⁵³⁾

⁴⁹⁾ Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, des Körperschaftsteuergesetzes, des Gewerbesteuergesetzes und des Wohnungsbau-Främien-gesetzes (Steueränderungsgesetz 1960) Vom 30. Juli 1960, a.a.O.

⁵⁰⁾ Vgl. Herbert L ä n g s f e l d : Das Steueränderungsgesetz 1960. Der Betrieb, Jahrgang 13 1960, S. 859

⁵¹⁾ Gesetz zur Einschränkung des § 7b des Einkommensteuergesetzes Vom 16. Mai 1963, Bundesgesetzblatt I 1963, S. 319

⁵²⁾ Peter L ö h l e i n : Das Gesetz zur Einschränkung des § 7b des Einkommensteuergesetzes. Der Betriebs-Berater, 18. Jahrgang 1963, S. 724

⁵³⁾ Vgl. Herbert L ä n g s f e l d : Das Gesetz zur Einschränkung der erhöhten Absetzung für Wohngebäude nach § 7b EStG. Der Betrieb, Jahrgang 16 1963, S. 670

Die abschreibungsfähigen Wirtschaftsgüter

Die Sonderabschreibungen konnten auf Gebäude vorgenommen werden, die bei Errichtung vor dem 31.12.52 zu 80% und gem. Steueränderungsgesetz 1953 ⁵⁴⁾ bei Errichtung nach diesem Termin zu 66 2/3% Wohnzwecken dienten, ferner auch auf Zubauten, Ausbauten und Umbauten an bestehenden Gebäuden, sofern sie nach dem 31.12.49 vorgenommen wurden und die neuen Gebäudeteile zu mehr als 80% Wohnzwecken dienten. ⁵⁵⁾ Der Umfang der einem Wohngebäude zuzurechnenden Räume und Flächen ist in den jeweiligen Einkommensteuer-Richtlinien geregelt.

Nach § 7b Abs. 3 EStG 1953, der durch Artikel 1 Ziff. 12 des Steuerneuordnungsgesetzes 1954 ⁵⁶⁾ modifiziert wurde, konnten auch Kleinsiedlungen und Kaufeigenheime, die nach dem 31.12.52 errichtet oder erworben wurden, sonderabgeschrieben werden. ⁵⁷⁾ In Abs. 4 werden auch Eigentumswohnungen und Dauerwohnrechte zu den begünstigten Wirtschaftsgütern gezählt.

Die bereits genannte Einschränkung gilt hauptsächlich für Wohngebäude, für die in der Zeit vom 10.10.62 bis zum 31.3.64 der Antrag auf Baugenehmigung gestellt wird; in Berlin (West) durchzuführende Bauvorhaben sind hiervon nicht betroffen (§ 7b in Verbindung mit § 54 EStG). ⁵⁸⁾

⁵⁴⁾ Gesetz zur Änderung steuerlicher Vorschriften und zur Sicherung der Haushaltsführung. Vom 24. Juni 1953, Bundesgesetzblatt I 1953, S. 413

⁵⁵⁾ Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes. Vom 29. April 1950. Bundesgesetzblatt I 1950, S. 95

Vgl. Herbert L ä n g s f e l d : Die Sonderabschreibung des § 7b EStG bei Zubauten, Ausbauten oder Umbauten an bestehenden Gebäuden. Beilage zu Der Betrieb, Jahrgang 8 1955

⁵⁶⁾ Gesetz zur Neuordnung von Steuern. Vom 12. Dezember 1954, a.a.O.

⁵⁷⁾ Vgl. Hans M e u s c h e l : Die kleine Steuerreform 1953. Der Betriebs-Berater, 8. Jahrgang 1953, S. 478

E. L e n s k i : Die Kleine Steuerreform. Der Betrieb, Jahrgang 6 1953, S. 471

⁵⁸⁾ Vgl. Gesetz zur Einschränkung der erhöhten Absetzungen für Abnutzung bei Wohngebäuden. Der Betriebs-Berater, 18. Jahrgang 1963, S. 633

Die Berechnungsgrundlage

Die Berechnungsgrundlage für die Sonderabschreibungen bilden die Herstellungs- oder Instandsetzungskosten, und zwar die eigenen oder mit einer Rückzahlungsverpflichtung belasteten Fremdmittel - Zuschüsse gem. § 7c EStG minderten die Herstellungskosten, sofern sie nicht vertraglich zur Finanzierung des Bauplatzes einzusetzen waren. ⁵⁹⁾

Zwischenzeitlich waren gem. §§ 9 und 10 EStDV 1949/50 auch Sonderabschreibungen auf Teilherstellungskosten und Anzahlungen für die Kalenderjahre 1949 und 1950 zulässig; jedoch durften trotz dieser Abschreibungsantizipation im Jahr der Fertigstellung und dem darauffolgenden Jahr insgesamt nur 20% abgeschrieben werden.

Den Herstellungskosten gleichgestellt wurden in § 7b Abs. 3 und 4 EStG 1953 die Anschaffungskosten für Kleinsiedlungen und Kauf-eigenheime sowie für Eigentumswohnungen und Dauerwohnrechte.

Eine Einschränkung der Berechnungsgrundlage erfolgte durch das Steueränderungsgesetz 1958 ⁶⁰⁾ für Ein- und Zweifamilienhäuser, bei denen für nach dem 31.12.58 errichtete Gebäude die Sonderabschreibungen nur auf der Berechnungsgrundlage von höchstens DM 120.000,- geltend gemacht werden können. Darüber hinaus angefallene Herstellungskosten sind gem. § 7 EStG abzuschreiben.

⁵⁹⁾ Vgl. Robert K e n n t e m i c h : Die Behandlung von unverzinslichen Darlehen und Zuschüssen nach § 7c EStG im Jahresabschluß und im Geschäftsbericht der Aktiengesellschaft. Die Wirtschaftsprüfung, Jahrgang 3 1950, S. 545

Erhöhte Absetzungen bei Wohngebäuden, die mit 7c-Zuschüssen errichtet sind. Der Betriebs-Berater, 10. Jahrgang 1955, S. 628

⁶⁰⁾ Gesetz zur Änderung steuerlicher Vorschriften auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Ertrag und des Verfahrensrechts. Vom 18. Juli 1958, a.a.O.

Vgl. J. T h e i s : Einkommensteuerliche Überlegungen am Jahresende 1958. Der Betrieb, Jahrgang 11 1958, S. 1370

cc) Sonderabschreibungen gem. § 7d EStG

Die Abschreibungsberechtigten

Bezüglich der Abschreibungsberechtigten sind in der objektorientierten, durch das Zweite Steuerneuordnungsgesetz vom 20.4.49 in das EStG eingefügten Bestimmung des § 7d keine Angaben enthalten; die Vergünstigung kann demnach von jedem Bauherrn und auch Erwerber eines Schiffes in Anspruch genommen werden.

Begünstigungszeiträume und Prozentsätze

Die Begünstigten konnten auf die nach dem 31.12.48 -in Berlin (West) nach dem 31.12.49⁶¹⁾- angeschafften oder hergestellten Schiffe im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung und dem darauffolgenden Jahr neben der nach § 7 EStG zu bemessenden AfA Sonderabschreibungen in Höhe von 15% der Anschaffungs- oder Herstellungskosten vornehmen.

Diese Abschreibungssätze waren Höchstsätze, so daß bei einer nur teilweisen Ausnutzung im ersten Jahr die restlichen noch möglich gewesenen Sonderabschreibungen im folgenden Jahr neben den zulässigen 15% nicht nachgeholt werden konnten.

Nach Streichung des § 7d EStG mit Art. 1 Ziff. 8 des Steueränderungsgesetzes 1958 wurde in Art. 5 Abs. 5 festgelegt, daß § 7d EStG nicht mehr für diejenigen Schiffe in Betracht kommt, die nach dem 10.6.58 angeschafft oder hergestellt werden.⁶²⁾ "Durch die auf Grund der VO vom 12.3.59 in die EStDV eingefügten Bestimmungen des § 21a wurde folgende Übergangsregelung getroffen: Nur noch diejenigen Schiffe, die vor dem 11.6.58 bestellt und angezahlt sind, oder wenn vor diesem Zeitpunkt mit der Herstellung eines Schiffes begonnen worden ist und wenn das Schiff vor dem 1.1.61 geliefert oder hergestellt wurde, können

⁶¹⁾Vgl. Herbert Brönnner: a.a.O., S. 211/12

⁶²⁾Gesetz zur Änderung steuerlicher Vorschriften auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Ertrag und des Verfahrensrechts. Vom 18. Juli 1958, a.a.O.

Vgl. Bernhard Gübbels: a.a.O., S. 240

im Jahr der Herstellung oder Lieferung und im darauffolgenden Jahr neben der normalen AfA je 15 vH der Anschaffungs- oder Herstellungskosten abgeschrieben werden.* 63)

Die abschreibungsfähigen Wirtschaftsgüter

Die Sonderabschreibungen des § 7d konnten für alle Wasserfahrzeuge in Anspruch genommen werden, "die nach dem Sprachgebrauch und nach der Verkehrsauffassung als Schiffe anzusehen sind." 64) Hierbei war es auch unbeachtlich, ob die Schiffe im Schiffsregister eingetragen waren oder nicht. G ü b b e l s weist ferner darauf hin, daß wesentliche Umbauten an Binnenschiffen, die eine neue Klassifizierung zur Folge haben, einem Neubau gleichzuachten sind, so daß die Vergünstigung des § 7d auch dafür in Anspruch genommen werden konnte. 65)

Die Berechnungsgrundlage

Die Berechnungsgrundlage der Sonderabschreibungen bilden die Anschaffungs- oder Herstellungskosten von Schiffen, die nach dem 31.12.48 angeschafft oder hergestellt wurden, so daß auch vor diesem Termin aufgewendete Teilherstellungskosten Berücksichtigung fanden. 66) Den Anschaffungs- oder Herstellungskosten gleichgestellt wurden die Aufwendungen, die nach dem 31.12.48 zur Wiederherstellung eines durch Kriegseinwirkung ganz oder teilweise zerstörten Schiffes anfielen (§ 7e Satz 3 EStG 1949). In Parallelität zu § 7a EStG konnte die Bewertungsfreiheit des § 7d EStG auf Antrag in den Jahren 1949 und 1950 sowie, wie B r ö n n e r erweiternd ausführt, gem. § 11a der EStDVändVO vom 10.12.51 auch für 1951 und 1952 für Anzahlungen und Teilherstellungskosten in Anspruch genommen werden, allerdings für die Jahre 1951 und 1952 nur unter der Voraussetzung, daß die eingesetzten Mittel nicht aus öffentlichen Quellen oder aus Darlehen gem. § 7d EStG Abs. 2 stammten. 67)

63) Bernhard G ü b b e l s : a.a.O., S. 240

64) Bernhard G ü b b e l s : a.a.O., S. 238

Vgl. Zuschüsse und unverzinsliche Darlehen zur Förderung des Schiffsbaues. Der Betrieb, 4. Jahrgang 1951, S.181

dd) Sonderabschreibungen gem. § 7e EStG

Die Abschreibungsberechtigten

Die Bewertungsfreiheit des durch das Zweite Steuerneuordnungsgesetz 1949 in das EStG eingefügten § 7e konnte gemäß der ursprünglich beabsichtigten objektorientierten Förderung von gewerblichen (und landwirtschaftlichen) Bauten von allen Gewerbetreibenden in Anspruch genommen werden, die den Gewinn nach § 4 Abs. 1 oder nach § 5 EStG ermittelten. Nachdem diese Vergünstigung zwischenzeitlich durch das Steueränderungsgesetz 1951⁶⁸⁾ mit Wirkung ab 1.7.51 außer Kraft gesetzt worden war, wurde sie durch das Steueränderungsgesetz 1953⁶⁹⁾ zugunsten des bereits auf S. 20 genannten Personenkreises wieder in den '7er-Katalog' aufgenommen.

Begünstigungszeiträume und Prozentsätze

Die Begünstigten konnten auf die nach dem 31.12.48 -in Berlin (West) nach dem 31.12.49- errichteten gewerblichen Bauten im Wirtschaftsjahr der Herstellung und dem darauffolgenden Jahr neben der nach § 7 EStG zu bemessenden AfA Sonderabschreibungen von jeweils 10% der Herstellungskosten vornehmen; die Abschreibungen der folgenden Jahre bestimmten sich nach dem Restwert und der Restnutzungsdauer. "Herstellungen nach dem 30.6.1951 waren grundsätzlich nicht mehr nach § 7e EStG 1949/50 begünstigt. Die Bewertungsfreiheit galt jedoch nach § 12a EStDV 1951

65) Vgl. Bernhard G ü b b e l s : a.a.O., S. 239

66) Vgl. Walter B l ü m i c h - Ludwig F a l k : a.a.O., S.524

67) Vgl. Verordnung zur Änderung einkommensteuerlicher Durchführungsvorschriften. Vom 10. Dezember 1951, Bundesgesetzblatt I 1951, S. 943

Herbert B r ö n n e r : a.a.O., S. 211

68) Gesetz zur Änderung und Vereinfachung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes (ESt- und KSt-Änderungsgesetz 1951). Vom 27. Juni 1951, a.a.O.

69) Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Einkommensteuergesetzes. Vom 19. Mai 1953. a.a.O.

für solche Herstellungen weiter, die vor dem 1.7.1951 begonnen und bis zum 31.12.1951 fertiggestellt worden waren.⁷⁰⁾ Bei Fertigstellung nach diesem Termin konnten gemäß dieser Vorschrift die Sonderabschreibungen auf die bis dahin angefallenen Teilerstellungskosten vorgenommen werden.⁷¹⁾ Berliner Unternehmen konnten die Vergünstigung bis zum 31.12.53 ausnutzen.⁷²⁾ Durch die Einführung des § 7e EStG 1953 für Herstellungen nach dem 31.12.51 wurde der Anschluß hinsichtlich des Begünstigungszeitraums an den § 12a EStDV 1951 für die in der Neufassung angeführten Personenkreise hergestellt, die die Sonderabschreibungen nunmehr nach mehrmaliger Verlängerung auf bis zum 31.12.63 fertiggestellte Gebäude geltend machen können.⁷³⁾

Die abschreibungsfähigen Wirtschaftsgüter

Die Sonderabschreibungen gem. § 7e EStG 1949 waren nur auf Gebäude zulässig, die der Fertigung, der Bearbeitung von zum Absatz bestimmten Wirtschaftsgütern oder der Wiederherstellung von Gütern zu dienen bestimmt waren, sofern die Gebäude nach dem 31.12.48 errichtet worden waren; das gleiche galt auch für land- und forstwirtschaftliche Betriebsgebäude. Durch das Steueränderungsgesetz 1950⁷⁴⁾ wurde die Bewertungsfreiheit auf Lagerhäuser ausgedehnt. Genaue Aufzählungen der zulässigen Nutzungsmöglichkeiten eines nach § 7e EStG begünstigten Gebäudes sind in den jeweiligen Einkommensteuer-Richtlinien enthalten.

⁷⁰⁾Walter B l ü m i c h - Ludwig F a l k : a.a.O., S. 529

⁷¹⁾Vgl. Änderung der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung 1950. Der Betrieb, 4. Jahrgang 1951, S. 988

⁷²⁾Vgl. Herbert B r ö n n e r : a.a.O., S. 218

⁷³⁾Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes. Vom 5. Oktober 1956, a.a.O.

Gesetz zur Änderung steuerlicher Vorschriften auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Ertrag und des Verfahrensrechts. Vom 18. Juli 1958, a.a.O.

Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, des Körperschaftsteuergesetzes, ... (Steueränderungsgesetz 1961) Vom 13. Juli 1961, Bundesgesetzblatt I 1961, S. 981

⁷⁴⁾Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes. Vom 29. April 1950. a.a.O.

Die Berechnungsgrundlage

Die Berechnungsgrundlage für die Sonderabschreibungen bilden die Herstellungskosten der innerhalb der Begünstigungszeiträume fertiggestellten Gebäude sowie die per 31.12.51 angefallenen Teilherstellungskosten von nach diesem Termin fertiggestellten Gebäuden, sofern vor dem 1.7.51 mit dem Bau begonnen worden war. Den Herstellungskosten gleichgestellt wurden die Aufwendungen zum Wiederaufbau eines durch Kriegseinwirkung ganz oder zum Teil zerstörten Gebäudes, wenn es ohne den Wiederaufbau nicht oder nicht mehr voll zu einem der genannten Zwecke verwendet werden konnte (§ 7e Abs. 1 EStG).

In Übereinstimmung mit der bei den §§ 7a, b und d EStG angeführten Regelung bestand auch bei § 7e EStG gemäß EStDV 1949 und 1950 die Möglichkeit, Sonderabschreibungen auf die in der Zeit vom 1.1.49 bis zum 9.12.50 (gem. VO vom 9.12.50⁷⁵⁾) angefallenen Teilherstellungskosten und Anzahlungen vorzunehmen.

ee) Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG

Die Abschreibungsberechtigten

Entsprechend der Zielsetzung des Gesetzes, die Kapazitätsausweitung in der Grundstoffindustrie zu fördern, konnten gem. § 36 Abs. 1 IHG⁷⁶⁾ die Unternehmen des Kohlen- und Eisenerzbergbaues, der eisenschaffenden Industrie und der Energiewirtschaft sowie gem. § 8 Abs. 4 der Zweiten IHDV⁷⁷⁾ die Unternehmen der Wasserwirtschaft von der Bewertungsfreiheit Gebrauch machen. Die Zuordnung der Abschreibungsberechtigung auf die

⁷⁵⁾ Zweite Verordnung zur Änderung der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung. Vom 9. Dezember 1950. Bundesgesetzblatt I 1950, S. 781

⁷⁶⁾ Gesetz über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft Vom 7. Januar 1952, Bundesgesetzblatt I 1952, S. 7

⁷⁷⁾ Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft (Zweite IHDV). Vom 23. August 1952, Bundesgesetzblatt I 1952, S. 587

durch die Umgestaltung der deutschen Eisenindustrie und des deutschen Kohlenbergbaues entstandenen Alt- und Neugesellschaften wurde in § 8 Abs. 2 der Zweiten IHDV dahingehend geregelt, daß die Neugesellschaften von der Abschreibungsfreiheit insoweit Gebrauch machen konnten, wie die Altgesellschaften die ihnen zustehende Begünstigung nicht ausgenutzt hatten.

Begünstigungszeiträume und Prozentsätze

Die genannten Unternehmen konnten auf die in der Zeit vom 1.1.52 bis zum 31.12.54 ganz oder zum Teil angeschafften oder hergestellten Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung und den beiden folgenden Jahren neben den nach § 7 EStG zu bemessenden AfA Sonderabschreibungen in Höhe von 50% auf bewegliche und in Höhe von 30% auf unbewegliche Wirtschaftsgüter vornehmen.

Diese Dreijahresfrist wurde durch das Dritte IHG-Änderungsgesetz ⁷⁸⁾ um ein Jahr mit der Einschränkung verlängert, daß die Sonderabschreibungen nur im Jahr der Anschaffung oder Herstellung (1955) und dem darauffolgenden Jahr vorgenommen werden durften, sofern die Wirtschaftsgüter vor dem 1.1.55 bestellt worden waren oder von dem Steuerpflichtigen mit der Herstellung vor diesem Termin begonnen worden war. ⁷⁹⁾ Die infolge Fehlens einer diesbezüglichen Regelung in § 36 IHG von der Finanzbehörde geforderte und in § 8 der Zweiten IHDV bestimmte anschließende Bemessung der Abschreibungen nach dem Restwert und der Restnutzungsdauer wurde durch das BFH-Urteil vom 13.5.58 als nicht rechtswirksam erklärt mit der Folge, daß die unterlassenen anteiligen linearen Abschreibungen nachgeholt werden konnten. ⁸⁰⁾

⁷⁸⁾ Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft. Vom 19. Dezember 1954, Bundesgesetzblatt I 1954, S. 437

⁷⁹⁾ Vgl. Herstellungsbeginn und Bestelltermin bei Abschreibungen nach § 36 IHG. Der Betrieb, Jahrgang 8 1955, S.395

⁸⁰⁾ Vgl. Nachholung zu geringer Absetzungen bei Inanspruchnahme des § 36 IHG. Der Betrieb, Jahrgang 12 1959, S.123

Die abschreibungsfähigen Wirtschaftsgüter

Die Sonderabschreibungen konnten auf diejenigen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens vorgenommen werden, die unmittelbar und ausschließlich der Produktionssteigerung zu dienen bestimmt waren, so daß der Verwaltung und dem Vertrieb dienende Investitionen nicht begünstigt waren; ferner mußten die Investitionen volkswirtschaftlich förderungswürdig sein. In einem Gutachten erwähnt G r i e g e r die Möglichkeit der Förderungswürdigkeit von gebrauchten Anlagen, die im IHG nicht ausgeschlossen ist.⁸¹⁾ Bei der Abgrenzung zwischen beweglichen und unbeweglichen Wirtschaftsgütern, die hinsichtlich der anzuwendenden Prozentsätze von großer Bedeutung war, wurde auf die zu § 7a EStG ergangenen Verwaltungsanordnungen sowie auf § 18 DMBG hingewiesen.⁸²⁾

Die Berechnungsgrundlage

Die Berechnungsgrundlage der Sonderabschreibungen bildeten die nach dem 1.1.52 und vor dem 1.1.56 aufgewendeten Anschaffungs- oder Herstellungskosten fertiggestellter Anlagen sowie die bis zu diesem Termin angefallenen Teilherstellungskosten und Anzahlungen. Sofern nach dem 20.6.48 und vor dem 1.1.52 aufgewendete Beträge Bestandteil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten von innerhalb des Begünstigungszeitraums fertiggestellten Anlagen waren, konnten sie sonderabgeschrieben werden.⁸³⁾ Von Anlagen, die nicht innerhalb der Zeit vom 1.1.52 bis zum 31.12.55 fertiggestellt oder angeschafft werden konnten, konnte die Bewertungsfreiheit nur auf der Berechnungsgrundlage der in diesem Zeitraum aufgewendeten Anzahlungen und Teilherstellungskosten geltend gemacht werden. Die Gewährung von Abschreibungsmöglichkeiten auf diese beiden Positionen ist darauf zurückzuführen, daß ohne diese Gewährung die beabsichtigte Kapazitätsausweitung infolge der langen Lieferfristen der Investitions-

81) Vgl. Rudolf G r i e g e r : Gutachten. Die Abschreibungsfreiheit nach dem Investitionshilfegesetz. Der Betriebs-Berater, 7. Jahrgang 1952, S. 716

82) Vgl. van der V e l d e : Die Abschreibungsfreiheit nach dem IHG. Der Betrieb, Jahrgang 5 1952, S. 277

83) Vgl. Umfang der Sonderabschreibungen nach § 36 IHG bei Anzahlungen und Teilherstellungskosten. Der Betrieb, Jahrgang 9 1956, S. 243

güterindustrie nur in einem bedeutend kleineren Umfang hätte realisiert werden können. Entgegen dem Begriff der Anzahlungen wurden von der Finanzverwaltung auch Anzahlungen in voller Höhe des Kaufpreises anerkannt.

Die Anerkennung der Sonderabschreibungen durch die Finanzverwaltung war an die Beachtung der nachstehenden Voraussetzungen des § 36 Abs. 2 IHG gebunden:

1. die angeschafften oder hergestellten Wirtschaftsgüter müssen unmittelbar und ausschließlich der Produktionssteigerung dienen,
2. sie müssen volkswirtschaftlich förderungswürdig sein,
3. die Sonderabschreibungsgegenwerte müssen unverzüglich in den genannten Bedingungen genügende Anlagen reinvestiert werden,
4. die produktionssteigernde Wirkung sowie die volkswirtschaftliche Förderungswürdigkeit muß von der obersten Landesbehörde bescheinigt worden sein.

Bezüglich der von der Finanzverwaltung geforderten Reinvestition der Abschreibungsgegenwerte in andere als den der Abschreibung zugrunde liegenden Wirtschaftsgütern ⁸⁴⁾ führt z.B. van der V e l d e aus, daß diese Auslegung zu absurden Ergebnissen führen würde und daß daher von Teilaggregaten oder einzelnen Bauabschnitten abzuschreiben wäre, so daß die auf einen Teil der Gesamtinvestition entfallenden Sonderabschreibungsgegenwerte zur Finanzierung der folgenden Investitionen dienten. ⁸⁵⁾ Bei Vorliegen eines steuerlich anerkannten Organverhältnisses bestand sogar die Möglichkeit, die Abschreibungsgegenwerte eines nach § 36 IHG Begünstigten auf einen anderen Begünstigten des gleichen Organkreises zu übertragen. ⁸⁶⁾

⁸⁴⁾ Vgl. Nachweis der Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Abschreibungsfreiheit des § 36 IHG. Der Betrieb, Jahrgang 7 1954, S. 118

⁸⁵⁾ Vgl. van der V e l d e : Zur Auslegung des § 36 des Investitionshilfegesetzes. Der Betrieb, Jahrgang 7 1954, S. 421

⁸⁶⁾ Vgl. Durchführung von Investitionen bei Abschreibungen nach § 36 des IHG durch Organgesellschaften. Der Betriebs-Berater, 11. Jahrgang 1956, S. 397

ff) Sonderabschreibungen gem. § 131 AO

Während die vorstehend sowie nachstehend aufgeführten Sonderabschreibungsmöglichkeiten jeweils eine besondere gesetzliche Vorschrift in Form in bestehende Gesetze eingefügter Paragraphen (§§ 7a, b, d, e EStG, §§ 79, 81, 82 EStDV) oder im Rahmen neu geschaffener Gesetze (§ 36 IHG, § 16 BHG) als rechtliche Grundlage haben, beruhen die Sonderabschreibungsmöglichkeiten auf Investitionen im Zonenrandgebiet auf der Steuerstundungsvorschrift des § 131 AO:

(1) Im Einzelfall können Steuern ganz oder zum Teil erstattet oder angerechnet werden, wenn ihre Einziehung nach Lage des einzelnen Falles unbillig wäre. Die Befugnis zum Erlaß der Steuer umfaßt bei Besitz- und Verkehrsteuern auch das Recht, zuzulassen, daß die Steuer niedriger festgesetzt wird oder daß einzelne Besteuerungsgrundlagen, die die Steuer erhöhen, bei der Festsetzung der Steuer nicht berücksichtigt werden. Mit Zustimmung des Steuerpflichtigen kann bei Steuern vom Einkommen zugelassen werden, daß einzelne Besteuerungsgrundlagen, soweit sie die Steuer erhöhen, bei der Steuerfestsetzung erst zu einer späteren Zeit, und daß sie, soweit sie die Steuern mindern, schon zu einer früheren Zeit berücksichtigt werden.

(2) ...

Hierzu führt von W a l l i s aus, daß bei dieser Vorschrift besonders an das Gebiet der Sonderabschreibungen gedacht ist, durch deren Bewilligung ein im volkswirtschaftlichen Interesse stehendes Vorhaben, das für das betreffende Unternehmen existenznotwendig ist, gefördert werden soll. "Die Versagung der Sonderabschreibung müßte eine unbillige Härte iS des § 131 Abs. 1 AO darstellen, wenn ihre Gewährung gerechtfertigt sein soll." 87)

87) Walter H ü b s c h m a n n - Ernst H e p p
Armin S p i t a l e r - H. von W a l l i s
F. L a d e m a n n - F. H a r t u n g : Kommentar zur
Reichsabgabenordnung und den Nebengesetzen,
Köln 1951/60, Anmerkung 9 zu AO § 131

Vgl. Sonderabschreibungen nach § 131 der Abgabenordnung zur
Durchführung von Investitionsvorhaben.
Der Betriebs-Berater, 9. Jahrgang 1954, S. 337/38

Die Abschreibungsberechtigten

Die Berechtigung zur Stellung eines Antrags auf Gewährung von Sonderabschreibungen erstreckt sich auf alle Unternehmen, deren Betriebsstätte im Zonenrandgebiet ⁸⁸⁾ gelegen ist und die infolge dieser Lage in ihrer Wettbewerbsfähigkeit z.B. durch die erschwerte Absatzlage, die weite Entfernung von der Rohstoffbasis oder die sich sonstwie auswirkende Standortverschlechterung beeinträchtigt sind. Die in der sogenannten 'Prosperitätsklausel' niedergelegte Versagung von Sonderabschreibungen für Unternehmen, denen aufgrund ihrer "Ertrags- und Vermögenslage zuzumuten ist, die Neuanschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern aus eigenen Mitteln oder durch die Aufnahme von Krediten zu finanzieren", ⁸⁹⁾ gilt nach allgemeiner Ansicht nur für nachhaltig überdurchschnittlich rentable Unternehmen, da ja durch die Präferenzen erreicht werden soll, "daß insbesondere auch leistungs- und entwicklungsfähige Betriebe zu Investitionen, gerade im Zonenrandgebiet angeregt werden." ⁹⁰⁾

Begünstigungszeiträume und Prozentsätze

Die Begünstigten können nach Genehmigung auf die in der Zeit vom 1.1.53 bis zum 31.12.55 und nach mehrmaliger Verlängerung nunmehr bis zum 31.12.64 ⁹¹⁾ angeschafften oder hergestellten förderungswürdigen Wirtschaftsgüter im Jahr der Anschaffung oder Herstellung und den beiden folgenden Jahren Sonderabschreibungen bis zu 50% auf bewegliche und bis zu 30% auf unbewegliche Wirtschaftsgüter neben den AfA nach § 7 EStG vornehmen.

⁸⁸⁾ eine Aufstellung der dazuzuzählenden Stadt- und Landkreise befindet sich bei Bernhard G ü b b e l s : a.a.O., S.266/67

⁸⁹⁾ Der Bundesminister der Finanzen, IV - S 1940 - 1/53 - II.Ang. Erlaß vom 12.10.53, abgedruckt als Anlage IX bei Bernhard G ü b b e l s : a.a.O., S. 445 ff-

⁹⁰⁾ Bernhard G ü b b e l s : a.a.O., S. 446

⁹¹⁾ Vgl. Verlängerung der steuerlichen Erleichterungen für das Zonenrandgebiet. Der Betrieb, Jahrgang 14 1961, S. 1045

Erleichterungen für das Zonenrandgebiet; Verlängerung des Begünstigungszeitraums. Der Betrieb, Jahrgang 14 1961, S. 1178

In den auf die Sonderabschreibung folgenden Jahren sind die Abschreibungen gemäß einer Auflage bei Bewilligung der Sonderabschreibungen nach dem Restwert und der Restnutzungsdauer zu bemessen.

Die Höhe der Sonderabschreibungen durfte in der Regel den Betrag von DM 100.000,- pro Jahr für das einzelne Unternehmen nicht überschreiten, für die Jahre 1953 - 1955 nicht den Betrag von DM 300.000,-. Darüber hinausgehende Anträge gehen über die Zuständigkeit der Oberfinanzdirektionen hinaus "und können nur von den obersten Finanzbehörden der Länder, und zwar im Fall der positiven Entscheidung nur mit Zustimmung des BdF erledigt werden." 92) Für die Jahre 1962 - 1964 wurden die Regelbeträge auf DM 200.000,- pro Jahr und für den Dreijahreszeitraum auf DM 600.000,- erhöht. 93)

Die abschreibungsfähigen Wirtschaftsgüter

Als förderungswürdig und damit sonderabschreibungsfähig angesehen werden insbesondere Investitionen, die der Erhaltung bestehender oder der Schaffung neuer Arbeitsplätze dienen. 94) Hierbei muß gemäß einer Auflage sichergestellt sein, daß die unbeweglichen Anlagen im Grenzgebiet errichtet werden und daß die beweglichen Anlagen mindestens 3 Jahre in dem im Grenzgebiet gelegenen Betrieb des Steuerpflichtigen verbleiben. 95)

Die Berechnungsgrundlage

Die Berechnungsgrundlage der Sonderabschreibungen bilden die in dem Begünstigungszeitraum aufgewendeten Anschaffungs- oder Herstellungskosten der förderungswürdigen Investitionen. Für die Kalenderjahre 1953 und 1954 waren auch Sonderabschreibungen auf Anzahlungen und Teilerstellungskosten möglich gewesen. Diese

92) Bernhard G ü b b e l s : a.a.O., S. 269

93) Vgl. Erleichterungen für das Zonenrandgebiet: Verlängerung des Begünstigungszeitraums. a.a.O.

94) Vgl. Förderungsprogramm für das Zonengrenzgebiet.
Der Betriebs-Berater, 8. Jahrgang 1953, S. 966

95) Vgl. Steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Zonenrandgebiete
Der Betrieb, Jahrgang 8 1955, S. 980

Vergünstigung wurde mit Wirkung ab 1.1.55 aufgehoben, weil Sonderabschreibungen im Jahr der Anschaffung oder Fertigstellung als ausreichender Investitionsanreiz angesehen wurden; außerdem sollte dadurch eine Verwaltungsvereinfachung erreicht werden. In besonders begründeten Einzelfällen können die Sonderabschreibungen z.B. wegen nicht fertiggestellter Objekte durch Bildung steuerfreier Rücklagen antizipiert werden. 96)

gg) Sonderabschreibungen gem. § 79 EStDV

Die Abschreibungsberechtigten

Aufgrund der der Bundesregierung in § 51 EStG erteilten Ermächtigung, mit Zustimmung des Bundesrates durch entsprechende Rechtsverordnungen bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen Sonderabschreibungsmöglichkeiten zu schaffen, wurde nach Einfügung des Buchst. 1 in § 51 Abs. 1 Ziff. 2 EStG durch das Zweite ESt-Änderungsgesetz 1955 97) die Sonderabschreibungsmöglichkeit des § 79 EStDV durch die Zweite EStDVÄndVO 1956 98) geschaffen. 99)

Entsprechend der Zielsetzung der Vergünstigung, die Schaffung von Anlagen zur Verhinderung, Beseitigung oder Verringerung von Schädigungen durch Abwässer steuerlich zu erleichtern, kann die Bewertungsfreiheit von jedem Steuerpflichtigen in Anspruch genommen werden, der den Gewinn aufgrund ordnungsmäßiger Buchführung ermittelt.

96) Vgl. Sonderabschreibungen auf Teilherstellungskosten und Anzahlungen für Betriebe im Zonenrandgebiet.
Der Betrieb, Jahrgang 10 1957, S. 389

Steuerliche Erleichterungen für das Zonenrandgebiet.
Der Betriebs-Berater, 17. Jahrgang 1962, S. 284

97) Zweites Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes.
Vom 11. August 1955, Bundesgesetzblatt I 1955, S. 505

98) Verordnung zur Änderung der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung. Vom 14. März 1956, Bundesgesetzblatt I 1956 S. 107

99) Vgl. Bernhard G ü b b e l s : a.a.O., S. 245 und 254

Begünstigungszeiträume und Prozentsätze

Die Begünstigten können auf die in der Zeit vom 1.1.55 bis zum 31.12.65 ¹⁰⁰⁾ angeschafften oder hergestellten, als förderungswürdig anerkannten Anlagen Sonderabschreibungen in Höhe bis zu 50% auf bewegliche und bis zu 30% auf unbewegliche Anlagen im Jahr der Anschaffung oder Herstellung und dem darauffolgenden Jahr neben den AfA gem. § 7 EStG vornehmen; in den folgenden Jahren bemessen sich die Abschreibungen nach dem Restwert und der Restnutzungsdauer.

Die abschreibungsfähigen Wirtschaftsgüter

Die Bewertungsfreiheit des § 79 EStDV erstreckt sich nur auf Anlagen, die der unmittelbaren und ausschließlichen Verringerung oder Beseitigung schädlicher Abwässerbestandteile dienen; jedoch schließt der Wiedereinsatz des behandelten Abwassers eine Begünstigung nicht aus, sofern die Anlagen nicht nur der Aufbereitung des Abwassers zur Wiederverwendung dienen. ¹⁰¹⁾ Es ist nicht Voraussetzung für die Sonderabschreibungsfähigkeit, daß neue Wirtschaftsgüter angeschafft oder hergestellt werden; auch die Erweiterung oder Erneuerung bestehender Anlagen ist in Höhe des dafür erforderlichen Herstellungs- oder Anschaffungsaufwands begünstigt. ¹⁰²⁾

¹⁰⁰⁾ Verordnung zur Änderung der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung. Vom 6. April 1961, Bundesgesetzblatt I 1961 S. 373

¹⁰¹⁾ Vgl. Erlaß des Finanzministers des Landes NRW (S 2130 - 6493/VB - 1.) betr. Bewertungsfreiheit für Anlagen zur Verhinderung, Beseitigung oder Verringerung von Schädigungen durch Abwässer v. 7.6.56, abgedruckt als Anlage VI bei Bernhard G ü b b e l s : a.a.O., S. 434 ff.

Herbert L ä n g s f e l d : Einzelfragen zur Steuerbegünstigung von Abwasserbehandlungsanlagen. Der Betrieb, Jahrgang 10 1957, S. 412

Bewertungsfreiheit nach § 79 EStDV für Anlagen zur Kühlung von Abwasser im Kreislaufverfahren. Der Betrieb, Jahrgang 13 1960, S. 1197

¹⁰²⁾ Vgl. Bewertungsfreiheit für Anlagen zur Verhinderung, Beseitigung und Verringerung von Schädigungen durch Abwässer. Die Wirtschaftsprüfung, Jahrgang 9 1956, S. 312

Eine Einschränkung des Kreises der begünstigten Anlagen erfolgte in § 79 Abs. 7 EStDV 1961 mit Wirkung für Geschäftsjahre, die nach dem 31.12.60 beginnen, indem nach diesem Termin die Sonderabschreibungen nicht mehr für Anlagen in Anspruch genommen werden können, "die im Rahmen der Neuerrichtung von Betrieben oder Betriebsstätten angeschafft oder hergestellt werden."

Die Anerkennung der Sonderabschreibungen setzt voraus, daß

1. die Anlagen unmittelbar und ausschließlich der Abwasserbehandlung dienen,
2. die Anschaffung oder Herstellung im öffentlichen Interesse erforderlich ist,
3. das Vorliegen der zu 1. und 2. genannten Voraussetzungen von der obersten Landesbehörde bescheinigt wird.

Die Berechnungsgrundlage

Berechnungsgrundlage der Sonderabschreibungen sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten der fertigen Anlagen. Sonderabschreibungen auf Anzahlungen oder Teilherstellungskosten wurden nicht zugelassen, weil die 50%ige bzw. 30%ige Sonderabschreibung im Jahr der Fertigstellung als ausreichender Anreiz für die Anschaffung derartiger Anlagen angesehen wird. "Da aber eine Abwasserbehandlungsanlage regelmäßig aus einer Vielzahl von selbständig bewertbaren Wirtschaftsgütern besteht," kann von der Bewertungsfreiheit bereits "im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Fertigstellung der einzelnen Wirtschaftsgüter Gebrauch gemacht werden." 103)

Bei Anlagen, die mit Zuschüssen gem. § 79 Abs. 3 EStDV teilfinanziert sind, bilden die um die Zuschüsse gekürzten Aufwendungen die Berechnungsgrundlage (Abs. 6).

103) Zur Bewertungsfreiheit für Abwasser-Anlagen.
Der Betrieb, Jahrgang 9 1956, S. 559

Vgl. Erlaß des Finanzministers des Landes NRW, a.a.O.

hh) Sonderabschreibungen gem. § 81 EStDV

Die Abschreibungsberechtigten

Von ungleich größerer materieller Bedeutung als die Sonderabschreibungen gem. §§ 79 und 82 EStDV, die nur die Finanzierung einzelner im öffentlichen Interesse wünschenswerter Investitionen erleichtern sollen, ist die Bewertungsfreiheit für Investitionen in Bergbaubetrieben gem. § 81 EStDV, die von allen Unternehmen in Anspruch genommen werden kann, die den Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung ermitteln und die im Tief- oder Tagebau nachstehend angeführten Investitionen vornehmen. Rechtsgrundlage dieser Sonderabschreibungen ist der durch das Steueränderungsgesetz 1957 ¹⁰⁴⁾ in § 51 Abs. 1 Ziff. 2 EStG 1957 ¹⁰⁵⁾ eingefügte Buchst. n, aufgrund dessen durch die Zweite EStDV^{ÄndVO} 1958 ¹⁰⁶⁾ der § 81 in die EStDV 1955 eingegliedert wurde.

Begünstigungszeiträume und Prozentsätze

Die Begünstigten können auf die in der Zeit vom 1.1.55 bis zum 31.12.65 bzw. 31.12.68 oder 31.12.70 durchgeführten Investitionen ¹⁰⁷⁾ im Jahr der Anschaffung oder Herstellung und den vier folgenden Jahren Sonderabschreibungen in Höhe bis zu 50% auf bewegliche und bis zu 30% auf unbewegliche Wirtschaftsgüter neben den AfA nach § 7 EStG vornehmen. In den darauffolgenden Jahren bestimmen sich die Abschreibungen nach dem Restwert und der Restnutzungsdauer.

¹⁰⁴⁾ Gesetz zur Änderung steuerrechtlicher Vorschriften.

Vom 26. Juli 1957, Bundesgesetzblatt I 1957, S. 848

¹⁰⁵⁾ Einkommensteuergesetz in der Fassung vom 13. November 1957 (EStG 1957). Bundesgesetzblatt I 1957, S. 1793

¹⁰⁶⁾ Zweite Verordnung zur Änderung der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung. Vom 7. Februar 1958, Bundesgesetzblatt I 1958, S. 70

¹⁰⁷⁾ Vgl. Werner H e n t r i c h : Änderungen der Vorschriften über die steuerliche Begünstigung von Investitionen des Kohlen- und Erzbergbaus. Glückauf, Jahrgang 96 1960, S. 1156

Diese Bewertungsfreiheit ist im Hinblick auf ihren zeitlichen Anschluß an den Begünstigungszeitraum des § 36 IHG als dessen indirekte, modifizierte Verlängerung für Bergbauunternehmen zu bezeichnen, ¹⁰⁸⁾ die wegen ihrer meist sich über mehrere Jahre erstreckenden Investitionsvorhaben namentlich beim Abteufen neuer Schächte und beim Aufschluß neuer Felder die relativ kurze Geltungsdauer dieser Vergünstigung kritisierten und eine Verlängerung verlangten.

Die abschreibungsfähigen Wirtschaftsgüter

Die Bewertungsfreiheit kann gem. Abs. 2 geltend gemacht werden für Investitionen

1. im Tieftagebau des Steinkohlen-, Pechkohlen-, Braunkohlen- und Erzbergbaus für die Errichtung neuer Schachtanlagen, die Zusammenfassung mehrerer Förderschächte zu einer Zentralschachtanlage, den Wiederaufschluß stillliegender Grubenfelder oder Feldesteile und für sonstige Rationalisierungsinvestitionen, ¹⁰⁹⁾
2. im Tagebau des Braunkohlen- und Erzbergbaus für die Erschließung neuer Tagebaue oder beim Übergang zum Tieftagebau für die Freilegung und Gewinnung der Lagerstätte
3. im Anlagevermögen über Tage von Tiefbaubetrieben, die in unmittelbarem Zusammenhang mit den Untertage-Investitionen stehen (Abs. 3/Anlage 5 zur EStDV 1960) ¹¹⁰⁾
4. im beweglichen Anlagevermögen von Tagebaubetrieben in Form von Großgeräten, sofern diese aufgrund ihrer Konstruktion nur in dem betreffenden Tagebaubetrieb oder anschließend für andere begünstigte Tagebaubetriebe verwendet werden, sowie in Aufbereitungsanlagen im Erzbergbau (Abs. 3/Anlage 6 zur EStDV 1960). ¹¹¹⁾

¹⁰⁸⁾ Vgl. Rudolf B a y e r : Sonderabschreibungen für Investitionen im Steinkohlenbergbau. Höchstsätze, Zeitdauer und sonstige Einzelfragen. Glückauf, Jahrgang 94 1958, S. 531

¹⁰⁹⁾ Vgl. Werner H e n t r i c h : a.a.O., S. 1155

¹¹⁰⁾ Vgl. Bernhard G ü b b e l s : a.a.O., S. 262/63

Voraussetzung für die Anerkennung der Sonderabschreibungen ist, daß mit der Durchführung der zu 1. genannten Investitionen vor dem 1.1.64 und der zu 2. genannten Investitionen vor dem 1.1.61 begonnen und die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben von der obersten Landesbehörde im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft bescheinigt worden ist.

Die Berechnungsgrundlage

Die Berechnungsgrundlage der Sonderabschreibungen bilden die Anschaffungs- oder Herstellungskosten, die nach dem 1.1.55 und bei Investitionen zur Errichtung neuer Förderschachtanlagen vor dem 31.12.70, bei den übrigen Investitionen vor dem 31.12.65 aber bei Beginn der Durchführung der Investitionen nach dem 31.12.60 in der Zeit bis zum 31.12.68 aufgewendet werden. Bei späterer Fertigstellung der begünstigten Anlagen können die Abschreibungen auf die bis zu diesen Terminen aufgewendeten Teilherstellungskosten und Anzahlungen vorgenommen werden. Nach § 81 Abs. 5 EStDV können die Sonderabschreibungen bereits auf Teilherstellungskosten und Anzahlungen im Jahre der Aufwendung und den vier folgenden Jahren geltend gemacht werden.

In § 81 Abs. 3 EStDV wird zu den unter 4. genannten Investitionen einschränkend bestimmt, daß bei Anlagen, die nach dem 31.12.55 ganz oder zum Teil angeschafft werden, nur der Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten als Berechnungsgrundlage zulässig ist, der nach dem 31.12.51 entstanden ist. Außerdem dürfen die auf ein Aggregat vorgenommenen IHG- und EStDV-Sonderabschreibungen zusammen die 50%- bzw. 30%-Grenze nicht überschreiten. ¹¹²⁾

Nach § 81 Abs. 6 EStDV können ferner von den im Rahmen der zu 2. genannten begünstigten Vorhaben die in der Zeit vom 1.1.56 bis zum 31.12.65 aufgewendeten Kosten für den Vorabraum bis zu 50% als sofort abzugsfähige Betriebsausgabe behandelt werden.

¹¹¹⁾Vgl. Bernhard G ü b b e l s : a.a.O., S. 263

¹¹²⁾Vgl. K. B i a l i n s k i : Zur neuen Sonderabschreibungsregelung für den Bergbau. Glückauf, Jahrgang 94 1958, S. 305

ii) Sonderabschreibungen gem. § 82 EStDV

Die Abschreibungsberechtigten

Die Sonderabschreibungen des aufgrund des Steueränderungsgesetzes 1957 ¹¹³⁾ in § 51 Abs. 1 Ziff. 2 EStG 1957 ¹¹⁴⁾ eingefügten Buchst. o durch die Zweite EStDVÄndVO 1958 ¹¹⁵⁾ geschaffenen § 82 EStDV, der als Parallelvorschrift zu § 79 EStDV anzusehen ist, können von jedem Steuerpflichtigen geltend gemacht werden, sofern er förderungswürdige Anlagen erstellt und den Gewinn aufgrund ordnungsmäßiger Buchführung ermittelt. ¹¹⁶⁾

Begünstigungszeiträume und Prozentsätze

Die Berechtigten können auf die in der Zeit vom 1.1.57 bis zum 31.12.65 angeschafften beweglichen Luftreinigungsanlagen im Jahr der Anschaffung oder Herstellung und dem darauffolgenden Jahr neben den AfA nach § 7 EStG Sonderabschreibungen in Höhe von 50% der Aufwendungen vornehmen. In den folgenden Jahren errechnen sich die Abschreibungen nach dem Restwert und der Restnutzungsdauer.

Die abschreibungsfähigen Wirtschaftsgüter

Zu den begünstigten Investitionen zählen alle Anlagen, die "unmittelbar und ausschließlich dazu dienen, die Verunreinigung der Luft zu verhindern, zu beseitigen oder zu verringern (§ 82 Abs. 2 Ziff. 1 aaO). Bei der Luftreinigung etwa anfallende verwertbare Stoffe schließen die Anwendung des § 82 aaO nicht aus, wenn die hieraus erzielten Erlöse die Amortisation der Herstel-

¹¹³⁾ Gesetz zur Änderung steuerrechtlicher Vorschriften.
Vom 26. Juli 1957, a.a.O.

¹¹⁴⁾ Einkommensteuergesetz in der Fassung vom 13. November 1957.
a.a.O.

¹¹⁵⁾ Zweite Verordnung zur Änderung der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung. Vom 7. Februar 1958, a.a.O.

¹¹⁶⁾ Vgl. W. M ö n t e r - Herbert L ä n g s f e l d : Die
Zweite Verordnung zur Änderung der Einkommensteuer-
Durchführungsverordnung.
Der Betrieb, Jahrgang 11 1958, S. 178

lungskosten und die Betriebskosten der Luftreinigungsanlage nicht decken." 117) In Übereinstimmung mit der Verfahrensregelung bei § 79 EStDV ist die Unmittelbarkeit und Ausschließlichkeit des Luftreinigungszwecks der Anlage sowie deren Errichtung mit Rücksicht auf ein öffentliches Interesse durch eine Bescheinigung der obersten Landesbehörde nachzuweisen. Im Steueränderungsgesetz 1961 wurde die Begünstigung unter Umständen auch auf Schornsteine ausgedehnt. 118) Die Inanspruchnahme ist für Anlagen, "die im Rahmen der Neuerrichtung von Betrieben oder Betriebsstätten angeschafft oder hergestellt werden", gleichfalls mit Wirkung für nach dem 31.12.60 beginnende Geschäftsjahre unzulässig. 119)

Die Berechnungsgrundlage

Als ausreichender Anreiz zur Anschaffung von Luftreinigungsanlagen werden die 50%igen Sonderabschreibungen auf die fertigen Anlagen angesehen, so daß von einer Bewertungsfreiheit von Teilerstellungskosten oder Anzahlungen abgesehen wurde.

117) Bewertungsfreiheit für Anlagen zur Verhinderung, Beseitigung oder Verringerung der Verunreinigung der Luft. Grundsätze des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen vom 1. Juli 1958, abgedruckt als Anlage VIII bei Bernhard G ü b b e l s : a.a.O., S. 443

118) Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, des Körperschaftsteuergesetzes, ... (Steueränderungsgesetz 1961) Vom 13. Juli 1961, a.a.O.

Vgl. Herbert L ä n g s f e l d : Die Verordnung zur Änderung der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung. Der Betrieb, Jahrgang 15 1962, S. 621

119) Vgl. Herbert L ä n g s f e l d : Das Steueränderungsgesetz 1960. a.a.O.

jj) Sonderabschreibungen gem. § 16 BHG

Die Abschreibungsberechtigten

Die zur Förderung von Sachanlage-Investitionen in Berlin (West) geschaffene Abschreibungsvergünstigung kann von jedem Steuerpflichtigen, der den Gewinn aufgrund ordnungsmäßiger Buchführung ermittelt, in Anspruch genommen werden. Hierbei ist es gleichgültig, ob er seinen Sitz in Berlin (West), im Bundesgebiet oder im Ausland hat, entsprechend der lokalen Förderungsabsicht ist nur erforderlich, daß er eine Betriebsstätte in Berlin (West) hat, in der begünstigte Investitionen vorgenommen werden. ¹²⁰⁾

Begünstigungszeiträume und Prozentsätze

Die begünstigten Investoren können gem. § 14 BHG ¹²¹⁾ auf die in der Zeit vom 1.1.59 bis zum 31.12.61 und gem. Art. 21 Abs. 1 Nr. 8 des Steueränderungsgesetzes 1961 ¹²²⁾ bis zum 31.12.64 -aufgrund der durch das Berlinhilfe-Gesetz in der Fassung von 1962 ¹²³⁾ in § 16 umnummerierten Vergünstigung- angeschafften oder hergestellten abnutzbaren Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens oder aufgewendeten Anzahlungen und Teilherstellungskosten an Stelle der nach § 7 EStG zu bemessenden AfA im Jahr der Anschaffung oder Herstellung bzw. Aufwendung und den beiden folgenden Jahren Abschreibungen bis zu 75% vornehmen.

¹²⁰⁾ Vgl. Steuerliche Vergünstigungen für die Wirtschaft von Berlin (West). Die Wirtschaftsprüfung, Jahrgang 12 1959, S. 366

Einzelfragen zu § 14 des Berlinhilfegesetzes.
Der Betrieb, Jahrgang 13 1960, S. 131

Steuerliche Förderungsmaßnahmen für Berlin (West).
Herausgegeben vom Senator für Finanzen in Berlin,
Berlin o.J. (1962), S. 8

¹²¹⁾ Fünftes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft von Berlin (West). Vom 25. März 1959, Bundesgesetzblatt I 1959, S. 160

¹²²⁾ Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, des Körperschaftsteuergesetzes, .. (Steueränderungsgesetz 1961), Vom 13. Juli 1961, a.a.O.

"Von dem Wirtschaftsjahr ab, in dem erhöhte Absetzungen nach Satz 1 nicht mehr vorgenommen werden können, spätestens vom dritten auf das Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung folgenden Wirtschaftsjahr ab, bemessen sich die Absetzungen für Abnutzung nach dem Restwert und der Restnutzungsdauer; sie sind in gleichen Jahresbeträgen vorzunehmen." Diese Regelung des § 16 Abs. 1 Satz 2 BHG war unklar; verschiedentlich wurde sie so ausgelegt, daß innerhalb von 3 Jahren nur insgesamt 75% abgeschrieben werden dürfen. Nach auch von der Finanzverwaltung gebilligter Auslegung können jedoch nach Ausnutzung der 75%-Grenze im ersten Jahr bereits die Abschreibungen vom zweiten Jahr an nach dem Restwert und der Restnutzungsdauer berechnet werden. Sind dagegen im ersten Jahr nur 74% abgeschrieben worden, dann kann im zweiten Jahr nur 1% abgeschrieben und erst vom dritten Jahr an die nach dem Restwert und der Restnutzungsdauer mögliche AfA geltend gemacht werden. ¹²⁴⁾

Einer Mitte 1962 bereits als Gesetzentwurf vorgelegten Erhöhung der Bewertungsfreiheit auf 100% innerhalb von 4 Jahren wurde nicht stattgegeben. ¹²⁵⁾ Eine Verlängerung der bestehenden Vergünstigung um weitere 3 Jahre bis zum 31.12.67 soll mittels einer Novelle zum BHG erfolgen. ¹²⁶⁾

¹²³⁾ Gesetz zur Förderung der Wirtschaft von Berlin (West) in der Fassung vom 26. Juli 1962 (BHG 1962), Bundesgesetzblatt I 1962, S. 493

¹²⁴⁾ Vgl. Weitere Einzelfragen zu § 14 des Berlinhilfegesetzes. Der Betrieb, Jahrgang 13 1960, S. 276

¹²⁵⁾ Vgl. Heinz G e o r g e : Berliner Steuerpräferenzen Vergünstigungen bei der Umsatzsteuer, der Einkommensteuer (Lohnsteuer) und der Körperschaftsteuer, 2. neu bearbeitete Auflage, Stuttgart 1962, S. 92

¹²⁶⁾ Vgl. Novelle zum Berlin-Hilfe-Gesetz. Der Tagesspiegel, Nr. 5528 vom 14.11.63

¹²⁷⁾ Vgl. Weitere Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft von Berlin (West). Der Betrieb, Jahrgang 12 1959, S. 330

¹²⁸⁾ Weitere Einzelfragen zu § 14 des Berlinhilfegesetzes. a.a.O.

Die abschreibungsfähigen Wirtschaftsgüter

Die Sonderabschreibungen können auf alle abnutzbaren Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens vorgenommen werden, die in dem Begünstigungszeitraum angeschafft oder hergestellt werden. ¹²⁷⁾

Die Abschreibungsvergünstigung erstreckt sich auf bewegliche sowie auf unbewegliche Wirtschaftsgüter, sofern diese nicht zu mehr als 66 2/3% Wohnzwecken dienen. "Es ist nicht erforderlich, daß der Steuerpflichtige das Gebäude selbst errichtet. Die erhöhten Absetzungen können vielmehr unter den sonstigen Voraussetzungen auch beim Erwerb eines in dem bezeichneten Zeitraum errichteten Gebäudes in Anspruch genommen werden." ¹²⁸⁾ Es ist ferner nicht erforderlich, daß das Anlagegut für betriebliche Zwecke genutzt wird, sofern die Voraussetzungen des § 16 Abs. 2 BHG beachtet werden, "daß die Wirtschaftsgüter

1. zum Anlagevermögen einer in Berlin (West) belegenen Betriebsstätte gehören und,
2. soweit sie zum beweglichen Anlagevermögen gehören, mindestens drei Jahre nach ihrer Anschaffung oder Herstellung in einer in Berlin (West) belegenen Betriebsstätte verbleiben und, soweit sie zum unbeweglichen Anlagevermögen gehören, in Berlin (West) errichtet werden."

Die Berechnungsgrundlage

Die Berechnungsgrundlage der Sonderabschreibungen bilden alle Aufwendungen in dem Begünstigungszeitraum für Anschaffungen und Herstellungen sowie für Anzahlungen und Teilerstellungskosten. In § 16 BHG (§ 14 a.F.) ist nicht vorgeschrieben, daß es sich um neue abnutzbare Wirtschaftsgüter handeln muß, so daß auch Anschaffungsaufwendungen für gebrauchte bewegliche Anlagen ¹²⁹⁾ sowie für Gebäude, die in dem Begünstigungszeitraum errichtet werden, sonderabgeschrieben werden können.

¹²⁹⁾ Vgl. Heinz G e o r g e : a.a.O., S. 71

Sofern der Steuerpflichtige von der Inanspruchnahme der Investitionszulage gem. § 21 BHG, die durch das BHG-Änderungsgesetz 1962¹³⁰⁾ in das BHG als § 14e eingefügt und in dem BHG in der Fassung vom 26.7.62 in § 21 BHG umnummeriert wurde, Gebrauch macht, indem er die Zulage in Höhe von 10% der Anschaffungs- oder Herstellungskosten für in der Zeit vom 1.7.62 bis zum 31.12.64 angeschaffte oder hergestellte neue abnutzbare Wirtschaftsgüter des beweglichen Anlagevermögens beantragt und vom Finanzamt entgegennimmt, ist die Berechnungsgrundlage der Abschreibungen für die auf das Jahr der Anschaffung oder Herstellung folgenden Jahre um die gewährte Zulage zu kürzen.

Diese Kürzung, die zu einer indirekten Steuerpflicht der Investitionszulage führt, steht in einem gewissen Widerspruch zu Abs. 6, in dem festgelegt ist, daß die Investitionszulage "nicht zu den Einkünften im Sinn des Einkommensteuergesetzes" gehört; sie stützt sich Abschn. 34 der EStR 1961, demzufolge Anlagen nur mit den um öffentliche Zuschüsse, zu denen in diesem Falle die Investitionszulage gerechnet wird, gekürzten eigenen Aufwendungen bewertet werden dürfen und dementsprechend auch die AfA nur davon zu berechnen sind. Hierzu führt der Berliner Senator für Finanzen in einem Schreiben vom 26.10.62 an die Industrie- und Handelskammer Berlin¹³¹⁾ aus, daß diese Auslegung auf einen Beschluß der Einkommensteuerreferenten der Länder zurückgeht:

..."Die Finanzverwaltung wird die Investitionszulage also wie einen öffentlichen Zuschuß nach den Ausführungen in Abschn. 34 EStR 1961 behandeln. Da die Investitionszulage nachträglich gewährt wird, können die AfA nach § 7 EStG oder die erhöhte AfA nach § 16 BHG 1962 im Jahr der Anschaffung oder Herstellung von den vollen Anschaffungs- oder Herstellkosten bemessen werden (vgl. Abschn. 34 Abs. 2 EStR 1961)."

Eine abschließende Klärung dieser Frage dürfte wohl durch eine Gerichtsentscheidung erfolgen müssen.

¹³⁰⁾ Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft von Berlin (West) und des Steuererleichterungsgesetzes für Berlin (West). Vom 26. Juli 1962, Bundesgesetzblatt I 1962, S. 481

¹³¹⁾ Vgl. Heinz G e o r g e : a.a.O., Nachtrag zu S. 97 ff.

Die vorstehend aufgeführten Sonderabschreibungsmöglichkeiten konnten bzw. können nicht nur jeweils allein für ein Anlagegut in Anspruch genommen werden, sondern, sofern dieses Aggregat den Kriterien zweier Vorschriften genügt, auch gemäß diesen beiden Vorschriften sonderabgeschrieben werden.

Eine derartige Duplizität war z.B. bei Schiffen möglich, die als Ersatz angeschafft wurden, indem dann gem. EStR 1950 neben den Sonderabschreibungen gem. § 7d EStG in Höhe von jeweils 15% im Jahr der Anschaffung oder Herstellung und dem folgenden Jahr auf dieses Schiff die gleichhohen Sonderabschreibungen gem. § 7a EStG geltend gemacht werden konnten. ¹³²⁾

Bezüglich des Zusammentreffens der Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG mit denen gem. §§ 7e, 7b und 7a EStG macht B r o s c h darauf aufmerksam, daß unter bestimmten Bedingungen im ersteren Falle eine Minderung des Anschaffungs- oder Herstellungswertes von unbeweglichen Wirtschaftsgütern innerhalb von vier Jahren um 52,5% möglich war und im letzteren Falle bei beweglichen Wirtschaftsgütern sogar eine Sofortabschreibung ohne Geltendmachung von Normalabschreibungen. ¹³³⁾

Eine weitere Parallelinanspruchnahme von Vergünstigungen kann bei dem Zusammentreffen der Bewertungsfreiheiten gem. §§ 7a und 7e EStG mit den Sonderabschreibungen gem. § 13l AO in Betrieben des Zonenrandgebietes vorkommen, ¹³⁴⁾ ferner bei der Erstellung von Abwässer- und Luftreinigungsanlagen in Berlin (West), bei denen dann gem. §§ 79 und 82 EStDV und § 16 BHG ebenfalls eine Sofortabschreibung ohne Geltendmachung von Normalabschreibungen im Jahr der Herstellung oder Anschaffung erfolgen kann. ¹³⁵⁾

¹³²⁾Vgl. Herbert B r ö n n e r : a.a.O., S. 185 - 186

¹³³⁾Vgl. Franz B r o s c h : Verschiedene Sonderabschreibungen nebeneinander? Die Wirtschaftsprüfung, Jahrgang 6 1953, S. 393 - 394

¹³⁴⁾Vgl. Grenzlandsonderabschreibungen neben den Vergünstigungen der §§ 7a oder 7e des Einkommensteuergesetzes. Der Betriebs-Berater, 12. Jahrgang 1957, S. 139

¹³⁵⁾Vgl. Abschreibungsvergünstigungen durch das Berlinhilfegesetz. Der Betriebs-Berater, 15. Jahrgang 1960, S. 548

Exkurs: Wertberichtigungen gem. § 7c EStG

Während die angeführten Sonderabschreibungen zur Teilfinanzierung von Sachanlagen für den Betrieb oder den Organkreis des Begünstigten bestimmt waren und z. T. noch sind, dienten die steuerbegünstigten Darlehn gem. § 7c EStG zur Teilfinanzierung des betriebsexternen Wohnungsbaus. Sie werden daher zutreffend von G i e r s c h als eine "steuerpolitisch induzierte Leistung der Wirtschaft mit betriebsfremder Zwecksetzung" bezeichnet, wobei er jedoch einräumt, daß in diesem Zusammenhang die Wohnungsbauförderung des Bergbaus als eine Ausnahme anzusehen sein dürfte.¹³⁶⁾ W e b e r charakterisiert die Darlehn im Hinblick auf den durch die Hingabe bedingten Liquiditätsabfluß und den Zufluß bei Tilgung der Darlehn als Selbstfinanzierung 'für die Zukunft'.¹³⁷⁾

Die Darlehnsgeber

Gemäß der Zielsetzung des durch das Zweite Steuerneuordnungsgesetz 1949¹³⁸⁾ in das EStG eingefügten § 7c, Mittel für den Wohnungsbau zu beschaffen, war die Darlehnsgewährung jedem Steuerpflichtigen mit ordnungsmäßiger Buchführung sowie nach § 7c EStG 1953 jedem sonstigen Steuerpflichtigen möglich. Die seitens der Finanzverwaltung anfangs vertretene Auffassung, daß Personengesellschaften bezüglich der an ihre Gesellschafter gewährten unverzinslichen Darlehn (und Zuschüsse) nicht als Berechtigte angesehen werden könnten, wurde bereits in den EStR II/1948/1949 dahingehend revidiert, daß diese in unterschiedlicher Höhe an alle Gesellschafter oder in gleicher oder unterschiedlicher Höhe an nur einen oder einige Gesellschafter anzuerkennen wären.¹³⁹⁾

¹³⁶⁾Hans-Helmut G i e r s c h : a.a.O., S. 78

¹³⁷⁾Vgl. Arnold E. W e b e r : Grundlagen der laufenden Finanzplanung im mittleren Industriebetrieb. Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Neue Folge, 7. Jahrgang 1955, S. 274

¹³⁸⁾Zweites Gesetz zur vorläufigen Neuordnung von Steuern. Vom 20. April 1949, a.a.O.

¹³⁹⁾Vgl. Walter B l ü m i c h - Ludwig F a l k : a.a.O., S.501

Begünstigungszeiträume und Beträge

a) 1949 - 1954

Die steuerliche Begünstigung der Darlehnsgeber bestand darin, daß sie gem. § 7c EStG 1949/50 die Darlehn in voller Höhe im Jahr der Hingabe steuerlich als abzugsfähige Betriebsausgabe, d.h. als Aufwand verbuchen konnten, und zwar in unbeschränkter Höhe. Ab 1.1.50 konnte die Vergünstigung auch von Steuerpflichtigen mit Sitz in Berlin (West) in Anspruch genommen werden.¹⁴⁰⁾

Eine erhebliche Einschränkung in der Höhe der Abzugsfähigkeit erfolgte durch das Steueränderungsgesetz 1951¹⁴¹⁾ für nach dem 30.6.51 gegebene Darlehn, die auf DM 7.000,- pro geförderte Wohnung begrenzt wurden.¹⁴²⁾ Vor dem 1.7.51 gegebene Darlehn oder feste Zusagen, die bis zum 31.12.51 erfüllt wurden, blieben bei der Ermittlung der DM 7.000,-Grenze unberücksichtigt, sofern mit der Erstellung des Baues aufgrund dieser Darlehn oder Zusagen vor dem 1.7.51 begonnen worden war.

Unter Aufrechterhaltung der genannten Obergrenze für Wohnungen konnten nach § 7c EStG 1953 auch Darlehn zur Mitfinanzierung von Kleinsiedlungen, Eigenheimen und Eigentumswohnungen unter Erhöhung der Höchstgrenze auf DM 10.000,- steuerlich abgesetzt werden, wenn die geltend gemachten Absetzungen im Rahmen der Grenzen des § 7g EStG 1953 blieben.¹⁴³⁾ In dieser durch das Steueränderungsgesetz 1953¹⁴⁴⁾ in das EStG eingegliederten Vorschrift wird die Summe der steuerlich berücksichtigungsfähigen

¹⁴⁰⁾Vgl. Herbert Brönnner : a.a.O., S. 203

¹⁴¹⁾Gesetz zur Änderung und Vereinfachung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes (ESt- und KSt-Änderungsgesetz 1951). Vom 27. Juni 1951, a.a.O.

¹⁴²⁾Vgl. J. Theis : Steuerliche Behandlung der Zuschüsse und Darlehen nach § 7c EStG. Der Betrieb, Jahrgang 4 1951, Beilage zu Nr. 51/52

¹⁴³⁾Vgl. E. Lenski : Die wichtigsten Bestimmungen der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung 1953 und der Einkommensteuer-Richtlinien für 1953. Der Betrieb, Jahrgang 7 1954, S. 287

¹⁴⁴⁾Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Einkommensteuergesetzes. Vom 19. Mai 1953, a.a.O.

Zuschüsse und Darlehn gem. §§ 7c und 7d Abs. 2 EStG auf zusammen 30% des vor Abzug der Darlehn ermittelten Gewinns begrenzt; Darlehn zur Förderung des Arbeitnehmer-Wohnungsbaus waren dabei gem. Abs. 1 Satz 2 nicht zu berücksichtigen. "Nach § 12c EStDV 1953 sind jedoch Zuschüsse und Darlehn, die vor dem 16.1.1953 rechtsverbindlich zugesagt worden waren und vor dem 1.1.1954 tatsächlich hingegeben wurden, ohne die Einschränkungen des § 7g EStG abzugsfähig." ¹⁴⁵⁾ § 7g EStG wurde durch das Steuerneuordnungsgesetz 1954 ¹⁴⁶⁾ mit Wirkung für nach dem 31.12.54 beginnende Geschäftsjahre gestrichen.

Entsprechend der Gewinnminderung im Jahre der Darlehnshingabe durch deren Anerkennung als Betriebsausgabe stellen die Tilgungen Betriebseinnahmen dar und erhöhen somit den steuerpflichtigen Gewinn in den Jahren des Rückflusses. Einer Tilgung steuerlich gleichgestellt wurde bei Umwandlung eines unverzinslichen in ein verzinsliches Darlehn die zu diesem Zeitpunkt bestehende Restvaluta unter gleichzeitiger Anerkennung der Hingabe eines neuen Darlehns.

Die Steuerbegünstigung der Darlehnsgeber besteht also in einer Gewinn- und damit Steuerverlagerung, die zu einer definitiven Steuerersparnis aufgrund zurückgegangener Ertragsteuerbelastung führt.

b) 1955 - 1961

Unter Beibehaltung der Höchstgrenzen für die für eine Wohneinheit berücksichtigungsfähigen Darlehn und der Begrenzung dieser Darlehn auf 30% des Gewinns einschließlich der Ausnahme von Darlehn zur Förderung des Arbeitnehmer-Wohnungsbaues brachte der § 7c EStG 1955 für die nach dem 1.1.55 gewährten Darlehn eine wesentliche Änderung hinsichtlich ihrer Steuerbegünstigung, indem nunmehr 25% der Darlehn außerhalb der Bilanz vom Gewinn abgesetzt werden konnten und die Darlehn mit ihrem jeweiligen Barwert zu bilanzieren sind.

¹⁴⁵⁾ Walter B l ü m i c h - Ludwig F a l k : a.a.O., S. 513

¹⁴⁶⁾ Gesetz zur Neuordnung von Steuern. Vom 16. Dezember 1954, a.a.O.

Die steuerliche Begünstigung der zu diesen Konditionen herausgelegten Darlehn besteht also einmal in der definitiven Steuerersparnis in Höhe der auf 25% der berücksichtigungsfähigen Darlehn fälligen Ertragsteuern und in einer temporären Steuerverlagerung in Höhe der auf den Abzinsungsbetrag entfallenden Steuern, die bei der jährlichen Neuberechnung des Barwerts der Darlehn in Höhe der auf die positive Differenz (a.o. Ertrag) entfallenden Steuern fällig werden. ¹⁴⁷⁾ Hierbei gehen Änderungen der Ertragsteuerbelastung zu Lasten oder zu Gunsten des Darlehnsgebers.

Die Darlehnsherkunft

Die Gewährung der durch § 7c EStG begünstigten Darlehn sollte generell aus dem Guthaben eines Betriebes erfolgen; die Hingabe eines Darlehns aus aufgenommenen Geldern konnte gem. EStR 1951 als ein Fall der Steuerumgehung angesehen werden, wenn bei wirtschaftlicher Betrachtung der Kreditgeber als eigentlicher Darlehnsgeber angesehen werden mußte, jedoch war es grundsätzlich möglich, Darlehn aus fremden Mitteln zu gewähren. ¹⁴⁸⁾

Eine Änderung dieser Rechtslage erfolgte durch § 7c EStG 1953, demzufolge Darlehn nur anerkannt wurden, wenn sie weder unmittelbar noch mittelbar in wirtschaftlichem Zusammenhang mit einer Kreditaufnahme -insbesondere auch von dem künftigen Darlehnsnehmer- standen. ¹⁴⁹⁾

In § 7c EStG 1955 ist dieses Kreditaufnahmeverbot nicht mehr enthalten, so daß auch eine zum Zwecke der Darlehnshingabe erfolgte Kreditaufnahme keinen Einfluß auf die Geltendmachung der Vergünstigung hatte, sofern darin nicht ein Vergehen gegen § 6 Steueranpassungsgesetz zu sehen war.

¹⁴⁷⁾Vgl. J. T h e i s : Zinslose Darlehen zur Förderung des Wohnungsbaues nach § 7c EStG 1955. Der Betrieb, Jahrgang 8 1955, Beilage 18 zu Nr. 48

¹⁴⁸⁾Vgl. Kreditaufnahme zur Förderung des Wohnungsbaus unschädlich. Der Betriebs-Berater, 6. Jahrgang 1951, S. 691
Zuwendungen nach § 7c EStG als Fall des § 6 StAnpG.
Der Betrieb, Jahrgang 4 1951, S. 416

In der Neufassung des § 7c EStG im Rahmen des Steueränderungsgesetzes 1958 ¹⁵⁰⁾ wurde für die in den Jahren 1959 bis 1961 zu gewährenden Darlehn bestimmt, daß sie wieder weder unmittelbar noch mittelbar in wirtschaftlichem Zusammenhang mit der Aufnahme von Krediten stehen dürfen.

Die Darlehnsempfänger

Gemäß § 7c EStG 1949/50 mußten die unverzinslichen Darlehn an

- a) gemeinnützige Wohnungsunternehmen
- b) Organe der staatlichen Wohnungspolitik
- c) gemeinnützige Siedlungsunternehmen
- d) zur Ausgabe von Heimstätten zugelassene Unternehmen
- e) sonstige Wohnungs- und Siedlungsunternehmen und private Bauherren

gegeben werden, die die Darlehn selbst und unmittelbar zum Wohnungsbau verwenden mußten. In § 7c EStG 1951 wurde mit Wirkung ab 30.6.51 der Empfängerkreis um

- f) freie Wohnungsunternehmen

und mit § 7c EStG 1953 mit Wirkung ab 1.6.53 um die

- g) Deutsche Bau- und Bodenbank AG

erweitert.

Die Neufassung des § 7c durch das Steuerneuordnungsgesetz 1954 brachte eine nicht unwesentliche Einschränkung der zur Entgegennahme von Darlehn gem. § 7c EStG Berechtigten, indem diese nunmehr nur noch an Bauherren gegeben werden konnten, so daß Organe der staatlichen Wohnungspolitik in der Regel nicht mehr in Betracht kamen, "weil sie nicht Bauherren zu sein pflegen."
¹⁵¹⁾ Hierzu führt O e h m i c h e n aus, daß dieser Ausschluß besonders einschneidend war für diejenigen Unternehmen, "die

¹⁴⁹⁾ Vgl. E. L e n s k i : Die Kleine Steuerreform. Der Betrieb, Jahrgang 6 1953, S. 471

¹⁵⁰⁾ Gesetz zur Änderung steuerlicher Vorschriften auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Ertrag und des Verfahrensrechts. Vom 18. Juli 1958, a.a.O.

¹⁵¹⁾ Walter B l ü m i c h - Ludwig F a l k : a.a.O., S. 521

bisher den § 7c EStG als Instrument der Gewinnverlagerung benutzten. Waren es doch vornehmlich die großen Realkreditinstitute mit Organeigenschaft, die als ideale Vertragspartner für derartige 7c-Transaktionen bei der Wirtschaft besonders beliebt waren. An dem bisherigen Gesamtaufkommen von etwa 3,5 Milliarden 7c-Gelder dürften diese Organe mit einem Löwenanteil beteiligt gewesen sein." 152)

Die Darlehnsverwendung

Nach § 7c EStG mußten die erhaltenen Darlehn unverzüglich und unmittelbar zur Finanzierung von Wohnungen eingesetzt werden, die hinsichtlich ihrer Größe, Ausstattung und Miete den §§ 10 und 11 der VO zur Durchführung des Gesetzes über die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen vom 27.7.40 entsprachen. Die Begünstigung von an sonstige Wohnungs- und Siedlungsunternehmen sowie an private Bauherren gegebenen Darlehn wurde in § 7c EStG 1951 davon abhängig gemacht, daß die geförderten Wohnungen von dem Darlehnsgeber selbst, seinen Arbeitnehmern oder seinen Angehörigen genutzt werden. 153)

Nach dem EStG 1953 konnten die nach dem 31.5.53 gewährten Darlehn auch zur Errichtung einer Kleinsiedlung, eines Eigenheims oder einer Eigentumswohnung eingesetzt werden. Die Neufassung des § 7c durch das Steuerneuordnungsgesetz 1954 ließ für die nach dieser Vorschrift gewährten Darlehn nur noch die Verwendung zur unverzüglichen und unmittelbaren nachstelligen oder Restfinanzierung von Wohnungen, Eigenheimen, Kaufeigenheimen, Kleinsiedlungen oder Eigentumswohnungen sowie zum Wiederaufbau kriegszerstörter Gebäude zu. 154)

152) Hermann O e h m i c h e n : Vorteile und Nachteile der Steuervergünstigung des § 7c EStG in bisheriger und zukünftiger Fassung. Der Betrieb, Jahrgang 7 1954, S. 1054

153) Vgl. Walter B l ü m i c h - Ludwig F a l k : a.a.O., S. 508/9

154) Vgl. E. L e n s k i : Die Steuerreform.
Der Betrieb, Jahrgang 7 1954, S. 1081

Durch das Steueränderungsgesetz 1958 wurde der Kreis der begünstigten Objekte erheblich eingeschränkt, indem die Vergünstigung nicht mehr für den werksgeförderten Wohnungsbau in Anspruch genommen werden konnte. ¹⁵⁵⁾

Die vorstehenden Ausführungen gelten sinngemäß auch für die unverzinslichen Darlehn gem. § 7d Abs. 2 EStG zur Förderung des Schiffsbaus, der durch das Steueränderungsgesetz 1950 ¹⁵⁶⁾ in das EStG aufgenommen wurde. Die Darlehn mußten ebenfalls aus eigenen Mitteln des Betriebes zur Finanzierung eines bereits in Auftrag gegebenen Schiffes gewährt werden, das zur Personen- oder Güterbeförderung bestimmt war. Nach § 7d Abs. 2 EStG 1951 war für nach dem 30.6.51 gegebene Darlehn Voraussetzung, daß der Bau des Schiffes schiffahrts- oder fischereipolitisch förderungswürdig war, wofür ein Nachweis in Form einer Bescheinigung zu erbringen war, die bei Fischereifahrzeugen vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und bei allen anderen Schiffen vom Bundesminister für Verkehr im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und der obersten Verkehrsbehörde des Landes, in dem der Schiffsverkehrsunternehmer seinen Sitz hatte, auszufertigen war. Nach dem 31.5.53 hingegebene Darlehn konnten mit Ausnahme der für besonders förderungswürdige Neubauten gewährten Darlehn gemäß § 7g EStG nur noch in Höhe von 20% des vor Abzug der Darlehn ermittelten Gewinns abgesetzt werden. Die Abzugsfähigkeit gem. § 7d Abs. 2 EStG bestand nur für bis vor dem 1.1.55 gewährte Darlehn. ¹⁵⁷⁾

¹⁵⁵⁾Vgl. Bernhard G ü b b e l s : a.a.O., S. 236/37

¹⁵⁶⁾Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes. Vom 29. April 1950. a.a.O.

¹⁵⁷⁾Vgl. Bernhard G ü b b e l s : a.a.O., S. 237

3. Die steuerliche Begünstigung der Abschreibungsberechtigten

Die steuerliche Begünstigung der jeweils Abschreibungsberechtigten besteht darin, daß sie zur Teilfinanzierung von Sachanlage-Investitionen durch Vornahme von Sonderabschreibungen Gewinne in steuerlich abzugsfähige Betriebsausgaben transformieren können und dadurch Beträge in Höhe der anderenfalls fälligen Ertragsteuern im Unternehmen binden können.

Die Begünstigten erhalten über die zugelassenen Sonderabschreibungen einen "Staatskredit" in Höhe der sonst abzuführenden Ertragsteuern, der ihnen

1. in der von ihren Investitionen, ihrer Ertragskraft und auch Kreditfähigkeit abhängigen Höhe oder der gesetzlich fixierten Maximalhöhe,
2. unverzinslich,
3. in der Laufzeit durch die Nutzungsdauer der angeschafften Anlagen und die anschließend gesetzlich bestimmte Höhe der Normalabschreibungen festgelegt und
4. ohne Sicherheitenstellung

eingerräumt wird, wobei der Rückzahlungsbetrag mit dem beanspruchten Betrag nur bei konstanter Ertragbesteuerung übereinstimmt; Steuersatzänderungen gehen zu Lasten oder zu Gunsten der Kreditnehmer in Form erhöhter oder verminderter Steuernachzahlungsverpflichtungen.

Ferner weist G u d e h u s darauf hin, daß eine Begünstigung um so größer ist

- je höher die Mehrabschreibungen sind,
- je früher sie vorgenommen werden,
- je höher der Zinssatz ist, der für Darlehen aus anderen Quellen zu zahlen wäre,
- je höher die Steuerbelastung ist. 158)

158) Vgl. Herbert G u d e h u s : Wert und Unwert überhöhter Abschreibungen. Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 8. Jahrgang 1956, S. 595/86

G u d e h u s führt ferner aus, "daß sich durch überhöhte Abschreibungen ein weiterer zusätzlicher Vorteil ergibt, wenn der Geldwert sich im Verlaufe der Nutzungsdauer vermindert, was bei langlebigen Wirtschaftsgütern ja nicht ganz unwahrscheinlich ist." 159)

Bei der Ermittlung der Höhe des Staatskredits als Ertragsteuerbelastung der Differenz zwischen Sonder- und Normalabschreibung ist zu berücksichtigen, daß hierbei die Differenz zwischen jeweiliger spezieller Sonderabschreibung zuzüglich zulässiger Normalabschreibung und nächstgünstiger generell zulässiger Normalabschreibung als Ermittlungsbasis heranzuziehen ist. Eine Nichtberücksichtigung dieses Sachverhalts würde unter Umständen zu einer Zugrundelegung einer überhöhten Ermittlungsbasis führen.

Während somit bei Baulichkeiten, soweit sie nicht Betriebsvorrichtungen sind, lineare Abschreibungen als Ermittlungsbasis anzusetzen sind, sind es bei Maschinen und maschinellen Anlagen degressive bzw. für den Zeitraum 1952 - 1960 auch digitale Abschreibungen. Die nunmehr als Ermittlungsbasis verbleibende Differenz kann als "effektive Sonderabschreibung" oder "Mehrabschreibung" bezeichnet werden.

Die Entwicklung des in seiner beanspruchbaren Höhe und Rückzahlung von den jeweiligen Sonder- und Restwertabschreibungen bestimmten Staatskredits ist in den vier folgenden Beispielen dargestellt, die unter Zugrundelegung der zur Zeit materiell bedeutungsvollsten Sonderabschreibungsmöglichkeiten gem. den §§ 81 EStDV und 16 BHG erstellt sind.

Beispiel 1: Anschaffung einer beweglichen Anlage mit zehnjähriger Nutzungsdauer im Anschaffungswert von DM 100.000,-; es wird die Sonderabschreibungsmöglichkeit des § 81 EStDV ausgenutzt, und zwar der besseren Vergleichbarkeit wegen im Jahre der Anschaffung; als Ermittlungsbasis für die Höhe des Staatskredits dienen degressive Abschreibungen in Höhe von 20% des Restbuchwerts:

159) Herbert G u d e h u s : a.a.O., S. 586

Jahr	Sonder- zzgl. lineare Normalabschr.	Degressive Abschreibung	Effektive Sonder- abschreibung	Staatskredit
1961	60.000	20.000	40.000	22.956
1962	70.000	36.000	34.000	19.513
1963	80.000	48.800	31.200	17.906
1964	90.000	59.040	30.960	17.768
1965	100.000	67.232	32.768	18.706
1966		73.786	26.214	15.044
1967		80.340	19.660	11.283
1968		86.894	13.106	7.522
1969		93.448	6.552	3.760
1970		100.000		

Die steuerliche Begünstigung des Investors besteht in der Inanspruchnahme einer staatlichen Finanzierungshilfe im Anschaffungsjahr in Höhe von rd. 23% der Investitionssumme, die sich nach Ablauf der gesetzlich zulässigen fünfmaligen vollen linearen Normalabschreibung noch auf rd. 19% beläuft.

Bei gleichem Sonder- und Normalabschreibungsverlauf einer gem. § 36 IHG und BFH-Urteil vom 13.5.58 abbeschriebenen beweglichen Anlage mit zehnjähriger Nutzungsdauer, die im Jahre 1955 angeschafft wurde, stellte sich der Staatskredit infolge höherer degressiver Abschreibungen und etwas geringerer Steuerbelastung auf rd. 18% im Anschaffungsjahr und hatte sich nach Ablauf von fünf Jahren bereits auf knapp 11% der Investition vermindert.

160) Von der Darstellung von Abschreibungsverläufen und der Ermittlung von Staatskrediten gem. § 36 IHG wird im Hinblick auf die in den Abschreibungsbögen enthaltenen empirisch ermittelten Abschreibungsverläufe, die durch Abschreibungen auf Anzahlungen und Teilerstellungskosten sowie durch die Verteilung der Sonderabschreibungen auf das Jahr der Anschaffung und die beiden folgenden Jahre mitunter nicht unerheblich modifiziert sind, abgesehen.

160) Vgl. Hans-Helmut G i e r s c h : a.a.O., S. 103

Beispiel 2: Errichtung eines Fabrikgebäudes mit vierzigjähriger Nutzungsdauer mit einem Aufwand von DM 100.000,-; es wird die Bewertungsfreiheit des § 81 EStDV in dem Jahr der Fertigstellung in Anspruch genommen, als Vergleichsgrundlage dienen die nur noch zulässigen linearen Normalabschreibungen:

Jahr	Sonder- zzgl. lineare Normalabschr.	Lineare Abschreibung	Effektive Sonder- abschreibung	Staatskredit
1961	32.500	2.500	30.000	17.217
1965	42.500	12.500	30.000	17.217
1970	50.714	25.000	25.714	14.757
1975	58.928	37.500	21.428	12.298
1980	67.142	50.000	17.142	9.838
1985	75.356	62.500	12.856	7.378
1990	83.570	75.000	8.570	4.918
1995	91.784	87.500	4.284	2.459
2000	100.000	100.000		

Als Folge der fünfmalig zulässigen vollen linearen Abschreibung ist der wegen der niedrigeren Sonderabschreibung von 30% der Herstellkosten im Vergleich zu Maschineninvestitionen geringere Staatskredit nach fünf Jahren noch in voller Höhe von rd. 17% vorhanden. Nach Ablauf von 10 Jahren stellt er sich noch auf rd. 15%, nach 20 Jahren auf noch rd. 10% und nach 30 Jahren nur noch auf rd. 5% der Investitionssumme.

Bei Zugrundelegung gleichhoher IHG-Abschreibungen und anschließender voller linearer Normalabschreibung gem. BFH-Urteil vom 13.5.58 besteht der Staatskredit in voller Höhe von rd. 20% der Investitionssumme bei Abschreibung in den Jahren 1952 - 1954 bzw. von rd. 17% bei Abschreibung in den Jahren 1955 - 1956 bis zu Ende des 28. Jahres und löst sich dann in den letzten 12 Jahren der Nutzung auf.

Beispiel 3: Anschaffung einer beweglichen Anlage mit zehnjähriger Nutzungsdauer im Anschaffungswert von DM 100.000,-; es wird die Sonderabschreibungsmöglichkeit des § 16 BHG im Anschaffungsjahr wahrgenommen; als Ermittlungsbasis für die Höhe des Staatskredits dienen ebenfalls degressive Abschreibungen in Höhe von 20% vom Restbuchwert; Der Staatskredit wird einmal unter Zugrundelegung der Ertragsteuerbelastung im Bundesgebiet (a) und zum anderen unter Berücksichtigung der Berliner Steuerpräferenzen (b) ausgewiesen:

Jahr	Sonder- zzgl. lineare Normalabschr.	Degressive Abschreibung	Effektive Sonder- abschreibung	Staatskredit	
				(a)	(b)
1961	75.000	20.000	55.000	31.564	25.157
1962	77.778	36.000	41.778	23.976	19.109
1963	80.556	48.800	31.756	18.225	14.525
1964	83.334	59.040	24.294	13.942	11.112
1965	86.112	67.232	18.880	10.835	8.638
1966	88.890	73.786	15.104	9.668	6.909
1967	91.668	80.340	11.328	6.501	5.186
1968	94.446	86.894	7.552	4.334	3.454
1969	97.224	93.448	3.776	2.167	1.727
1970	100.000	100.000			

Die Tabelle zeigt, daß die im ersten Jahr rd. 32% (25%) betragende staatliche Finanzierungshilfe sich bereits im dritten Jahr auf rd. 18% (15%) und im fünften Jahr auf rd. 11% (9%) der Investitionssumme vermindert.

Der gegenüber der § 81 EStDV-Abschreibung im ersten Jahr um rd. 9% höhere Staatskredit hat sich bereits im dritten Jahr wegen der nach § 16 BHG nur zulässigen Restwertabschreibung

diesem angeglichen und liegt nach Ablauf von fünf Jahren aus diesem Grunde sogar um rd. 8% der Investitionssumme darunter. Gegenüber dem Staatskredit aufgrund der Sonderabschreibungen gem. §§ 79 und 82 EStDV sowie gem. § 131 AO ist das Absinken desjenigen gem. § 16 BHG nicht so stark, weil bei diesen Vergünstigungen nur 2 oder 3 Jahre die vollen linearen Normalabschreibungen geltend gemacht werden dürfen.

Beispiel 4: Errichtung eines Fabrikgebäudes mit vierzigjähriger Nutzungsdauer mit einem Aufwand von DM 100.000,-; es wird die Bewertungsfreiheit des § 16 BHG in dem Jahr der Fertigstellung in Anspruch genommen; als Ermittlungsgrundlage für den Staatskredit dienen die nur noch zulässigen linearen Normalabschreibungen; der Staatskredit wird einmal unter Zugrundelegung der Ertragsteuerbelastung im Bundesgebiet (a) und zum anderen unter Berücksichtigung der Berliner Steuerpräferenzen (b) ausgewiesen:

Jahr	Sonder- zzgl. lineare Normalabschr.	Lineare Abschreibung	Effektive Sonder- abschreibung	Staatskredit	
				(a)	(b)
1961	75.000	2.500	72.500	41.608	33.162
1962	75.641	5.000	70.641	40.541	32.311
1965	77.564	12.500	65.064	37.340	29.760
1970	80.769	25.000	55.769	32.006	25.509
1975	83.974	37.500	46.474	26.672	21.257
1980	87.179	50.000	37.179	21.337	17.006
1985	90.384	62.500	27.884	16.003	12.754
1990	93.589	75.000	18.589	10.669	8.502
1995	96.794	87.500	9.294	5.334	4.251
2000	100.000	100.000			

Die insbesondere bei langlebigen Wirtschaftsgütern sehr wirkungsvolle steuerliche Finanzierungshilfe als Folge der durch

§ 16 BHG gravierenden Aufwandsantizipation kommt in der Aufstellung klar zum Ausdruck, indem sich der Staatskredit im Jahr der Fertigstellung auf rd. 42% (33%), nach zehn Jahren noch auf rd. 32% (26%) und nach Ablauf der halben Nutzungsdauer noch auf rd. 21% (17%) der Investitionssumme stellt.

Gegenüber den übrigen Sonderabschreibungsmöglichkeiten auf unbewegliche Wirtschaftsgüter beläuft sich der durch die Ausnutzung des § 16 BHG mögliche fiskalische Finanzierungsanteil auf rund das Zweieinhalbfache, wie aus dem Vergleich mit der Entwicklung des Staatskredits bei Inanspruchnahme des § 81 EStDV ersichtlich ist. Ein Vergleich mit der durch die Ausnutzung des § 36 IHG möglichen Inanspruchnahme der Finanzierungshilfe des Fiskus zeigt, daß die in ihrer prozentualen Höhe von rd. 20% bzw. 17% der Investitionssumme ungleich geringeren Staatskredite infolge der gemäß BFH-Urteil vom 13.5.58 möglichen Abschreibung mit den vollen linearen Sätzen und der gem. § 16 BHG nur zulässigen Restwertabschreibung nach dem 22. bzw. 24. Jahr kurzfristig über dem durch die Ausnutzung des § 16 BHG möglichen Betrag liegen.

Die Beispiele lassen erkennen, daß die Finanzierungsfunktion der über den Umweg der Sonderabschreibungen vorgenommenen Steuererstundung prozentual einen recht erheblichen Umfang annehmen kann. Eine Erhöhung des Staatskredits sowie eine Verlängerung der Laufzeit ist durch die Ausnutzung der verschiedentlich zulässigen Abschreibungen auf Anzahlungen und Teilherstellungskosten zu erreichen.

Die vorstehenden Beispiele sind auf der Grundlage konstanter Ertragbesteuerung aufgebaut, wodurch eine Übereinstimmung von Kreditinanspruchnahme und Rückzahlungsbetrag gegeben ist. Aus der Tabelle über die Ertragsteuerentwicklung auf Seite 5 ist ersichtlich, daß die Steuerlast in den Jahren 1948/49 bis 1957 nicht unerheblich schwankte, so daß namentlich bei Verlagerung der Gewinne der Jahre 1951 bis 1954 in die Folgejahre Steuer-

einsparungen realisiert werden konnten, die sich auf rd. 12% des Bruttogewinns bei Versteuerung in den Jahren 1955 bis 1957 und auf rd. 11% bei Versteuerung in den darauffolgenden Jahren belaufen.

Sofern die verlagerten Bruttogewinne nicht thesauriert -wie in den Beispielen unterstellt ist- sondern ausgeschüttet werden, beläuft sich die Steuerersparnis bei Versteuerung in den Jahren 1953 und 1954 auf rd. 13%, bei Versteuerung in den Jahren 1955 bis 1957 auf rd. 8% und bei Versteuerung in den Folgejahren auf rd. 24% des Bruttogewinns.

Wird darüber hinaus berücksichtigt, daß in Höhe des Staatskredits mit rd. 7 - 10% p.a. verzinsliche Bankkredite oder noch höher verzinsliche Lieferantenkredite nicht in Anspruch genommen zu werden brauchen oder Zwischengewinne in Höhe der individuellen Kapitalrentabilität realisiert werden können, dann wird erst das Ausmaß der liquiditäts- und rentabilitätswirksamen Förderung der Begünstigten ersichtlich.

II. Interne Bestimmungsgrößen der Abschreibungspolitik

Der extern zulässige Variationsbereich der Abschreibungen liegt im Handelsrecht -wie bereits erwähnt- zwischen dem Ansatz linearer Abschreibungen bei relativ hoch angesetzter Nutzungsdauer und degressiven Abschreibungen bei relativ niedrig angesetzter Nutzungsdauer (mit dem Extrem der Sofortabschreibung). Im Steuerrecht ist bezüglich der Normalabschreibungen etwa der gleiche Ermessensspielraum mit Ausnahme des Ansatzes relativ kurzer Nutzungsdauern oder zu niedrig bemessenen Abschreibungen gegeben; eine positive Erweiterung bilden die aufgeführten Sonderabschreibungen, die in besonders gelagerten Fällen sogar eine Vollabschreibung im Jahre der Anschaffung oder Herstellung zulassen.

Die Bestimmung des in den Jahresabschluß einzustellenden Abschreibungsaufwands erfolgt im Rahmen der in dem aufgezeigten externen Variationsbereich möglichen Abschreibungspolitik unter dem Primat der internen Determinanten.

Zu den Bestimmungsgründen für die Abschreibungsbemessung führt z.B. R i e b e l aus: ¹⁶¹⁾

"Früher war man sich des Aufwands- und Kostencharakters der Abschreibungen nicht recht bewußt und hat sie mehr als einen Bestandteil des Bruttogewinns angesehen. Die Höhe der Abschreibungen wurde für das jeweils abgeschlossene Geschäftsjahr mehr oder weniger willkürlich festgelegt, wobei man im allgemeinen geneigt war, bei großen Gewinnen viel, bei geringen Gewinnen wenig abzuschreiben."

Auch A d l e r - D ü r i n g - S c h m a l t z weisen bezüglich der Abschreibungsfestsetzung darauf hin, daß es früher üblich war, die Abschreibungen nach Ermittlung des Gewinns als eine Art Ertragsverwendung nach den vorstehend genannten Gesichtspunkten zu bemessen. ¹⁶²⁾

¹⁶¹⁾Paul R i e b e l : Die Problematik der Normung von Abschreibungen. Der Betrieb, Jahrgang 13 1960, S. 729

Diesen Ausführungen ist zu entnehmen, daß die Abschreibungs-festsetzung unter Berücksichtigung des unternehmenspolitisch für zweckmäßig angesehenen Erfolgsausweises vorgenommen wird, d.h. daß bei der Bestimmung der Höhe der Abschreibungen der Ertragslage des Unternehmens eine nicht unerhebliche Bedeutung zukommt. Die Ertragslage und die Ertragserwartungen, denen als Entscheidungsgrundlage für die Wahl der Abschreibungsmethode eine beinahe noch größere Bedeutung zuzuordnen ist, können als die grundsätzlichen internen Bestimmungsgrößen der Abschreibungs-politik bezeichnet werden, zu denen als modifizierende Determinanten noch die Finanzpolitik, die betriebliche Steuer-politik, die Dividendenpolitik und sonstige unternehmenspoli-tische Zielsetzungen hinzukommen können.

a) Grundsätzliche interne Bestimmungsgrößen

Als grundsätzliche interne Determinanten der Abschreibungspoli-tik wurden die Ertragslage und die mitunter noch bedeutungsvol-leren Ertragserwartungen bezeichnet. Auf diese Ertragsabhängig-keit der Abschreibungen weist auch P l u m in seinen Ausführ-ungen zu den Veränderungen der Abschreibungen im Rahmen der jährlichen Bilanzentwicklung der deutschen Aktiengesellschaf-ten unter anderem hin: 163) 164) 165)

"Die Besserung der Ertragslage in fast allen Teilen der Industrie kommt besonders deutlich in den teilweise sprung-haften Erhöhungen der Abschreibungen zum Ausdruck, deren Steigerungen durchweg über die mengenmäßigen Umsatzerhö-hungen hinausgehen dürften. ... Die sprunghaften Erhöhun-

162) Vgl. Hans A d l e r - Walther D ü r i n g -
Kurt S c h m a l t z : a.a.O., § 131 Tz 217

163) Gustav P l u m : Die Bilanzentwicklung der westdeutschen Aktiengesellschaften 1954. Zeitschrift für Betriebs-wirtschaft, 26. Jahrgang 1956, S. 302

164) Gustav P l u m : Die Bilanzentwicklung der westdeutschen Aktiengesellschaften 1955. Zeitschrift für Betriebs-wirtschaft, 27. Jahrgang 1957, S. 241

165) Gustav P l u m : Die Bilanzentwicklung der westdeutschen Aktiengesellschaften 1956. Zeitschrift für Betriebs-wirtschaft, 28. Jahrgang 1958, S. 335

gen lassen darauf schließen, daß teilweise recht erhebliche stille Reserven gelegt worden sind. Weite Teile der Industrie wollen eine Vorsorge treffen, um in künftigen Jahren mit geringerer Rentabilität Ausweichmöglichkeiten zur Bilanzverbesserung durch verringerte Abschreibungen zu haben."

"Allerdings spielt dabei auch die Ertragsentwicklung eine nicht unerhebliche Rolle. In mehreren Industriezweigen hat man die Abschreibungen ermäßigt, und teilweise sogar recht kräftig. Dabei dürfte auch der hierdurch erzielte Beitrag zur Ertragsbesserung angestrebt worden sein."

"Die Höhe der Abschreibungen wird von zahlreichen Einflüssen mitbestimmt. Die Umsatzentwicklung spielt eine gewisse Rolle, aber weit wichtiger ist die Höhe der Investitionen und vor allen Dingen die Höhe der aus den Jahresergebnissen verfügbaren Erträge."

Der vorstehend genannte und auch in den Ausführungen von P l u m sowie in denen von T h i e ß über die Abschreibungspolitik in der eischaffenden Industrie unter dem Einfluß des IHG ¹⁶⁶⁾ anklingende bzw. deutlich erkennbare Primat der Ertragserwartungen unter den internen Bestimmungsgrößen der Abschreibungspolitik ergibt sich aus dem obligatorischen Ansatz von Normalabschreibungen nach Handels- und insbesondere Steuerrecht, indem sie für die Wahl der Abschreibungsmethode von entscheidender Bedeutung sind. Die einmal für einen Anlagegegenstand aufgrund der Einzelbewertungsmöglichkeit des EStG festgelegte Abschreibungsmethode bestimmt generell die in den Folgejahren vorzunehmenden Abschreibungen, die insgesamt vorgenommenen Entscheidungen bestimmen generell die Höhe des gesamten in den Folgejahren in die Erfolgsrechnungen einzustellenden Abschreibungsaufwands und damit die Höhe der durch Abschreibungen möglichen Erlösbindung.

¹⁶⁶⁾Vgl. Erich T h i e ß : Die Abschreibungspolitik in der eischaffenden Industrie unter dem Einfluß des Investitionshilfe-Gesetzes. Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Neue Folge 6. Jahrgang 1954, S. 452

Eine spürbare Variation des künftigen Abschreibungsaufkommens ist jedoch nur durch fallweise Festsetzung der Abschreibungsmethode bei den beweglichen Wirtschaftsgütern möglich, da nur bei diesen im Rahmen der steuerlichen Möglichkeiten zwischen linearer und degressiver Abschreibung gewählt werden kann; für unbewegliche Wirtschaftsgüter sind nur noch lineare Abschreibungen zulässig. Als Folge der zunehmenden Kapitalintensität der Industrie stellen sich die Investitionen in bewegliche Wirtschaftsgüter auf ein Vielfaches derjenigen in unbewegliche Wirtschaftsgüter und führen somit zwangsläufig zu kontinuierlichen Entscheidungen über die Wahl der Abschreibungsmethoden, wodurch eine -in absoluten Zahlen- erhebliche Variation des Abschreibungsaufkommens der folgenden Jahre durchführbar wird.

Eine vergleichbar überwiegende Bedeutung wie bei der Festsetzung der hinsichtlich der Normalabschreibungen anzuwendenden Methode kommt den Ertragserwartungen für die Bemessung von Sonderabschreibungen im allgemeinen nicht zu. Die Festsetzung von Sonderabschreibungen erfolgt überwiegend im Hinblick auf die Ertragslage und unter modifizierender Berücksichtigung von Dividenden- und/oder Rücklagenpolitik; lediglich bei Entscheidungen darüber, ob Sonderabschreibungen zum letztmals möglichen Termin -eventuell mittels eines Verlustvortrags- ausgenutzt werden sollen, oder ob von der Vergünstigung kein Gebrauch gemacht werden soll, kommt den Ertragserwartungen eine entscheidende Bedeutung zu.

Die für die Normalabschreibungen etwas geringere Bedeutung der Ertragslage erklärt sich daraus, daß nach der unter Berücksichtigung der Ertragserwartungen und auch der Ertragslage gefällten Entscheidung über die Wahl der Abschreibungsmethode auf Grund der Ertragslage nur die Höhe der in dem betreffenden Jahr anzusetzenden Abschreibungsrate zu bestimmen ist. Der dafür bestehende Variationsbereich liegt zwischen dem Ansatz einer vollen Rate bei Zugang in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres und einer knapp bemessenen pro-rata-temporis-Abschreibung bzw. der Unterlassung einer Abschreibung bei Zugang gegen Ende des Geschäftsjahres.

Im Gegensatz zu der etwas untergeordneten Bedeutung der Ertragslage als Bestimmungsgröße für die aufgrund von Handels- und Steuerrecht obligatorischen Normalabschreibungen kommt ihr bei den fakultativen Sonderabschreibungen im allgemeinen eine übergeordnete Bedeutung im Rahmen der Entscheidungen zu, ob überhaupt und -im Falle positiver Entscheidung- in welcher Höhe diese vorgenommen werden sollen. Der Vorrang der Ertragslage erstreckt sich bei diesen Entscheidungen auf die Jahre, in denen eine Ausnutzung der Sonderabschreibungsmöglichkeit wahlweise möglich ist; bei Entscheidungen zum letztmals möglichen Termin kommt dagegen den Ertragserwartungen eine größere Bedeutung zu. Eine übergeordnete Bedeutung kommt der Ertragslage auch bei dem Ansatz von Teilwertabschreibungen zu, die namentlich in ertragstarken Jahren geltend zu machen versucht werden.

Ferner ist eine gute Ertragslage auch die Ursache für die in die Erfolgsrechnungen eingestellten versteuerten "Sonderabschreibungen" ¹⁶⁷⁾ zur Reduzierung des sonst ausweispflichtigen Gewinns auf die Höhe des Dividendenvorschlags, wie sie insbesondere von Unternehmen mit im Verhältnis zum Geschäftsumfang geringer Anlageintensität wie z.B. Banken oder mit gegebener Anlageintensität und langem Reliquidisierungszeitraum wie z.B. Kaufhäusern vorgenommen werden, wenngleich diese Abschreibungen Gewinnverwendung und nicht Aufwandsverrechnung im Rahmen der steuerlichen Möglichkeiten darstellen. "Die übermäßigen Abschreibungen sind", wie le C o u t r e ausführt, "das üblichste, erfolgreichste und bequemste Mittel, den Gewinn nur in der dem Bilanzaufsteller bzw. Unternehmer jeweils zweckmäßig erscheinenden Höhe sichtbar werden zu lassen." ¹⁶⁸⁾

¹⁶⁷⁾ Vgl. Hans Adler - Walther Düring -
Kurt Schmaltz : a.a.O., § 132 Tz 59

¹⁶⁸⁾ Walter le C o u t r e : Grundzüge der Bilanzkunde ..
a.a.O., S. 125

b) Modifizierende interne Bestimmungsgrößen

Die unter dem Realisationsaspekt als primär angesehenen Determinanten der internen Abschreibungsfestsetzung, die Ertragserwartungen und die Ertragslage, können mehr oder minder häufig von unternehmenspolitischen Determinanten überlagert sein, obgleich sie die letztthin definitiven Bestimmungsgrößen sind.

Die bereits genannte Finanzierungsfunktion der Abschreibungen, die erst in den letzten Jahrzehnten in den zentralen Interessenbereich der Unternehmen rückte und auf der die aus wirtschaftspolitischen Motiven gewährten Sonderabschreibungen basieren, läßt die Finanzpolitik der Unternehmen als eine gewichtige modifizierende Determinante erscheinen. Bei der im Rahmen der Erörterung des Einflusses von Ertragslage und Ertragserwartungen auf die Vornahme von Sonderabschreibungen genannten erforderlichen Entscheidung über die Ausnutzung gegebener Möglichkeiten dürfte sie neben der betrieblichen Steuerpolitik von ausschlaggebender Bedeutung sein.

In den Jahren bis etwa 1955 dürfte es sich hierbei wohl nur um eine Entscheidung über deren Höhe gehandelt haben, da die Vornahme von Sonderabschreibungen im Hinblick auf den unergiebigsten Kapitalmarkt und die enorm hohe Steuerbelastung einbehaltener Gewinne als betriebswirtschaftlich notwendig zu bezeichnen war. Die finanzpolitischen Entscheidungen waren nicht hinsichtlich der Alternative Innen- oder Außenfinanzierung, sondern nur hinsichtlich der Höhe der Innenfinanzierung zu fällen: die Sonderabschreibungen "förderten die Kapitalbildung der Unternehmungen aus eigenen Mitteln, d.h. also die Selbstfinanzierung, in hohem Maße." 169)

Nach Auslauf des Investitionshilfe-Gesetzes sind weitreichende finanzpolitische Entscheidungen über die Ausnutzung von Sonderabschreibungsmöglichkeiten nur noch bezüglich des § 81 EStDV

169) Günter Schmölde rs : Volkswirtschaftliche Probleme der sogenannten Selbstfinanzierung.
In: Günter Schmölde rs und Heinrich Rittershausen:
Moderne Investitionsfinanzierung, Essen 1959, S. 45

für Bergbau-Unternehmen und des § 16 BHG für Unternehmen mit Betriebsstätten in Berlin (West) zu treffen, da die steuerlichen Finanzierungshilfen der §§ 79 und 82 EStDV sich nur auf Spezialanlagen erstrecken, die im Rahmen der betrieblichen Investitionen im allgemeinen untergeordneten Umfangs sind.

Die Bedeutung der neben der Finanzpolitik als Einflußgröße bei der Bemessung namentlich von Sonderabschreibungen angeführten betrieblichen Steuerpolitik als modifizierender interner Determinante der Abschreibungs politik wurde bei der Behandlung der steuerlichen Begünstigung der Sonderabschreibungsberechtigten bereits indirekt dargelegt, indem die gewinnmindernde und -verlagernde Wirkung der Sonderabschreibungen behandelt wurde. Die angeführten Beispiele machen erkenntlich, daß eine auf Steuerminimierung gerichtete betriebliche Steuerpolitik durch die Ausnutzung von Sonderabschreibungsmöglichkeiten durchführbar war und daß mittels deren Ausnutzung infolge der Verlagerung steuerpflichtiger Gewinne echte Steuerersparnisse nicht unerheblichen Umfangs realisiert werden können. Bei einigen Unternehmungen wurden Sonderabschreibungen über die realisierte Erlösbindung hinaus angesetzt, um über den in der Steuerbilanz vorgetragenen Verlust steuerunschädliche Erlösbindungen in den Folgejahren vereinnahmen zu können; hieraus ist die Bedeutung der betrieblichen Steuerpolitik für die Abschreibungsbemessung zu ersehen.

Die aufgrund des modifizierenden Einflusses dieser Determinanten erfolgte Vornahme von Sonderabschreibungen führt in den Folgejahren zu Abschreibungslücken in Höhe der realisierten Aufwandsvorverlagerungen. In Verbindung mit positiven Ertrags-erwartungen können sie mitunter auch einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die betriebliche Investitions politik, die von Brandt als "langfristig zukunftsorientierte Auswahl von Anlagen nach finanzwirtschaftlichen Grundsätzen mit dem Ziel der gesamtbetrieblich optimalen Verwendung des anlagebereiten Kapitals" ¹⁷⁰⁾ definiert wird, ausüben, indem in darüber

hinausgehendem Umfange Investitionen durchgeführt werden (missen), deren periodenanteilige Abschreibungen zumindest teilweise dazu dienen, diese durch Sonderabschreibungen verursachten Abschreibungslücken zwecks Realisierung der für erforderlich und möglich angesehenen steuerunschädlichen Erlösbindungen zu schließen. Zu gleichen Rückwirkungen können auch Senkungen der steuerlich anzuerkennenden Abschreibungssätze führen. Hierzu wird in der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen die von M e l l i n g e r vertretene Ansicht wiedergegeben, "daß besonders Großunternehmen von einem bestimmten Abschreibungsvolumen ausgehen müssen, das sich auf Grund ihrer Produktions-, Umsatz- und Gewinnlage ergibt. Sie prüfen daher, wie sie das Investitionsvolumen finanzieren können, das entsprechende Abschreibungen gestattet." 171)

In den nachstehenden Analysen dürften neben einem Teil der ab 1961 bzw. 1962 stark gestiegenen Anlagenzugänge die verschiedentlich angeführten Kapitalmarkt-Transaktionen unter diesem Aspekt zu sehen sein.

Als eine weitere unternehmenspolitische Determinante ist die bereits als modifizierende Bestimmungsgröße angeführte Dividendenpolitik zu nennen, die in den letzten Jahren der branchenweise und/oder nach Unternehmensgrößen normierten Dividendenvorschläge bzw. der auf Stabilität gerichteten Dividendenpolitik einen zum Teil nicht unerheblichen Einfluß auf die Festsetzung der Abschreibungsmethode und die Bemessung der Abschreibungsraten infolge unbefriedigender Ertragslage hatte, und zwar insbesondere bei Unternehmen, die in dieser Zeit an den Kapitalmarkt heranzutreten beabsichtigten. Nach erfolgter Kapitalmarktinanspruchnahme trat dann die Dividendenpolitik mitunter wieder zugunsten der Finanzpolitik in den Hintergrund, indem von der Erlösbindungsmöglichkeit durch Abschreibungen in vollem

170) Horst B r a n d t : Investitionspolitik des Industriebetriebes, Wiesbaden 1959, S. 15

171) Die mißverständene Abschreibung. Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 13. Jahrgang 1960, S. 315

Umfange Gebrauch gemacht wurde. Der Einfluß von Dividendenerwägungen auf die Abschreibungsbemessung ist auch den vorstehend wiedergegebenen Ausführungen von P l u m zu entnehmen, daß die Abschreibungen teilweise recht kräftig ermäßigt wurden, wobei "der hierdurch erzielte Beitrag zur Ertragsbesserung angestrebt worden sein" dürfte. 172)

Die als weitere modifizierende interne Determinante bereits erwähnte Rücklagenpolitik kann zum einen darin bestehen, mittels der vorstehend angeführten versteuerten Abschreibungen "stille Rücklagen" zu bilden, um den thesaurierten Gewinn z.B. in Form von Rücklagendotationen möglichst klein zu halten, und zum anderen darin, aufgrund eines handelsbilanziellen Verlustes infolge übermäßiger Abschreibungen offene Rücklagen aufzulösen, um dadurch eine Transformation offener in stille Rücklagen zu erreichen.

Ferner sind übermäßige Abschreibungen, die zu einem ausgeglichenen oder sogar negativen Ergebnis führen, ein nicht unbeliebtes Mittel, um Minderheitsaktionäre auszubooten; hierfür kann sich auch eine Kombination mit Rücklagerumwandlungen als recht zweckmäßig erweisen. Im Rahmen der kritischen Würdigung der Sonderabschreibungen ist hierzu ein Beispiel angeführt.

Abschließend kann Abschreibungspolitik definiert werden als die in dem handels- und/oder steuerrechtlich determinierten Variationsbereich aufgrund von Ertragserwartungen und Ertragslage unter modifizierendem Einfluß unternehmenspolitischer Zielsetzungen vorgenommene Bestimmung des Abschreibungsaufwands durch Festsetzung von Abschreibungsmethode, -dauer und -höhe.

172) Gustav P l u m : Die Bilanzentwicklung der westdeutschen Aktiengesellschaften 1955. a.a.O., S. 241

B Abschreibungspolitik aus externer Sicht

Die Schwierigkeiten, die sich bei dem Versuch einer externen Ermittlung der Abschreibungspolitik bestimmter Unternehmen ergeben, werden von L e i t n e r wie folgt zusammengefaßt: ¹⁾

"Eine Kritik der Abschreibungen fordert besondere Sachkenntnis. Zu beachten ist, ob vom Buchwert oder vom Anschaffungswert abgeschrieben wird; wie die Instandhaltungskosten verrechnet werden, wie die Zugänge abgeschrieben werden, ob sie ohne Abschreibung bleiben, ob der volle Jahressatz oder ob der Jahressatz pro rata temporis angerechnet wurde. Häufig werden die Zugänge mit fast 100%, gewöhnlich bis auf 1 M. abgeschrieben."

Wenngleich nicht mehr alle aufgeführten Probleme infolge des starken Einflusses des Steuerrechts auf die Entwicklung des Anlagevermögens einschließlich der Abschreibungen in den Bilanzen der heutigen Zeit aktuell sind, so zeigt die Zusammenstellung doch recht eindringlich, daß eine externe Analyse der Abschreibungspolitik auf der Grundlage recht komplexer Größen erfolgen muß.

Die angeschnittenen Fragen beziehen sich fast ausschließlich auf die Ermittlung der Abschreibungsmethoden, der Abschreibungsdauer und der Abschreibungshöhe, die Ausdruck der Abschreibungspolitik, und zwar der materiellen Abschreibungspolitik sind, die durch die formale Abschreibungspolitik ergänzt wird, in deren Rahmen der Ausweis der Abschreibungen in Bilanz und Erfolgsrechnung sowie der Umfang der Erläuterungen im Geschäftsbericht festzulegen ist. Obwohl der Ausweis der Normalabschreibungen zum Teil branchenweise mehr oder minder einheitlich direkt oder indirekt erfolgt, ist durch die Wahl des Ausweises der Sonderabschreibungen in Verbindung mit oder ohne weitere Erläuterungen im Geschäftsbericht eine recht unterschiedlich wirkende formale Abschreibungspolitik möglich.

1) Friedrich L e i t n e r : Bilanztechnik und Bilanzkritik, 8. und 9., neu bearbeitete Auflage, Berlin und Leipzig 1929, S. 110

I. Der Abschreibungsausweis im Jahresabschluß

Normalabschreibungen sind der Teil des Anschaffungs- oder Herstellungsaufwands einer Anlage, der gemäß den betriebswirtschaftlichen, handels- und steuerrechtlichen Normen der jeweiligen Periode als Äquivalent für die Kapazitäts- und/oder Wertminderungen der Anlage zu belasten ist, um nominale Kapitalerhaltung zu erreichen.

Sonderabschreibungen aufgrund steuerrechtlicher Bewertungsfreiheiten stellen in Höhe der Differenz bis zu den betriebswirtschaftlich und handelsrechtlich notwendigen Abschreibungen eine über das Erforderliche hinausgehende buchmäßige Abwertung der sonderabschreibungsfähigen Anlagen dar. Diese Abschreibungs- und damit Aufwandsvorverlagerung wird in den auf die Sonderabschreibung folgenden Jahren in Höhe der jeweiligen Differenz zwischen betriebswirtschaftlich und handelsrechtlich erforderlichen und den dann steuerrechtlich nur noch zulässigen linearen oder Restwertabschreibungen zurückgeführt und hat sich nach Ablauf der Nutzungsdauer vollständig aufgelöst, da die Sonderabschreibungen nur im Rahmen der zulässigen 100-Prozent-Grenze des Anschaffungs- oder Herstellungsaufwands vorgenommen werden können.

Diese bilanziellen Vorgänge der kontinuierlichen Aufwandsverteilung durch Normalabschreibungen und der diskontinuierlichen Aufwandsverteilung durch Sonder- und anschließend steuerrechtlich fixierte Normalabschreibungen ²⁾ können insbesondere hinsichtlich der diskontinuierlichen Aufwandsverteilung je nach Wahl des Abschreibungsausweises mehr oder minder deutlich aus der Bilanz ersichtlich sein und im Grenzfall fast unsichtbar ablaufen. Der formalen Abschreibungspolitik ist hier ein nicht unerheblicher Variationsbereich gegeben.

²⁾ Vgl. Ulrich Harder : a.a.O., S. 222

a) Die Aussagefähigkeit des Abschreibungsausweises

Aufgrund der verschiedenen Formen des Abschreibungsausweises in der Bilanz, der aktivischen, der passivischen und der gemischten Formen, lassen sich unter Beachtung der Grundsätze der Bilanzklarheit und der Bilanzwahrheit Bilanzen mit relativ geringer und Bilanzen mit relativ hoher Aussagefähigkeit unterscheiden. ³⁾

Bei den Bilanzen mit relativ geringer Aussagefähigkeit handelt es sich um Bilanzen, bei denen die Abschreibungen -Normal- und Sonderabschreibungen in einer Summe- entweder von den Anlagevermögens-Positionen direkt abgesetzt oder auf der Passivseite ebenfalls in einer Summe einer Wertberichtigung zum Anlagevermögen zugeführt werden. Die relativ geringe Aussagefähigkeit ist darauf zurückzuführen, daß infolge des summarischen Abschreibungsansatzes einem Außenstehenden eine aperiodische Aufwandsverteilung durch Sonderabschreibungen, d.h. die Legung und Auflösung sogenannter "stiller Reserven", anhand einer Bilanzbetrachtung nicht erkennbar werden muß, da eine Aufgliederung lediglich im Geschäftsbericht zu erfolgen braucht. ⁴⁾

Dem Grundsatz der Bilanzklarheit im Sinne "möglichst klarer und möglichst vollständiger Einsicht in die finanzielle Struktur der Unternehmung" und dem der Bilanzwahrheit im Sinne "der materiellen Ordnungsmäßigkeit der Bilanz" ⁵⁾, der keine ausdrückliche gesetzliche Festlegung wie der der Bilanzklarheit in § 129 Abs. 1 AktG gefunden hat ⁶⁾ und zu dem Br ö n n e r scharf pointierend bemerkt, daß er "vielmehr weder in der kaufmännischen Praxis zur Anwendung gelangt, noch ... auch nur in der Rechtsauffassung der beteiligten Kreise Anerkennung gefun-

³⁾Vgl. Günter W e p n e r : Die Grundsätze der Bilanzklarheit und der Bilanzwahrheit im Zusammenhang mit der Behandlung der IHG-Sonderabschreibungen in den Jahresabschlüssen. Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 9. Jahrgang 1957, S. 99

⁴⁾Vgl. Günter W e p n e r : a.a.O., S. 104

⁵⁾Günter W e p n e r : a.a.O., S. 99

⁶⁾Vgl. Edmund H e i n e n : a.a.O., S. 65

den" hat ⁷⁾, werden diese Bilanzen nur hinsichtlich der gesetzlichen Mindestanforderungen gerecht. Dieses zufolge ist ein gesonderter Ausweis zwar zulässig, aber nicht vorgeschrieben. Adler - Düring - Schmaltz führen aus, daß es sich "empfiehlt ..., die Sonderabschreibungen in der Bilanz oder der Gewinn- und Verlustrechnung kenntlich zu machen ... oder wenigstens im Geschäftsbericht entsprechend zu berichten."⁸⁾

Eine diese Mindestanforderungen übersteigende Bilanzklarheit und Bilanzwahrheit ist in den Bilanzen gegeben, in denen die Normalabschreibungen entweder aktivisch oder in Form einer Wertberichtigung verbucht und die Sonderabschreibungen einer besonderen Wertberichtigungsposition zugeführt oder auf der Aktivseite getrennt von den Normalabschreibungen ausgewiesen und von den Bruttoanlagewerten gekürzt werden. Diese Bilanzierungsverfahren erreichen damit hinsichtlich der aperiodischen Aufwandsverteilung durch Sonderabschreibungen infolge deren Ausweises in einer gesonderten Wertberichtigungsposition eine im Vergleich zu den vorgenannten Verfahren relativ hohe Aussagefähigkeit.

Ursache hierfür ist die Zuführung der jeweiligen Sonderabschreibungen zu dieser Position und deren Verminderung um die periodenanteilige Differenz zwischen den steuerlich im allgemeinen nur noch zulässigen Restwertabschreibungen und den vollen linearen Abschreibungen, wodurch die auf der Vergleichsbasis linearer Abschreibungen an dem jeweiligen Bilanzstichtag existente Abschreibungsvorverlagerung in der Bilanz ausgewiesen wird. Sofern allerdings die z.B. der Anlagevermögens-Position Maschinen und maschinelle Anlagen adäquate Aufwands- und Wertminderungsverteilungsmethode die degressive Abschreibung ist, wie von der Wirtschaft (in ertragsstarken Jahren) glaubhaft zu machen versucht wird, werden die sonderabgeschriebenen, nur um lineare Abschreibungen gekürzten Zugänge um die Differenz zwi-

⁷⁾Herbert Brönnner : a.a.O., S. 7/8

⁸⁾Hans Adler - Walther Düring -
Kurt Schmaltz : a.a.O., § 132 Tz 64

schen linearen und degressiven Abschreibungen zu hoch ausgewiesen und müßten (statistisch) um diese Differenz vermindert werden. Vereinzelt werden von sonderabschreibungsberechtigten Unternehmen die effektiven Sonderabschreibungen -soweit steuerlich zulässig- auf der Vergleichsgrundlage degressiver Abschreibungen in die Bilanz eingesetzt, so daß die Anlagen mit den der Vermögensteuer zugrundegelegenden Werten bilanziert sind.

b) Die Problematik des Abschreibungsausweises

Wurde vorstehend die Bilanzierung der Abschreibung unter dem Aspekt der Aussagefähigkeit der Bilanzierungsverfahren unter Berücksichtigung der Prinzipien der Bilanzklarheit und Bilanzwahrheit analysiert, so ist im folgenden die Aussagefähigkeit des Abschreibungsausweises hinsichtlich der doppelten Funktion der Abschreibungen, speziell der Sonderabschreibungen, zu untersuchen. 9)

Die doppelte Funktion der Normalabschreibungen besteht einmal darin, daß sie Ausdruck der Wertminderung des Anlagegutes infolge der Kapazitätsabgabe ist, zum anderen darin, daß durch sie die den Kapazitäts- und Wertverzehr kompensierenden liquiden Mittel zwecks Realisierung der nominalen Kapitalerhaltung in dem Betrieb gebunden werden. Da ein Anlagegut im allgemeinen seine Totalkapazität im Laufe mehrerer Perioden abgibt, tritt ein Ersatzbedarf erst nach Ablauf mehrerer Perioden auf. Der Betrieb verfügt daher bis zum Zeitpunkt der Ersatzbeschaffung über zusätzliche liquide Mittel in Höhe der bis zu diesem Termin angefallenen Normalabschreibungen, die unter Beachtung dieser zwischenzeitlichen Verfügbarkeit von le C o u t r e als "temporäres Kapital" bezeichnet werden. 10)

9) Vgl. Erich We il b a c h : Sind Wertberichtigungen auf das Anlagevermögen nur Berichtigungsposten? Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 9. Jahrgang 1957, S. 723

10) Vgl. Walter le C o u t r e : Bilanzarten. In: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft Begründet von Heinrich Nicklisch. Dritte völlig neu bearbeitete Auflage, herausgegeben von Hans Seischab und Karl Schwantag, Band I, Stuttgart 1956, Sp. 1107

Dieser Vorgang der Bildung von temporärem Kapital wird durch die bilanziellen Abschreibungen, die aufgrund der bei ihrer Festsetzung berücksichtigten externen und internen Bestimmungsgrößen im allgemeinen in ihrer Höhe über den verbrauchsbedingten Abschreibungen liegen, noch beschleunigt. Entsprechend der Zielsetzung von Sonderabschreibungen, den Unternehmen durch Aufwandsvorverlagerung liquide Mittel in Höhe der anderenfalls abzuführenden Ertragsteuern zu Finanzierungszwecken zu belassen, wurde die Bildung temporären Kapitals somit durch die steuerlichen Sonderabschreibungsmöglichkeiten gefördert.

Die Problematik der Bilanzierung von Sonder- und auch von Normalabschreibungen liegt darin, daß durch die Wahl des Abschreibungsausweises die Funktionen der Abschreibung, die Wertminderungsfunktion und die der Bildung temporären Kapitals, mehr oder minder deutlich sichtbar werden.

Bei dem Abschreibungsausweis in Form der aktivischen Absetzung der Abschreibungen kommt die Wertminderungsfunktion eindeutig zum Ausdruck, der finanzwirtschaftlich so bedeutsame Vorgang der Bildung von temporärem Kapital ist dagegen nicht ersichtlich. Hinzu kommt noch, daß bei der Heterogenität der bei der Abschreibungsbemessung berücksichtigten Determinanten sowie bei aktivischer Absetzung der Sonderabschreibungen der Restbuchwert der Anlagen in völlig verzerrter Höhe in der Bilanz ausgewiesen wird, in einer Höhe, die nicht von verbrauchsbedingten, sondern von unternehmenspolitischen Bewertungseinflüssen bestimmt ist.

Werden die Abschreibungen dagegen in Form einer Wertberichtigung passiviert, dann wird die Bildung temporären Kapitals klar ersichtlich; die Wertminderungsfunktion dagegen tritt bei dieser Verbuchung in den Hintergrund, weil die Anlagegüter bis zu ihrem Ausscheiden mit den Anschaffungswerten bilanziert werden. 11)

11) ähnlich Hans R u c h t i : a.a.O., S. 43: "Sehen wir die Bilanz unter solchen gütermäßigen, oder ... unter mengenmäßigen oder bestandsmäßigen Gesichtspunkten, und die indirekte Buchung der Abschreibung beinhaltet eine solche Vorstellung, so sind die liquiden Mittel ... zusätz-

In Übereinstimmung mit der Zielsetzung von Sonderabschreibungen, temporäres Kapital zur Investitionsfinanzierung bereitzustellen, ergibt sich als adäquater Bilanzausweis für die Sonderabschreibungen deren Zusammenfassung in einer besonderen Wertberichtigungsposition. ¹²⁾ Dieser Ausweis ist auch im Hinblick auf die Wertminderungsfunktion als adäquat zu bezeichnen, da den Sonderabschreibungen keine Wertminderungen zugrunde liegen.

Eine Trennung der Wertberichtigungsposition in eine für Normal- und eine für Sonderabschreibungen oder, einer Bezeichnung von **Le f f s o n** folgend, in eine für handelsrechtliche und eine für zusätzliche Abschreibungen aus steuerlichen Gründen ¹³⁾ ist jedoch erforderlich, weil der letzteren bei deren allmählicher Auflösung zur Ergänzung der Normalabschreibungen und der daraus resultierenden Erhöhung des Periodenerfolges durch Verminderung der vollen linearen Abschreibungen auf die Höhe der Restwertabschreibungen noch die ertragsteuerliche Belastung anhaftet. Im Regierungsentwurf eines neuen Aktiengesetzes ¹⁴⁾ wird hierzu folgendes ausgeführt:

"Diese Posten haben keinen einheitlichen Charakter. Sie sind zum Teil Rückstellungen für die bei ihrer Auflösung entstehende Steuerschuld, zum Teil echte Rücklagen. Auch echte Wertberichtigungen können in solchen Posten enthalten sein. Es wäre daher irreführend, sie unter "Rücklagen" oder unter "Rückstellungen" oder unter "Wertberichtigungen" auszuweisen. Es bleibt nur übrig, diese Mischposten gesondert auszuweisen und dabei auf den in ihnen enthaltenen Rücklageanteil hinzuweisen. Der Entwurf schreibt daher vor, daß sie unter "Sonderposten mit Rücklageanteil" auszuweisen sind, und zwar jede Art für sich unter Angabe der Vorschriften, nach denen sie gebildet sind."

zu 11) liche Mittel, die dem Betrieb mindestens so lange zur Verfügung stehen, wie die Gebrauchsgüter nicht erneuert werden müssen ..."

¹²⁾ Vgl. Erich **W e i l b a c h** : a.a.O., S. 724

¹³⁾ Vgl. Ulrich **Le f f s o n** : Der Jahresabschluß in der Aktienrechtsreform mit einem Vorschlag zur Änderung des Regierungsentwurfs, Wiesbaden 1961, S. 52

II. Methoden externer Analyse der Abschreibungspolitik

Obwohl der Abschreibungspolitik als Instrument der Gewinnfestsetzung und Gewinnverwendung im Rahmen der Unternehmenspolitik eine große Bedeutung zukommt, sind im betriebswirtschaftlichen Schrifttum Darstellungen der Abschreibungspolitik einzelner Unternehmen im allgemeinen nur recht kurzgefaßt als Bestandteil einer generellen Analyse oder unter einem bestimmten Gesichtswinkel als Inhalt einer speziellen Untersuchung zu finden, soweit die Ausführungen überhaupt als diesbezüglich orientiert angesehen werden können.

So beziehen sich z.B. die von R u c h t i durchgeführten Bilanzanalysen der Westfälische Transport AG, der Rheinisch-Westfälische Kalkwerke AG und Ilseder Hütte einschließlich des Peiner Walzwerks nur auf die Finanzierungsfunktion der Abschreibungen.¹⁵⁾ Das gleiche gilt hinsichtlich der Abschreibungen für die von le C o u t r e vorliegende Analyse der Kaufhof AG, die im ganzen jedoch weitreichender angelegt ist.¹⁶⁾

Ebenfalls in den großen Rahmen der jährlichen Bilanzentwicklung eingeordnet sind die Ausführungen von P l u m hinsichtlich der Abschreibungen und deren Entwicklung, in denen bereits Determinanten der Abschreibungspolitik als qualitative Bestimmungsgrößen der Abschreibungshöhe angeführt werden.¹⁷⁾

Entsprechend ihrer Zielsetzung beziehen sich die Ausführungen von T h i e ß über die Abschreibungspolitik in der eisen-schaffenden Industrie unter dem Einfluß des IHG auf die Finanzierungsfunktion dieser Sonderabschreibungen, die auch die Ursache ihrer Gewährung seitens des Gesetzgebers war.¹⁸⁾

14) Entwurf eines Aktiengesetzes, Drucksache 1915, Deutscher Bundestag - 3. Wahlperiode, Bonn 1960, S. 173

15) Vgl. Hans R u c h t i : a.a.O.

16) Vgl. Walter le C o u t r e : Persönliche Erinnerungen an Julius Hirsch. In: Der Handel heute in Memoriam Julius Hirsch, Herausgegeben von Karl Christian Behrens, Tübingen 1962, S. 31 ff.

17) Vgl. die auf S. 67 angegebenen Veröffentlichungen

18) Vgl. Erich T h i e ß : Die Abschreibungspolitik ..., a.a.O., S. 451 ff.

a) Möglichkeiten der Analyse

Während L e i t n e r vorschlägt, die Anlagenabschreibungen auf die Verkaufseinheit umzurechnen oder den prozentualen Anteil der Abschreibungen am Buchwert oder auch das Verhältnis der Abschreibungen zum Umsatz oder Umsatzgewinn zu errechnen,¹⁸⁾ sehen H e n d r i k s o n - D i n t e r folgende Möglichkeit einer externen Ermittlung der Abschreibungspolitik:¹⁹⁾

"Nimmt eine repräsentative Anzahl von Unternehmen der gleichen Branche am Betriebsvergleich teil, so lassen sich in den Abschreibungssätzen der einzelnen Anlagegegenstände gewisse Regelmäßigkeiten erkennen, die den Charakter eines Richtsatzes annehmen. Aus dem Vergleich dieser Richtsätze mit den bei den einzelnen Betrieben angewandten Abschreibungssätzen läßt sich dann ein Urteil über die Abschreibungspolitik der einzelnen Unternehmen bilden."

Die aufgrund der Gegenüberstellung von Buchbeständen und Abschreibungsbeträgen und unter Berücksichtigung der allgemeinen sowie branchenmäßigen wirtschaftlichen Lage und Entwicklung möglichen Aussagen über die Abschreibungspolitik können, wie z.B. die Ausführungen von P l u m zeigen, zu recht einleuchtenden Erklärungen hinsichtlich einiger Determinanten in ihrem qualitativen Einfluß auf die Bemessung der Abschreibungshöhe führen.²⁰⁾ Die Aussagen können jedoch nur qualitativ im Sinne der Ermittlung eines Kausalzusammenhanges sein, da aufgrund des Ermittlungsverfahrens quantitative Aussagen im Sinne einer Quantifizierbarkeit des Einflusses der Determinanten nicht möglich sind. Das gleiche gilt in noch stärkerem Maße für eine Beurteilung der Abschreibungspolitik durch Gegenüberstellung

¹⁸⁾Vgl. Friedrich L e i t n e r : a.a.O., S. 110/11

¹⁹⁾Kurt H. H e n d r i k s o n - Siegfried D i n t e r : Der Betriebsvergleich als Werkzeug der Unternehmensführung. Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Neue Folge 11. Jahrgang 1959, S. 304

²⁰⁾Vgl. die Zitate auf S. 67 - 68

von Abschreibungen und Umsatz oder von Abschreibungen und Gewinnen. Diese sich an Bestandsgrößen orientierenden Aussagen können als statische Aussagen, die ihnen zugrunde liegenden Analysen als statische Analysen bezeichnet werden.

Die Realisierung des der ökonomischen Analyse immanenten Zuges zur Umwandlung statischer Analyse in dynamische Analyse wird im folgenden hinsichtlich der Analyse der Abschreibungspolitik vorzunehmen versucht. Ausgangspunkt dieser Analyse bildet nicht die Gegenüberstellung oder prozentuale Umrechnung summarischer Größen, sondern die Zuordnung der periodischen Abschreibungen zu dem Anfangsbestand und den Zugängen der jeweils analysierten Anlagevermögens-Position, wobei der Anfangsbestand einen Sonderfall der Zugänge -namentlich bei entflochtenen oder umgegründeten Unternehmen- darstellt. Diese beiden Größen bilden die Berechnungsgrundlage der jeweiligen Abschreibungen, zu denen noch die Nutzungsdauer und die gewählte oder gesetzlich vorgeschriebene Abschreibungsmethode als weitere Bestimmungsgrößen hinzukommen.

Unter der Voraussetzung, daß die einmal für einen Zugang festgesetzte Abschreibungsmethode nicht gewechselt wird -ein Übergang von linearer zu degressiver Abschreibung ist ohnehin unstatthaft-, und die Nutzungsdauer nicht variiert wird, ist dann eine Zuordnung von Abschreibungsteilbeträgen zu den Zugängen und dem Anfangsbestand möglich, sofern die Ermittlung

1. der Sonderabschreibungen und deren Berechnungsgrundlage,
2. der Nutzungsdauer und
3. des Abschreibungsverlaufs bei den Altanlagen

mit hinreichender Genauigkeit durchführbar ist.

Das bei der Analyse der Abschreibungspolitik eines Unternehmens zuerst zu lösende Problem besteht in der Ermittlung der Sonderabschreibungen und deren Berechnungsgrundlage.

In Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung und Erstellung des Geschäftsberichts in der Weise, daß er einen möglichst sicheren Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens zuläßt, werden Sonderabschreibungen aufgrund steuerlicher Vorschriften -zumindest soweit sie einen nicht unerheblichen Betrag darstellen- im Geschäftsbericht angeführt. In Abhängigkeit von der Publizitätsfreudigkeit und der formalen Abschreibungspolitik werden sie entweder pauschal in einer Summe genannt oder mehr oder minder ausführlich nach den Berechnungsgrundlagen aufgegliedert; in Abhängigkeit von dem jeweils gewählten Abschreibungsausweis ist dadurch eine unterschiedliche Genauigkeit der Ermittlung der Berechnungsgrundlagen gegeben.

Voraussetzung für die Ermittlung der Berechnungsgrundlage der Sonderabschreibungen ist deren Zuordnung zu den begünstigten Anlagevermögens-Positionen, die bei Angabe im Geschäftsbericht oder bei direkter Abschreibung hinsichtlich der auf die definitiven AV-Positionen entfallenden Sonderabschreibungen mit nicht allzu großen Schwierigkeiten verbunden ist; diese entstehen erst bei Sonderabschreibungen auf Anzahlungen oder Teilerstellungskosten sowie bei Verbuchung der Sonderabschreibungen in Form einer Rücklage ohne Aufgliederung im Geschäftsbericht. In diesen Fällen ist es erforderlich, eine den tatsächlichen Verhältnissen möglichst nahekommende hypothetische Aufteilung unter Berücksichtigung der Zugänge und vergleichbarer Aufteilungen bei ähnlich strukturierten Unternehmen vorzunehmen.

Die Aufteilung der Sonderabschreibungen auf die definitiven AV-Positionen ist einmal für die Ermittlung ihrer Berechnungsgrundlagen durch Division der Sonderabschreibungen durch den jeweils zulässigen Prozentsatz und Multiplikation des Ergebnisses mit 100 und zum anderen für die Bestimmung der durchschnittlichen Nutzungsdauer erforderlich. Da mindestens Investitionen in Höhe dieser errechneten Berechnungsgrundlagen gemäß den steuerrechtlichen Vorschriften eine Zeitlang mit den

vollen linearen Sätzen und anschließend -mit Ausnahme der den IHG-Abschreibungen zugrunde liegenden Berechnungsgrundlagen in Anwendung des BFH-Urteils vom 13.5.58- entsprechend dem Restwert und der Restnutzungsdauer abzuschreiben sind, würde eine Nichtberücksichtigung der Berechnungsgrundlagen und deren Ansatz z.B. mit degressiven Abschreibungen eine Verfälschung der Nutzungsdauer hervorrufen.

Das Kernproblem einer dynamischen Analyse der Abschreibungspolitik liegt in der zu 2. angeführten Ermittlung der Nutzungsdauer der Anlagen, die naturgemäß eine von Unternehmen zu Unternehmen differierende strukturelle Heterogenität aufweisen; hinzu kommt, daß es sich nur um die Ermittlung einer durchschnittlichen Nutzungsdauer handeln kann, da eine Aufgliederung der Zugänge im allgemeinen nicht vorgenommen wird.

Wenngleich die dargelegten Schwierigkeiten die Ermittlung einer aussagefähigen mittleren Nutzungsdauer recht problematisch erscheinen lassen, erscheint deren Ermittlung mit hinreichender Genauigkeit möglich, wenn bei den Lösungsversuchen zu diesem Problem berücksichtigt wird, daß einmal die Nutzungsdauer namentlich von unbeweglichen Wirtschaftsgütern stark von der steuerlich zulässigen Abschreibungsdauer bestimmt ist und zum anderen jedes Unternehmen besonders kapitalintensive bewegliche Anlagegüter hat, deren Nutzungsdauer somit den Durchschnitt mehr oder minder ausschlaggebend bestimmt. Der stark normierende Einfluß des Steuerrechts auf die jeweils angesetzte Nutzungsdauer wird bei der AV-Position Fabrikgebäude und andere Baulichkeiten besonders deutlich, für die sich im allgemeinen eine auch in der Handelsbilanz angesetzte durchschnittliche Nutzungsdauer von rund 40 Jahren feststellen läßt. Bei externen Analysen kann mit dieser Nutzungsdauer allgemein mit hinreichender Genauigkeit gerechnet werden.

Für die AV-Position Maschinen und maschinelle Anlagen läßt sich der normierende Einfluß des Steuerrechts nicht in dem vorste-

hend genannten Umfang feststellen. Die Ursachen hierfür liegen neben der Heterogenität der in dieser AV-Position erfaßten Anlagen in der etwas weitergehenden Anerkennung der Betriebsindividualität der Anlagegüter seitens der Finanzbehörde, die zu differierenden Nutzungsdauern führt, was im Hinblick auf die im Verhältnis zu Baulichkeiten recht kurzfristige Reliquidisierung des in Maschinen investierten Kapitals steuerpolitisch als nicht allzu sehr ins Gewicht fallend angesehen werden dürfte. Der bei Maschinen und maschinellen Anlagen gegebene durchschnittliche Reliquidisierungszeitraum bestimmt sich in Abhängigkeit von Fertigungsprogramm und Kapitalintensität und beläuft sich z.B. bei stahlerzeugenden Unternehmen in Abhängigkeit von der Intensität der Weiterverarbeitung auf rd. 12 - 13 bis 15 - 16 Jahre.

Die Ermittlung der durchschnittlichen Nutzungsdauer erfolgt auf empirisch-analytischem Wege durch Variation der jeweils angesetzten Nutzungsdauer bis zur Ermittlung eines Wertes, bei dem der Anfangsbestand ein Jahr vor dem ersten Zugang -unter Berücksichtigung der Abgänge- voll abgeschrieben ist.

Die zu 3. genannte erforderliche Ermittlung des Abschreibungsverlaufs bei den Altanlagen (Anfangsbestand) ist erfolgt, wenn diese etwa ein Jahr vor dem ersten Zugang abgeschrieben sind; insoweit ist er ebenfalls durch die Ermittlung der durchschnittlichen Nutzungsdauer mitbestimmt.

Die Berücksichtigung des Abschreibungsverlaufs bei den Altanlagen als gesondertes Problem erklärt sich daraus, daß dieser entsprechend der Unternehmungsgröße stark differiert und daraus bei Zugrundelegung nur einiger Bilanzen, was z.B. bei Kreditwürdigkeitsprüfungen allgemein üblich ist, infolge der Fehleinschätzung der auf den Anfangsbestand entfallenden Abschreibungen eine nicht unerhebliche Fehlermittlung der durchschnittlichen Nutzungsdauer resultieren kann. Im allgemeinen ist trotz linearer Abschreibungen für die im Anfangsbestand enthaltenen

Zugänge bis einschließlich 1951 ein degressiver Abschreibungsverlauf als Folge des differierenden Alters der darin summarisch erfaßten Zugänge früherer Jahre anzunehmen, wie auch F o r s t e r ²¹⁾ in einer internen Untersuchung festgestellt hat.

Bei den nachstehend aufgeführten Analysen der Abschreibungspolitik von sechs Aktiengesellschaften konnten die genannten Problemkreise in der vorstehenden Reihenfolge behandelt und der Abschreibungsverlauf als sichtbarer Ausdruck der materiellen Abschreibungspolitik ermittelt werden.

Den für jedes Unternehmen ausgearbeiteten Abschreibungsbögen für die AV-Positionen Maschinen und maschinelle Anlagen sowie Fabrikgeäude und andere Baulichkeiten liegen ferner noch folgende Prämissen zugrunde:

1. die Abschreibungsmethode ist bei den Fabrikgebäuden generell und bei den Maschinen für die Zugänge bis einschließlich 1951 sowie in Höhe der jeweiligen Berechnungsgrundlagen die lineare Methode; die nicht Berechnungsgrundlagen darstellenden "freien" Zugänge werden, soweit sich aus den Bögen nichts anderes ergibt, entsprechend den jeweils zulässigen Sätzen degressiv abgeschrieben,
2. die Zugänge fallen im Laufe des Geschäftsjahres kontinuierlich an; die Zugänge in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres werden mit einer vollen Jahresrate, die der zweiten Hälfte mit einer halben Jahresrate abgeschrieben, so daß sich als Abschreibung allgemein 3/4 einer Jahresrate ergeben, sofern aus den Bögen nichts Abweichendes ersichtlich ist;

darüber hinaus erforderliche Prämissen werden bei den betreffenden Abschreibungsbögen angeführt. Vereinzelt geringfügig erweiterte oder abgeänderte Positionsbezeichnungen werden im Text nicht weiter berücksichtigt.

²¹⁾Vgl. Karl-Heinz F o r s t e r : a.a.O., S. 28

Die Darstellung der Abschreibungsentwicklung bei den der Analyse zugrunde gelegten AV-Positionen Maschinen und Fabrikgebäude erfolgt hinsichtlich der Normalabschreibungen einheitlich in der Form, wie sie sich bei direkter Verbuchung der Normalabschreibungen durch jeweilige Kürzung von den Restbuchwerten ergibt, und zwar unabhängig davon, ob das betreffende Unternehmen die Normalabschreibungen in der Bilanz nach der direkten oder nach der indirekten Methode oder nach einer Mischform ausweist. Bei Unternehmen, die die Abschreibungen nach der indirekten Methode (Gußstahlwerk Witten AG) oder nach einer Mischform (August Thyssen-Hütte AG) ausweisen, ist es erforderlich, die jeweiligen Angaben umzurechnen; hierauf wird bei den Erläuterungen zu den einzelnen Abschreibungsbögen eingegangen.

Hinsichtlich der Sonderabschreibungen wird dem jeweiligen Ausweis seitens des Unternehmens dahingehend Rechnung getragen, daß bei direkter Abschreibung die ermittelten Sonderabschreibungen in der Abschreibungsentwicklung direkt ausgewiesen werden, da sie in der jährlichen Abschreibungssumme enthalten sind. Bei deren indirekter Verbuchung werden die der betreffenden AV-Position aufgrund rechnerischer Aufteilung jeweils zugeordneten Sonderabschreibungen sowie deren Auflösungen in besonderen Zeilen ausgewiesen, um die auf diese AV-Position erfolgswirksamen jährlichen Abschreibungen ersichtlich zu machen.

Die auf den Ergebnissen der Abschreibungsbögen fundierten Aussagen über die Abschreibungspolitik der analysierten Unternehmen können in quantitativer Hinsicht als repräsentativ angesehen werden, da auf diese beiden AV-Positionen bei den 5 IHG-berechtigten Unternehmen rd. 90 - 97% des gesamten Abschreibungsaufkommens einschließlich der anteiligen Abschreibungen auf Anzahlungen und Teilherstellungskosten entfallen; bei der Rheinische Strohzellstoff AG schwankt der Anteil der darauf entfallenden Abschreibungen zwischen rd. 55% und rd. 70 - 80%, so daß auch die Aussagen über die Abschreibungspolitik dieses Unternehmens als repräsentativ angesehen werden können.

b) Die Kontrollfunktion der Erlösbindung

Die Realisation der Kapitalerhaltungsfunktion der Normalabschreibungen und der Finanzierungsfunktion der Sonderabschreibungen setzt voraus, daß in Höhe der jeweils vorgenommenen Abschreibungen Erlöse in den Unternehmen gebunden werden können, da nur die liquiden Gegenwerte der Abschreibungen Kapitalerhaltung und Finanzierung ermöglichen. Voraussetzung dafür wiederum ist, daß die den Unternehmen aufgrund von Selbstkostenermittlungen oder von der Marktlage her mögliche Preisstellung zu ausreichenden Erlösen führt, von denen dann durch die Abschreibungen -und andere Aufwands- oder Gewinnverwendungspositionen- ein gewisser Teil gebunden werden kann.

"Der Ruf nach Sonderabschreibungen, 'beschleunigten' Abschreibungen oder Verstärkung der Degression bei den Abschreibungen ist ...", wie H a x ausführt, "immer ein Symptom für eine bestimmte Marktsituation. Wenn die Preise, welche die Unternehmen im Markt erzielen können, günstig sind, dann versucht man natürlicherweise möglichst viel von den erzielten Gewinnen der Besteuerung oder Ausschüttung zu entziehen, um das Geld für neue Investitionen zu verwenden. Das erfolgt am geräuschlosesten durch eine entsprechende Aufwandverrechnung." 22) Unterstrichen wird diese Abhängigkeit der Sonderabschreibungen von der Marktlage durch die Regelungen, die hinsichtlich der Berücksichtigung von Sonderabschreibungen bei der Preisbildung für öffentliche Aufträge ergangen sind. Hierzu wird in einem Schreiben des Bundesministers für Wirtschaft bezüglich der -materiell bedeutungsvollsten- Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG dargelegt, daß er es "aus grundsätzlichen Erwägungen nicht für vertretbar" hält, "bei der Feststellung von Preisen der im § 36 IHG genannten Wirtschaftszweige die steuerlichen Bestimmungen für Abschreibungen nach § 36 IHG zu berücksichtigen." 23)

22) Karl H a x : a.a.O., S. 258

23) Zitiert nach K. H o h m a n n : Die Preisbildung bei öffentlichen Aufträgen. Die Wirtschaftsprüfung, Jahrgang 6 1953, S. 197/8

In dem BFH-Urteil vom 11.2.55 wird zu diesem Problemkreis darauf hingewiesen, daß gemäß Nr. 38 der Leitsätze für die Preisbildung auf Grund von Selbstkosten grundsätzlich nur lineare Abschreibungen zulässig wären; allerdings sähen Nr. 41 auch die Möglichkeit von Sonderabschreibungen vor. Bei der Kalkulation von Bauleistungen sei jedoch bei verschiedenen Anlagen mit Genehmigung der Wirtschaftsminister der Länder der Ansatz degressiver Abschreibungen zulässig. 24)

Die sonderabschreibungsberechtigten Industriezweige konnten demnach bei Leistungen für öffentliche Auftraggeber nur kostenmäßig gerechtfertigte Abschreibungen bis zur Höhe der Wiederbeschaffungspreise und teilweise auch degressive Abschreibungen in Rechnung stellen. Die eine Maßnahme der staatlichen Wirtschaftspolitik darstellenden Sonderabschreibungen mußten sie bei der Preisfestsetzung für den privaten Bereich der Wirtschaft berücksichtigen. Dabei wurde die IHG-berechtigte Grundstoffindustrie durch Aufhebung der für sie bis dahin bestehenden Preisbindung durch § 37 IHG unterstützt.

Die bei der Darlegung der Bestimmungsgründe der Abschreibungspolitik sichtbar gewordene Abhängigkeit der Normal- und Sonderabschreibungen von der Ertragslage und den Ertragserwartungen sowie der Zwangscharakter der Normalabschreibungen und der Fakultativcharakter der Sonderabschreibungen lassen es im allgemeinen angeraten erscheinen, eine Überprüfung der Ergebnisse einer Analyse der Abschreibungspolitik an der Ertragslage vorzunehmen. Hierdurch wird ersichtlich, ob die Abschreibungen in dem betreffenden Jahr voll verdient wurden, ob sie zum Teil durch Auflösungen buchtechnisch ausgeglichen oder zu irgendwelchen Bilanzmanipulationen herangezogen wurden.

Die Ertragslage eines Unternehmens ist jedoch mittels externer Analysen nicht einwandfrei festzustellen; diese Analysen können nur zu mehr oder minder zutreffenden Maßstäben führen. Als der-

24) Vgl. BFH IV 102/53 U v. 11.2.55, BStBl. III 1955, 165
abgedruckt als Anlage I bei
Bernhard G ü b b e l s : a.a.O., S. 419/20

artiger Maßstab kann z.B. die von S c h m a l t z als "handelsbilanzmäßiger Bruttogewinn" bezeichnete Größe dienen, die folgende Posten umfaßt: 25)

Abschreibungen
Zinsmehraufwand
Darlehn nach § 7c und 7d EStG
Zuführungen zu Pensionsrückstellungen
Zuführungen zur freien Rücklage
Zuführungen zu Wertberichtigungen zum Umlaufvermögen
den ausgewiesenen Jahresreingewinn
Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen.

Etwas geringeren Umfangs ist die von R u b e r g als "gebundene Erlösteile" bezeichnete Größe, die durch externe Bilanzänderungsrechnung ermittelt wird und neben den "Vermögensminдерungen" und den "Sonstigen Verbindlichkeiten" die Mittelherkunft aus dem Innenbereich der Unternehmung beinhaltet. 26)

Sie besteht aus

den Abschreibungen auf das Anlagevermögen
den Änderungen der Wertberichtigungen zum Umlaufvermögen
den Änderungen der Rücklagen
den Änderungen der Rückstellungen
dem ausgewiesenen Jahresreingewinn.

Bei der für jede der sechs analysierten Unternehmen vorgenommenen Überprüfung der Aussagen über die Abschreibungspolitik an der Ertragslage wird mangels deren Kenntnis eine als "Erlös-

25) Vgl. Kurt S c h m a l t z : Bilanzkritik und Bilanzanalyse. In: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft Begründet von Heinrich Nicklisch, Dritte völlig neu bearbeitete Auflage, Herausgegeben von Hans Seischab und Karl Schwantag, Band I, Stuttgart 1956, Sp.1143

26) Vgl. Carl R u b e r g : Gliederung der Ergebnisse einer externen Bilanzänderungsrechnung. In: Gegenwartsfragen der Unternehmung. Offene Fragen der Betriebswirtschaftslehre, Herausgegeben von Bernhard Bellinger, Wiesbaden 1961, S. 195 ff., S. 212

Carl R u b e r g : Externe Bilanzänderungsrechnung zur Beurteilung von Mittelbeschaffung und Mittelverwendung in der Unternehmung. Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 30. Jahrgang 1960, S. 470

bindung" bezeichnete Größe als Maßstab herangezogen, die im Grundsatz auf den vorstehenden Maßstäben aufgebaut ist. Sie setzt sich zusammen aus

- den Sonder- und Normalabschreibungen auf Sachanlagen
- den Abgängen an Sachanlagen
- den Wertberichtigungen auf Beteiligungen
- den Änderungen der Wertberichtigungen zum Umlaufvermögen
- den Änderungen der Pensionsrückstellungen
- den Änderungen der sonstigen Rückstellungen
- den Änderungen der Wertberichtigungen zu Darlehn gem. EStG
- den Änderungen des Importabschlags gem. § 80 EStDV
- den Änderungen der Rücklagen
- dem ausgewiesenen Reingewinn,

wobei die einzelnen Werte durch partielle Bilanzänderungsrechnung ermittelt oder aufgrund von Hinweisen im Geschäftsbericht eingesetzt wurden, soweit sie als erfolgswirksam angesehen werden konnten. Diese Einschränkung gilt namentlich für negative Veränderungen von Rückstellungen und Wertberichtigungen, die insgesamt nur in Verbindung mit sonstigen betriebs- oder zeitraumfremden Gewinnen in Höhe der ausgewiesenen außerordentlichen Erträge berücksichtigt werden können. Zu den einzelnen Positionen ist folgendes zu bemerken:

Die Einrechnung der Sonderabschreibungen erklärt sich aus der durch sie möglichen Transformation steuerpflichtiger Gewinne in abzugsfähige Betriebsausgaben, die zur Bildung temporären Kapitals führt.

Aus dem gleichen Grund sind auch die Normalabschreibungen zu berücksichtigen, da auch bei ihnen die Bildung temporären Kapitals generell im Vordergrund steht, wenngleich sie zum Teil ein Äquivalent für die Wertminderung des Anlagevermögens darstellen.

In Abänderung der von R u b e r g vorgenommenen Gliederung der Bilanzänderungsrechnungs-Ergebnisse werden im folgenden

auch die Anlagenabgänge als Erlösbindungen aus dem Innenbereich der Unternehmung behandelt und nicht als Vermögensminderungen, da sie gleich den Sonderabschreibungen aperiodische Abschreibungen sind. 27)

Die in den Bilanzen allgemein als Abschreibungen auf Beteiligungen angeführten Wertabschläge werden nachstehend als Wertberichtigungen bezeichnet, da mit Abschreibungen generell kontinuierliche Wertminderungen von Sachanlagen ausgeglichen werden sollen, während bei Beteiligungen eine Reduzierung des Buchwertes auf einen einmal errechneten niedrigeren Wert eben mittels eines Wertabschlags erreicht werden soll. Aufgrund der Kapitalbindungsfunktion der in die Erfolgsrechnung eingestellten Wertabschläge auf Beteiligungen sind sie der Erlösbindung zuzurechnen.

Das gleiche gilt für die Veränderungen der Wertberichtigungen auf das Umlaufvermögen.

Die Einrechnung der Veränderungen der Pensionsrückstellungen, die allgemein mit den jährlichen Zuführungen übereinstimmen, erfolgt angesichts der Tatsache, daß hinter diesem Posten "aus dem Gewinn stammende Kapitalreservierungen stehen, die erst aufgebracht sein mußten" 28), ehe sie dieser Position zugeführt werden konnten. Wenn auch seitens der nachstehend besonders berücksichtigten Stahlindustrie angeführt wird, daß die Zuführungen zur Pensionsrückstellung echter Aufwand sind, der in die Preise einkalkuliert werden muß 29), erscheint deren Einrechnung angesichts der Behandlung der Pensionsrückstellungen als langfristiges Kapital 30) erforderlich.

27) Vgl. Carl R u b e r g : Gliederung der Ergebnisse einer externen Bilanzänderungsrechnung. A.a.O., S. 212

28) Hans S e i s c h a b : Die Investitionspolitik der westdeutschen Industrie von 1948 - 1954. Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 26 Jahrgang 1956, S. 80

29) Vgl. Carl-Ernst S c h u l z : Die Ertragsverhältnisse in der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie. Stahl und Eisen, 76. Jahrgang 1956, S. 1779

30) Vgl. Konrad M e l l e r o w i c z : Betriebswirtschaftslehre der Industrie, 1. Band, 3. durchgesehene und erweiterte Auflage, Freiburg 1958, S.111

Die im allgemeinen positiven Veränderungen der sonstigen Rückstellungen werden ebenfalls als Erlösbindungen bezeichnet, da diese Beträge aufgrund der Ungewißheit des Termins und der genauen Höhe der Verbindlichkeit bis zu ihren Liquidationsterminen den Unternehmen als "zweckgebundenes Eigenkapital" ³¹⁾ zur Verfügung stehen. Namentlich in ertragstarken Jahren werden nicht unerhebliche Summen den sonstigen Rückstellungen zugeführt, die als voll versteuerte Gewinne anzusehen sind, aber aus verschiedenen Gründen weder ausgeschüttet noch in die Rücklagen eingestellt werden sollen - Rückstellungsaufösungen in ertragschwachen Jahren erreichen materiell denselben Zweck wie Rücklagenauflösungen, sehen jedoch harmloser aus.

Die Einrechnung der Veränderungen von Wertberichtigungen zu Darlehn gem. §§ 7c und d EStG und ähnlichen Abzinsungsbeträgen auf dem Wohnungsbau gegebene zinslose Darlehn erklärt sich aus der damit vorgenommenen Transformation steuerpflichtiger Gewinne in abzugsfähige Betriebsausgaben im Jahre der Hingabe und deren gewinnerhöhende Wirkung im Jahre des Rückflusses.

Der Teilwertabschlag von 10% des jeweiligen Börsen- oder Marktpreises bestimmter Importwaren bei Bilanzstichtagen im Jahre 1954, von 15% bei Bilanzstichtagen in den Jahren 1955 und 1956 sowie gem. § 80 EStDV von 15%, 20% oder 30% bei Bilanzstichtagen in den Jahren 1957 bis 1964 ³²⁾ ist zu berücksichtigen, weil um die Höhe dieser Wertabschläge der steuerpflichtige Gewinn gemindert wurde.

Die Einrechnung der erfolgswirksamen Rücklagendotationen und -entnahmen (-auflösungen) bedarf keiner Erörterung, die des ausgewiesenen Reingewinns ebenfalls nicht.

³¹⁾ Erich K o s i o l : Bilanzreform und Einheitsbilanz Grundlegende Studien zu den Möglichkeiten einer Rationalisierung der periodischen Erfolgsrechnung, Berlin - Stuttgart 1949, S. 159

³²⁾ Vgl. Bernhard G ü b b e l s : a.a.O., S. 309 ff.

Herbert L ä n g s f e l d : Die Verordnung zur Änderung der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung. a.a.O., S. 621

Von einer Berücksichtigung der von S c h m a l t z in den handelsbilanzmäßigen Bruttogewinn eingerechneten Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen ³³⁾ wurde im Hinblick auf deren teilweise aperiodischen Ausweis und das Fehlen jeglichen Erlösbindungskriteriums abgesehen. Da S c h m a l t z insofern zuzustimmen ist, als daß der Vergleich dieser Position auf lange Sicht einen relativ guten Überblick zu geben vermag, wird sie in der Erlösbindungs-Tabelle nachrichtlich aufgeführt.

Der zur Veranschaulichung der Bedeutung der Erlösbindungsfunktion der Abschreibungen vorgenommene Ausweis der Abschreibungen in Prozenten des Umsatzes geschieht nur aus diesem Grunde und nicht, um -wie bereits ausgeführt- eine Umsatzabhängigkeit der Abschreibungen darzutun. Diese Abhängigkeit ist nur (ganz) indirekt über die Kapitalintensität der Produktion gegeben, da die Abschreibungen fast ausschließlich nach zeitlichen Verteilungsgesichtspunkten und nur in kaum nennenswertem Umfang nach der jeweils abgegebenen Leistung angesetzt werden. Jedoch kann darin die Ausnutzung der Variationsbreite der Abschreibungsbemessung zum Ausdruck kommen. Die aus der Relativierung der gesamten Abschreibungen eines Geschäftsjahres resultierende Ungenauigkeit bezüglich der auf die Bestandsveränderungen entfallenden anteiligen Abschreibungen erscheint im Rahmen der vorliegenden Analysen unbeachtlich, zumal die fast jährlich geltend gemachten Sonderabschreibungen infolge der dadurch verursachten periodenfremden Aufwandsverrechnung eine relativ genaue Umsatzkostenrechnung kaum realisierbar erscheinen lassen.

Im Interesse einer klaren und übersichtlichen Darstellung erfolgen alle Zahlenangaben im Rahmen der nachstehenden Analysen generell in 1.000 DM = TDM; vereinzelte Abweichungen hiervon sind jeweils kenntlich gemacht.

³³⁾Vgl. Kurt S c h m a l t z : a.a.O., Sp. 1143

III. Die Abschreibungspolitik der Dortmund-Hörder Hüttenunion AG

a) Ermittlung der Sonderabschreibungen und Berechnungsgrundlagen

Im Hinblick auf die stark differierende finanzwirtschaftliche Bedeutung von IHG- und sonstigen Sonderabschreibungen sowie aufgrund der bezüglich der Sonderabschreibungen unbefriedigenden Publizität des Unternehmens werden nachstehend überwiegend die erstgenannten Sonderabschreibungen behandelt. Das anhand von Bilanzzahlen und Geschäftsberichtsangaben zusammengestellte Volumen der Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG entwickelte sich wie folgt:

Jahr	Vorgang	Betrag	Volumen der Sonder- abschreibungen gem. § 36 IHG
1951/52	Sonderabschreibung ./. Differenz	41.322 148	41.174
52/53	Sonderabschreibung	20.265	61.439
53/54	Sonderabschreibung ./. Differenz	33.558 1	94.996
54/55	Sonderabschreibung	31.541	126.537
55/56	Sonderabschreibung	2.165	128.702

Bei den mit "Differenz" bezeichneten Posten handelt es sich um Differenzen zwischen den Additionen der in den Jahresabschlüssen angegebenen Sonderabschreibungen und der von der Gesellschaft in den Geschäftsberichten jeweils angeführten Gesamtsumme der Inanspruchnahme der Sonderabschreibungsmöglichkeit. Die Differenzen stellen demnach Teil-Reaktivierungen von Sonderabschreibungen vorangegangener Perioden dar. Um mit den Netto-Sonderabschreibungen operieren zu können, wird in der folgenden Untersuchung unterstellt, daß sie sich auf das jeweils vorherige Geschäftsjahr beziehen.

Leider wird bei der von dem Unternehmen gewählten Form der Verbuchung der Sonderabschreibungen, der direkten Kürzung von den Anlagewerten, eine Auflösung der Abschreibungsvorverlagerungen kaum ersichtlich. Lediglich in den Geschäftsberichten 1957/58 S. 17 und 1959/60 S. 42 wird bemerkt, daß sich in Anwendung des BFH-Urteils vom 13.5.58 Erhöhungen der Normalabschreibungen um rd. 6 Mio DM und um rd. 4,2 Mio DM ergeben; um diese Beträge hatten sich also zwischenzeitlich die Abschreibungsvorgriffe in Höhe der Differenz zwischen vollen linearen und Restwertabschreibungen vermindert. Die nach dem letztgenannten Termin nunmehr verstärkt einsetzende Auflösung der Sonderabschreibungen ist jedoch mangels Angaben in den Geschäftsberichten über deren Aufteilung auf bewegliche und unbewegliche Wirtschaftsgüter schwer festzustellen.

Aus den Bilanzen ist infolge der direkten Verbuchung der Sonderabschreibungen nur deren folgende Aufteilung auf Anzahlungen und Teilherstellungskosten (Im Bau befindliche Anlagen) einerseits und auf Maschinen und maschinelle Anlagen sowie Fabrikgebäude und andere Baulichkeiten als Restgröße andererseits zu ersehen -ausgenommen die der Sonderabschreibungen des Geschäftsjahres 1951/52, die in Form einer Rückstellung verbucht und im folgenden Jahresabschluß auf die AV-Positionen übertragen wurden- :

Jahr	Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG			
	Betrag	Aufgliederung auf		
		Anzahlungen	Teilherstellungskosten	Maschinen und Fabrikgeb.
1951/52	41.174	5.063	9.126	26.985
52/53	20.265	1.394	15.391	3.480
53/54	33.557	1.480	14.044	18.033
54/55	31.541	22.398	4.366	4.777
55/56	2.165	125	-	2.040
	128.702	30.460	42.927	55.315

Die in der Aufstellung für 1951/52 ausgewiesenen Sonderabschreibungen auf Anzahlungen und Teilerstellungskosten wurden mangels Angaben mit 50% der Endbestände dieser Positionen per 30.9.52 angesetzt.

Als Ergänzung zu dieser nur in Verbindung mit intensiven Analysen beschränkt aussagefähigen Tabelle konnte der Untersuchung die nachstehende, von dem Unternehmen aufgestellte Entwicklung des Sonderabschreibungsvolumens bei Maschinen sowie Fabrikgebäuden verwendet werden, die um die jährlichen Änderungen ergänzt wurde:

Jahr	Sonderabschreibungen (gem. § 36 IHG)					
	a/Fabrikgebäude		a/Maschinen		Zusammenfassung	
	Betrag	Volumen	Betrag	Volumen	Betrag	Volumen
1951/52	2.496	2.496	24.531	24.531	27.027	27.027
52/53	1.110	3.606	14.439	38.970	15.549	42.576
53/54	3.577	7.183	17.781	56.751	21.358	63.934
54/55	894	8.077	24.785	81.536	25.679	89.613
55/56	837	8.914	20.740	102.276	21.577	111.190
56/57	1.710	10.624	13.375	115.651	15.085	126.275
57/58			- 260	115.391	- 260	126.015
58/59			-1.982	113.409	-1.982	124.033
59/60			-4.296	109.113	-4.296	119.737
60/61			-6.151	102.962	-6.151	113.586

Die Aufstellung enthält mit Ausnahme des Jahres 1951/52 nicht die auf diese beiden AV-Positionen vorgenommenen Sonderabschreibungen, sondern offenbar die Zugänge an "stillen Reserven" durch Sonderabschreibungen, die sich aus

1. den Abschreibungen auf die Zugänge des betreffenden Jahres und
2. den internen Umbuchungen von Sonderabschreibungen auf Anzahlungen und Teilerstellungskosten anlässlich der Umbuchungen der Restbuchwerte

33a) Die Zahlen sind einem Antwortschreiben der DHH an Herrn D. Boesenberg entnommen, das dem Verfasser freundlicherweise zur Einsichtnahme überlassen war.

zusammensetzen, wie ein Vergleich mit der vorstehenden Tabelle zeigt. Zwischen dem in der Firmenaufstellung für 1956/57 ausgewiesenen Sonderabschreibungsmaximum von TDM 126.275 und der Sonderabschreibungssumme gemäß Geschäftsbericht 1955/56 S. 30 besteht eine Differenz von rd. TDM 2.430, die aus den genannten Gründen als Umbuchung in 1956/57 angesehen werden kann, die infolge Kompensation gegen gleichhohe Auflösungen nicht zum Ausweis gelangt. Andererseits ist es auch denkbar, daß es sich hierbei um die Differenz zwischen IHG-Auflösungen und vereinzelt vorgenommenen EStDV-Sonderabschreibungen handelt, da die vorgenannten Volumina seitens des Unternehmens als "Wertberichtigungsstände (reiner Sonderabschreibungsanteil)" bezeichnet werden, in denen dann neben den IHG- auch die EStDV-Sonderabschreibungen enthalten sind.

Zwecks Aufgliederung der auf Anzahlungen und Teilherstellungskosten geltend gemachten IHG-Abschreibungen auf die definitiven AV-Positionen Maschinen und Fabrikgebäude ist eine Untersuchung der beiden letztgenannten Positionen erforderlich. Ausgangspunkt ist die Analyse der AV-Position Fabrikgebäude, die unter Verwendung der Zahlen des Unternehmens erfolgt. Die von diesem angegebenen Sonderabschreibungszugänge setzen sich -wie bereits ausgeführt- aus direkten Abschreibungen und internen Umbuchungen zusammen; dem entsprechend werden die nicht direkte Abschreibungen darstellenden Zuführungen als Umbuchungen angesehen.

Unter Verwendung der aus dem Abschreibungsbogen für Fabrikgebäude (Tabelle 1, S. 117) ermittelten Zusammensetzung der Sonderabschreibungszugänge dieser Position aus direkten Abschreibungen und Umbuchungen ergibt sich nunmehr folgende Verteilung der Zugänge an Sonderabschreibungen auf die definitiven AV-Positionen und -unter der Annahme, daß die Umbuchungen bei den Fabrikgebäuden die Abschreibungen auf Anzahlungen und Teilherstellungskosten des Vorjahres bzw. für 1956/57 des vorletzten Geschäftsjahres umfassen- somit auch folgende Aufgliederung der Sonderabschreibungen auf Anzahlungen und Teilherstellungskosten:

Jahr	Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG						
	Anzahlungen + Teilerstellungskosten			Fabrikgebäude		Maschinen	
	Betrag	Aufgliederung		Direkt- abschr.	Umbu- chung	Direkt- abschr.	Umbu- chung
		Fabrikgeb.	Masch.				
1951/52	14.147	230	13.917	2.496	-	24.531	-
52/53	16.785	2.527	14.258	880	230	2.600	11.839
53/54	15.524	644	14.880	1.050	2.527	16.983	797
54/55	26.764	2.547	24.217	250	644	4.527	20.258
55/56	125	-	125	-	837	2.040	18.700
56/57	-	-	-	-	1.710	-	15.803
	73.345	5.948	67.397	4.676	5.948	50.681	67.397

Andere Sonderabschreibungen wurden von der DHH nur in unerheblichem Umfange vorgenommen. Leider sind sie in den Geschäftsberichten zusammen mit Festwertänderungen und Teilwertabschreibungen in einer Summe angeführt, so daß sie hinsichtlich ihrer Höhe geschätzt werden mußten. Als Sonderabschreibungen gem. §§ 79 bzw. 82 EStDV wurden daher nur für 1956/57 rd. TDM 1.500 und für 1957/58 rd. TDM 1.000 angesetzt.

Die zur Feststellung des Ausnutzungsgrades der Sonderabschreibungsmöglichkeit des § 36 IHG sowie zur Ermittlung der Abschreibungspolitik erforderliche Berechnung der den Sonderabschreibungen zugrunde liegenden Investitionen, der Berechnungsgrundlagen, ist in der nachstehenden Tabelle enthalten:

Jahr	Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG		Berechnungsgrundlage	
	a/Maschinen	a/Fabrikgeb.	Maschinen	Fabrikgeb.
1951/52	38.448	2.726	76.896	9.087
52/53	16.858	3.407	33.716	11.356
53/54	31.863	1.694	63.726	5.647
54/55	28.744	2.797	57.488	9.323
55/56	2.165	-	4.330	-
	118.078	10.624	236.156	35.413

Den IHG-Abschreibungen auf

Maschinen und maschinelle Anlagen TDM 118.078
(bewegliche Wirtschaftsgüter)

Fabrikgebäude und andere Baulichkeiten TDM 10.624
(unbewegliche Wirtschaftsgüter)
TDM 128.702
=====

liegen Investitionen zugrunde in

Maschinen und maschinellen Anlagen TDM 236.156

Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten TDM 35.413
TDM 271.569
=====

Den EStDV-Sonderabschreibungen von schätzungsweise zusammen
rd. TDM 2.500 liegen unter der Annahme, daß sie ausschließlich
auf bewegliche Anlagen vorgenommen wurden, Investitionen von
rd. TDM 5.000 zugrunde.

b) Ermittlung des Ausnutzungsgrades der Bewertungsfreiheiten

Bei der Feststellung der Ausnutzung der Sonderabschreibungsmöglichkeiten interessiert neben der absoluten Höhe der Abschreibungen einmal deren relative Höhe im Verhältnis zu den abschreibungsfähigen Zugängen und zum anderen die dadurch realisierte zeitliche Aufwandsantizipation. Da die absolute Höhe der Sonderabschreibungen bereits dargelegt ist, wird im folgenden erst die Ausnutzung der zeitlichen Aufwandsvorverlagerung insbesondere ingestalt der Sonderabschreibungen auf Anzahlungen und Teilerstellungskosten und anschließend der relative Umfang der Inanspruchnahme der Bewertungsfreiheit des § 36 IHG durch Zusammenfassung aller abschreibungsfähigen Zugänge der begünstigten AV-Positionen und deren Gegenüberstellung mit den Berechnungsgrundlagen ermittelt.

In der nachstehenden Tabelle sind die Sonderabschreibungen auf Anzahlungen und Teilerstellungskosten den betreffenden Zugängen gegenübergestellt, um die Inanspruchnahme der zeitlichen Abschreibungsvorverlagerung ersichtlich zu machen. Der Umfang dieser Vorverlagerung kann jedoch nur durch eine Gegenüberstellung der zusammengefaßten Zugänge an Anzahlungen und Teilerstellungskosten mit den den Sonderabschreibungen zugrunde liegenden Berechnungsgrundlagen sichtbar gemacht werden, da eine Aufteilung dieser Sonderabschreibungen und Berechnungsgrundlagen auf die definitiven AV-Positionen Maschinen und Fabrikgebäude einen zu hypothetischen Charakter hätte; außerdem ist sie auch von keiner größeren Aussagefähigkeit.

Die auf der nächsten Seite befindliche Aufstellung zeigt bei jährlich differierender Ausnutzung eine Gesamtinanspruchnahme der Abschreibungsmöglichkeit auf Anzahlungen und Teilerstellungskosten von rd. 57%. Sie macht ferner ersichtlich, daß die Abschreibungsmöglichkeit auf Anzahlungen in prozentual größerem Umfange als die auf Teilerstellungskosten ausgenutzt wurde, wenngleich für die letztere Position eine absolut höhere Ausnutzung vorliegt. Unter der Annahme, daß die Anzahlungen

Jahr	Zugänge		Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG		Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG		Berechnungs- grund- lage (BG)	BG in % der Zugänge
	Anzahlungen	Teilerherstellungskosten	Anzahlungen	Teilerherstellungskosten	Maschinen	Fabrikgebäude		
1951/52	10.126	16.619	5.063	9.084	13.917	230	28.378	106,1
52/53	8.102	54.295	1.394	15.391	14.258	2.527	36.939	59,2
53/54	2.788	44.482	1.480	14.044	14.880	644	31.807	67,3
54/55	60.855	25.647	22.398	4.366	24.217	2.547	56.824	65,7
55/56	31.699	17.017	125	-	125	-	250	0,5
	113.570	158.060	30.460	42.885	67.397	5.948	154.198	56,8

nur für Maschinen gegeben wurden, ist für 1951/52 eine hundertprozentige und für 1953/54 sogar eine etwas darüber liegende Ausnutzung infolge Abschreibung auf den Bestand festzustellen; für die Zugänge in 1954/55 wurde sie somit zu rd. Dreiviertel wahrgenommen. Die in 1955/56 äußerst geringe Inanspruchnahme dürfte sich neben der sehr kurzfristigen und stark eingeschränkten Verlängerung des § 36 IHG aus der rückläufigen Ertragsentwicklung erklären.

Die auf Anzahlungen und Teilerstellungskosten vorgenommenen IHG-Abschreibungen von TDM 73.345 stellen sich auf rd. 57,0% der gesamten IHG-Abschreibungen.

Die Ausnutzung der Sonderabschreibungsmöglichkeit auf fertige, einsatzfähige Anlagen ist aus den beiden nachstehenden Tabellen zu ersehen, in denen die reinen Zugänge den Berechnungsgrundlagen der Sonderabschreibungen gegenübergestellt sind.

Die maximale Ausnutzung der Abschreibungsmöglichkeit auf Maschinen liegt in den Geschäftsjahren 1951/52 und 1953/54 bei rd. 100% (die darüber hinausgehenden Abschreibungen entfallen auf die Umbuchungen oder den Bestand); die gesamte Ausnutzung liegt dagegen nur bei rd. 71%. Etwas geringer ist die Ausnut-

zung bei den Zugängen an Fabrikgebäuden, wo sie sich nur auf rd. 65% beläuft. Eine nahezu volle Inanspruchnahme der Bewertungsfreiheit des § 36 IHG läßt sich bei dieser Position auch nur für das Geschäftsjahr 1953/54 erkennen. 34) 35)

Jahr	Zugänge Maschinen	Sonderab- schreibungen gem. § 36 IHG	Berechnungs- grundlage	Berechnungs- grundlage in % der Zugänge
1951/52	44.396	24.531	49.062	110,4
52/53	28.742	2.600	5.200	18,0
53/54	16.688	16.983	33.966	(203,5)
54/55	18.478	4.527	9.054	49,0
55/56	34.055	2.040	4.080	12,0
	142.359	50.681	101.362	71,2

Jahr	Zugänge Fabrik- gebäude	Sonderab- schreibungen gem. § 36 IHG	Berechnungs- grundlage	Berechnungs- grundlage in % der Zugänge
1951/52	9.641	2.496	8.320	86,3
52/53	4.936	880	2.933	60,0
53/54	3.557	1.050	3.500	98,4
54/55	2.610	250	833	31,9
55/56	3.353	-	-	-
	24.097	4.676	15.586	64,7

Während aus den vorstehenden 3 Tabellen die schwerpunktmäßige Verteilung der Abschreibungsvorverlagerung durch Ausnutzung der Bewertungsfreiheit für Anzahlungen und Teilherstellungskosten einerseits und für einsatzfähige Anlagen andererseits ersichtlich ist, zeigt die folgende Zusammenfassung der Zugänge an

Maschinen und maschinellen Anlagen
 Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten
 Im Bau befindlichen Anlagen
 Anzahlungen

und deren Gegenüberstellung mit den Berechnungsgrundlagen die
 Gesamtinanspruchnahme des § 36 IHG: 36)

Jahr	Zusammengefaßte Zugänge	Berechnungs- grundlagen der IHG-Ab- schreibungen	Berechnungs- grundlagen in % der Zugänge
1951/52	87.386	85.983	98,4
52/53	96.075	45.072	46,9
53/54	67.515	69.373	102,7
54/55	107.590	66.811	62,1
55/56	86.124	4.330	5,0
	444.690	271.569	61,1

Die aus der Aufstellung zu entnehmende Ausnutzung des § 36 IHG
 beziffert sich auf 61,1%; sie liegt damit nicht unerheblich un-
 ter derjenigen der anderen, vergleichbaren Gesellschaften.

Eine den vorstehenden Ausführungen entsprechende Ermittlung
 des Ausnutzungsgrades der EStDV-Sonderabschreibungen ist nicht
 möglich, da es sich bei diesen um Bewertungsfreiheiten für spe-
 zielle, im öffentlichen Interesse wünschenswerte Investitionen
 handelt, die im Rahmen der betrieblichen Investitionsvorhaben
 im allgemeinen nur von untergeordneter Bedeutung sind.

34) Bei Maschinen für 1955/56 Bilanzausweis zuzüglich Bilanzdif-
 ferenz zwischen Endbestand 1954/55 und Anfangsbestand 1955/56
 von rd. TDM 40.

35) Bei Fabrikgebäuden für 1955/56 abzüglich dieser Differenz.

36) Die zusammengefaßten Zugänge enthalten für 1951/52 ferner
 TDM 3.836 Übernommene Anlagen
 TDM 2.768 Anfangsbestand Im Bau befindliche Anlagen
 TDM 10.126 Endbestand Anzahlungen

c) Darstellung der Abschreibungspolitik

Die der Analyse der Abschreibungspolitik zugrunde liegenden Abschreibungsbögen für die AV-Positionen Maschinen und maschinelle Anlagen sowie Fabrikgebäude und andere Baulichkeiten sind unter Beachtung der bereits dargelegten Daten und Prämissen erstellt. Zu dem Abschreibungsbogen für Fabrikgebäude ist ergänzend noch folgendes zu bemerken:

1. die durchschnittliche Abschreibungsdauer wurde mit rd. 40 Jahren bestätigt gefunden,
2. die IHG-Abschreibungen in der auf S.101 angeführten Aufteilung wurden anhand dieses Bogens ermittelt, indem die auf der Grundlage einer 40jährigen Nutzungsdauer errechneten Normalabschreibungen der Zugänge und die retrograd ermittelten Normalabschreibungen auf den Übernahmebestand den gesamten auf diese Position vorgenommenen Abschreibungen gegenübergestellt und die Differenzen -unter Überprüfung der möglichen Berechnungsgrundlagen- als direkte oder indirekte Sonderabschreibungen bezeichnet wurden,
3. der Anfangsbestand wurde retrograd wie folgt ermittelt:

Stand 1.10.52 einschließlich Übernahmebetrag nach Abzug von Abschreibungen	TDM 44.867
./. Zugang + Umbuchung 1951/52	TDM 9.942
+ Sonderabschreibungen	TDM 2.496
+ Normalabschreibungen	TDM 2.334
Anfangsbestand	<u><u>TDM 39.755</u></u>

Der auf diesen Daten und Prämissen aufgebaute Abschreibungsbogen (Tabelle 1, S. 117) läßt einen normalen Abschreibungsverlauf für die Altanlagen und die Zugänge erkennen. Von einer Weiterführung des Abschreibungsbogens über das Geschäftsjahr 1961/62 hinaus wurde im Hinblick auf das prognostischen Rechnungen zugrunde zu legende, auf der Basis des Endbestandes

per 30.9.62 mit rd. 4 Mio DM etwa gleichbleibend anzunehmende Abschreibungsaufkommen bis etwa 1980 abgesehen; außerdem wäre eine genaue Rechnung wegen der im Anfangsbestand enthaltenen nicht abschreibungsfähigen Grundstücke nicht möglich.

Bei der Ausarbeitung des Abschreibungsbogens für Maschinen und maschinelle Anlagen (Tabelle 2, S. 118) wurde ergänzend von folgenden Daten und Prämissen ausgegangen:

1. die empirisch-analytisch ermittelte durchschnittliche Nutzungsdauer beläuft sich auf rd. 15 - 16 Jahre,
2. die Aufteilung der Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG erfolgt entsprechend der Tabelle auf S. 101,
3. die den IHG-Abschreibungen zugrunde liegenden Investitionen werden gem. der 2. IHDV nach Restwert und Restnutzungsdauer abgeschrieben,
4. die den umgebuchten Sonderabschreibungen zugrunde liegenden Umbuchungen werden ebenfalls gem. der 2. IHDV abgeschrieben; die Errechnung der Normalabschreibungen erfolgt auf der Basis der Anschaffungswerte, d.h. daß die um die Sonderabschreibungen erhöhten Umbuchungen die Berechnungsgrundlage der Normalabschreibungen bilden,
5. die zu 3. und 4. genannten Berechnungsgrundlagen sind zusammengefaßt; hierzu als Beispiel 1954/55:

Berechnungsgrundlage der Sonderabschreibungen TDM 4.527 mal 2	TDM 9.054
+ Umbuchung sonderabgeschriebener Restwerte von Anzahlungen und Im Bau befindliche Anlagen	<u>TDM 20.258</u>
= abschreibungsfähiger Restwert	TDM 29.312
+ Sonderabschreibungen vorheriger Geschäftsjahre auf Anzahlungen und Im Bau befindliche Anlagen	<u>TDM 20.258</u>
= ursprünglicher Anschaffungswert Berechnungsgrundlage für die Normalabschreibungen	<u>TDM 49.570</u> =====

6. die restlichen abschreibungsfähigen Zugänge und Umbuchungen werden den steuerlichen Möglichkeiten entsprechend degressiv abgeschrieben -Ausnahmen s. Tabelle- ,
7. der Anfangsbestand wurde wie folgt retrograd ermittelt:

Stand 1.10.52 einschließlich zum 1.9.51 übernommene Anlagen unter Berücksichtigung von Abschreibungen	TDM 285.314
./. Zugang + Umbuchung 1951/52	TDM 45.227
+ Normalabschreibungen auf den Anfangsbestand (errechnet)	TDM 42.650
+ Normalabschreibungen auf den Zugang	TDM 1.657
+ Sonderabschreibungen auf den Zugang	TDM 22.613
+ Sonderabschreibungen auf den Übernahmebestand	<u>TDM 1.918</u>
Anfangsbestand	<u><u>TDM 308.925</u></u>

Die als zur Kontrolle der Ergebnisse der Analyse der Abschreibungspolitik erforderlichlich bezeichnete Ermittlung der Erlösbindung ist in Tabelle 3 auf S. 119 enthalten. Die Resultate dieser Tabelle sind in die nachstehenden Ausführungen über die Abschreibungspolitik der DHH in dem für deren Erläuterung und Begründung als ausreichend angesehenen Umfange aufgenommen worden. Von einer gesonderten Betrachtung dieser Tabelle wurde im Hinblick auf die Themenstellung der vorliegenden Arbeit abgesehen, da sie keine weiteren zweckdienlichen Erkenntnisse zeitigen, sondern nur zu deren Erweiterung führen würde.

In der Abschreibungspolitik der DHH lassen sich 3 Abschnitte erkennen, die die Geschäftsjahre 1951/52 bis 1954/55, 1955/56 und 1956/57 sowie die Geschäftsjahre ab 1957/58 umfassen.

Der externe Rahmen der ersten Phase der Abschreibungspolitik ist bestimmt durch die Geltungsdauer des § 36 IHG und die Zulässigkeit degressiver Abschreibungen auf die Zugänge an beweglichen und zum Teil auch unbeweglichen Wirtschaftsgütern nach dem. 1.1.52. Als interne Determinanten mit modifizierendem Einfluß sind die Finanz- und Steuerpolitik sowie in gewisser Weise noch die Rücklagenpolitik zu nennen.

Aus den beiden Abschreibungsbögen sowie den vorstehenden Tabellen ist ersichtlich, daß nur in den Geschäftsjahren 1951/52 mit rd. 27,0 Mio DM und 1953/54 mit rd. 18,0 Mio DM die direkten Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG im Verhältnis zu den Zugängen und den noch sonderabschreibungsfähigen Umbuchungen relativ hoch waren. In den Geschäftsjahren 1952/53 und 1954/55 wurde die Bewertungsfreiheit des § 36 IHG auf einsatzfähige Anlagen nur in bescheidenerem Umfange mit rd. 3,5 und 4,8 Mio DM in Anspruch genommen. Die Abschreibungsvorgriffe durch Ausnutzung der Sonderabschreibungsmöglichkeit auf Anzahlungen und Teilerstellungskosten hielten sich in den Geschäftsjahren 1951/52 bis 1953/54 in Größenordnungen zwischen rd. 14,2 und rd. 16,8 Mio DM und stellten sich lediglich in 1954/55, dem Geschäftsjahr des ursprünglich angesetzten Auslaufs des § 36 IHG, auf rd. 26,7 Mio DM.

Die Ursache für die in ihren jeweiligen Jahresbeträgen erheblich schwankenden IHG-Abschreibungen ist in der recht unterschiedlichen und anfänglich stark wechselnden Ertragslage des Unternehmens zu erkennen (vgl. Tabelle 3 auf S. 119). So dürfte die weitestgehende Ausnutzung der Bewertungsfreiheit für 1951/52 in Höhe von rd. 41,2 Mio DM im Hinblick auf die Ertragsentwicklung im Geschäftsjahr 1952/53 vorgenommen worden sein, während die betragsmäßig mit rd. 20,3 Mio DM gegenüber dem Vorjahr um mehr als die Hälfte geringere IHG-Abschreibung dieses Geschäftsjahres auf den in der Erlösbindung des folgenden Jahres ersichtlichen starken Ertragsrückgang zurückzuführen sein dürfte.

Die für das Geschäftsjahr 1953/54 angesetzte IHG-Abschreibung von rd. 33,6 Mio DM dürfte ihre Erklärung in der im Zeitpunkt ihres Ansatzes bereits ersichtlichen Verbesserung der Ertragslage finden. Die Vornahme von rd. 31,5 Mio DM IHG-Abschreibungen im Geschäftsjahr 1954/55 dürfte überwiegend zwecks Ausnutzung der Gewinnverlagerungsmöglichkeit erfolgt sein, da rd. 22,5 Mio DM dieser Abschreibungen auf Anzahlungen entfallen.

Die aus Tabelle 3 ersichtlichen negativen Differenzen zwischen angesetzten und realisierten Erlösbindungen, die seitens des Unternehmens als auf die Ausnutzung der IHG-Sonderabschreibungsmöglichkeiten zurückzuführen bezeichnet werden, wurden in den Jahresabschlüssen wie folgt buchtechnisch ausgeglichen:

Geschäftsjahr 1951/52	Verlust (vorgetragen)	TDM 35.362
52/53	./. Gewinn	<u>TDM 19.681</u>
53/54	Verlustvortrag	TDM 15.681
	./. Rücklagenentnahme	TDM 15.128
	+ Verlust	<u>TDM 33.004</u>
54/55	Verlustvortrag	TDM 33.557
	./. Rücklagenentnahme	TDM 31.449
	./. Gewinn	<u>TDM 11.308</u>
	Dividendenvorschlag	<u>TDM 9.200</u>
		=====

Ohne weiter auf die Problematik dieser im Zusammenhang mit den IHG-Abschreibungen vorgenommenen Rücklagenentnahmen einzugehen, die im Rahmen der kritischen Würdigung der Sonderabschreibungen behandelt wird, soll hier nur festgehalten werden, daß der auf Grund der durch die Ausnutzung der steuerlichen Möglichkeiten in der Steuerbilanz vorgetragene Verlust im Geschäftsjahr 1955/56 aufgezehrt war, wie aus der in der Tabelle nachrichtlich angeführten Entwicklung der Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen entnommen werden kann. Das bedeutet, daß die seitens der Verwaltung als nicht verdient bezeichneten rd. 46,6 Mio DM der Sonderabschreibungen zu diesem Termin realisiert waren. Es erfolgte lediglich eine Umwandlung offener in verdeckte oder stille Rücklagen. In den anschließenden Analysen kann daher von voll verdienten Abschreibungen ausgegangen werden.

Als Normalabschreibungen wurden für die übernommenen Anlagen und die Zugänge bis einschließlich 1952/53 lineare Abschreibungen angesetzt; die Degression bei den Normalabschreibungen auf die Anfangsbestände erklärt sich aus den unterschiedlichen Nutzungsdauern der darin enthaltenen Anlagen.

Von der degressiven Abschreibungsmethode wurde -extern feststellbar- erstmals im Geschäftsjahr 1953/54 für die nicht sonderabgeschriebenen Zugänge und Umbuchungen in voller Höhe Gebrauch gemacht; das gleiche ist für die "freien" Zugänge und Umbuchungen des folgenden Geschäftsjahres festzustellen. Die im Geschäftsbericht 1952/53 auf S. 26 angeführte Vornahme auch degressiver Abschreibungen dürfte nicht größeren Umfangs gewesen sein, wie aus folgenden Darlegungen ersichtlich wird; in dem Abschreibungsbogen für Maschinen wurden daher für dieses Geschäftsjahr keine degressiven Abschreibungen angesetzt.

Der externe Variationsbereich des zweiten Abschnitts der Abschreibungspolitik der DHH in den Jahren 1955/56 und 1956/57 ist gekennzeichnet durch die stark eingeschränkte Verlängerung der Sonderabschreibungsmöglichkeit des § 36 IHG und die unveränderte und zum Teil sogar erweiterte Zulässigkeit degressiver Abschreibungen. Im Rahmen der Ertragslage und der Ertragserwartungen wirkt sich in dieser Periode die Dividendenpolitik als stark modifizierende interne Bestimmungsgröße aus.

Bei einer gegenüber dem Vorjahr im Geschäftsjahr 1955/56 um rd. 22,2 Mio DM zurückgegangenen Erlösbindung wurden IHG-Abschreibungen in Höhe von nur noch rd. 2,2 Mio DM angesetzt; ferner wurden noch rd. 1,1 Mio DM Teilwertabschreibungen auf Maschinen vorgenommen. Bei einer gegenüber 1955/56 nochmals um rd. 23,5 Mio DM auf rd. 75,5 Mio DM verminderten Erlösbindung wurden im Geschäftsjahr 1956/57 auf Maschinen schätzungsweise rd. 2,0 Mio DM Teilwertabschreibungen sowie rd. 1,5 Mio DM EStDV-Sonderabschreibungen geltend gemacht.

Der stark modifizierende Einfluß der Dividendenpolitik, der bei der Bemessung der IHG-Abschreibungen für das Geschäftsjahr 1955/56 bereits deutlich wurde, zeigt sich in vollem Umfange erst bei der Festsetzung der Normalabschreibungen für die Zugänge an Maschinen und maschinellen Anlagen in diesen beiden Geschäftsjahren.

Im Geschäftsjahr 1955/56 wurde von der Möglichkeit degressiver Abschreibungen für rd. $\frac{1}{3}$ der Zugänge -rd. 22 Mio DM- kein Gebrauch gemacht, im folgenden Geschäftsjahr sogar nicht für rd. 85 Mio DM, die rd. 85% der degressiv abschreibbaren Zugänge darstellen. Degressiv abgeschrieben wurden im Geschäftsjahr 1955/56 lediglich Zugänge in Höhe von rd. 20 Mio DM und im Geschäftsjahr 1956/57 in Höhe von rd. 15 Mio DM. Die Richtigkeit dieser Aufgliederungen ist indirekt einem Hinweis im Geschäftsbericht 1956/57 S. 14 zu entnehmen, demzufolge in diesem Geschäftsjahr rd. 10 Mio DM degressive Abschreibungen in den Gesamtabschreibungen enthalten sind - in dem Abschreibungsbogen für Maschinen werden für 1956/57 rd. 10,3 Mio DM degressive Abschreibungen ausgewiesen. Diese Zahlen beinhalten auch die Begründung der vorstehenden Ausführungen hinsichtlich der degressiven Abschreibungen des Geschäftsjahres 1952/53.

Der Grund dieser Nichtausnutzung degressiver Abschreibungsmöglichkeiten liegt in der offensichtlich auf Progression bedachten Dividendenpolitik während der Geschäftsjahre 1954/55 bis einschließlich 1956/57, in denen ein mit 5% beginnender und um je 1% gesteigerter Dividendenvorschlag gemacht wurde, der in den Geschäftsjahren 1955/56 und 1956/57 Gewinnausweise von 11,0 und 12,9 Mio DM erforderte. Bei vollem Ansatz möglich gewesener degressiver Abschreibungen hätten im Geschäftsjahr 1955/56 weitere 2 Mio DM und im folgenden Geschäftsjahr sogar weitere 11 Mio DM durch Abschreibungen gebunden werden können. Diese Zahlen zeigen eindeutig die Vorrangigkeit der Dividenden- vor der Finanzpolitik, da anderenfalls fast der gesamte Dividendenvorschlag des Geschäftsjahrs 1956/57 durch Abschreibungen hätte gebunden werden können. Der Ausweis des Nettoe-

winns von 12,9 Mio DM für 1956/57 war nur durch diese Nichtausnutzung degressiver Abschreibungsmöglichkeiten und die Auflösung von rd. 8,3 Mio DM Rückstellungen und Wertberichtigungen möglich.

Die zweimalige Senkung der degressiven Höchstsätze in den Jahren 1958 und 1960 bestimmt den extern zulässigen Variationsbereich der dritten extern feststellbaren Periode der Abschreibungspolitik der DHH.

Aufgrund der wieder auf den Stand des Jahres 1955/56 erhöhten Erlösbindung in 1957/58 und der für die rd. 107 Mio DM Zugänge der Jahre 1955/56 und 1956/57 nur erforderlichen linearen Abschreibungen, die mit rd. 10 und 7 Mio DM unter den möglich gewesen degressiven Abschreibungen liegen, konnten die in dem Geschäftsjahr 1957/58 gegenüber den Vorjahren stark zurückgegangenen Zugänge in voller Höhe degressiv abgeschrieben werden, wie es auch die Zugänge des folgenden Jahres trotz wiederum auf die Höhe des Geschäftsjahres 1956/57 zurückgegangener Erlösbindung wurden. Infolge kräftig angestiegener Ertragslage in den Geschäftsjahren 1959/60 und 1960/61 wurden die Zugänge dieser Jahre wie auch die des Geschäftsjahres 1961/62 unter voller Ausnutzung der steuerlichen Möglichkeiten degressiv abgeschrieben.

Sonderabschreibungen aufgrund steuerlicher Bewertungsfreiheit wurden in diesem Zeitraum angabegemäß nur im Geschäftsjahr 1957/58 mit schätzungsweise rd. 1 Mio DM gemäß § 82 EStDV bei beweglichen Anlagen angesetzt.

Die in Anwendung des BFH-Urteils vom 13.5.58 mögliche Nachholung unterlassener Abschreibungen in Höhe der Differenz zwischen vollen linearen und Restwertabschreibungen auf gemäß § 36 IHG sonderabgeschriebene Anlagen wurde, wie bereits auf S. 98 erwähnt, in zwei Etappen in den Geschäftsjahren 1957/58 und 1959/60 durchgeführt - offensichtlich wegen der in 1957/58 noch unbefriedigenden Ertragslage.

Wie aus den beiden Abschreibungsbögen ersichtlich ist, wurden in 1957/58 nur die Nachholungen für Maschinenzugänge in den Geschäftsjahren

1951/52	in Höhe von	TDM 477
1951/52	in Höhe von	<u>TDM 5.505</u>
	zusammen	<u>TDM 5.982</u> =====

-laut Geschäftsbericht 1957/58 rd. 6 Mio DM- durchgeführt. Die restlichen Nachholungen für Maschinenzugänge aus den Geschäftsjahren

1952/53	in Höhe von	TDM 2.376
1953/54	in Höhe von	TDM 1.481
und für Zugänge an Fabrikgebäuden von		<u>TDM 351</u>
	zusammen	<u>TDM 4.208</u> =====

-laut Geschäftsbericht 1959/60 rd. 4,2 Mio DM- wurden erst in dem letztgenannten Geschäftsjahr geltend gemacht.

Als Teilwertabschreibungen dürften die bei Maschinen im Geschäftsjahr 1960/61 nicht zurechenbaren Abschreibungen in der Größenordnung von rd. 5 Mio DM zu bezeichnen sein, und zwar im Zusammenhang mit der im Geschäftsbericht dieses Jahres (S. 23) angeführten Stilllegung eines alten SM-Stahlwerkes im Werk Hörde. Ebenfalls Teilwertabschreibungen auf die Fabrikhallen dieses Objekts können die in dem Abschreibungsbogen für Fabrikgebäude für die Geschäftsjahre 1959/60 bis 1961/62 ausgewiesenen je TDM 400 nicht zurechenbare Abschreibungen sein, die dann in Form von Zwischenwertabschreibungen vorgenommen wurden. Es ist aber auch möglich, daß es sich bei diesen Beträgen um anteilige Normalabschreibungen auf gebäudeähnliche Betriebsvorrichtungen handelt, die im Rahmen von Umbuchungen im Geschäftsjahr 1959/60 auf diese AV-Position übertragen wurden.

Während in der zweiten Periode der Abschreibungspolitik die Dividendenpolitik als stark modifizierende Bestimmungsgröße hervortrat, steht die dritte Periode unter dem Primat der Finanzpolitik. In realistischer Anpassung an die zurückgegangene

Ertragslage wurde die Dividende für das Geschäftsjahr 1957/58 wieder auf 6% gesenkt und in dieser Höhe für das folgende Jahr beibehalten. Nach der im Mai 1960 durchgeführten Kapitalerhöhung um 92 auf 276 Mio DM wurde für die Geschäftsjahre 1959/60 und 1960/61, die als die "goldenen" Geschäftsjahre der DHH bezeichnet werden können, die Dividende auf 9% erhöht. Im Hinblick auf die ab 1961/62 wieder rückläufigen Erträge und die wohl auch negativen Ertragserwartungen wurde die Dividende für dieses Geschäftsjahr wieder auf 6% zurückgenommen; für 1962/63 soll sogar ein ausgeglichener Abschluß vorgelegt werden. ³⁷⁾

Aus der in dem ersten und dritten Abschnitt der extern feststellbaren Abschreibungspolitik der DHH sowie der Erlösbindungstabelle zum Ausdruck kommenden außerordentlichen Bedeutung der Abschreibungen für die Finanzpolitik des Unternehmens als Folge der recht wechselhaften und im ganzen etwas unbefriedigenden Ertragslage, die eine Erlösbindung durch versteuerte Rücklagen und Rückstellungen nur in kleinerem Umfange zuläßt, erklären sich die folgenden Ausführungen im Geschäftsbericht 1960/61 auf S. 24:

"Wir dürfen an dieser Stelle darauf hinweisen, daß die bilanziellen Abschreibungen nach den derzeit geltenden Bestimmungen auf mehr oder weniger historische Anschaffungswerte zu beziehen sind. Die Basis für betriebswirtschaftlich richtige und zur Ersatzbeschaffung ausreichende Abschreibungen können jedoch nur die Wiederbeschaffungswerte bilden."

Bemerkenswert bei der DHH ist die aus der Erlösbindungstabelle ersichtliche, um 6% oszillierende Normalabschreibungsquote in den Jahren kontinuierlicher Umsatzsteigerungen, die als Ergebnis einer planvollen Abschreibungspolitik gewertet werden könnten, sofern nicht aus den vorstehenden Ausführungen der starke Einfluß der Ertragslage sowie der in den Geschäftsjahren 1955/56 und 1956/57 erheblich modifizierende Einfluß der Dividendenpolitik hervorgetreten wäre.

³⁷⁾ Vgl. Dortmund-Hörde läßt Dividende ausfallen.
Der Tagesspiegel Nr. 5499 vom 11. Oktober 1963

Jahr	Buchung: indirekter Sonder- abschrei- bungen	Zugänge Ubu- chungen	Berech- nungs- grund- lagen	Abschrei- bungs- methode	Periode											
					1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61	1961	
1951/52		308.925	305.089	lin.	42.395	37.416	36.918	35.294	33.188	27.391	19.668	18.784	12.786	8.251	3.	
			3.836	lin.	1.918				1.084	2.000	477			5.000		
		44.396			255	255	255	96	96	96	255	133				
		830	45.226	lin.	22.613	3.070	3.070				5.505					
		28.742	17.039	lin.	1.657	2.600		1.235	1.235	1.235	3.070	2.536				
52/53	11.839	1.135	23.898	lin.		1.735	1.925	1.925	737	737	1.925	1.925	1.154	2.376		
		10.688	34.763	lin.		1.185	1.590	1.590	1.590	1.590	1.590	1.590	1.590	1.590	1.590	1.
	797	26.775	8.700	degr. 20%			16.983	2.371	2.371	890	2.371	2.371	1.481	2.371	1.183	
		18.478	25.312	lin.			1.306	1.475	1.183		757	606	484	389		
54/55	20.258	38.593	27.759	degr. 20%				4.527	2.480	3.305	3.305	3.305	3.305	3.305	3.305	2.
		34.055	45.000	lin.				4.162	4.719	5.776	3.020	2.416	1.933	1.547	1.	
55/56	18.700	30.945	20.000	degr. 20%					2.040	3.185	4.245	4.245	4.245	4.245	4.245	4.
		49.621	105.482	lin.					3.000	3.400	2.720	2.176	1.741	1.393	1.	
56/57	15.803	68.861	15.000	degr. 20%						5.963	7.952	7.839	7.839	7.839	7.839	7.
		1.437	2.000	lin.						2.225	2.555	2.044	1.635	1.308	1.	
		14.318	28.755	degr. 17%							1.000					
58/59		24.272									100	133	58	58		
		17.684	41.956	degr. 16%							3.660					
59/60		22.585										5.150	5.889	4.947	4.	
		24.285	46.870	degr. 16%									3.750	6.900	3.	
60/61		51.804														
		31.816	83.620	degr. 16%										10.035	11.	
1/62		42.913														
		33.637	76.550	degr. 13%											7.	
Irrrechnete Normalabschreibungen					44.307	43.601	47.435	50.632	55.693	57.801	63.175	59.520	56.177	60.930	55.	
Irrrechnete Sonderabschreibungen					24.531	2.600	16.983	4.527	2.040	1.500	1.000	-	-	-	-	
Direkte Abschreibungen laut Bilanz					68.838	46.261	64.418	55.159	57.733	59.301	64.175	59.520	56.177	60.930	55.	
Irrrechnete Sonderabschreibungen auf Anzah-					13.917	14.258	14.880	24.217	125	-	-	-	-	-	-	
Irrrechnete Sonderabschreibungen auf Anzah-					13.917	14.258	14.880	24.217	125	-	-	-	-	-	-	
Gesamtabschreibungen auf					82.755	60.859	79.298	79.372	85.458	87.602	94.150	89.040	82.354	80.860	70.	

Anteilige Abschreibungen													
1962/63	1963/64	1964/65	1965/66	1966/67	1967/68	1968/69	1969/70	1970/71	1971/72	1972/73	1973/74	1974/75	1975/76
3.000	2.000	1.849											
1.590	1.590	1.590	1.590	1.590	393								
248	198	150	109	159	159	158							
990	792	633	507	507	507	506							
5.555 891	1.480 713	1.480 570	1.480 436	1.480 365	1.480 365	1.480 365	1.480 365	390 366					
7.839 837	7.513 670	7.513 576	7.513 482	5.732 343	5.732 274	5.732 274	5.732 274	5.732 274	1.433 275				
58 2.025	58 1.002	58 1.002	58 1.002	58 960	58 797	58 777	58 777	58 777	58 777	13 778			
3.490	2.490	2.490	2.490	1.738	1.459	1.277	1.277	1.277	1.277	1.277	1.277	1.277	1.277
4.867	4.867	4.867	4.867	2.424	2.035	1.710	1.496	1.496	1.496	1.496	1.496	1.496	1.496
9.906	9.906	9.906	9.906	4.953	4.144	3.766	3.388	3.010	2.632	2.254	1.876	1.498	1.120
8.370	7.815	7.260	6.705	6.150	4.477	3.700	3.023	2.346	1.669	1.092	5.140	5.140	5.140
48.266	38.612	28.958	19.304	25.436	21.880	20.018	18.233	16.125	11.071	9.319	8.531	7.254	5.732
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
48.266	38.612	28.958	19.304	25.436	21.880	20.018	18.233	16.125	11.071	9.319	8.531	7.254	5.732

TABELLE 3
IN 1000 RM 1961/62

Erlösebindung durch Rückstellungen und Wertberichtigungen	J ä h r l i c h e E r l ö s b i n d u n g											
	1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61	1961/62	
Fensionsrückstellungen	2.039	1.748	- 2.932	8.173	4.696	- 8.295	- 3.017	2.153	4.145	9.287	- 1.442	
Normalabschreibungen	9.623	12.720	8.250	13.860	21.280	1.148	-	143	12.314	1.976	7.703	
Abzüge	43.611	47.479	50.850	53.687	58.825	67.608	75.120	66.260	63.842	66.574	60.931	
Sonderabschreibungen	-	2.327	1.263	3.401	2.845	3.347	3.690	1.228	3.253	1.306	1.949	
Wertberichtigungen auf Beteiligungen	41.322	20.265	33.558	31.541	2.165	-	-	-	-	-	-	
Wertberichtigungen gen. §§ 7c und d EStG	-	1	23	5	1	7	-	-	-	4.358	8.232	
Importabschlag	2.612	3.783	625	3.031	1.936	2.566	1.611	770	4.094	3.570	712	
Rücklagendotation	-	-	-	-	-	-	14.300	-	12.200	1.800	-	
Rücklagenentnahme w/LAG	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12.690	-	
Jahreserfolg	-	- 5.652	- 3.768	- 3.768	- 3.768	- 3.768	- 3.700	- 4.667	- 3.704	- 3.706	-	
Erlösebindung	-35.362	+19.681	-33.004	+11.308	+11.040	+12.880	+11.040	+11.040	+20.721	+24.907	+16.709	
Umsatz	63.845	102.352	54.865	121.238	99.020	75.493	99.044	76.927	116.865	122.762	94.794	
Erlösebindung in % vom Umsatz	724.000	797.000	671.000	898.000	1038.000	1137.600	1064.400	836.400	1106.400	1086.300	965.500	
Normalabschreibungen in % vom Umsatz	8,8	13,0	8,2	13,5	9,6	6,6	9,3	9,2	10,6	11,3	9,8	
Sonderabschreibungen in % vom Umsatz	5,9	5,9	7,6	6,0	5,7	5,9	7,1	7,9	5,8	6,1	6,3	
Erlösebindung, durch Abschreibungen in % vom Umsatz	5,6	2,5	5,0	3,5	0,3	-	-	-	-	-	-	
Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen	(11,5)	8,4	(12,6)	9,5	6,0	5,9	7,1	7,9	5,8	6,1	6,3	
Rohertrag	6.466	8.005	7.936	9.661	44.688	49.204	20.557	10.122	58.486	54.986	36.786	
Dividende %	2203.000	2076.000	1962.000	2529.000	2643.000	2682.000	2475.000	2262.000	2894.000	2839.000	2600.000	

Steuern vom Einkommen,
Ertrag und Vermögen
Rohertrag
Dividende %

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Abschreibungs- politik der DHH mit Ausnahme der Geschäftsjahre 1952/53, 1955/56 und 1956/57 auf volle Ausnutzung aller steuerlichen Möglich- keiten gerichtet war. Nicht in Anspruch genommen wurden degres- sive Abschreibungen für rd. 131 Mio DM Zugänge.

d) Die Aufwandsvorverlagerung durch Sonderabschreibungen

Bei Inanspruchnahme der Bewertungsfreiheiten des § 36 IHG sowie der §§ 79 und 82 EStDV war es nur zulässig, die Wirtschaftsgü- ter während der ersten 3 bzw. 2 Jahre nach Ingebrauchnahme li- near abzuschreiben; der danach verbleibende Restwert war gemäß der Zweiten IHDV oder den §§ 79 und 82 EStDV in gleichen Be- trägen auf die Restnutzungsdauer zu verteilen. Durch das be- reits erwähnte BFH-Urteil vom 13.5.58 wurde diese einschränken- de Bestimmung der Zweiten IHDV für rechtsunwirksam erklärt, so daß die gem. § 36 IHG sonderabgeschriebenen Wirtschaftsgüter weiterhin mit den vollen linearen Sätzen abgeschrieben werden dürfen.

Diese Regelungen legen es nahe, als Sonderabschreibungen den Teil der Abschreibungen zu bezeichnen, der die jährlichen vol- len linearen Abschreibungen übersteigt. Diese Ermittlungsbasis liegt -offensichtlich- den auf S. 99 wiedergegebenen Sonderab- schreibungsangaben der DHH zugrunde sowie auch der umseitig stehenden Tabelle 4, in der die Entwicklung von deren IHG-Son- derabschreibungs-Volumen unter Verwendung der aus den beiden Abschreibungsbögen gewonnenen Erkenntnisse dargestellt ist.

Die Abweichungen zwischen den Werten dieser Tabelle und den von dem Unternehmen genannten resultieren einmal aus der Be- rücksichtigung der auf Anzahlungen und Teilerstellungskosten geltend gemachten Sonderabschreibungen im Jahre der Vornahme und nicht im Jahre der Umbuchung auf die definitiven AV-Posi- tionen und zum anderen aus der Nichtberücksichtigung der EStDV- Sonderabschreibungen, die in den Mehrabschreibungsangaben des Unternehmens enthalten sein dürften, von deren Aufnahme in die

			Entwicklung der								
Jahr	Gesamte IHG-Ab- schreibun- gen auf Fabrikgeb.	Direkte IHG-Ab- schreibun- gen zzgl. Umbuchung	1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60
1951/52	2.726	2.496	2.726	-	-	- 66	- 66	- 66			
52/53	3.407	1.110		3.407	-	-	- 30	- 30			
53/54	1.694	3.577			1.694	-	-	- 93			
54/55	2.797	894				2.797	-				
55/56	-	837									
56/57	-	1.710									
Sonderabschreibungen			2.726	3.407	1.694	2.797					
Normalauflösungen						- 66	- 96	- 189			
IHG-Sonderabschreibungs-Volumen auf der Vergleichsbasis linearer Abschreibungen			2.726	6.133	7.827	10.558	10.462	10.273	10.273	10.273	10.273
Jahr	Gesamte IHG-Ab- schreibun- gen auf Maschinen	Direkte IHG-Ab- schreibun- gen zzgl. Umbuchung	1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60
1951/52	38.448	1.918	38.448	-	-	- 159	- 159	- 159	+ 477	- 122	-
52/53	16.858	22.613		16.858	-	-1.835	-1.835	-1.835	+5.505	- 534	-
53/54	31.863	17.780			31.863	-	-1.188	-1.188			+
54/55	28.744	24.785				28.744	-	-1.481			+
55/56	2.165	20.740					2.165				+
56/57		15.803									+
Sonderabschreibungen			38.448	16.858	31.863	28.744	2.165		+5.982		+
Normalauflösungen						-1.994	-3.182	-4.663		- 656	-
IHG-Sonderabschreibungs-Volumen auf der Vergleichsbasis linearer Abschreibungen			38.448	55.306	87.169	113.919	112.902	108.239	114.221	113.665	113.665
Zusammengefaßtes IHG- Sonderabschreibungs-Volumen auf der Vergleichsbasis linearer Abschreibungen			41.174	61.439	94.996	124.477	123.364	118.512	124.494	123.838	123.838

Brutto-Umbuchungen enthaltenen indirekten Sonderabschreibungen auf Anzahlungen und Teilherstellungskosten degressiv abgeschrieben dargestellt (im Jahr des Zugangs mit $\frac{3}{4}$ der vollen Jahresrate); die sich ergebenden jährlichen Abschreibungen sind den bilanziellen Abschreibungen zuzüglich den anteiligen Sonderabschreibungen auf Anzahlungen und Teilherstellungskosten gegenübergestellt, um die auf die AV-Position Maschinen und maschinelle Anlagen entfallenden effektiven Sonderabschreibungen zu ermitteln.

Als interessantestes Ergebnis zeigt die Tabelle, daß bei voller Ausnutzung der degressiven Abschreibungsmöglichkeiten per 30.9.62 insgesamt eine um rd. 6,5 Mio DM höhere Aufwandsverrechnung möglich gewesen wäre.

Die Ursachen hierfür liegen einmal in der unterlassenen Ausnutzung degressiver Abschreibungsmöglichkeiten für rd. 131 Mio DM Zugänge in den Geschäftsjahren 1952/53, 1955/56 und 1956/57 und zum anderen in der anschließenden linearen Abschreibung von Anlagen, für die steuerliche Bewertungsfreiheiten in Anspruch genommen wurden. Wie aus der Tabelle ferner ersichtlich ist, erhöht sich der auf diese Tatbestände zurückzuführende Abschreibungsfehlbetrag bis zum Geschäftsjahr 1964/65 auf rd. 11 Mio DM und wird erst im Geschäftsjahr 1970/71 ausgeglichen.

Eine effektive Aufwandsvorverlagerung durch die IHG-Sonderabschreibungen erfolgte lediglich in den Geschäftsjahren 1951/52 bis 1954/55 mit einem Betrage von maximal rd. 73,6 Mio DM, in dem sich in sehr starkem Umfange die Sonderabschreibungen auf Anzahlungen und Teilherstellungskosten niederschlagen. Dieser Betrag hatte sich bereits im Geschäftsjahr 1960/61 aus den genannten Gründen aufgelöst, die dann zu der temporären Abschreibungslücke von rd. 6,5 Mio DM per 30.9.62 führen.

Die auf rd. 2,5 Mio DM geschätzten EStDV-Sonderabschreibungen sind im Rahmen der hier vorliegenden Größenordnungen ohne nennenswerte Bedeutung; per 30.9.62 sind sie zuzüglich der auf die betreffenden Anlagen entfallenden Restwertabschreibungen durch die degressiven Abschreibungen nahezu egalisiert.

	Ausgänge zzgl. Brutto- umwen- dungen	Hypothetische de										
Jahr		1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61	1961/62
1951/52	305.089 3.836	42.395 255	37.416 255	36.918 255	35.294 255	34.272 255	29.391 255	19.668 255	18.784 255	12.786 255	13.251 255	3.720 255
	45.226	6.784	7.688	6.151	4.921	3.936	3.149	2.520	2.015	1.612	1.290	1.032
52/53	52.716		7.906	8.962	7.170	5.736	4.588	3.672	2.936	2.349	1.880	1.403
53/54	44.260			6.640	7.524	6.020	4.815	3.852	3.082	2.465	1.972	1.578
54/55	77.329				11.602	13.145	10.516	8.413	6.731	5.384	4.308	3.446
55/56	83.700					12.560	14.228	11.382	9.106	7.285	5.828	4.662
56/57	134.263						20.143	22.828	18.263	14.610	11.688	9.351
57/58	30.755							3.930	4.565	3.784	3.143	2.606
58/59	41.956								5.150	5.889	4.947	4.155
59/60	46.870									3.750	6.900	5.795
60/61	83.620										10.035	11.675
61/62	76.550											7.460
Degressive Jah- resschreibung		49.434	53.265	58.926	66.766	75.924	87.085	76.520	70.887	60.169	65.497	57.136
Abschreibungen .. Abschrei- bungssummen		82.755	60.519	79.298	79.376	57.858	59.301	64.175	59.520	56.177	60.930	55.155
Einverleihen .. Verleihen .. Verleihen		-33.321	- 7.254	+20.372	+12.610	-18.066	-27.784	-12.345	-11.367	- 3.992	- 4.567	- 1.983
Verleihen .. Verleihen		+33.321	+40.575	-60.947	+73.557	+55.491	+27.707	+15.362	+ 3.995	+ 3	- 4.564	- 6.547

TABELLE 5

essive Abschreibungen													
1962/63	1963/64	1964/65	1965/66	1966/67	1967/68	1968/69	1969/70	1970/71	1971/72	1972/73	1973/74	1974/75	1975/76
3.000	2.000	1.849											
255	255	255	255	11									
825	825	825	825	828									
1.223	978	978	978	978	979								
1.262	1.010	808	808	808	808	808							
2.757	2.205	1.764	1.412	1.411	1.411	1.411	1.413						
3.730	2.984	2.387	1.910	1.528	1.527	1.527	1.527	1.529					
4.780	5.984	4.788	3.830	3.064	2.451	2.451	2.451	2.451	2.452				
5.164	1.795	1.491	1.237	1.027	857	831	831	831	831	832			
5.490	2.931	2.463	2.069	1.738	1.459	1.277	1.277	1.277	1.277	1.277	1.280		
4.867	4.090	3.435	2.885	2.424	2.035	1.710	1.496	1.496	1.496	1.496	1.496	1.496	
3.906	8.320	6.990	5.872	4.930	4.144	3.780	2.880	2.515	2.515	2.515	2.515	2.515	2.513
3.970	7.815	6.800	5.915	5.150	4.477	3.900	3.388	3.240	3.240	3.240	3.240	3.240	3.240
9.929	41.192	34.833	27.996	23.897	20.148	17.695	15.263	13.339	11.811	9.360	8.531	7.254	5.753
8.266	39.652	33.690	28.320	25.436	21.880	20.018	18.233	16.125	11.071	9.319	8.531	7.254	5.753
+ 324 + 1.535 + 1.732 + 2.322 + 2.970 + 2.780 - 740 - 41 -													
8.210 - 9.750 - 10.893 - 10.569 - 9.030 - 7.298 - 4.275 - 2.000 + 781 + 41 -													

Sofern die degressive Abschreibung als die den Maschinen und maschinellen Anlagen betriebsindividuell adäquate Aufwandverteilungsmethode anzusehen ist, erscheint es zumindest sehr problematisch, per 30.9.61 ein effektives Sonderabschreibungsvolumen für diese AV-Position von rd. 103 Mio DM als existent zu bezeichnen, denn dann würde zu diesem Termin eine Abschreibungslücke von rd. 4 Mio DM vorliegen.

Ist dagegen die lineare Abschreibung die dieser AV-Position angemessene Aufwandverteilungsmethode, dann ist der Betrag von rd. 103 Mio DM viel zu niedrig, da er dann noch um die jeweiligen Differenzen zwischen linearen und degressiven Abschreibungen zu erhöhen wäre.

e) Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Sonderabschreibungen

Als Ergänzung zu den Gegenüberstellungen der Sonderabschreibungen mit den Zugängen der betreffenden AV-Positionen, die Aufschluß über den Ausnutzungsgrad der Bewertungsfreiheiten geben, gibt die nachstehende Gegenüberstellung der Sonder- mit den Normalabschreibungen Aufschluß über deren Umfang und Bedeutung insbesondere für die Investitionsfinanzierung.

Die in der Tabelle aufgeführten Normalabschreibungen sind die aus den Abschreibungsbögen sich ergebenden Normal- einschließlich Teilwertabschreibungen; die in den Geschäftsjahren 1956/57 und 1957/58 vorgenommenen EStDV-Sonderabschreibungen von schätzungsweise rd. TDM 2.500 werden gesondert ausgewiesen.

Das höchste prozentuale Verhältnis von Sonder- zu Normalabschreibungen ergibt sich für das Geschäftsjahr 1951/52 mit rd. 88%; die nächstfolgenden liegen dann bei rd. 67% und rd. 59% für die Geschäftsjahre 1953/54 und 1954/55. Die für 1952/53 aus der Aufstellung ersichtliche Zurückhaltung bei der Inanspruchnahme der IHG-Bewertungsfreiheit erfolgte ausschließlich mit Rücksicht auf die Ertragsentwicklung; ein Teil der Zugänge dieses Geschäftsjahres wurde im folgenden Geschäftsjahr noch sonderabgeschrieben.

Jahr	Normalab- schreibungen	Sonderab- schreibungen	Sonderab- schreibungen in % der Normalab- schreibungen	Zusammen- gefaßte Zugänge
1951/52	46.641	41.174	88,3	79.379
52/53	46.132	20.265	43,9	96.075
53/54	50.100	33.557	67,0	67.515
54/55	53.352	31.541	59,3	107.590
55/56	58.473	2.165	3,7	86.124
	254.698	128.702	50,5	438.086
56/57	60.871	(1.500)	-	78.667
57/58	66.656	(1.000)	-	49.465
58/59	63.171			49.674
59/60	60.619			54.629
60/61	65.046			118.166
61/62	59.403			116.460
	630.464	131.202	-	905.147

Die Bedeutung (der Gegenwerte) der Sonderabschreibungen im Rahmen der Finanzwirtschaft der DHH kommt darin zum Ausdruck, daß von den Brutto-Investitionen per 30.9.56 in den AV-Positionen

Maschinen und maschinelle Anlagen
 Fabrikgebäude und andere Baulichkeiten
 Im Bau befindliche Anlagen
 Anzahlungen

in Höhe von

TDM 438.086

auf Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG

ein Anteil von 29,4%

TDM 128.702

und auf Normalabschreibungen

ein Anteil von 58,1%

TDM 254.698

entfällt, so daß die Brutto-Investitionen

durch Abschreibungsgegenwerte von

TDM 383.400

zu 87,5% finanziert waren.

In dieser fast ausschließlich auf Bilanzzahlen beruhenden Berechnung sind die aus den Abschreibungsbögen sich per 30.9.56 ergebenden Sonderabschreibungsaufösungen in Höhe von TDM 5.338 nicht berücksichtigt; bei deren Berücksichtigung würde sich der Finanzierungsanteil der Sonderabschreibungen um rd. 1,2% auf rd. 28,2% ermäßigen und der der Normalabschreibungen auf rd. 59,3% erhöhen. Der nach Abzug dieser zwischenzeitlichen Aufösungen verbleibende reine Sonderabschreibungsbetrag ist auf der Vergleichsbasis ausschließlich linearer Abschreibungen ermittelt.

Werden dagegen für Maschinen und maschinelle Anlagen degressive Abschreibungen im Rahmen der steuerlichen Möglichkeiten als Vergleichsbasis angesetzt, dann belaufen sich die Finanzierungsanteile der effektiven IHG-Sonderabschreibungen bei

Maschinen	auf	TDM	55.491
Fabrikgebäude	-unverändert-	auf	TDM 10.462
zusammen	auf	TDM	65.953
			=====

Der Differenzbetrag zu den nominalen	
IHG-Sonderabschreibungen in Höhe von	TDM 62.749
wäre somit den Normalabschreibungen	
zuzurechnen, die sich dann von	TDM 254.698
auf rd. 73,1% der Zugänge =	TDM 317.447
steigern würden.	=====

Per 30.9.62 hat sich der auf linearer Vergleichsbasis ermittelte Finanzierungsanteil der IHG-Abschreibungen auf rd. 109 Mio DM reduziert. Bei Ansatz degressiver Abschreibungen auf Maschinen belaufen sich die gesamten Abschreibungsvorgriffe durch Sonderabschreibungen infolge der bei dieser AV-Position aufgetretenen Abschreibungslücke auf nur noch rd. 4,1 Mio DM und stellen sich damit auf weniger als 1% der dann bis zu diesem Zeitpunkt angefallenen Normalabschreibungen.

Die in der vorstehenden Tabelle enthaltene Gegenüberstellung der Sonder- und Normalabschreibungen mit den Zugängen zeigt eine der Geltungsdauer des § 36 IHG parallel verlaufende starke Investitionstätigkeit, deren Schwerpunkte in den Geschäftsjahren 1952/53 und 1954/55 zu erkennen sind. Nach ebenfalls noch beachtenswerten Investitionen in den beiden folgenden Geschäftsjahren ist anschließend eine Konsolidierungsphase bis einschließlich 1959/60 festzustellen.

Die hohen Sachanlage-Investitionen in den Geschäftsjahren 1960/61 und 1961/62 dürften im Rahmen eines im Geschäftsbericht 1960/61 auf S. 24 umrissenen Investitionsvorhabens zur Realisierung des technischen Fortschritts, zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Rationalisierung der Fertigung vorgenommen worden sein, das in den nächsten 3 - 4 Geschäftsjahren (1961/62 - 1964/65) jährliche Investitionen von rd. 80 - 100 Mio DM erfordern soll. In 1961/62 waren davon rd. 90 Mio DM abschreibungsfähige Zugänge auf Fabrikgebäude und Maschinen umgebucht, so daß noch rd. 300 Mio DM abschreibungsfähige Zugänge bis einschließlich 1964/65 zu erwarten sein dürften.

Das zur anteiligen Mitfinanzierung der noch ausstehenden rd. 300 Mio DM Anlage-Investitionen anfallende Abschreibungsaufkommen dürfte sich bei Zugrundelegung etwa kontinuierlichen Anfalls der abschreibungsfähigen Zugänge wie folgt entwickeln:

Abschreibungsvorschau für Fabrikgebäude -in Mio DM-

Jahr	Hypothet. Zugänge + Umbuchungen		Periodenanteilige Abschreibungen			
			1962/63	1963/64	1964/65	1965/66
1962/63	AB	78,9	4,3	4,3	4,3	4,3
	Z	10,0	0,2	0,3	0,3	0,3
63/64	Z	10,0		0,2	0,3	0,3
64/65	Z	5,0			0,1	0,2
Abschreibung p.a.			4,5	4,8	5,0	5,1

Abschreibungsvorschau für Maschinen -in Mio DM-

Jahr	Hypothet. Zugänge + Umbuchungen		Periodenanteilige Abschreibungen			
			1962/63	1963/64	1964/65	1965/66
1962/63	AB	296,8	48,3	39,7	33,7	28,3
	Z	100,0	10,0	11,4	10,2	8,9
63/64	Z	100,0		10,0	11,4	10,2
64/65	Z	75,0			7,5	8,6
Abschreibung p.a.			58,3	61,1	62,8	56,0

Dieser hypothetischen Abschreibungsvorschau ist zu entnehmen, daß sich das Abschreibungsaufkommen bei vollem Ansatz degenerativer Abschreibungen auf Maschinenzugänge bis einschließlich 1964/65 insgesamt auf rd. 196,5 Mio DM und bis einschließlich 1965/66 -ohne Berücksichtigung von Zugängen in diesem Geschäftsjahr- auf rd. 257,6 Mio DM stellt. Bei Abschluß des Investitionsvorhabens in 1964/65 ergibt sich nach Einsatz von 30 Mio DM bereitgestellter Gelder laut Bilanz 1961/62 noch ein Mittelbedarf von rd. 70 Mio DM.

Die Deckung dieses Mittelbedarfs wird wohl überwiegend durch Fremdkapital erfolgen müssen, da die Ertragslage eine Hereinholung dieser Summe kaum zulassen dürfte. Als Geldgeber dürften nur zu einem Teil Kreditinstitute in Frage kommen, so daß ein nicht unerheblicher Teil dieser Mittel über Lieferantenkredite beschafft werden muß, da einerseits eine Anleihe in Höhe von 80 Mio DM zur Teilfinanzierung dieser Investitionen bereits begeben wurde und andererseits eine Kapitalerhöhung im Hinblick auf den Börsenkurs und die Ertragslage des Unternehmens kaum realisierbar sein dürfte. Die im Geschäftsbericht 1961/62 auf S. 26 dargelegte Konsolidierung der finanziellen Verhältnisse als Folge des Geldeingangs für die erwähnte Anleihe dürfte daher in den nächsten Jahren durch ein nicht unerhebliches Anwachsen kurz- und mittelfristiger Investitionsverbindlichkeiten nullifiziert werden.

Mit Rücksicht auf den für die letzten 5 Geschäftsjahre festgestellten und im Rahmen der Darstellung der Abschreibungspolitik bereits betonten Primat der betrieblichen Finanzpolitik bei der Festsetzung von Abschreibungsmethode und -höhe sowie im Hinblick auf negative Ertragserwartungen dürfte in den Geschäftsbericht 1961/62 auf S. 24 folgender Satz aufgenommen worden sein:

"Die Investitionsentscheidungen können sich dabei nicht allein nach der derzeitigen Ertragslage ausrichten, sondern sind letztlich auf die Sicherung der langfristigen Rentabilität des Gesamtunternehmens abzustellen."

Das Zusammenwirken von negativen Ertragserwartungen und betrieblicher Finanzpolitik, die in den letzten Geschäftsjahren auf höchstmögliche Erlösbindung durch Abschreibungen gerichtet war, erklärt den für das Geschäftsjahr 1962/63 angekündigten Dividendenausfall, da jeder Dividendenvorschlag zwangsläufig zu einer Erhöhung des Fremdkapitals in Höhe des Dividendenvorschlags zuzüglich darauf entfallender Ertragsteuern führen muß, die dem Unternehmen dafür offensichtlich nicht tragbar erscheint.

IV. Die Abschreibungspolitik der Gußstahlwerk Witten AG

a) Ermittlung der Sonderabschreibungen und Berechnungsgrundlagen

Entsprechend der sehr unterschiedlichen finanzwirtschaftlichen Relevanz der einzelnen steuerlichen Finanzierungshilfen werden nachstehend die IHG- und die EStDV-Sonderabschreibungen in ihrer Entwicklung getrennt dargestellt. Infolge der von dem Unternehmen gewählten Verbuchung der Sonderabschreibungen in Form einer Wertberichtigung "nach § 36 IHG, §§ 79 und 82 EStDV" ist das jeweils am Bilanzstichtag bestehende Sonderabschreibungsvolumen lediglich in seiner Gesamtheit ersichtlich. In der nachstehenden Entwicklung des Volumens der IHG-Abschreibungen mußten daher bei Bilanzstichtagen nach dem 1.10.57 bezüglich deren Auflösungen und Stornierungen neben den Geschäftsberichtsangaben Ergebnisse folgender Tabellen berücksichtigt werden.

Jahr	Vorgang	Betrag	Volumen der Sonder- abschreibungen gem. § 36 IHG
1951/52	Sonderabschreibung	8.501	8.501
52/53	Sonderabschreibung	7.500	16.001
53/54	Sonderabschreibung	4.873	20.874
54/55	Sonderabschreibung	8.509	
	./. Teilauflösung	119	
	./. Differenz	17	29.247
55/56	Sonderabschreibung	1.919	
	./. Teilauflösung	426	30.740
56/57	./. Teilauflösung	1.992	
	./. Differenz	118	28.630
57/58	./. Teilauflösung	65	28.565
58/59	+ Korrektur der Teilauflösungen	1.251	
	./. Teilauflösung	41	29.775
59/60	./. Teilauflösung	1.064	
	./. Differenz	26	28.685
60/61	./. Teilauflösung	2.239	
	+ Differenz	72	26.518
61/62	./. Teilauflösung	2.718	23.800

Das Volumen der Sonderabschreibungen gem. §§ 79 und 82 EStDV entwickelte sich wie folgt:

Jahr	Vorgang	Betrag	Volumen der Sonder- abschreibungen §§ 79,82 EStDV
1956/57	Sonderabschreibung	53	53
57/58	Sonderabschreibung	697	750
58/59	./. Teilauflösung	5	745
59/60	./. Teilauflösung	66	679
60/61	Sonderabschreibung	745	1.358
	./. Teilauflösung	66	
61/62	./. Teilauflösung	66	1.288
	./. Differenz	4	

Die Summe der beiden Endbestände der Volumina entspricht dem Bilanzausweis per 30.9.62 in Höhe von TDM 25.088.

Bei den in den Aufstellungen mit "Differenz" bezeichneten Beträgen handelt es sich um Abschreibungsbeträge, die entweder nicht von förderungswürdigen Anlagen berechnet oder nicht in derartige Anlagen reinvestiert wurden und daher ohne Erwähnung in den Geschäftsberichten von dem jeweiligen Bestand gekürzt wurden. Bei der Plusdifferenz in 1960/61 dürfte es sich um ein Teilstorno der vorjährigen Auflösung von Sonderabschreibungen zur handelsbilanziellen Kürzung der Normalabschreibungen auf die steuerlich noch geltend zu machende Höhe handeln. Als "Teilauflösung" werden generell die Auflösungen der jahres- anteiligen Abschreibungsvorgriffe bezeichnet; sie beinhalten aber auch die Auflösungen durch Abgänge, die namentlich im Ge- schäftsjahr 1956/57 nicht unerheblich gewesen sein dürften, denn in diesem Jahr wird im Geschäftsbericht auf S. 34 ausge- führt, daß sich die Sonderabschreibungen nach § 36 IHG vornehm- lich um den Betrag der jahresanteiligen Umwandlung in Normal- abschreibungen verringerten.

Bei der im Geschäftsjahr 1958/59 vorgenommenen Erhöhung der Sonderabschreibungen handelt es sich laut Geschäftsbericht S. 26 "im wesentlichen um eine Korrektur der in den Vorjahren durchgeführten Teilauflösung der nach § 36 IHG vorgenommenen Sonderabschreibungen, gleichzeitig erfolgt hiermit eine Anpassung der Handelsbilanz an die Steuerbilanz." Diese Korrektur hat ihre rechtliche Grundlage in dem bereits erwähnten BFH-Urteil vom 13.5.58, demzufolge die Anlagen auch nach Ablauf von 3 Jahren mit den vollen linearen Sätzen abgeschrieben werden dürfen. Eine Auflösung der IHG-Abschreibungsvorgriffe erfolgt nunmehr erst nach Vollabschreibung der Anlagen.

In den folgenden Ausführungen wird im wesentlichen auf die Sonderabschreibungen nach § 36 IHG eingegangen; die EStDV-Sonderabschreibungen werden im Hinblick auf ihre ungleich geringere Bedeutung nur jeweils kurz erwähnt.

Um die weitere Auflösung des Sonderabschreibungsvolumens insbesondere nach § 36 IHG, die im Hinblick auf die Höhe der künftigen erfolgswirksamen Normalabschreibungen interessant ist, sowie die durch die Sonderabschreibungen effektiv erreichte Aufwandsvorverlagerung näherungsweise zu errechnen, ist zum einen die Aufteilung der Sonderabschreibungen auf bewegliche und auf unbewegliche Wirtschaftsgüter, die mit den Maschinen und den Fabrikgebäuden als identisch angesehen werden, und zum anderen die Abschreibungspolitik des Unternehmens zu ermitteln.

Jahr	Sonderabschreibung g. § 36 IHG	Aufteilung laut Geschäftsberichten			
		Anzahlungen	Im Bau befindl. Anlagen	Maschinen	Fabrikgeb.
1951/52	8.501	8.501			
52/53	7.500	2.436	3.221	1.805	38
53/54	4.873	175	1.012	3.463	223
54/55	8.509	4.430	2.040	1.916	123
55/56	1.919	339	778	693	109
	31.302	15.881	7.051	7.877	493

Die Aussagefähigkeit der vorstehenden Tabelle, in der die in den Geschäftsberichten enthaltenen Aufteilungen der IHG-Abschreibungen wiedergegeben sind, ist recht begrenzt, denn nur rd. 1/4 der Sonderabschreibungen entfällt auf die beiden definitiven AV-Positionen, während rd. 3/4 durch Umbuchungen darauf zu übertragen waren. Die Zuordnung der auf Anzahlungen und Teilherstellungskosten vorgenommenen, um die Differenzen von TDM 135 gekürzten IHG-Abschreibungen in Höhe von rd. 22,9 Mio DM zu den Fabrikgebäuden und/oder Maschinen ist in dem folgenden Abschnitt über die Ermittlung des Ausnutzungsgrades der Bewertungsfreiheiten dargestellt.

Unter Verwendung der ermittelten Umbuchungen ergibt sich nunmehr folgende Aufteilung der IHG-Sonderabschreibungen auf Maschinen und Fabrikgebäude:

Jahr	Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG						
	Anzahlungen + Teilherstellungskosten			Maschinen		Fabrikgebäude	
	Betrag	Aufgliederung		Direkt- abschr.	Umbu- chung	Direkt- abschr.	Umbu- chung
		Masch.	Fabrik.				
1951/52	8.501	8.501	-	-	-	-	-
52/53	5.657	4.512	1.145	1.805	1.526	38	-
53/54	1.170	795	375	3.463	10.002	223	1.145
54/55	6.470	6.020	450	1.916	1.566	123	375
55/56	999	339	660	693	3.910	109	450
56/57	-				3.163		660
	22.797	20.167	2.630	7.877	20.167	493	2.630

Die erfolgswirksamen Sonderabschreibungen
gem. § 36 IHG in Höhe von
wurden somit auf Maschinen mit
und auf Fabrikgebäude mit
vorgenommen.

TDM 31.167
TDM 28.044
TDM 3.123

Die Sonderabschreibungen gem. §§ 79 und 82 EStDV werden als auf Maschinen und maschinelle Anlagen vorgenommen angesehen.

Die zur Feststellung des Ausnutzungsgrades der Sonderabschreibungsmöglichkeit des § 36 IHG sowie zur Ermittlung der Abschreibungspolitik erforderliche Berechnung der den Sonderabschreibungen zugrunde liegenden Investitionen ist in der nachstehenden Aufstellung enthalten:

Jahr	Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG		Berechnungsgrundlage	
	a/Maschinen	a/Fabrikgeb.	Maschinen	Fabrikgeb.
1951/52	8.501	-	17.002	-
52/53	6.317	1.183	12.634	3.944
53/54	4.258	598	8.516	1.993
54/55	7.936	573	15.872	1.910
55/56	1.032	769	2.064	2.563
	28.044	3.123	56.088	10.410

Den IHG-Abschreibungen auf

Maschinen und maschinelle Anlagen TDM 28.044

Fabrikgebäude und andere Baulichkeiten TDM 3.123

TDM 31.167
=====

liegen Investitionen zugrunde in

Maschinen und maschinellen Anlagen TDM 56.088

Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten TDM 10.410

TDM 66.498
=====

Den Sonderabschreibungen gem. §§ 79 und 82 EStDV in Höhe von TDM 1.544 liegen Investitionen in Maschinen und maschinellen Anlagen zugrunde in Höhe von TDM 3.088.

b) Ermittlung des Ausnutzungsgrades der Bewertungsfreiheiten

Zur Veranschaulichung der Ausnutzung der Aufwandsvorverlagerung zum frühestmöglichen Termin ist es erforderlich, den Zugängen an Anzahlungen und Teilerstellungskosten die Berechnungsgrundlagen der darauf vorgenommenen Sonderabschreibungen gegenüberzustellen. Leider weist das Unternehmen bei diesen beiden AV-Positionen nur die jeweiligen Anfangs- und Endbestände aus, so daß die in der folgenden Tabelle enthaltenen Zugänge unter Zugrundelegung folgender Voraussetzungen ermittelt werden mußten:

1. die Differenzen zwischen Anfangs- und Endbeständen stellen die Zugänge und damit die Berechnungsgrundlagen der Sonderabschreibungen dar, sofern sich nicht zwingend notwendige Erhöhungen ergeben,
2. die Differenzen oder auch die ermittelten abweichenden Zugänge stellen in voller Höhe sonderabschreibungsfähige Anlagen dar,
3. die bei den Fabrikgebäuden und den Maschinen die IHG-Abschreibungs-Berechnungsgrundlagen übersteigenden Zugänge sind in voller Höhe Umbuchungen von Anzahlungen oder Im Bau befindliche Anlagen (Teilerstellungskosten)

Jahr	Zugänge		Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG		Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG		Berechnungs- grund- lage (BG)	BG in % der Zugänge
	Anzahlungen	Teilerstellungskosten	Anzahlungen	Teilerstellungskosten	Maschinen	Fabrikgebäude		
1951/52	17.002	828	8.501	-	8.501	-	17.002	95,4
52/53	4.872	10.397	2.436	3.221	4.512	1.145	12.841	84,0
53/54	350	477	175	995	795	375	2.840	-
54/55	9.986	5.287	4.430	2.040	6.020	450	13.540	88,7
55/56	1.033	2.593	339	660	339	660	2.878	79,4
	33.243	19.582	15.881	6.916	20.167	2.630	49.101	93,0

Ergänzend zu der vorstehenden Tabelle, in die die Umbuchungen und Endbestände nicht aufgenommen wurden, um das Zahlenwerk nicht zu komplizieren, ist zu erwähnen, daß auf die Zugänge an Anzahlungen nur Sonderabschreibungen auf Maschinen angesetzt wurden, so daß die für diese Position rechnerisch ermittelten Zugänge der Geschäftsjahre 1952/53 und 1953/54 Mindestzugänge sind; die zur Einsetzung der Mindestzugänge erforderlichen sowie die als Differenzen sich ergebenden Umbuchungen sind in den untenstehenden Tabellen angegeben. Außerdem ist noch zu bemerken, daß entgegen den Geschäftsberichtsangaben über Sonderabschreibungen auf Anzahlungen und Teilerstellungskosten in 1951/52 die gesamten Sonderabschreibungen den Anzahlungen für Maschinen zugeordnet wurden, da deren Berechnungsgrundlage von TDM 17.002 genau dem Zugang dieser AV-Position entspricht. Ferner wurde von der Ermittlung eines Ausnutzungsgrades für die Zugänge in 1953/54 abgesehen, da in diesem Geschäftsjahr weitestgehend die vorjährigen Zugänge nachträglich sonderabgeschrieben wurden.

Die Gegenüberstellung der Zugänge an Anzahlungen und Teilerstellungskosten mit den Berechnungsgrundlagen der darauf vorgenommenen Sonderabschreibungen zeigt, daß die Möglichkeit der Aufwandsvorverlagerung zum ehestmöglichen Termin weitgehend ausgenutzt wurde, und zwar mit rd. 93%. Diese Gesamtinanspruchnahme setzt sich zusammen aus der Ausnutzung bei

Anzahlungen	mit	rd. 95,5%
Teilerstellungskosten	mit	rd. 88,5%

so daß im Hinblick auf die in einer externen Beurteilung liegenden Aufteilungs- und Zuordnungsungenauigkeiten eine volle Ausnutzung der Abschreibungsvorverlagerung unterstellt werden kann.

Die Ausnutzung der Bewertungsfreiheit des § 36 IHG für einsatzfähige Anlagen ist aus den beiden nachstehenden Tabellen zu ersehen, in denen die nach Abzug der erkennbaren Umbuchungen verbleibenden Zugänge (Restzugänge) den Sonderabschreibungen und deren Berechnungsgrundlagen gegenübergestellt sind:

Jahr	Zugänge Maschinen			Sonderabschreibung § 36 IHG	Berechnungsgrundlage (BG)	BG in % der Rest- Zugänge
	Zugang lt. Bilanz	./. Um- buchung	Rest- Zugang			
1951/52	2.158	-	2.158	-	-	
52/53	4.504	3.052	1.452	1.805	3.610	100,0
53/54	26.930	20.004	6.926	3.463	6.926	100,0
54/55	6.964	3.132	3.832	1.916	3.832	100,0
55/56	20.106	7.820	12.286	693	1.386	12,3
	60.662	34.008	26.654	7.877	15.754	59,1

Jahr	Zugänge Fabrikgebäude			Sonderabschreibung § 36 IHG	Berechnungsgrundlage (BG)	BG in % der Rest- Zugänge
	Zugang lt. Bilanz	./. Um- buchung	Rest- Zugang			
1951/52	169	-	169	-	-	-
52/53	764	-	764	38	128	16,7
53/54	4.560	3.817	743	223	743	100,0
54/55	2.173	1.250	923	123	410	45,5
55/56	5.630	1.500	4.130	109	363	8,8
	13.296	6.567	6.729	493	1.644	24,4

Die festgestellte tendenziell 100%ige Ausnutzung der IHG-Sonderabschreibungsmöglichkeit auf die Zugänge an Anzahlungen und in nicht ganz derselben Höhe auf die Zugänge an Teilerstel-

lungskosten ist auch bei den Restzugängen an Maschinen ersichtlich, bei denen für die Geschäftsjahre 1951/52 bis 1954/55 eine volle Ausnutzung der IHG-Bewertungsfreiheit vorliegt. Die ungleich geringere Ausnutzung in 1955/56 dürfte neben der relativ kurzfristigen Verlängerung des § 36 IHG auf dividendenpolitische Erwägungen zurückzuführen sein.

Bei den Fabrikgebäuden liegt nur im Geschäftsjahr 1953/54 eine volle Inanspruchnahme des § 36 IHG vor; die zweithöchste liegt bei rd. 45,5% im darauffolgenden Geschäftsjahr. Insgesamt beläuft sich die Ausnutzung der Bewertungsfreiheit für Fabrikgebäude nur auf knapp 25% der Restzugänge und liegt damit erheblich unter der für Maschinen mit knapp 60% sowie der für Anzahlungen und Teilherstellungskosten mit zusammen rd. 93% ermittelten Ausnutzung.

Eine größere Aussagekraft hinsichtlich der Inanspruchnahme der Sonderabschreibungsmöglichkeit des § 36 IHG ist im Gegensatz zu den partiellen Aufstellungen, die die Schwerpunkte erkennen lassen, einer zusammengefaßten Gegenüberstellung der Berechnungsgrundlagen mit den Zugängen an

Maschinen und maschinellen Anlagen
 Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten
 Im Bau befindlichen Anlagen
 Anzahlungen

beizumessen, wie sie in der folgenden Tabelle enthalten ist.

Jahr	Zusammengefaßte Zugänge	Berechnungsgrundlagen der IHG-Abschreibungen	Berechnungsgrundlagen in % der Zugänge
1951/52	20.157	17.002	84,4
52/53	18.186	16.578	91,2
53/54	8.502	10.509	124,6
54/55	19.514	17.782	90,6
55/56	22.824	4.627	20,3
	89.183	66.498	74,6

Der Aufstellung ist zu entnehmen, daß sich die Gesamtinanspruchnahme der IHG-Bewertungsfreiheit auf rd. 74,6% der Zugänge beläuft, obwohl im Geschäftsjahr 1955/56 von dieser Vergünstigung nur für ein Fünftel der Zugänge Gebrauch gemacht wurde.

Eine Ermittlung des Ausnutzungsgrades für die Inanspruchnahme der Sonderabschreibungsmöglichkeiten der §§ 79 und 82 EStDV ist in der für § 36 IHG möglichen Form nicht durchführbar, weil es sich hierbei um Bewertungsfreiheiten für spezielle Abwässer- und Luftreinigungsanlagen handelt, die im Rahmen des betrieblichen Investitionsprogramms im allgemeinen nur von untergeordneter Bedeutung sind. Umso erstaunlicher ist die Feststellung, daß die Berechnungsgrundlage dieser für 1957/58 angesetzten EStDV-Sonderabschreibungen dem vollen Zugang an Maschinen und maschinellen Anlagen in Höhe von TDM 1.392 entspricht.

c) Darstellung der Abschreibungspolitik

Bei der für die Analyse der Abschreibungspolitik erforderlichen Zuordnung der Abschreibungen zu den Anfangsbeständen und Zugängen bei den AV-Positionen Maschinen und maschinelle Anlagen sowie Fabrikgebäude und andere Baulichkeiten können bei der Gußstahlwerk Witten AG die vollen Normalabschreibungen zugrunde gelegt werden, die gleich den Sonderabschreibungen in einer besonderen Wertberichtigungsposition passiviert sind. Die jährlichen Zuführungen, Abgänge oder auch Umbuchungen an Normalabschreibungen werden in den Geschäftsberichten spezifiziert. Zu der in Tabelle 6 auf S. 148 wiedergegebenen Abschreibungsentwicklung bei den Fabrikgebäuden ist noch anzuführen, daß

1. die durchschnittliche Abschreibungsdauer mit rd. 40 Jahren angesetzt ist,
2. die Zugänge mit $\frac{3}{4}$ einer vollen Jahresrate abgeschrieben werden mit Ausnahme der des Jahres 1956/57, die nur mit $\frac{1}{3}$ der Jahresrate abgeschrieben worden sind,

3. eine in 1956/57 von Maschinen auf Fabrikgebäude umgebuchte Betriebseinrichtung im Anschaffungs- oder Herstellungswert von TDM 2.917 ./.. TDM 204 Abschreibungen entsprechend einer Nutzungsdauer von 25 Jahren mit 4% p.a. abgeschrieben wird,
4. die Berechnungsgrundlage der Abschreibungen alle Zugänge bilden mit Ausnahme der Umbuchungen von unbebauten Grundstücken in

1956/57	im Buchwert von	TDM 44
59/60	"	TDM 3
61/62	"	<u>TDM 212</u>
		<u>TDM 259</u>
		=====

5. der Umfang der auf Fabrikgebäude vorgenommenen Abschreibungen nach Berücksichtigung der direkt sowie der indirekt -durch Abschreibung von Anzahlungen und Teilerstellungskosten- darauf vorgenommenen Sonderabschreibungen und deren Auflösungen ersichtlich wird, die unter Verwendung der Ergebnisse nachstehender Tabellen eingesetzt wurden.

Die in Beachtung dieser Tatbestände erstellte Tabelle läßt einen normalen Abschreibungsverlauf erkennen, der lediglich vom Geschäftsjahr 1958/59 an durch eine nicht unerhebliche Teilwertabschreibung in Höhe von rd. 1,05 Mio DM etwas beeinflußt wird.

Von einer Weiterführung der Abschreibungsentwicklung wurde mit Rücksicht auf die auch durch die Teilwertabschreibung nicht weiter beeinträchtigte Gleichmäßigkeit des Abschreibungsaufkommens von rd. 1 Mio DM für die bis einschließlich 1961/62 angefallenen Zugänge abgesehen, die bis etwa 1980 gegeben sein dürfte, da erst nach diesem Zeitpunkt die Auflösung der Sonderabschreibungen eintritt; ferner lastet auf einer genauen Weiterführung die Ungewißheit über den Umfang der im Übernahmebestand enthaltenen nicht abschreibbaren Grundstücke.

Bei dem für die Darstellung der Abschreibungspolitik des Unternehmens ungleich interessanteren und aussagefähigeren Abschreibungsbogen für Maschinen und maschinelle Anlagen erübrigten sich die bei der DHH erforderlich gewesenenen komplizierten Sonderabschreibungseliminierungen aus den bereits genannten Gründen. Unter sinngemäßer Aufrechterhaltung der dort angeführten Daten und Prämissen sind zu diesem Bogen (Tabelle 7, S. 149) nur noch folgende Ergänzungen erforderlich:

1. die empirisch-analytisch ermittelte durchschnittliche Abschreibungsdauer beträgt rd. 13 - 14 Jahre,
2. die auf diese Position entfallenden Sonderabschreibungen werden den Normalabschreibungen hinzugefügt, die Auflösungen abgesetzt, um den Umfang der erfolgswirksamen Abschreibungen ersichtlich zu machen; hierbei werden die nach Abzug der auf die Fabrikgebäude entfallenden Beträge noch verbleibenden, zum Teil modifizierten Bilanzzahlen verwendet,
3. im Anschluß an eine Buch- und Betriebsprüfung durch die Finanzbehörde waren bei den Maschinen in 1955/56 Zuschreibungen erforderlich, und zwar durch

nachgeholte Aktivierungen	TDM 1.429
Reaktivierung von Abschreibungen	<u>TDM 1.468</u>
	<u>TDM 2.897</u>
	=====

die in dem Abschreibungsbogen in voller Höhe als Zuschreibungen berücksichtigt werden mußten, da bei der für die Darstellung des Abschreibungsverlaufs notwendigen Transformation indirekter in direkte Abschreibungen einer Stornierung von Abschreibungen bei indirekter Verbuchung eine Zuschreibung bei direkter Verbuchung entspricht.

Zur Verdeutlichung dieser Vorgänge, die auch bei der Ermittlung der Netto-Abgänge und der Restbuchwerte von Umbuchungen erforderlich werden, wird nachstehend die Abstimmung des Restbuchwertes der AV-Position Maschinen und maschinelle Anlagen per 30.9.62 nach beiden Verfahren wiedergegeben:

a) Abstimmung anhand reiner Bilanzzahlen (indirekt):

Übernahmebestand zuzüglich Zugänge		TDM 124.391
+ Zuschreibung		<u>TDM 1.429</u>
		TDM 125.820
./. Abgänge		TDM 4.061
./. Umbuchungen		<u>TDM 3.408</u>
Buchwert lt. Bilanz (Anschaffungswerte)		TDM 118.351
./. Abschreibungen	TDM 72.358	
./. Abgänge	TDM 3.061	
./. Umbuchungen	TDM 269	
./. Storno w/B.u.B.-Prüfung	<u>TDM 1.468</u>	<u>TDM 67.560</u>
Restbuchwert lt. Bilanz und Geschäftsbericht -ohne Berücksichtigung von IHG- und EStDV-Sonderabschreibungen-		<u>TDM 50.791</u> =====

b) Abschreibung anhand des Abschreibungsbogens (direkt):

Übernahmebestand zuzüglich Zugänge		TDM 124.391
+ Zuschreibung	TDM 1.429	
+ Storno w/B.u.B.-Prüfung	<u>TDM 1.468</u>	<u>TDM 2.897</u>
		TDM 125.288
./. Umbuchungen Anschaffungswert	TDM 3.408	
./. Abschreibung	<u>TDM 269</u>	<u>TDM 3.139</u>
./. Abgänge Anschaffungswert	TDM 4.061	
./. Abschreibung	<u>TDM 3.061</u>	<u>TDM 1.000</u>
./. Abschreibungen		<u>TDM 72.358</u>
Restbuchwert lt. Abschreibungsbogen -ohne Berücksichtigung von IHG- und EStDV-Sonderabschreibungen-		<u>TDM 50.791</u> =====
Nach Kürzung dieses Restbuchwertes von		TDM 50.791
um das errechnete Sonderabschreibungsvolumen gem. § 36 IHG	TDM 20.856	
gem. §§ 79 und 82 EStDV	<u>TDM 1.409</u>	<u>TDM 22.265</u>
ergibt sich der erfolgswirksam		
noch abzuschreibende Restbuchwert mit		<u>TDM 28.526</u> =====

Der nach Abzug der IHG-Abschreibungen von TDM 2.823 für Fabrikgebäude entsprechend ermittelte Restbuchwert per 30.9.62 stellt sich auf TDM 30.837.

In der Abschreibungspolitik der Gußstahlwerk Witten AG können zwei Abschnitte unterschieden werden, die einmal die Geschäftsjahre 1951/52 bis einschließlich 1954/55 und zum anderen die darauf folgenden Geschäftsjahre umfassen.

Die Obergrenze des extern (steuerlich) zulässigen Variationsbereichs der Abschreibungspolitik ist für den ersten Abschnitt im wesentlichen durch die Zulässigkeit von Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG und von degressiven Abschreibungen für die nach dem 1.1.52 angeschafften Anlagen bestimmt. Als interne Determinante ist neben der ausschlaggebenden Finanz- und Steuerpolitik noch die Rücklagenpolitik zu nennen.

Die Abschreibungsbögen für Maschinen und Fabrikgebäude lassen erkennen, daß infolge der bereits dargelegten Aufwandsvorverlagerung zum frühestmöglichen Termin durch Abschreibung von Anzahlungen und Teilherstellungskosten die direkten Sonderabschreibungen auf fertige Anlagen nur im Geschäftsjahr 1953/54 einen zahlenmäßig nennenswerten Betrag von zusammen rd. 3,7 Mio DM erreichen. In den Geschäftsjahren 1952/53 und 1954/55 stellten sich die direkten IHG-Abschreibungen lediglich auf rd. 1,8 und 2,0 Mio DM. Zwecks Realisierung der Aufwandsantizipation wurden in 1951/52 rd. 8,5 Mio DM, in 1952/53 rd. 5,7 Mio DM und in 1954/55 rd. 6,5 Mio DM auf Anzahlungen und Teilherstellungskosten abgeschrieben. Lediglich im Geschäftsjahr 1953/54 wurde den gegenüber dem Vorjahr um rd. 2,8 Mio DM zurückgegangenen Erträgen Rechnung getragen, indem in diesem Jahr auf diese beiden Positionen nur rd. 1,2 Mio DM, davon rd. 1,0 Mio DM auf die Zugänge des Vorjahres, abgeschrieben wurden.

Die aus der als Tabelle 8 auf S. 150 angeführten Erlösbindungs-Zusammenstellung ersichtlichen negativen Differenzen zwischen angesetzten und realisierten Erlösbindungen werden seitens des Unternehmens in 1952/53 direkt und im folgenden Geschäftsjahr indirekt als durch die Vornahme von IHG-Abschreibungen verursacht bezeichnet. Während der Verlustausweis für 1951/52 der Bindung des gleichhohen Gewinnvortrags aus dem Vorjahr diente,

wurden die für die beiden folgenden Jahre in der Handelsbilanz gezeigten bzw. für 1953/54 errechneten Verluste von TDM 1.493 und TDM 2.590 durch eine Entnahme aus den Sonstigen Rücklagen in Höhe von TDM 4.083 buchtechnisch ausgeglichen (die Differenz von TDM 288 zu der im Geschäftsbericht 1953/54 auf S. 19 angegebenen Rücklagenentnahme von TDM 4.371 erklärt sich aus der gesonderten Berücksichtigung des Kapitalanteils der LAG-Vermögensabgabe).

Unter Hinweis auf die diesbezüglichen Ausführungen im Rahmen der Darstellung der Abschreibungspolitik der DHH sowie die Entwicklung des Ertragsteuerausweises kann für die nachstehenden Ausführungen von einer Realisation aller angesetzten IHG-Abschreibungen im Geschäftsjahr 1954/55, spätestens jedoch im folgenden Geschäftsjahr, ausgegangen werden.

Als Normalabschreibungen wurden bis einschließlich 1954/55 ausschließlich lineare Abschreibungen verrechnet, wie auch dem Geschäftsbericht dieses Jahres auf S. 20 zu entnehmen ist, demzufolge die Wertberichtigungsposition "die nach dem linearen Verfahren errechneten ab 1. August 1951 aufgelaufenen Abschreibungen" enthält, "und zwar unter Einbeziehung des jahresanteiligen Betrages, der zur Auflösung der Sonderabschreibungen dient und in der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert ausgewiesen ist." Die Degression bei den Normalabschreibungen auf die Anfangsbestände an Maschinen und Fabrikgebäuden ist eine Folge der darin enthaltenen Anlagen unterschiedlicher Nutzungs- und damit Abschreibungsdauer.

Die zweite Phase der extern erkennbaren Abschreibungspolitik des Unternehmens steht generell unter dem Primat der Finanzpolitik als interner Bestimmungsgröße; lediglich für 1956/57 ist ein modifizierender Einfluß der Dividendenpolitik zu erkennen. Der externe Rahmen ist einmal durch die kurzfristige Verlängerung des § 36 IHG und zum anderen durch die beiden Einschränkungen der degressiven Höchstsätze bestimmt.

Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG wurden in 1955/56 nur noch mit einem Teilbetrage von rd. 1,9 Mio DM vorgenommen, von denen rd. 1,0 Mio DM auf Anzahlungen und Teilherstellungskosten entfallen. Die EStDV-Sonderabschreibungen wurden in den Geschäftsjahren 1956/57, 1957/58 und 1960/61 geltend gemacht.

Die durch das BFH-Urteil vom 13.5.58 geschaffene Möglichkeit der Nachholung unterlassener Normalabschreibungen in Höhe der Differenz zwischen vollen linearen und Restwertabschreibungen für gem. § 36 IHG sonderabgeschriebene Anlagen wurde -wie eingangs ausgeführt- von dem Unternehmen angabegemäß im Geschäftsjahr 1958/59 mit einem Betrage von rd. 1,25 Mio DM ausgenutzt. Abweichend von dieser Angabe wurden

1957/58	bei Maschinen	TDM	525
1958/59	bei Maschinen	TDM	1.515
	bei Fabrikgebäuden	TDM	41
		<u>TDM</u>	<u>2.081</u>
		=====	

als nachgeholte Normalabschreibungen angesetzt, von denen jedoch nur die seitens des Unternehmens genannten rd. 1,25 Mio DM erfolgswirksam wurden, weil der Differenzbetrag von rd. 0,8 Mio DM durch Teilwertabschreibungen in diesen beiden Jahren aufgelöst wurde; hierauf wird im folgenden Abschnitt über die Aufwandsvorverlagerung durch Sonderabschreibungen ausführlich eingegangen.

Diese aufgrund der Abschreibungsbögen ermittelten Teilwertabschreibungen von rd. 1,4 Mio DM auf Maschinen im Geschäftsjahr 1957/58 und von rd. 1,05 Mio DM auf Fabrikgebäude im folgenden Geschäftsjahr ergaben sich als nicht zurechenbare Abschreibungsbeträge für diese beiden Jahre; in den Geschäftsberichten sind hierzu keine Angaben enthalten.

Als Normalabschreibungen auf die Zugänge an Maschinen wurden im Geschäftsjahr 1955/56 in Übereinstimmung mit den Geschäftsberichtsangaben (S. 34) erstmals degressive Abschreibungen ange-

setzt. Im folgenden Geschäftsjahr dagegen wurde, wie aus dem Abschreibungsbogen ersichtlich ist, nur ein Teilbetrag von rd. 3 Mio DM der Zugänge degressiv abgeschrieben, während für rd. 9 Mio DM degressiv abschreibbare Zugänge die lineare Abschreibungsmethode gewählt wurde. Als Ursache hierfür ist die aus Tabelle 8 ersichtliche erhebliche Verschlechterung der Ertragslage zu nennen, zu der im Geschäftsbericht dieses Jahres auf S. 27 ausgeführt wird, daß nur durch den Fortfall oder die Minderung bestimmter Aufwandsposten ein Bilanzergebnis in Höhe einer 8%igen Dividende ausgewiesen werden konnte; auf den hiermit bestätigten modifizierenden Einfluß der Dividendenpolitik wurde bereits hingewiesen.

Die Bestimmung von Abschreibungsmethode und -höhe für die Zugänge der folgenden Jahre erfolgte wieder unter dem uneingeschränkten Primat der betrieblichen Finanzpolitik, indem für die Zugänge in steuerlich zulässigem Umfang von der degressiven Abschreibungsmöglichkeit Gebrauch gemacht wurde, soweit sie nicht die Berechnungsgrundlagen der EStDV-Sonderabschreibungen bildeten.

Aus der Erlösbindungstabelle ist ersichtlich, daß namentlich in den Geschäftsjahren 1951/52 bis 1954/55 der Erlösbindungsfunktion der Abschreibungen eine überragende Bedeutung zukam, indem durch sie zwischen 8 und 10% des Umsatzes gebunden werden konnten. In den Folgejahren bis 1958/59 belief sich die Erlösbindung durch Abschreibungen mit Ausnahme von 1956/57 auf rd. 4 - 5% der Umsatzerlöse und verminderte sich für 1956/57 und die Geschäftsjahre ab 1959/60 auf rd. 2,5% der Umsätze. Sie stellte sich in diesen letzten 3 Jahren nur auf rd. 1/3 der realisierten Erlösbindung, die daher verstärkt durch Rückstellungs- und Rücklagendotationen sowie durch die Abwertung von Beteiligungen erfolgen mußte.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die extern erkennbare Abschreibungspolitik des Unternehmens generell auf eine volle Ausnutzung der steuerlichen Möglichkeiten gerichtet war; nicht ausgenutzt wurde die degressive Abschreibungsmöglichkeit für rd. 9 Mio DM Zugänge an Maschinen im Geschäftsjahr 1956/57.

TABELLE 6
Bauwerksverzeichnis

Jahr	Zugänge incl. Umbau- ungen:	Berechnungs- grundlage	Abschreibungs- methode	Periodenanteilige Abschreibungen											
				1950/51	1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61	1961/62
1950/51	2.290			46	274	248	212	171	153	142	137	128	77	37	6
51/52	169				4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
52/53	764					15	19	19	19	19	19	19	19	19	19
53/54	4.560						90	114	114	114	114	114	114	114	114
54/55	2.173							40	54	54	54	54	54	54	54
55/56	5.630								105	141	141	141	141	141	141
56/57	10.970									186	323	323	323	323	323
57/58	944										20	24	24	24	24
58/59	1.913											36	48	48	48
59/60	4.218												80	105	105
60/61	2.740													75	95
61/62	4.469														85
Gesamt aus dem Bericht laut Geschäftsbericht				46	274	265	32	245	449	600	700	1.893	884	544	1.006
Fabrik-Gebäude u. andere Baulichkeiten						38	222	122	109	-					
Indirekte Sonderabschreibungen a/ An- gebäude, b/ Gebäude, c/ Gebäude						1.14	37	40	60						
d/ Gebäude, e/ Gebäude															
f/ Gebäude, g/ Gebäude															
Gesamtabschreibungen, aus Fabrik- gebäude und andere Baulichkeiten				46	274	265	32	245	449	600	700	1.893	884	544	1.006

Jahr	Anzahl Anlagen	Anschaffungs- grund- lage	Abschrei- bungs- met. 000	1950/51 1951/52 1952/53 1953/54 1954/55 1955/56 1956/57 1957/58 1958/59 1959/60									
				679	4.104	3.199	2.231	2.027	1.510	1.148	1.008	805	1.400
1950/51	18.586	18.586	lin.										- 300
51/52	2.156	2.158	lin.		120	166	166	166	166	166	166	166	166
52/53	4.504	4.504	lin.			245	334	334	334	334	334	334	334
53/54	26.530	26.930	lin.				1.865	1.985	1.985	1.985	1.985	1.985	1.985
54/55	6.504	6.964	lin.					435	516	516	516	516	516
55/56	20.106	12.106	lin.						585	972	972	972	972
56/57	18.403	15.463	lin.						1.410	1.450	1.240	858	858
57/58	1.390	3.000	lin.							345	1.145	1.145	1.145
58/59	1.390	1.390	lin.							220	611	476	476
59/60	1.390	1.390	lin.								84	104	104
60/61	1.390	1.390	lin.									190	190
61/62	1.390	1.390	lin.										
62/63	1.390	1.390	lin.										
63/64	1.390	1.390	lin.										
64/65	1.390	1.390	lin.										
65/66	1.390	1.390	lin.										
66/67	1.390	1.390	lin.										
67/68	1.390	1.390	lin.										
68/69	1.390	1.390	lin.										
69/70	1.390	1.390	lin.										
70/71	1.390	1.390	lin.										
71/72	1.390	1.390	lin.										
72/73	1.390	1.390	lin.										
73/74	1.390	1.390	lin.										
74/75	1.390	1.390	lin.										
75/76	1.390	1.390	lin.										
76/77	1.390	1.390	lin.										
77/78	1.390	1.390	lin.										
78/79	1.390	1.390	lin.										
79/80	1.390	1.390	lin.										
80/81	1.390	1.390	lin.										
81/82	1.390	1.390	lin.										
82/83	1.390	1.390	lin.										
83/84	1.390	1.390	lin.										
84/85	1.390	1.390	lin.										
85/86	1.390	1.390	lin.										
86/87	1.390	1.390	lin.										
87/88	1.390	1.390	lin.										
88/89	1.390	1.390	lin.										
89/90	1.390	1.390	lin.										
90/91	1.390	1.390	lin.										
91/92	1.390	1.390	lin.										
92/93	1.390	1.390	lin.										
93/94	1.390	1.390	lin.										
94/95	1.390	1.390	lin.										
95/96	1.390	1.390	lin.										
96/97	1.390	1.390	lin.										
97/98	1.390	1.390	lin.										
98/99	1.390	1.390	lin.										
99/00	1.390	1.390	lin.										
00/01	1.390	1.390	lin.										
01/02	1.390	1.390	lin.										
02/03	1.390	1.390	lin.										
03/04	1.390	1.390	lin.										
04/05	1.390	1.390	lin.										
05/06	1.390	1.390	lin.										
06/07	1.390	1.390	lin.										
07/08	1.390	1.390	lin.										
08/09	1.390	1.390	lin.										
09/10	1.390	1.390	lin.										
10/11	1.390	1.390	lin.										
11/12	1.390	1.390	lin.										
12/13	1.390	1.390	lin.										
13/14	1.390	1.390	lin.										
14/15	1.390	1.390	lin.										
15/16	1.390	1.390	lin.										
16/17	1.390	1.390	lin.										
17/18	1.390	1.390	lin.										
18/19	1.390	1.390	lin.										
19/20	1.390	1.390	lin.										
20/21	1.390	1.390	lin.										
21/22	1.390	1.390	lin.										
22/23	1.390	1.390	lin.										
23/24	1.390	1.390	lin.										
24/25	1.390	1.390	lin.										
25/26	1.390	1.390	lin.										
26/27	1.390	1.390	lin.										
27/28	1.390	1.390	lin.										
28/29	1.390	1.390	lin.										
29/30	1.390	1.390	lin.										
30/31	1.390	1.390	lin.										
31/32	1.390	1.390	lin.										
32/33	1.390	1.390	lin.										
33/34	1.390	1.390	lin.										
34/35	1.390	1.390	lin.										
35/36	1.390	1.390	lin.										
36/37	1.390	1.390	lin.										
37/38	1.390	1.390	lin.										
38/39	1.390	1.390	lin.										
39/40	1.390	1.390	lin.										
40/41	1.390	1.390	lin.										
41/42	1.390	1.390	lin.										
42/43	1.390	1.390	lin.										
43/44	1.390	1.390	lin.										
44/45	1.390	1.390	lin.										
45/46	1.390	1.390	lin.										
46/47	1.390	1.390	lin.										
47/48	1.390	1.390	lin.										
48/49	1.390	1.390	lin.										
49/50	1.390	1.390	lin.										
50/51	1.390	1.390	lin.										
51/52	1.390	1.390	lin.										
52/53	1.390	1.390	lin.										
53/54	1.390	1.390	lin.										
54/55	1.390	1.390	lin.										
55/56	1.390	1.390	lin.										
56/57	1.390	1.390	lin.										
57/58	1.390	1.390	lin.										
58/59	1.390	1.390	lin.										
59/60	1.390	1.390	lin.										
60/61	1.390	1.390	lin.										
61/62	1.390	1.390	lin.										
62/63	1.390	1.390	lin.										
63/64	1.390	1.390	lin.										
64/65	1.390	1.390	lin.										
65/66	1.390	1.390	lin.										
66/67	1.390	1.390	lin.										
67/68	1.390	1.390	lin.										
68/69	1.390	1.390	lin.										
69/70	1.390	1.390	lin.										
70/71	1.390	1.390	lin.										
71/72	1.390	1.390	lin.										
72/73	1.390	1.390	lin.										
73/74	1.390	1.390	lin.										
74/75	1.390	1.390	lin.										
75/76	1.390	1.390	lin.										
76/77	1.390	1.390	lin.										
77/78	1.390	1.390	lin.										
78/79	1.390	1.390	lin.										
79/80	1.390	1.390	lin.										
80/81	1.390	1.390	lin.										
81/82	1.390	1.390	lin.										
82/83	1.390	1.390	lin.										
83/84	1.390	1.390	lin.										
84/85	1.390	1.390	lin.										
85/86	1.390	1.390	lin.										
86/87	1.390	1.390	lin.										
87/88	1.390	1.390	lin.										
88/89	1.390	1.390	lin.										
89/90	1.390	1.390	lin.										
90/91	1.390	1.390	lin.										
91/92	1.390	1.390	lin.										
92/93	1.390	1.390	lin.			</							

TABELLE 7

1000 Anteile in % Abschreibungen

1960/61	1961/62	1962/63	1963/64	1964/65	1965/66	1966/67	1967/68	1968/69	1969/70	1970/71	1971/72	1972/73	1973/74	1974/75
- 230 262	- 200 94	- 150 6	- 130	- 120										
166	166	166	166	46										
334	334	334	334	334	251									
1.985	1.985	1.985	1.985	1.985	1.985	1.245								
516	516	516	516	516	516	516	337							
972	972	972	972	972	729	682	682	680						
522	407	316	247	193	172	172	172	171						
1.145	1.145	1.145	1.145	1.145	1.145	1.145	1.145	1.145	1.378					
290	226	176	138	108	82	75	75	75	75					
104	104	104	104	104	104	104	104	104	104	60				
144	120	97	80	69	52	43	40	40	40	40	37			
923	777	651	547	461	385	323	284	284	284	284	284	284		
85	110	110	110	110	110	110	110	110	110	110	110	110		
800	1.076	915	777	661	562	480	405	383	383	383	383	383		
	800	1.083	921	783	666	565	481	408	386	386	386	386		
8.018	8.632	8.426	7.912	7.367	6.799	6.400	5.858	5.400	4.950	4.500	4.050	3.600	3.150	2.700
741														
-2.305	-2.784	-3.443	-3.870	-4.038	-4.031	-3.939	-3.615	-3.270	-2.900	-2.500	-2.100	-1.700	-1.300	-900
6.454	5.848	4.983	4.042	3.329	2.726	2.421	2.220	2.120	2.020	1.920	1.820	1.720	1.620	1.520

Die Ermittlung der jeweils vorgenommenen Wertberichtigungen gem. § 7c EStG erfolgte vom Geschäftsjahr 1955/56 an entsprechend dem im Anhang auf Seite 353 wiedergegebenen Beispiel.

<u>Erlösbindung durch</u>	1951
Rückstellungen und Wertberichtigungen	
Pensionsrückstellungen	3.
Normalabschreibungen	4.
Abgänge	
Sonderabschreibungen	8.
Wertberichtigungen auf Beteiligungen	
Wertberichtigungen gem. §§ 7c und d EStG	1.
Importabschlag	
Rücklagendotation	
Rücklagenentnahme w/LAG	
Jahreserfolg	-
Erlösbindung	18.
Umsatz	125.
Erlösbindung in % vom Umsatz	14.
Normalabschreibungen in % vom Umsatz	3
Sonderabschreibungen in % vom Umsatz	6
Erlösbindung durch Abschreibungen in % vom Umsatz	10.
Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen	1.
Rohstahlerzeugung t	199.
Dividende %	-

TABELLE 8
=====

J ä h r l i c h e E r l ö s b i n d u n g									
1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61	1961/62
- 332	1.150	1.892	- 863	- 81	698	126	2.071	5.176	1.314
1.535	70	2.261	2.697	-	-	2.829	3.159	2.476	2.592
3.916	4.958	5.213	6.597	5.945	10.347	10.502	7.213	6.876	7.123
47	192	154	274	321	134	72	785	295	154
7.500	4.873	8.509	1.919	53	697	-	-	745	-
-	39	-	5	-	64	1.168	2.790	2.113	3.440
1.098	385	15	- 70 199	- 68 189	- 68 269	- 115 660	- 56 747	- 72 110	- 69 699
-	-	-	-	500	-	-	-	-	-
-	-	-	(+ 2.996)	-	-	-	2.210	596	-
- 768	(4.083) - 288	- 303	- 345	- 297	- 417	- 816	- 264	-	-
- 1.493	- 2.590	+ 828	+ 1.380	+ 1.656	+ 1.863	+ 2.070	+ 2.898	+ 2.898	+ 2.898
11.503	8.789	18.569	11.793	8.218	13.587	16.496	21.553	21.213	18.151
125.000	114.000	170.000	205.000	225.000	220.000	224.000	275.000	314.000	291.000
9,2	7,7	10,9	5,8	5,6	6,2	7,4	8,0	6,7	6,2
3,1	4,3	3,1	3,3	2,6	4,7	4,7	2,0	2,2	2,4
6,0	4,3	5,0	0,1	-	0,2	-	-	0,1	-
9,1	(8,6)	8,1	4,4	2,6	5,0	4,7	2,0	2,4	2,4
1.067	1.100	1.824	4.690	4.724	3.909	2.433	7.590	11.063	6.952
185.000	218.000	271.000	303.000	318.000	317.000	346.000	381.000	424.000	373.000
-	6	8	8	9	10	14	14	14	

d) Die Aufwandsvorverlagerung durch Sonderabschreibungen

In Übereinstimmung mit der bei der DHH sowie den übrigen Gesellschaften festgestellten Übung liegen der Sonderabschreibungsberechnung der Gußstahlwerk Witten AG ebenfalls lineare Abschreibungen zugrunde. Diese dienen auch in der auf S. 154 wiedergegebenen Tabelle 9 als Berechnungsmaßstab für die Abschreibungsvorverlagerung und deren künftige Auflösung. Zu der Tabelle, die bezüglich der Nutzungsdauern und des Beginns der jeweiligen Auflösung auf den beiden Abschreibungsbögen aufbaut, ist noch folgendes zu bemerken:

1. als Sonderabschreibungen sind für die IHG-Abschreibungen die direkten und die indirekten Abschreibungen eingesetzt, wie sie sich aus der auf S. 134 befindlichen Tabelle ergeben,
2. als Normalauflösungen der auf Maschinen vorgenommenen IHG-Sonderabschreibungen werden die aus der Tabelle sich ergebenden Auflösungen ausgewiesen,
3. eine Korrektur der aus den 3 Teiltabellen insgesamt sich ergebenden Auflösungen erfolgt nur bei den IHG-Abschreibungen auf Maschinen in der mit "Abgänge (Differenzen)" bezeichneten Zeile; die Summe der Auflösungen entspricht unter Berücksichtigung von 2 Bilanzdifferenzen der jeweils in der Erfolgsrechnung ausgewiesenen Auflösung,
4. die kumulierten Abschreibungsvorverlagerungen durch die IHG- und EStDV-Sonderabschreibungen entsprechen unter Berücksichtigung der Differenzen dem jeweils in der Bilanz ausgewiesenen Sonderabschreibungsvolumen.

Wie die Tabelle zeigt, ergeben sich entsprechend dem teilweise hypothetischen Charakter der Normalauflösungen zwischen diesen und den von dem Unternehmen angesetzten Auflösungen Differenzen, die in der Zeile "Abgänge (Differenzen)" ausgewiesen sind. Zu diesen Posten sowie zu den Stornierungen sind folgende Erläuterungen erforderlich:

Die für die Geschäftsjahre 1954/55 bis 1956/57 ausgewiesenen Differenzen dürften zum großen Teil reguläre Abschreibungsaufösungen infolge von Maschinenabgängen sein, denn den Abgängen

	<u>54/55</u>	<u>55/56</u>	<u>56/57</u>
	TDM	TDM	TDM
im Anschaffungswert von	257	642	1.006
stehen Normalabschreibungen von	<u>152</u>	<u>476</u>	<u>706</u>
gegenüber, so daß Restwerte von	<u>105</u> =====	<u>166</u> =====	<u>300</u> =====

verbleiben, die zum Teil zu Lasten des Ergebnisses und zum Teil durch die Sonderabschreibungsaufösungen ausgebucht wurden. Für 1957/58 wird seitens des Unternehmens eine Teilauflösung von nur TDM 65 ausgewiesen, der in der Tabelle eine Normalauflösung von TDM 37 sowie eine Differenz von TDM 553 und eine Stornierung von TDM 525 gegenüberstehen, obwohl das Unternehmen für dieses Geschäftsjahr keine Stornierung in der Erfolgsrechnung ausweist. Ursächlich für diese von den Firmenangaben in der Tabelle stark abweichende Stornierung ist die Differenz von TDM 1.351 zwischen den seitens des Unternehmens ausgewiesenen Teilaufösungen in den Geschäftsjahren 1954/55 bis 1957/58 in Höhe von TDM 2.602 und dem Storno in Höhe von nur TDM 1.251, die nicht als Abgang verrechnet worden sein konnte; dieses war nur für einen Teilbetrag von etwa TDM 550 möglich, wie aus den vorstehenden Ausführungen ersichtlich ist.

Von dem darüber hinaus verbleibenden Betrag von rd. TDM 800 dürften rd. TDM 500 durch die Teilwertabschreibung auf Maschinen im Geschäftsjahr 1957/58 und die restlichen rd. TDM 300 durch die Teilwertabschreibung auf Fabrikgebäude im folgenden Geschäftsjahr aufgelöst und gegen die in diesen beiden Jahren vorgenommenen IHG-Auflösungs-Stornierungen kompensiert worden sein, so daß die in der Erfolgsrechnung für 1957/58 ausgewiesene Auflösung sowie die im folgenden Geschäftsjahr gezeigte Korrektur insoweit nur Saldogrößen sind.

Die Minusdifferenz in 1959/60 erklärt sich aus der Differenz zwischen modellmäßiger und tatsächlicher Auflösung; die Plusdifferenzen der folgenden Jahre sind die Folgen der durch die Abgänge und Teilwertabschreibungen vorverlagerten Auflösung, da auf deren Einarbeitung in die Tabelle im Hinblick auf die Ungewißheit über deren Berechnungsgrundlagen verzichtet wurde; außerdem wird durch deren Berücksichtigung in einer besonderen Zeile der modellmäßige Charakter der Tabelle nicht weiter beeinträchtigt.

Die Aufstellung macht ersichtlich, daß von den durch die Sonderabschreibungen erfolgten Abschreibungsvorverlagerungen per 30.9.62 bereits rd. TDM 500 - 600 durch Abgänge, weitere rd. TDM 800 durch Teilwertabschreibungen und etwa TDM 6.100 zur Reduzierung der Normalabschreibungen auf die steuerlich noch geltend zu machende Höhe aufgelöst wurden. Der Tabelle ist ferner zu entnehmen, daß die aus der Aufwandsantizipation resultierenden, auf linearer Vergleichsbasis ermittelten Abschreibungslücken sich in den nächsten 5 Jahren in Größenordnungen zwischen rd. 3 und 4 Mio DM bewegen und erst nach Auflösung der IHG-Abschreibungen nach weiteren 3 Jahren auf eine zu vernachlässigende Höhe vermindern.

Wie aus dem Abschreibungsbogen für Maschinen zu ersehen ist, hat die Gesellschaft im allgemeinen von der degressiven Abschreibungsmethode im Rahmen des Möglichen Gebrauch gemacht, so daß diese als die den Maschinen angemessene Aufwandverteilungsmethode erscheint. Als Aufwandvorverlagerung kann daher nur die Differenz zwischen Sonder- und linearen (Restwert)abschreibungen und den generell zulässigen degressiven Abschreibungen bezeichnet werden. In der auf S. 156 wiedergegebenen Tabelle 10 sind dementsprechend unter Verwendung der linearen Abschreibungen auf den Übernahmebestand und die Zugänge des Geschäftsjahrs 1950/51 die gesamten Zugänge der folgenden Geschäftsjahre mit den aus dem Abschreibungsbogen ermittelten Sätzen degressiv abgeschrieben dargestellt, um durch eine Gegenüberstellung der somit errechneten jährlichen Abschreibun-

Jahr	Gesamte IHG-Ab- schreibun- gen auf Maschinen	Direkte IHG-Ab- schreibun- gen zzgl. Umbuchung	Entwicklung des								
			1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60
1951/52	8.501	1.079	8.501			- 104	- 104	- 104	+ 312	- 166	- 166
52/53	6.317	2.252		6.317			- 213	- 213	+ 213	+ 213	- 331
53/54	4.258	13.465			4.258			-1.302	-	+1.302	- 310
54/55	7.936	3.482				7.936					
55/56	1.032	4.603					1.032				
56/57	-	3.163									
Sonderabschreibungen			8.501	6.317	4.258	7.936	1.032				
Normalauflösungen						- 104	317	-1.6.9	+ 520	+1.515	- 807
Abgänge (Differenzen)						- 1:	- 108	- 337	- 37	- 166	- 21.
IHG-Mehrabschreibungs-Volumen (lineare Vergleichsbasis)			8.501	14.818	1.032	26.897	27.500	25.042	25.457	26.952	25.923
Jahr	Gesamte IHG-Ab- schreibun- gen auf Fabrikgeb.	Direkte IHG-Ab- schreibun- gen zzgl. Umbuchung	1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60
1952/53	1.183	38		1.183						+ 2	
53/54	598	1.368								- 30	
54/55	573	498				573					
55/56	769	559									
56/57	-	660									
Sonderabschreibungen				1.183	598	573					
Normalauflösungen								- 40		+ 4.	
IHG-Mehrabschreibungs-Volumen (lineare Vergleichsbasis)			-	1.183	1.781	2.354	1.182	1.067	7.008	1.23	2.923
Jahr	EStDV-Sonderabschrei- bungen a/Maschinen		1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60
1956/57	53										
57/58	697										
60/61	741										
Sonderabschreibungen											
Normalauflösungen											
EStDV-Mehrabschreibungs-Volu- men (lineare Vergleichsbasis)			-	-	-	-	-	53	700	741	-
Gesamtes IHG- und EStDV- Mehrabschreibungs-Volumen			8.501	16.001	20.857	28.24	11.620	11.611	11.31	11.20	11.11

TABELLE 9

nderabschreibungs v o l u m e n s

1961/62	1962/63	1963/64	1964/65	1965/66	1966/67	1967/68	1968/69	1969/70	1970/71	1971/72	1972/73	1973/74
166	- 166	- 166	- 166	- 46								
334	- 334	- 334	- 334	- 334	- 251							
985	-1.985	-1.985	-1.985	-1.985	-1.985	-1.245						
49	- 516	- 516	- 516	- 516	- 516	- 516	- 337					
		- 513	- 682	- 682	- 682	- 682	- 682	- 680				
			- 258	- 468	- 468	- 468	- 468	- 468	- 565			

534	-3.001	-3.514	-3.941	-4.031	-3.902	-2.911	-1.487	-1.148	- 565			
335	+ 203	+ 200	+ 200	+ 122								
035	20.977	17.003	13.920	10.013	6.111	3.200	1.713	500	-			

nderabschreibungs v o l u m e n s

2.823	2.823	2.823	2.823	2.823	2.823	2.823	2.823	2.823	2.823	2.823	2.823	2.823	2.823
-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

nderabschreibungs v o l u m e n s

1961/62	1962/63	1963/64	1964/65	1965/66	1966/67	1967/68	1968/69	1969/70	1970/71	1971/72	1972/73	1973/74
5	- 5	- 5	- 5	- 5	- 5	- 4	- 4	- 3	- 2			
61	- 61	- 61	- 61	- 61	- 61	- 61	- 61	- 61	- 61	- 2		
741	- 63	- 63	- 63	- 63	- 63	- 63	- 63	- 63	- 63	- 63	- 63	- 48
741												
06	- 66	- 129	- 129	- 129	- 129	- 128	- 128	- 127	- 126	- 89	- 63	- 63 - 48
354	1.288	1.159	1.030	901	772	644	516	389	263	174	111	48 -
872	21.088	21.840	17.775	13.737	9.706	6.667	5.052	3.777	3.086	2.997	2.934	2.871 2.823

gen mit den auf diese AV-Position vorgenommenen Sonder- und Normalabschreibungen die effektiv erreichte Aufwandvorverlagerung zu ermitteln. 38)

Die Tabelle zeigt, daß bei ausschließlichem Ansatz degressiver Abschreibungen auf die Zugänge an Maschinen ab 1951/52 um rd. 18 Mio DM höhere Normalabschreibungen hätten verrechnet werden können, da von dem aus dem Abschreibungsbogen ersichtlichen Sonderabschreibungsvolumen von rd. 22,26 Mio DM in der Tabelle nur noch rd. 4,21 Mio DM verblieben sind.

Die im Vergleich zu den nächstgünstigen, steuerlich generell zulässigen (degressiven) Abschreibungen durch die gesamten in Anspruch genommenen Sonderabschreibungen effektiv erreichte Abschreibungsvorverlagerung stellt sich demnach per 30.9.62 bei

Maschinen und maschinellen Anlagen	auf TDM 4.217
Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten	auf <u>TDM 2.823</u>
	<u>TDM 7.040</u>
	=====

-bzw. bei Berücksichtigung linearer Abschreibungen auf 9 Mio DM Zugänge des Jahres 1956/57 auf rd. 10 Mio DM- und dürfte in dieser Höhe nur als "Wertberichtigung gem. § 36 IHG und §§ 79 und 82 EStDV" ausgewiesen werden.

38) Zwischen den Zugängen in diesen beiden Tabellen besteht eine Differenz in Höhe von TDM 1.737, die aus der Nichtberücksichtigung von Abschreibungen auf Umbuchungen in Höhe von TDM 269 und der Stornierung von Abschreibungen in Höhe von TDM 1.468 in Tabelle 10 resultiert; ihr wurde durch Kürzung der tatsächlichen Abschreibungen des Geschäftsjahres 53/54 um TDM 134, des Jahres 54/55 um TDM 135, der Jahre 55/56 bis 63/64 um TDM 147 und des Jahres 64/65 um TDM 145 Rechnung getragen.

Jahr	Zugänge incl. Umbu- chungen	H y p o t h e t i s c h e d e											
		1950/51	1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61	
1950/51	18.586	679	4.104	3.199	2.231	2.027	1.510	1.148	1.008	805	513	262	
51/52	2.158		355	396	310	242	188	146	115	88	70	55	
52/53	4.504			740	828	645	503	393	308	240	186	146	
53/54	20.930				4.444	4.946	3.859	3.010	2.347	1.831	1.430	1.013	
54/55	6.964					1.150	1.280	998	778	607	473	370	
55/56	18.573						2.973	3.293	2.599	2.059	1.639	1.309	
56/57	18.259							3.015	3.354	2.616	2.040	1.591	
57/58	1.392								188	216	178	146	
58/59	1.167									190	175	144	
59/60	6.388										615	923	
60/61	9.406											1.065	
61/62	8.025												
Degressive van- resabschreibung		679	4.459	4.335	7.813	9.010	10.313	12.003	10.697	8.652	7.319	7.024	
Abschreibungen u. Abschreib- ungen		679	12.725	9.927	8.720	12.629	6.966	5.090	9.946	8.568	6.067	6.307	
Differenz gegen- über degressiven Abschreibungen		-	+ 8.266	+ 5.592	+ 907	+ 3.619	- 3.347	- 6.913	- 751	- 84	- 1.252	- 717	
u. Differenz gegenüber		-	+ 8.266	+13.858	+14.765	+18.384	+15.037	+ 8.124	+ 7.373	+ 7.289	+ 6.037	+ 5.320	

TABELLE 10
=====

essive Abschreibungen														
1/62	1962/63	1963/64	1964/65	1965/66	1966/67	1967/68	1968/69	1969/70	1970/71	1971/72	1972/73	1973/74	1974/75	
94	6													
48	48	48	49											
115	100	100	100	100										
891	695	616	616	616	616									
288	224	176	155	155	155	155								
1051	851	696	563	385	385	385	385							
240	968	725	590	460	407	407	407	409						
120	98	80	66	54	49	49	49	49	50					
120	97	80	69	52	43	40	40	40	40	37				
777	651	547	461	385	323	284	284	284	284	284	286			
260	1.071	910	774	658	560	475	449	449	449	449	449	448		
800	1.083	921	783	666	565	481	408	386	386	386	386	386	388	
804	5.892	4.929	4.226	3.531	3.103	2.276	2.022	1.617	1.209	1.156	1.121	834	388	
701	4.836	3.895	3.184	2.728	2.421	2.220	2.125	2.069	1.174	1.137	1.102	808	388	
103	- 1.056	- 1.034	- 1.042	- 803	- 681	- 50	+ 103	+ 470	- 35	- 19	- 19	- 26	-	-
217	+ 3.161	+ 2.127	+ 1.085	+ 282	- 400	- 450	- 323	+ 93	+ 64	+ 47	+ 26	-	-	-

e) Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Sonderabschreibungen

Ergänzend zu den vorstehenden Tabellen zur Veranschaulichung des Ausnutzungsgrades der Sonderabschreibungsmöglichkeiten gibt die folgende Gegenüberstellung der Sonder- mit den Normalabschreibungen Aufschluß über deren Umfang und Bedeutung namentlich für die Investitionsfinanzierung. Die in der Tabelle aufgeführten Normalabschreibungen sind die aus den Abschreibungsbögen sich ergebenden erfolgswirksamen Normal- einschließlich Teilwertabschreibungen; die für die Geschäftsjahre 1951/52 bis 1955/56 ausgewiesenen Sonderabschreibungen sind die IHG-Abschreibungen (netto), die der folgenden Jahre die EstDV-Abschreibungen.

Jahr	Normalabschreibungen	Sonderabschreibungen	Sonderabschreibungen in % der Normalabschreibungen	Zusammengefaßte Zugänge
1951/52	4.502	8.501	188,8	20.157
52/53	3.877	7.500	193,5	18.186
53/54	4.921	4.856	98,7	8.502
54/55	5.176	8.509	164,4	19.514
55/56	6.529	1.801	27,6	22.824
	25.005	31.167	124,7	89.183
56/57	5.804	53	0,9	13.143
57/58	10.188	697	0,7	2.822
58/59	10.349			2.891
59/60	7.098			13.704
60/61	6.657	741	1,1	21.593
61/62	6.854			21.852
	71.955	32.658	-	165.188

Größte Beachtung verdient bei diesem Unternehmen die relative Höhe der Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG, die sich in den Geschäftsjahren 1951/52 und 1952/53 auf rd. 189% und rd. 194% der Normalabschreibungen stellen und per 30.9.56 rd. 125% der in dem betrachteten Zeitraum aufgelaufenen Normalabschreibungen betragen.

Die Bedeutung der Sonderabschreibungsgegenwerte für die Finanzierung der Anlagenzugänge ist aus der Tabelle ebenfalls klar ersichtlich. Die Brutto-Investitionen per 30.9.56 in

Maschinen und maschinellen Anlagen
Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten
im Bau befindlichen Anlagen
Anzahlungen

in Höhe von	TDM 89.183 =====
waren durch Normalabschreibungen zu rd. 28,0% =	TDM 25.005
und durch IHG-Abschreibungen zu rd. 35,0% =	<u>TDM 31.167</u>
durch Abschreibungsgegenwerte zu rd. 63,0% =	TDM 56.172 =====
finanziert.	

In dieser Berechnung sind die per 30.9.56 sich auf rd. TDM 545 stellenden IHG-Abschreibungsaufösungen durch Kürzung der Normalabschreibungen auf die steuerlich ansetzbare Höhe berücksichtigt; bei deren Kürzung von den Sonder- und Ansatz als Normalabschreibungen würde sich der Anteilsprozentsatz der IHG-Abschreibungen um rd. 0,6% erniedrigen und der der Normalabschreibungen entsprechend erhöhen.

Werden in Abänderung der vorstehenden Berechnung, die auf der Basis geringfügig modifizierter Bilanzzahlen, also auf der Vergleichsbasis linearer Abschreibungen durchgeführt ist, degressive Abschreibungen auf die Zugänge an Maschinen als Ermittlungsbasis für den Sonderabschreibungsanteil angesetzt, dann belaufen sich die effektiven Finanzierungsanteile der IHG-Abschreibungen auf rd. 30.9.56 66%

Maschinen	auf	TDM 15.037
Fabrikgebäuden -unverändert-	auf	TDM 3.123
zusammen	auf	<u>TDM 18.160</u> <u>=====</u>

und machen damit nur noch rd. 20,4% der Zugänge aus; entsprechend erhöht sich der Anteil der Normalabschreibungen in Höhe von	TDM 25.005
um den Differenzbetrag von	<u>TDM 13.007</u>
auf rd. 42,6% der Zugänge =	<u>TDM 38.012</u> <u>=====</u>

Per 30.9.62 hat sich der auf linearer Vergleichsbasis ermittelte Finanzierungsanteil der Sonderabschreibungen durch die verschiedenen Auflösungen auf rd. 25 Mio DM vermindert.

Bei vollem Ansatz degressiver Abschreibungen auf die Zugänge an Maschinen würde sich die effektive Abschreibungsvorverlagerung durch Sonderabschreibungen auf rd. 7 Mio DM stellen und dann rd. 4% der in dem betrachteten Zeitraum aufgelaufenen Zugänge von rd. 165 Mio DM betragen.

Aus der in der obenstehenden Aufstellung enthaltenen Gegenüberstellung der Sonder- und Normalabschreibungen mit den Zugängen ist ersichtlich, daß die der Geltungsdauer des § 36 IHG parallel verlaufende Ausbauphase des werkes im Geschäftsjahr 1956/57 abgeschlossen war. Im nächsten Geschäftsjahr begann eine Zeit der Konsolidierung, auf die dann von 1959/60 an Geschäftsjahre mit erheblichen Investitionen folgen, die überwiegend für ein Draht- und Feinwalzwerk erfolgen, mit dessen Bau in 1960/61 begonnen wurde. Nach einer Angabe im Geschäftsbericht dieses Jahres (S. 18) sollen auf dieses Werk noch rd. 50 Mio DM des aus den laufenden Investitionen zu erwartenden Wertzuwachses von rd. 80 Mio DM entfallen. Zur Finanzierung dieses Investitionsvorhabens wurden dem Unternehmen laut Geschäftsbericht 1960/61 S. 27 Investitionskredite in Höhe von 50 Mio DM zugesagt, die für das Draht- und Feinwalzwerk einzusetzen sind.

Ursache für die prozentuale Höhe dieser Kredite, die rd. 60% des Investitionsvorhabens beträgt und damit etwas über der bei erstklassigen Unternehmen üblichen Fremdfinanzierungsquote -zumindest bei Krediten aus öffentlichen Mitteln, um die es sich aufgrund der Sicherheiten in Form von Grundschulden und einer Landesbürgschaft unter Rückbürgschaft der Großaktionäre handeln dürfte- liegt, dürfte nicht zuletzt das aufgrund der Abschreibungsvorverlagerung durch Sonderabschreibungen sowie die lineare Abschreibung der diesen zugrunde liegenden Investitionen in den kommenden Jahren stark reduzierte Normalabschreibungsaufkommen sein. Dieses dürfte sich unter Zugrundelegung der Abschreibungsbögen bei Annahme per 30.9.62 noch ausstehender abschreibungsfähiger Zugänge von rd. 70 Mio DM in den beiden folgenden Jahren wie nachstehend entwickeln:

Abschreibungsvorschau für Fabrikgebäude -in Mio DM-

Jahr	Hypothet. Zugänge + Umbuchungen		Periodenanteilige Abschreibungen		
			1962/63	1963/64	1964/65
1962/63	AB	30,8	1,0	1,0	1,0
	Z	10,0	0,2	0,3	0,3
63/64	Z	10,0		0,2	0,3
Abschreibung p.a.			1,2	1,5	1,6

Abschreibungsvorschau für Maschinen -in Mio DM-

Jahr	Hypothet. Zugänge + Umbuchungen		Periodenanteilige Abschreibungen		
			1962/63	1963/64	1964/65
1962/63	AB	28,5	5,0	4,1	3,3
	Z	25,0	3,0	3,3	2,8
63/64	Z	25,0		3,0	3,3
Abschreibung p.a.			8,0	10,4	9,4

Die hypothetische Abschreibungsvorschau, in die für 1964/65 keine Zugänge aufgenommen wurden, zeigt, daß in den folgenden 2 Jahren das Abschreibungsaufkommen bei vollem Ansatz degressiver Abschreibungen auf die Maschinenzugänge unter Einrechnung der rd. 6,9 Mio DM Abschreibungen aus 1961/62 etwa der Höhe des Eigenanteils am Investitionsvorhaben von rd. 30 Mio DM entspricht. Die Kredite erscheinen somit in der Höhe von 50 Mio DM erforderlich.

Auf die Tatsache, daß durch die auf die durchgeführten und geplanten Investitionen ansetzbaren Abschreibungen das für die beiden folgenden Jahre für die AV-Positionen Maschinen und Fabrikgebäude ermittelte Abschreibungsaufkommen von rd. 9,2 und 11,9 Mio DM erheblich über das der Jahre 1960/61 und 1961/62 in Höhe von rd. 7,4 und 6,9 Mio DM angehoben wird, sei hingewiesen. Die für die Geschäftsjahre 1961/62 bis 1963/64 ermittelten Abschreibungslücken von zusammen rd. 11 Mio DM bei linearer bzw. von rd. 3 Mio DM bei degressiver Vergleichsbasis werden also durch die hohen Abschreibungen auf das für die finanziellen Verhältnisse des Unternehmens überdurchschnittlich umfangreiche Investitionsvorhaben überkompensiert.

V. Die Abschreibungspolitik der Phoenix-Rheinrohr AG

a) Ermittlung der Sonderabschreibungen und Berechnungsgrundlagen

Mit Rücksicht auf die sehr unterschiedliche materielle Bedeutung der einzelnen steuerlichen Finanzierungshilfen werden in Übereinstimmung mit der bisherigen Übung auch im folgenden die IHG- und die EStDV-Sonderabschreibungen getrennt aufgeführt. Auf Grund des von dem Unternehmen und auch den beiden Stammfirmen gewählten Ausweises der Sonderabschreibungen in einer besonderen Rücklage mußten die Auflösungen vom Geschäftsjahr 1959/60 an unter Verwendung der Ergebnisse nachstehender Tabellen in die anschließende Darstellung der Entwicklung des Volumens der Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG eingesetzt werden.

Jahr	Vorgang	Rhein-Phoenix Phoenix-Rheinrohr Beträge		Volumen der Sonder- abschreibungen gem. § 36 IHG
1951/52	Sonderabschreibung	33.608	6.495	40.103
52/53	Sonderabschreibung	83.797	20.375	144.275
53/54	Sonderabschreibung	26.363	6.230	176.868
54/55	Sonderabschreibung	11.871		
	Sonderabschreibung ./. Teilauflösung	24.351 1.121		211.969
55/56	Sonderabschreibung ./. Teilauflösung	63.752 1.580		274.141
56/57	./. Teilauflösung	19.040		255.101
57/58	+ Korrektur der Teilauflösungen	18.721		273.822
58/59	./. Teilauflösung	4.521		269.301
59/60	./. Teilauflösung	12.589		256.712
60/61	./. Teilauflösung	8.393		248.319
61/62	./. Teilauflösung	12.319		236.000

Der Umfang der wahrgenommenen Bewertungsfreiheiten gem. §§ 79, 81 und 82 EStDV ist aus der folgenden Aufstellung zu ersehen:

Jahr	Vorgang	Betrag	Volumen der Sonderabschreibungen gem. §§ 79, 81 und 82 EStDV
1957/58	Sonderabschreibung § 79	1.341	1.341
58/59	Sonderabschreibung § 79	1.569	
	" § 82	702	3.612
59/60	Sonderabschreibung § 79	346	
	" § 81	1.582	
	./. Teilauflösung	120	5.420
60/61	Sonderabschreibung § 81	261	
	" § 82	901	
	./. Teilauflösung	322	6.260
61/62	Sonderabschreibung § 79	195	
	" § 81	112	
	" § 82	6.356	
	./. Teilauflösung	352	12.571

Zusammen mit dem Endbestand der

Rücklage für Ersatzbeschaffung in Höhe von TDM 1.712

ergeben die Sonderabschreibungsvolumina von TDM 248.571

den Buchwert der Besonderen Rücklage von TDM 250.283

per 30.9.62. =====

Die als Teilauflösungen bezeichneten Beträge beinhalten neben den Auflösungen infolge Abgangs von Anlagen überwiegend die Differenzen zwischen den steuerlich zulässigen Restwertabschreibungen und den vollen linearen Abschreibungen; sie werden in den Erfolgsrechnungen von den in voller Höhe angesetzten Normalabschreibungen gekürzt, um lediglich die steuerlich zulässigen Restwertabschreibungen erfolgswirksam geltend zu machen. Dieses Verfahren erklärt sich aus der Verbuchung der Sonderabschreibungen in der indirekten Form einer Besonderen Rück-

lage und direkter Kürzung der Normalabschreibungen von den nicht um steuerliche Bewertungsfreiheiten reduzierten Restbuchwerten.

Entsprechend der allgemeinen Handhabung hat auch Phoenix-Rheinrohr die aufgrund des BFH-Urteils vom 13.5.58 möglich gewordene Nachholung von Normalabschreibungen in Höhe der erwähnten Auflösungen im Geschäftsjahr 1957/58 vorgenommen, indem der Besonderen Rücklage ein Betrag von TDM 18.721 zugeführt wurde, der den offenbar um Abgänge in Höhe von TDM 3.020 gekürzten Teilauflösungen entspricht. Die IHG-Auflösungen der folgenden Jahre erklären sich aus der zwischenzeitlich erfolgten Vollabschreibung der den Sonderabschreibungen zugrunde liegenden Anlagen; die Auflösungen der EStDV-Sonderabschreibungen sind eine Folge der in diesen Vorschriften bestimmten Verteilung des Restwertes auf die Restnutzungsdauer nach Ablauf von 2 oder 5 Jahren, in denen die Anlagen mit den vollen linearen Sätzen abgeschrieben werden dürfen.

Wegen des gravierenden finanzwirtschaftlichen Unterschieds zwischen IHG- und EStDV-Sonderabschreibungen werden in Übereinstimmung mit der Verfahrensweise bei den übrigen Gesellschaften im folgenden die IHG-Abschreibungen wesentlich ausführlicher behandelt.

Die für die Ermittlung des künftigen Abschreibungsaufkommens, des Ausnutzungsgrades der IHG-Bewertungsfreiheit und der Abschreibungspolitik wichtige und erforderliche Aufteilung der Sonderabschreibungen auf die definitiven AV-Positionen wurde nur von den Hüttenwerken Phoenix vor der Fusion in den Geschäftsberichten angegeben. Die vorbildliche Aufgliederung der Entwicklung der in Form einer Rücklage bilanzierten IHG-Abschreibungen ist auf der nächsten Seite in der geringfügig modifizierten Darstellung des Unternehmens wiedergegeben.

Entwicklung der Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG
der Hüttenwerke Phoenix AG

Jahr	1951/52		1952/53		1953/54		IV/1954	
Vorgang	Zu- gang	Umbu- chung	Zu- gang	Umbu- chung	Zu- gang	Umbu- chung	Zu- gang	Umbu- chung
Fabrikgebäude	316		202		2.127		-	
			+	5		-		-
Maschinen	5.293		801		1.338		-	41
			+	479	+16.976			-
Im Bau befind- liche Anlagen								
w/Maschinen	2.449		10.211					
			+	1.538	3.716		990	
w/Fabrikgeb.			68		- 6.851		+ 5.838	
Anzahlungen								
w/Maschinen	25.545		72.508					
			-	2.017	19.182		10.922	
w/Fabrikgeb.	5		7		-10.125		- 5.838	
			-	5				
	33.608		83.797		26.363		11.871	

Ganz im Gegensatz zu dieser im Hinblick auf die Bilanzklarheit begrüßenswerten Aufgliederung der Sonderabschreibungen, die als ein Maßstab für die Publizitätsfreudigkeit der Hüttenwerke Phoenix AG gewertet werden kann, stehen die Angaben der Rheinischen Röhrenwerke AG, die sich auf die Bezeichnung der Sonderabschreibungen als solche beschränken. Nach der Fusion per 1.1.55 wurde dieser Publizitätsumfang von Rheinrohr als aufnehmendem Unternehmen beibehalten.

Wegen der daraus resultierenden Schwierigkeit, die IHG-Abschreibungen der Rheinischen Röhrenwerke für die Geschäftsjahre 1951/52 bis 1953/54 und die von Phoenix-Rheinrohr für die Geschäftsjahre 1954/55 und 1955/56 den ihnen entsprechenden Berechnungsgrundlagen zuzuordnen, ist die nachstehende Tabelle über die Aufteilung aller IHG-Abschreibungen auf die vorgeord-

neten sowie die definitiven AV-Positionen mit dem Vorbehalt der externen Aufstellung zu werten, wenngleich sie der Realität weitestgehend entsprechen dürfte.

Jahr	Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG						
	Betrag	Anzahlungen	Im Bau befindl. Anlagen	Fabrikgebäude		Maschinen	
				Direktabschr.	Umbuchung	Direktabschr.	Umbuchung
1951/52	40.103	27.550	2.449	716	-	9.388	-
52/53	104.172	79.815	17.279	3.277	5	3.801	2.479
53/54	32.593	19.182	3.716	4.127	-	5.568	31.676
54/55	36.222	20.922	1.065	5.625	75	8.610	34.478
55/56	63.752	42.275	5.000	12.000	-	4.477	91.265
56/57	-	-	-	-	4.275	-	40.000
57/58	-	-	-	-	-	-	15.000
	276.842	189.744	29.509	25.745	4.355	31.844	214.898

Bei der Zuordnung der IHG-Abschreibungen der Rheinischen Röhrenwerke sowie der von Phoenix-Rheinrohr wurde berücksichtigt, daß

1. die Hüttenwerke Phoenix AG rd. das Fünffache an IHG-Abschreibungen im Verhältnis zu der Rheinische Röhrenwerke AG vorgenommen hat, und zwar fast ausschließlich auf Anzahlungen und Teilerstellungskosten sowie auf rd. 90% der Zugänge an Fabrikgebäuden,
2. im allgemeinen rd. 1/10 der Sonderabschreibungen auf Fabrikgebäude entfällt.

Die nunmehr mögliche Berechnung der für die Ermittlung von Ausnutzungsgrad und auch Abschreibungspolitik erforderlichen Berechnungsgrundlagen der IHG-Abschreibungen ist in der nächsten Tabelle vorgenommen.

Jahr	Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG		Berechnungsgrundlage	
	a/Maschinen	a/Fabrikgeb.	Maschinen	Fabrikgeb.
1951/52	39.382	721	78.764	2.403
52/53	100.820	3.352	201.640	11.173
53/54	28.466	4.127	56.932	13.757
54/55	30.597	5.625	61.194	18.750
55/56	47.477	16.275	94.954	54.250
	246.742	30.100	493.484	100.333

In der Aufstellung sind die jeweiligen Sonderabschreibungen auf Anzahlungen und Teilherstellungskosten mit Ausnahme von TDM 5 in 1951/52, TDM 75 in 1952/53 und TDM 4.275 in 1955/56 bezüglich ihrer Berechnungsgrundlagen den Maschinen und maschinellen Anlagen zugeordnet. Unter dieser Voraussetzung liegen den IHG-Abschreibungen auf

Maschinen und maschinelle Anlagen	TDM 246.742
Fabrikgebäude und andere Baulichkeiten	<u>TDM 30.100</u>
	<u>TDM 276.842</u>
	=====

Investitionen zugrunde in

Maschinen und maschinellen Anlagen	TDM 493.484
Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten	<u>TDM 100.333</u>
	<u>TDM 593.817</u>
	=====

Den Sonderabschreibungen gem. §§ 79, 81 und 82 EStDV in Höhe von zusammen TDM 13.365 liegen unter der Annahme, daß sie sich auf bewegliche Anlagegüter beziehen, Investitionen in Höhe von TDM 26.730 als Berechnungsgrundlagen zugrunde.

b) Ermittlung des Ausnutzungsgrades der Bewertungsfreiheiten

Die zur Verdeutlichung der Ausnutzung der Aufwandsvorverlagerung zum frühestmöglichen Termin erforderliche Gegenüberstellung der Zugänge an Anzahlungen und Teilerstellungskosten mit den Sonderabschreibungen zugrunde liegenden Berechnungsgrundlagen stößt bei Phoenix-Rheinrohr auf die Schwierigkeit, daß sowohl von beiden Stammfirmen als auch von diesem Unternehmen nach der Fusion von den Anzahlungen und Im Bau befindlichen Anlagen nur die jeweiligen Anfangs- und Endbestände in den Anlagevermögens-Entwicklungen ausgewiesen werden. Bei der nachstehenden Tabelle mußte daher von den bereits bei der Gußstahlwerk Witten AG (S. 136) angeführten Voraussetzungen ausgegangen werden, die nur dahingehend modifiziert worden sind, daß die bei den Zugängen an Maschinen und Fabrikgebäuden abgesetzten Umbuchungen nur die den Sonderabschreibungen zugrunde liegenden Berechnungsgrundlagen umfassen, während die tatsächlich sich ergebenden Umbuchungen infolge etwas geringerer Ausnutzung des § 36 IHG teilweise die Berechnungsgrundlagen übersteigen.

Jahr	Zugänge		Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG		Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG		Berechnungs- grund- lage (BG)	BG in % der Zugänge
	Anzahlungen	Teilerstellungskosten	Anzahlungen	Teilerstellungskosten	Maschinen	Fabrikgebäude		
1951/52	68.784	15.895	27.550	2.449	29.994	5	60.005	70,9
52/53	165.975	32.180	79.815	17.279	97.019	75	194.287	98,3
53/54	43.046	7.432	19.182	3.716	22.898	-	45.796	90,7
54/55	48.545	28.437	20.922	1.065	21.987	-	43.974	57,1
55/56	84.550	13.862	42.275	5.000	43.000	4.275	100.250	101,9
	410.900	97.806	189.744	29.509	214.898	4.355	444.312	87,3

Die vorstehende Gegenüberstellung der Zugänge an Anzahlungen und Teilherstellungskosten mit den Berechnungsgrundlagen der darauf geltend gemachten IHG-Abschreibungen zeigt, daß die Möglichkeit der Abschreibungsvorverlagerung zum frühestmöglichen Zeitpunkt von Phoenix-Rheinrohr mit rd. 87% in Anspruch genommen wurde. Diese Gesamtinanspruchnahme setzt sich zusammen aus der Ausnutzung bei

Anzahlungen	mit	rd. 92,4%
Teilherstellungskosten	mit	rd. 66,1%

Die wesentlich geringere Abschreibung auf Teilherstellungskosten erklärt sich einmal aus der bei den Rheinischen Röhrenwerken im Geschäftsjahr 1951/52 niedrigen IHG-Abschreibung und zum anderen aus der ebenfalls nur geringen Ausnutzung der Bewertungsfreiheit im Geschäftsjahr 1954/55; außerdem kann sie zum Teil eine Folge der bei externer Zuordnung unvermeidlichen Ungenauigkeit sein.

Die Bedeutung der durch § 36 IHG gegebenen Bewertungsfreiheit von Anzahlungen und Teilherstellungskosten sowie das Ausmaß der damit möglichen Aufwandsvorverlagerung wird daran erkenntlich, daß auf

Anzahlungen	rd. 68,5%
Teilherstellungskosten	<u>rd. 10,6%</u>
zusammen	<u>rd. 79,1%</u> =====

der gesamten IHG-Abschreibungen entfallen.

Der Ausnutzungsgrad der IHG-Sonderabschreibungsmöglichkeit auf einsatzfähige Anlagen ist aus den beiden nachstehenden Tabellen ersichtlich, in denen die nach Abzug der den Abschreibungen auf Anzahlungen und Teilherstellungskosten zugrunde liegenden Berechnungsgrundlagen verbleibenden sonderabschreibungsfähigen Zugänge den darauf geltend gemachten Sonderabschreibungen und deren Berechnungsgrundlagen gegenübergestellt sind.

Jahr	Zugänge Maschinen			Sonder- abschrei- bung § 36 IHG	Berech- nungs- grund- lage (BG)	BG in % der Rest- Zugänge
	Zugang lt. Bilanz	./. Um- buchung	Rest- Zugang			
1951/52	26.479	-	26.479	9.388	18.776	70,9
52/53	26.405	4.958	21.447	3.801	7.602	35,5
53/54	87.966	63.352	24.614	5.568	11.136	45,2
54/55	117.826	68.956	48.870	8.610	17.220	35,2
55/56	191.548	182.530	9.018	4.477	8.954	99,3
	450.224	319.796	130.428	31.844	63.688	48,8

Jahr	Zugänge Fabrikgebäude			Sonder- abschrei- bung § 36 IHG	Berech- nungs- grund- lage (BG)	BG in % der Rest- Zugänge
	Zugang lt. Bilanz	./. Um- buchung	Rest- Zugang			
1951/52	4.942	-	4.942	716	2.387	48,3
52/53	13.251	17	13.234	3.277	10.923	82,5
53/54	13.360	-	13.360	4.127	13.757	102,0
54/55	19.288	217	19.071	5.625	18.750	98,3
55/56	44.728	-	44.728	12.000	40.000	89,5
	95.569	234	95.335	25.745	85.817	90,0

Bei einer Wertung der nur mit rd. 49% angegebenen Ausnutzung der Sonderabschreibungsmöglichkeit auf Maschinen ist zu berücksichtigen, daß die sonderabschreibungsfähigen Zugänge nur rd. 1/4 der Gesamtzugänge darstellen, die geltend gemachten Sonderabschreibungen sich zum Teil auf Zugänge des Vorjahres beziehen (1955/56) und infolge der bei den Röhrenwerken überwiegen- den Weiterverarbeitung der Prozentsatz der IHG-begünstigten Anschaffungen etwas unter den bei den Grundstoffherzeugern feststellbaren Sätzen liegen muß.

Die rd. 90%ige Ausnutzung der Bewertungsfreiheit für Fabrikgebäude entspricht dem bei den Hüttenwerken Phoenix festgestellten Ausnutzungsgrad; bei diesem Unternehmen erfolgte auch im Geschäftsjahr 1953/54 eine Abschreibung auf den Zugang des Vorjahres, die zu dem Ausnutzungsgrad von 102% für 1953/54 führt.

Eine größere Aussagefähigkeit über die Inanspruchnahme des § 36 IHG ist im Gegensatz zu den partiellen Aufstellungen, die die schwerpunktmäßige Verteilung der Sonderabschreibungen ersichtlich machen, der nachstehenden Zusammenfassung der Zugänge an

Maschinen und maschinellen Anlagen
 Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten
 im Bau befindlichen Anlagen
 Anzahlungen

und deren Gegenüberstellung mit den den Sonderabschreibungen zugrunde liegenden Berechnungsgrundlagen zuzuordnen, die eine Gesamtausnutzung von 82,7% zeigt. Dieser Prozentsatz läßt bei der vorliegenden Fertigungsstruktur auf eine volle Ausnutzung der steuerlichen Finanzierungshilfen schließen.

Jahr	Zusammengefaßte Zugänge	Berechnungsgrundlagen der IHG-Abschreibungen	Berechnungsgrundlagen in % der Zugänge
1951/52	108.132	81.168	75,1
52/53	223.424	212.812	95,3
53/54	88.332	70.689	80,0
54/55	145.117	79.944	55,1
55/56	153.158	149.204	97,4
	718.163	593.817	82,7

Eine den vorstehenden Ausführungen vergleichbare Ermittlung des Ausnutzungsgrades der EStDV-Abschreibungsmöglichkeiten ist aus den bereits genannten Gründen nicht durchführbar.

c) Darstellung der Abschreibungspolitik

In den der Analyse der Abschreibungspolitik zugrunde gelegten Abschreibungsbögen der AV-Positionen Maschinen und maschinelle Anlagen sowie Fabrikgebäude und andere Baulichkeiten sind die Anlagewerte der Hüttenwerke Phoenix AG und die der Rheinische Röhrenwerke AG bereits vom Geschäftsjahr 1951/52 an zusammengefaßt, um das Zahlenwerk nicht übermäßig zu komplizieren; ausserdem lag eine weitgehende Abstimmung der Investitionen vor, die dieses Verfahren rechtfertigt. Die Zusammenfassung bot technisch keine Schwierigkeiten, da Rheinrohr die Normalabschreibungen direkt absetzte und Phoenix eine methodengerechte indirekte Normalabschreibung bis einschließlich 1953/54 durchführte; im letzten Quartal 1954 wurde dann im Hinblick auf die Fusion und die damit erforderliche Vereinheitlichung des Rechnungswesens auf die direkte Abschreibungsmethode umgestellt. Die Sonderabschreibungen wurden von beiden Unternehmen in Form einer Rücklage verbucht; dieses Verfahren wurde auch nach der Fusion beibehalten.

Zu dem Abschreibungsbogen für Fabrikgebäude ist zu bemerken, daß im Vergleich zu den übrigen Unternehmen eine starke Abweichung in der durchschnittlichen Abschreibungsdauer festzustellen ist, die sich bei Phoenix-Rheinrohr auf nur rd. 25 Jahre gegenüber sonst rd. 40 Jahren beläuft. Die Ursache hierfür dürfte weniger in einer vom Fiskus anerkannten kürzeren Abschreibungsdauer der Gebäude als vielmehr in einer von den anderen Firmen abweichenden Kontierung zu sehen sein, derzufolge ein Teil der sonst unter Maschinen und maschinellen Anlagen ausgewiesenen gebäudeähnlichen Betriebsvorrichtungen unter den Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten zu bilanzieren ist.

Die auf Fabrikgebäude direkt und indirekt geltend gemachten Sonderabschreibungen sowie deren Auflösungen sind ebenfalls in dem Abschreibungsbogen dargestellt, dessen letzte Zeile somit die insgesamt in jedem Jahr erfolgswirksam vorgenommenen Abschreibungen enthält.

Auf der Grundlage der extrem niedrigen durchschnittlichen Abschreibungsdauer von 25 Jahren läßt der als Tabelle 11 auf S.180 wiedergegebene Abschreibungsbogen einen normalen Abschreibungsverlauf erkennen.

Von einer Weiterführung der Abschreibungsentwicklung wurde aus den bereits mehrfach genannten Gründen abgesehen. Für prognostische Rechnungen kann ein Abschreibungsaufkommen von etwa 12 Mio DM p.a. -Basis 30.9.62- zugrunde gelegt werden, das sich erst ab 1968/69 durch die beginnende Auflösung der IHG-Abschreibungen vermindert.

Der als bedeutend aussagefähigerer Maßstab für die Abschreibungspolitik zu wertende Abschreibungsverlauf der AV-Position Maschinen und maschinelle Anlagen ist aus Tabelle 12 auf S. 181 ersichtlich.

Der Ausarbeitung des Bogens konnten die bereits bekannten Voraussetzungen zugrunde gelegt werden mit Ausnahme der durchschnittlichen Abschreibungsdauer, die sich auf rd. 13 Jahre beziffert. Diese im Vergleich zu anderen Gesellschaften kürzere Reliquidisierungsdauer des in Maschinen und maschinelle Anlagen investierten Kapitals dürfte sich neben der höheren Weiterverarbeitung mit schnellerem Kapitalumschlag aus der bereits genannten abweichenden Kontierung erklären.

In der als für die Kontrolle und Erläuterung der Ergebnisse der Analyse der Abschreibungspolitik erforderlich bezeichneten Zusammenstellung der Erlösbindungen als Maßstab der Ertragslage, die als Tabelle 13 auf S. 182 wiedergegeben ist, sind für die Geschäftsjahre 1951/52 bis 1953/54 die Werte der Hüttenwerke Phoenix und die der Rheinischen Röhrenwerke zusammengefaßt; die Beträge des Rumpfgeschäftsjahrs IV/1954 des Hüttenwerks sind in dem Jahresergebnis von Phoenix-Rheinrohr für 1954/55 enthalten. Diese Zusammenfassung erscheint nicht nur vertretbar sondern sogar geboten, um die in der Halbzeugstufe liegenden und infolge unterschiedlicher Marktposition von den beiden Unternehmen wechselnd realisierten Gewinne angemessen werten und ausweisen zu können.

Eine den anderen Gesellschaften vergleichbare Periodisierung der Abschreibungspolitik ist bei Phoenix-Rheinrohr nicht durchführbar; diese steht vielmehr während des gesamten Untersuchungszeitraums eindeutig unter dem Primat der Finanzpolitik als interner Determinante. Als modifizierender Bestimmungsgröße ist neben der Rücklagenpolitik für ein Geschäftsjahr der Dividendenpolitik ein gewisser Einfluß zuzuordnen; für ein weiteres Geschäftsjahr wird sie seitens des Unternehmens als Grund für eine Rücklagenentnahme herausgestellt.

Die Obergrenzen des extern (steuerlich) zulässigen Ermessensspielraums bei der Festsetzung von Abschreibungsmethode und -höhe waren einmal bestimmt durch die Zulässigkeit der materiell sehr bedeutungsvollen IHG-Abschreibungen und der zeitlich daran anschließenden finanzwirtschaftlich relativ unbedeutenden EStDV-Abschreibungen und zum anderen durch die mit Wirkung von 1958 und 1960 bzw. 1961 an eingeschränkte Zulässigkeit degressiver Abschreibungen auf die nach dem 1.1.52 erfolgten Zugänge an beweglichen Wirtschaftsgütern.

Die bei der Ermittlung des Ausnutzungsgrades der Bewertungsfreiheiten bereits erkenntlich gewordene Aufwandsvorverlagerung zum frühestmöglichen Termin kann als die Maxime der Abschreibungspolitik des Unternehmens angesehen werden.

Diese Aufwandsvorverlagerung durch Ausnutzung der Abschreibungsmöglichkeiten auf Anzahlungen und Teilherstellungskosten, auf die in den Jahren 1951/52 und 1952/53 rd. 30,0 und 97,1 Mio DM entfallen, ist auch die Ursache für die aus den Abschreibungsbögen ersichtlichen geringen Abschreibungen auf einsatzfähige Anlagen, auf die in diesen beiden Jahren nur rd. 25% und rd. 7,5% der gesamten IHG-Abschreibungen entfallen. In den folgenden 3 Jahren stellen sich die Anteile der auf einsatzfähige Anlagen angesetzten IHG-Abschreibungen auf rd. 30%, 39% und 26% der gesamten IHG-Abschreibungen.

Dieses gegenüber den Geschäftsjahren 1951/52 und 1952/53 nicht unerhebliche Ansteigen der auf fertige Anlagen vorgenommenen Sonderabschreibungen erklärt sich einmal aus den in den Jahren

1953/54 und 1954/55 mit rd. 32,6 und rd. 36,2 Mio DM gegenüber 1952/53 auf rd. 1/3 zurückgegangenen IHG-Abschreibungen insbesondere durch Verminderung der Abschreibungen auf Anzählungen und Teilherstellungskosten auf rd. 22,9 und 22,0 Mio DM und zum anderen aus den in den beiden ersten Jahren des IHG-Begünstigungszeitraums mit zusammen rd. 144,3 Mio DM extrem hohen Sonderabschreibungen. Ihr Ansatz ist nicht ausschließlich auf die beabsichtigte Erzielung einer maximalen Innenfinanzierungsquote durch steuerunschädliche Aufwandsvorverlagerung zurückzuführen, sondern auch auf den modifizierenden Einfluß der Rücklagenpolitik, da sie in dieser Höhe neben den übrigen angesetzten Erlösbindungen nicht realisiert werden konnten.

Wie aus Tabelle 13 ersichtlich ist, wurde der von den angesetzten Erlösbindungen im Geschäftsjahr 1951/52 von dem Hüttenwerk Phoenix nicht hereingeholte Betrag von TDM 19.878 nach Aufrechnung gegen den Gewinnvortrag von TDM 1.153 mit TDM 18.725

als Verlust vorgetragen und zuzüglich des in 1952/53 nicht realisierten Betrages

bei dem Hüttenwerk Phoenix	von	TDM 40.568	
bei den Rhein. Röhrenwerken	von	<u>TDM 3.805</u>	TDM 44.373

durch eine diese Beträge von		TDM 63.098
um		TDM 8.280

übersteigende Rücklagenentnahme

bei dem Hüttenwerk Phoenix	von	TDM 63.893	
bei den Rhein. Röhrenwerken	von	<u>TDM 7.485</u>	<u>TDM 71.378</u>

buchtechnisch ausgeglichen. Die die jeweiligen unrealisierten Erlösbindungen übersteigenden Auflösungen von zusammen TDM 8.280 dienten zum Ausweis der für die Dividendenvorschläge von 4% bei dem Hüttenwerk und von 4% bei dem Röhrenwerk erforderlichen Gewinne.

Die für 1953/54 eingesetzte Rücklagenentnahme von TDM 6.193 wurde von den Rheinischen Röhrenwerken vorgenommen und diente mit einem Teilbetrag von TDM 4.600 zur Dividendenausschüttung.

Die Auswirkungen dieser Sonderabschreibungen von rd. 144,3 Mio DM auf die stark reduzierte Sonderabschreibungsbemessung der folgenden beiden Geschäftsjahre sind darin zu sehen, daß offenbar in dieser Zeit erst die in der Steuerbilanz vorgetragenen Verluste ausgeglichen wurden, bevor im Geschäftsjahr 1955/56 letztmalig mit einem Betrage von rd. 63,8 Mio DM von der Bewertungsfreiheit des § 36 IHG Gebrauch gemacht wurde.

Der Entwicklung der nachrichtlich angeführten Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen kann entnommen werden, daß die Rücklagenentnahmen in Höhe von knapp 80 Mio DM bereits im Geschäftsjahr 1954/55 realisiert waren, von einer höheren Bemessung der IHG-Abschreibungen jedoch zugunsten hoher Pensionsrückstellungszuführungen abgesehen wurde. In nachstehenden Ausführungen kann daher von voll verdienten Abschreibungen ausgegangen werden.

Die EStDV-Sonderabschreibungen, die nur in 1961/62 einen nennenswerten Betrag von rd. 6,7 Mio DM erreichen, sind im Rahmen der hier vorliegenden finanziellen Verhältnisse ohne weitere Aussagefähigkeit hinsichtlich der Abschreibungspolitik, zumal sie sich nur auf bestimmte Investitionen beziehen können, deren Umfang aus bereits genannten Gründen im allgemeinen untergeordneten Umfangs ist.

Die bereits bezüglich der Sonderabschreibungen hervorgehobene Aufwandsvorverlagerung zum ehestmöglichen Termin wurde im Zeitablauf auch bei den Normalabschreibungen konsequent beibehalten.

Die Normalabschreibungen auf Fabrikgebäude sowie auf die den Sonderabschreibungen zugrunde liegenden Anlagen wurden gemäß den steuerlichen Vorschriften nach der linearen Methode berechnet; die übrigen maschinellen Investitionen wurden degressiv abgeschrieben. Hierzu wird im Geschäftsbericht 1956/57 auf S. 38 folgender Hinweis gegeben:

"Nach dem Auslaufen der Sonderabschreibungsmöglichkeit gemäß § 36 Investitionshilfegesetz haben wir im Berichtszeitraum in stärkerem Umfange die degressive Abschreibungsmethode angewandt."

Diese Methode wurde ohne eine Einschränkung im Rahmen des Möglichen beibehalten; der aus dem Abschreibungsbogen für Maschinen ersichtliche Rückgang der Abschreibungsprozentsätze erklärt sich aus deren zweimaliger Senkung. Der degressiv erscheinende Abschreibungsverlauf der Altanlagen ist eine Folge der unterschiedlichen Altersstruktur der Anlagen und der laufenden Verminderung der Abschreibungsgrundlagen durch die Abgänge.

Außer der in der Variation des Ausnutzungsgrades der IHG-Bewertungsfreiheit zum Ausdruck kommenden gewissen Ertragsabhängigkeit der Sonderabschreibungen ist bei einer Betrachtung der Abschreibungsbögen bei der Entwicklung der Normalabschreibungen keine derartige Abhängigkeit festzustellen. Trotzdem dürfte -zumindest für 1956/57- eine indirekte Ertragsabhängigkeit vorliegen, da die in der Bilanz mit rd. 94,6 Mio DM angesetzten Normalabschreibungen in der Gewinn- und Verlustrechnung in ihrer Erfolgswirksamkeit um rd. 19 Mio DM IHG-Auflösungen gekürzt wurden, die in Höhe von rd. 13 Mio DM extern nicht erklärbar sind; möglicherweise wurden für dieses Geschäftsjahr degressive Abschreibungen als Ermittlungsbasis für die Auflösungen herangezogen.

In den übrigen Jahren dagegen wurde versucht, durch relativ hoch angesetzte Normalabschreibungen deren steuerunschädliche Erlösbindungsfunktion weitestgehend auszunutzen. So handelt es sich bei den aus dem Abschreibungsbogen für Fabrikgebäude ersichtlichen nicht zurechenbaren Abschreibungen für die Geschäftsjahre 1951/52, 1952/53 sowie für die Jahre 1954/55 bis 1956/57 von zusammen TDM 6.950, denen für die Jahre 1951/52 bis 1954/55 bei den Maschinen Beträge von insgesamt TDM 6.178 korrespondieren, um überhöhte Normalabschreibungen, die im Geschäftsjahr 1957/58 aufgrund einer Buch- und Betriebsprüfung durch die Finanzbehörde in diesem Jahre von den Normalabschreibungen in der Erfolgsrechnung in Höhe von zusammen TDM 13.128 gekürzt wurden. In der Bilanz werden für dieses Jahr bereits die gekürzten Nettoabschreibungen gezeigt; die Aufteilung der reaktivierten Abschreibungen auf die beiden AV-Positionen erfolgte daher anhand der Abschreibungsbögen.

Die Normalabschreibungen dieses Jahres setzen sich zusammen aus

Normalabschreibungen laut Bilanz	TDM 101.408
./.. steuerlich nicht anerkannte Mehrabschreibungen aus Vorjahren	TDM 13.128
+ Nachholung von Normalabschreibungen gemäß BFH-Urteil vom 13.5.58	<u>TDM 18.721</u>
	<u>TDM 107.001</u>

Die aus der Erlösbindungstabelle ersichtliche Zuschreibung von TDM 11.782 wurde von den Normalabschreibungen nicht gekürzt, da es sich um eine Nachholung unterlassener Aktivierungen handelt. Die in diesem Geschäftsjahr für den Untersuchungszeitraum letzte Rücklagenentnahme wird von der Geschäftsleitung wie folgt motiviert (S. 37/38):

"Den "Anderen Rücklagen" wurde im Berichtsjahr ein Betrag von 9 817 997,47 DM entnommen, um unter Wahrung der Dividendeninteressen unserer Aktionäre die uns zustehenden steuerlichen Möglichkeiten ausnutzen zu können. In diesem Sinne haben wir "Sonderabschreibungen nach § 79 EStDV" (1 341 000,- DM) vorgenommen und den "Sonderabschlag für Importwaren" durch eine Zuweisung von 9 851 782,16 DM wieder auf den steuerlich zulässigen Stand gebracht. Damit aus dem Geschäftsergebnis die Dividende zur Verfügung gestellt werden kann, wurden die "Anderen Rücklagen" um den obengenannten Betrag gemindert."

Zusammen mit dem in der Aufstellung ausgewiesenen Jahreserfolg ergibt die Entnahme den für die Dividendenzahlung von 9% erforderlichen Reingewinn von TDM 18.630.

Zu den als Teilwertabschreibungen zu bezeichnenden Abschreibungen von rd. 15,5 Mio DM bei Maschinen und rd. 2,25 Mio DM bei Fabrikgebäuden im Geschäftsjahr 1959/60 wird im Geschäftsbericht dieses Jahres auf S. 43 folgende Erläuterung gegeben:

"In den Abschreibungen sind neben 1,7 Mill. DM Abschreibungen auf Beteiligungen auch zusätzliche Abschreibungen in Höhe von 10,1 Mill. DM auf Anlagen enthalten, die in besonderem Maße dem technischen Fortschritt, der Konjunkturentwicklung und der technischen Abnutzung unterliegen."

Hierzu ist zu präzisieren, daß die von dem Unternehmen angegebene Teilwertabschreibung von 10,1 Mio DM den erfolgswirksamen Nettobetrag darstellt, der sich nach Kürzung der Brutto-Teilwertabschreibungen von 17,75 Mio DM um rd. 7,65 Mio DM anteilige IHG-Auflösungen ergibt.

Der eingangs erwähnte Primat der Finanzpolitik als interner Bestimmungsgröße der Abschreibungspolitik erklärt sich nicht zuletzt aus der außerordentlichen Bedeutung, die der steuerunschädlichen Erlösbindungsfunktion der Abschreibungen zukommt, indem auf sie im Untersuchungszeitraum rd. $\frac{2}{3}$ bis $\frac{4}{5}$ der angesetzten Erlösbindungen entfallen - ausgenommen die Geschäftsjahre 1956/57 und 1960/61, in denen auf Abschreibungen nur rd. die Hälfte der gebundenen Erlösteile entfällt. Der Anteil der Sonderabschreibungen beläuft sich hierbei maximal auf die Hälfte (1952/53) und beträgt für die IHG-Abschreibungen im allgemeinen rd. $\frac{1}{3}$ bis $\frac{1}{5}$. Die EStDV-Abschreibungen sind dagegen ohne weitere finanzwirtschaftliche Relevanz.

Abschließend kann die Abschreibungspolitik von Phoenix-Rheinrohr eindeutig als auf volle Ausnutzung der steuerlichen Möglichkeiten gerichtet bezeichnet werden. Der Abschreibungsvorverlagerung zum frühestmöglichen Termin durch Inanspruchnahme der Bewertungsfreiheit des § 36 IHG in nahezu vollem Umfange für Anzahlungen und Teilherstellungskosten folgte und verlief zum Teil parallel die steuerlich zulässige degressive Abschreibung nicht begünstigter Anlagen. Ferner wurde durch teilweise überhöhte Normal- und auch Teilwertabschreibungen eine maximale Aufwandsvorverlagerung zu erreichen versucht.

Jahr	Luänge incl. Umbu- emngen	Berech- nungs- grund- lage	Abschrei- bungs- methode	P e r									
				1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61
1951/52	288.216	288.216	lin.	2.000 50.279	1.500 46.993	1.500 37.663	1.178 29.644			- 6.178 15.743		15.500 - 4 6.930 5	
	26.479	18.776	lin.	1.080	1.444	1.444	1.444	1.444	1.444	1.444	1.444	1.444	1
52/53	26.405	7.703	degr. 24%	1.390	1.515	1.152	975	641	487	370	282	214	
		12.560	lin.		725	966	966	966	966	966	966	966	
53/54	87.966	13.845	degr. 24%		2.485	2.726	2.072	1.575	1.195	910	691	526	
		87.966	lin.			5.085	6.765	6.765	6.765	6.765	6.765	6.765	6
54/55	117.826	72.826	lin.				4.200	5.602	5.602	5.602	5.602	5.602	5
		45.000	degr. 24%				8.100	8.855	6.730	5.115	3.888	2.955	2
55/56	191.548	191.548	lin.					10.635	14.190	14.190	14.190	14.190	14
56/57	167.740	80.000	lin.						4.625	6.165	6.165	6.165	6
		87.740	degr. 24%						15.800	17.266	13.122	9.972	7
57/58	59.185	41.276	lin.							3.175	3.806	3.806	3
		57.909	degr. 21%							6.080	10.865	8.603	6
58/59	191.890	4.542	lin.							265	350		
		187.348	degr. 20%								22.480	32.973	26
59/60	40.586	692	lin.									40	
		39.894	degr. 20%									5.985	6
60/61	40.560	1.802	lin.										
		38.758	degr. 18%										5
61/62	106.736	17.012	lin.										
		89.724	degr. 16%										
Normalabschreibungen laut Bilanz				54.749	54.662	50.536	55.344	63.073	80.071	77.613	101.572	122.986	96
Direkte Sonderabschreibungen auf Maschinen und maschinelle Anlagen				9.388	3.801	5.568	8.610	4.477		1.341	2.271	346	
Indirekte Sonderabschreibungen auf An- zahlungen und Teilherstellungskosten				29.994	97.019	22.898	21.987	43.000		-	-	1.582	
Teilaufstärkungen							- 1.089	- 1.397	-18.697	+18.163	- 4.521	-12.709	- 8
Gesamtabschreibungen auf Maschinen und maschinelle Anlagen				94.131	155.482	79.002	84.852	109.153	61.374	97.117	99.322	112.205	89

TABELLE 12

den anteilige Abschreibungen												
1961/62	1962/63	1963/64	1964/65	1965/66	1966/67	1967/68	1968/69	1969/70	1970/71	1971/72	1972/73	1973/74
0 - 4.000	3.000	2.500	- 2.000									
5 4.398	3.500	2.278										
4 1.444	1.444	1.444	368									
1 151	151	151	73									
6 966	966	966	966	243								
0 305	295	295	295	75								
5 6.765	6.765	6.765	6.765	6.765	1.701							
2 5.602	5.602	5.602	5.602	5.602	5.602	1.402						
5 1.706	1.296	987	960	960	960	243						
0 14.190	14.190	14.190	14.190	14.190	14.190	14.190	10.033					
5 6.165	6.165	6.165	6.165	6.165	6.165	6.165	1.395					
0 5.760	4.377	3.320	2.530	1.923	1.872	1.872	474					
6 3.806	3.376	3.376	2.940	2.516	2.516	2.516	2.516	605				
5 5.370	4.240	3.351	2.647	2.092	1.850	1.850	1.850	466				
0 350	350	350	350	350	350	350	350	350				
0 21.103	16.882	13.506	10.805	8.644	6.915	6.510	6.510	6.510	6.510	6.510	6.510	6.510
3 53	53	53	53	53	53	53	53	53	53	53	53	53
2 5.425	4.340	3.472	2.778	2.222	1.778	1.422	1.340	1.340	1.340	1.340	1.340	1.340
5 138	138	138	138	138	138	138	138	138	138	138	138	138
0 5.970	4.898	4.016	3.393	2.681	2.200	1.804	1.565	1.565	1.565	1.565	1.565	1.565
980	1.310	1.310	1.310	1.310	1.310	1.310	1.310	1.310	1.310	1.310	1.310	1.310
9.765	12.793	10.746	9.027	7.583	6.370	5.350	4.494	4.425	4.425	4.425	4.425	4.425
4 96.412	90.131	79.981	69.555	63.512	57.470	51.427	45.384	39.341	33.298	27.255	21.212	15.169
1 6.663												
1 -												
5 -12.671	-28.509	-34.216	-34.873	-34.782	-30.902	-25.310	-20.249	- 4.954	- 1.729	- 976	- 519	-
1 90.404	61.622	45.765	34.482	28.730	23.068	19.855	18.547	16.972	15.033	13.350	11.869	10.387

	J ä			
<u>Erlösbindung durch</u>	1951/52	1952/53	1953/54	1954/55
Rückstellungen und Wertberichtigungen	5.942	1.833	7.779	7.779
Pensionsrückstellungen	34.623	21.701	17.039	27.039
Normalabschreibungen	61.102	60.997	55.912	67.912
Abgänge	1.886	2.708	4.441	3.441
Sonderabschreibungen	40.103	104.172	32.593	36.593
Wertberichtigungen auf Beteiligungen	-	-	-	5.912
Wertberichtigungen gem. §§ 7c und d EStG	3.448	2.297	2.198	6.198
Importabschlag	-	-	-	-
Rücklagendotation	2.335	-	1.847	8.847
Rücklagenentnahme w/LAG	-	(-71.378)	(- 6.193)	-
Jahreserfolg	-19.878	-44.373	+ 4.157	+14.157
Erlösbindung	129.561	149.335	125.966	176.966
Umsatz	1080.000	1227.000	1012.000	1241.000
Erlösbindung in % vom Umsatz	12,0	12,2	12,5	14,2
Normalabschreibungen in % vom Umsatz	5,7	4,9	5,5	5,5
Sonderabschreibungen in % vom Umsatz	3,7	8,0	3,2	5,5
Erlösbindung durch Abschreibungen in % vom Umsatz	9,4	(12,9)	8,7	11,0
Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen	13.230	10.018	11.909	26.909
Rohstahlerzeugung t	1770.000	1830.000	1815.000	2216.000
Dividende %	-	4	5	5

TABELLE 13

J a h r l i c h e E r l ö s b i n d u n g							
/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61	1961/62
748	661	2.661	25.298	1.166	25.305	13.376	- 987
007	18.706	-	-	3.228	7.308	9.700	4.400
111	71.518	75.536	-11.782 107.001	117.188	137.263	110.269	106.504
563	2.931	5.091	7.006	3.454	1.806	1.857	4.964
222	63.752	-	1.341	2.271	1.928	1.162	6.663
107	-	-	-	-	-	24.242	7.511
818	- 524	6.998	6.885	1.045	3.096	586	5.260
-	-	26.755	-13.519 9.852	-	- 892	- 571	- 4.679
302	-	-	-	-	-	20.000	-
-	-	-	(- 9.818)	-	-	-	-
490	+18.630	+18.630	+ 8.812	+20.700	+28.980	+33.120	+33.120
368	175.674	135.671	140.894	149.052	204.794	213.741	162.756
000	1402.000	1629.000	1501.900	1310.200	1741.900	1838.400	1693.400
4,2	12,5	8,3	9,4	11,4	11,8	11,6	9,6
5,4	5,1	4,6	7,1	8,9	8,0	6,0	6,3
2,9	4,7	-	0,1	0,2	0,1	0,1	0,4
8,3	9,8	4,6	7,2	9,1	8,1	6,1	6,7
511	35.861	38.548	27.492	31.009	42.547	88.594	57.741
000	2419.000	2423.000	2359.000	2393.000	3188.000	3206.000	3101.000
7	9	9	9	10	12	12	12

d) Die Aufwandsvorverlagerung durch Sonderabschreibungen

In Übereinstimmung mit der sowohl von Phoenix-Rheinrohr als auch den anderen Gesellschaften gewählten Zugrundelegung linearer Abschreibungen als Ermittlungsgrundlage für die Auflösungen von Sonderabschreibungen ist die auf S. 185 befindliche Tabelle über die Auflösungen der Sonderabschreibungen ebenfalls auf der Vergleichsbasis linearer Normalabschreibungen erstellt. Die Tabelle ist zum einen auf den Ergebnissen der Abschreibungsbögen und zum anderen unter Beachtung der bereits bei der entsprechenden Aufstellung für die Gußstahlwerk Witten AG auf S. 151 angeführten Voraussetzungen und Verfahrensweisen aufgebaut, so daß weitere diesbezügliche Ausführungen nicht mehr erforderlich sind.

Die Aufstellung zeigt, daß die aus der durch Sonderabschreibungen möglichen Aufwandsvorverlagerung resultierenden Abschreibungslücken sich in den kommenden 7 Geschäftsjahren in Größenordnungen zwischen 25 und 35 Mio DM bewegen dürften; sie macht ferner ersichtlich, daß sich innerhalb der folgenden 9 Jahre die auf Maschinen und maschinelle Anlagen vorgenommenen Sonderabschreibungen bis auf einen Restbetrag von knapp 2 Mio DM auflösen dürften. Die auf der Grundlage der extrem niedrigen durchschnittlichen Abschreibungsdauer von 25 Jahren berechneten Auflösungen der auf Fabrikgebäude angesetzten IHG-Abschreibungen beginnen somit schon im Geschäftsjahr 1968/69 und enden bereits im Geschäftsjahr 1981/82.

Die sich als Differenzen zwischen den errechneten und den von dem Unternehmen angegebenen Auflösungen ergebenden Beträge sind in der bei den IHG-Abschreibungen auf Maschinen enthaltenen Zeile "Abgänge (Differenzen)" ausgewiesen. Von einer Aufteilung wurde im Hinblick auf den ungleich geringeren Umfang der auf Fabrikgebäude entfallenden IHG-Abschreibungen abgesehen; außerdem sind die Abgänge an Fabrikgebäuden im Vergleich zu denen an Maschinen unerheblich.

Zu der in dieser Zeile für 1956/57 enthaltenen Differenz von rd. 12,9 Mio DM wurde bereits ausgeführt, daß sie sich aus einem normalen Auflösungsverlauf nicht erklären läßt, sondern andere -wahrscheinlich dividendenpolitische- Ursachen haben dürfte; die Plusdifferenz des folgenden Jahres dürfte als deren Ausgleich angesehen werden können. Bezüglich der für 1959/60 ausgewiesenen Differenz von rd. 8,5 Mio DM wurde bereits auf S. 179 darauf hingewiesen, daß sie im Zusammenhang mit den in diesem Geschäftsjahr angesetzten Teilwertabschreibungen von brutto 17,75 Mio DM zu sehen sein dürfte, da erst die um 7,65 Mio DM gekürzten, anhand der Abschreibungsbögen ermittelten Brutto-Teilwertabschreibungen die im Geschäftsbericht dieses Jahres angegebenen Teilwertabschreibungen von rd. 10,1 Mio DM ergeben. Die Differenzen der folgenden Jahre erklären sich aus der Berücksichtigung der in Form der Abgänge antizipierten Auflösungen.

Das seitens der Phoenix-Rheinrohr AG per 30.9.62 mit TDM 248.571 ausgewiesene Sonderabschreibungsvolumen ist auf der Vergleichsbasis linearer Abschreibungen für Fabrikgebäude und auch Maschinen errechnet. Dieses Verfahren ist -wie bereits dargelegt- zulässig, wenn das Unternehmen die lineare Abschreibung als die seiner Betriebsindividualität adäquate Aufwandverteilungsmethode ansieht und auch den jährlichen Abschreibungsaufwand nach dieser Methode ermittelt.

Wie bei den bisher analysierten Unternehmen war auch bei der Phoenix-Rheinrohr AG die Anwendung der degressiven Abschreibungsmethode bei den nicht sonderabgeschriebenen Zugängen an Maschinen und maschinellen Anlagen festzustellen, und zwar in weitestgehendem Umfange, so daß als tatsächliche Mehrabschreibungen im Verhältnis zu den nächstgünstigen, steuerlich allgemein zulässigen Normalabschreibungen bei dieser AV-Position nur die Differenzen zwischen Sonder- und linearen (Restwert)-abschreibungen einerseits und degressiven Abschreibungen andererseits bezeichnet werden können.

Jahr	Gesamte IHG-Ab- schreibun- gen auf Maschinen	Direkte IHG-Ab- schreibun- gen zzgl. Umbuchung	Entwicklung des Son								
			1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60
1951/52	39.382	9.388	39.382			- 924	- 924	- 924	- 356	- 1.444	- 1.444
52/53	100.820	6.280		100.820			- 606	- 606	+ 2.772	- 241	- 966
53/54	28.466	43.920			28.466			- 4.230	+ 1.212	- 1.660	- 6.7
54/55	30.597	36.412				30.597			+ 4.230		- 1.2
55/56	47.477	95.742					47.477				
56/57	-	40.000									
57/58	-	15.000									

Sonderabschreibungen	39.382	100.820	28.466	30.597	47.477						
Normalauflösungen				- 924	- 1.530	- 5.760	- 356	- 1.685	- 4.070	- 10.9	
Abwange (Differenzen)				- 165	+ 133	- 12.937	+ 10.305	- 2.836	- 8.519	+ 2.1	
IHG-Lehrabschreibungs-Volumen (lineare Vergleichsbasis)	39.382	140.202	168.668	198.176	244.256	225.559	243.722	239.201	226.612	218.2	

Jahr	Gesamte IHG-Ab- schreibun- gen auf Fabrikgeb.	Direkte IHG-Ab- schreibun- gen zzgl. Umbuchung	1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61
1951/52	721	716	721			- 32	- 32	- 32	+ 96			
52/53	3.352	3.432		3.352			- 151	- 151	+ 302			
53/54	4.127	3.977			4.127			- 160	+ 160			
54/55	5.625	5.760				5.625						
55/56	16.275	12.000					16.275					
56/57	-	4.275										

Sonderabschreibungen	721	3.352	4.127	5.625	16.275							
Normalauflösungen				- 32	- 183	- 343	+ 558					
IHG-Lehrabschreibungs-Volumen (lineare Vergleichsbasis)	721	4.073	8.200	13.793	29.885	29.542	30.100	30.100	30.100	30.1		

Jahr	Gesamte StDV-Ab- schreibun- gen auf Maschinen	Direkte StDV-Ab- schreibun- gen zzgl. Umbuchung	1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61
1951/52	1.341	1.341							1.341		- 120	- 1
52/53	2.271	2.271								2.271	- 120	- 2
53/54	1.928	346									1.928	1.1
54/55	6.31	6.31										
55/56	8.506	8.506										

StDV-Lehrabschreibungs-Volumen (lineare Vergleichsbasis)	-	-	-	-	-	-	-	1.341	3.612	5.420	6.2	
---	---	---	---	---	---	---	---	-------	-------	-------	-----	--

Gesamtes IHG- und StDV- Lehrabschreibungs-Volumen	40.103	144.275	176.868	211.969	274.141	255.101	275.163	272.913	262.132	254.5		
--	--------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	-------	--	--

TABELLE 14

=====

Verabschreibungs volumens

1961/62 1962/63 1963/64 1964/65 1965/66 1966/67 1967/68 1968/69 1969/70 1970/71 1971/72 1972/73 1973/74

1	- 1.444	- 1.444	- 1.444	- 368								
2	- 966	- 966	- 966	- 966	- 243							
3	- 6.760	- 6.760	- 6.760	- 6.760	- 6.760	- 1.700						
4	- 5.602	- 5.602	- 5.602	- 5.602	- 5.602	- 1.402						
5	- 77	- 14.190	- 14.190	- 14.190	- 14.190	- 10.525						
6	- 1.615	- 6.165	- 6.165	- 6.165	- 6.165	- 6.165	- 1.395					
7		- 575	- 2.308	- 2.308	- 2.308	- 2.308	- 2.308	- 2.308	- 577			

8	- 14.849	- 30.577	- 35.702	- 36.359	- 35.268	- 29.965	- 24.065	- 18.998	- 3.703	- 577		
9	+ 2.530	+ 2.500	+ 2.500	+ 2.500	+ 1.500	+ 314						

10	205.900	177.823	144.621	110.762	70.334	47.343	23.278	4.280	577	-		
----	---------	---------	---------	---------	--------	--------	--------	-------	-----	---	--	--

1961/62 1962/63 1963/64 1964/65 1965/66 1966/67 1967/68 1968/69 1969/70 1970/71 1971/72 1972/73 1973/74

1												
2												
3												
4												
5												
6												
7												
8												
9												
10												

11												
12												
13												
14												
15												
16												
17												
18												
19												
20												

1961/62 1962/63 1963/64 1964/65 1965/66 1966/67 1967/68 1968/69 1969/70 1970/71 1971/72 1972/73 1973/74

1	- 120	- 120	- 120	- 120	- 120	- 120	- 120	- 120	- 120	- 21		
2	- 202	- 202	- 202	- 202	- 202	- 202	- 202	- 202	- 202	- 49		
3	- 30	- 30	- 30	- 30	- 30	- 30	- 30	- 30	- 30	- 30	- 16	
4	- 80	- 80	- 80	- 80	- 80	- 80	- 80	- 80	- 80	- 80	- 80	-
5	6.663		582	582	582	819	819	819	819	819	819	819

6	6.663											
---	-------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

7	- 322	- 432	- 1.014	- 1.014	- 1.014	- 1.251	- 1.251	- 1.251	- 1.251	- 1.251	- 1.251	- 1.251
---	-------	-------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------

8	12.571	12.139	11.125	10.111	9.097	8.083	7.069	6.055	5.041	4.027	3.013	2.000
---	--------	--------	--------	--------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

9	248.571	220.062	195.840	150.973	110.000	70.000	30.000	10.000	5.000	2.000	1.000	0.500
---	---------	---------	---------	---------	---------	--------	--------	--------	-------	-------	-------	-------

Jahr	Zugänge incl. Umbu- chungen	H y p o t h e t i s c h e										
		1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61	1961/62
1951/52	288.216	50.279	46.993	37.663	29.644	26.590	22.267	15.743	11.041	6.930	5.505	4.390
	26.479	4.765	5.210	3.961	3.010	2.288	1.739	1.321	1.004	763	581	500
52/53	26.405		4.755	5.196	3.950	3.001	2.281	1.733	1.318	1.000	761	500
53/54	87.966			15.810	17.316	13.162	10.003	7.602	5.780	4.391	3.336	2.500
54/55	117.826				21.210	23.188	17.623	13.393	10.178	7.736	5.880	4.400
55/56	191.548					34.475	37.696	28.650	22.774	16.590	12.577	9.000
56/57	167.740						30.195	35.010	25.090	19.067	14.490	11.000
57/58	99.185							15.530	17.320	13.957	10.000	7.000
58/59	191.890								28.785	32.600	26.000	20.000
59/60	40.586									6.060	4.000	3.000
60/61	40.560										3.470	2.000
61/62	106.736											10.000
Degressive Jah- resabschreibung		55.044	56.958	62.630	75.130	102.704	121.804	116.982	102.000	103.096	90.960	70.000
Abschreibungen lt. Abschrei- bungsbogen		94.131	155.482	79.002	84.852	109.153	61.374	97.117	99.322	112.205	89.311	90.400
Differenz gegen- über degressiven Abschreibungen		+39.087	+98.524	+16.372	+ 9.722	+ 6.449	-60.430	-19.865	-22.968	+ 3.106	- 3.588	+ 2.000
Kumulierte Differenzen		+39.087	137.611	153.983	163.705	170.154	109.724	89.859	66.891	69.997	36.409	0.000

Dementsprechend sind in der auf S. 187 wiedergegebenen Tabelle 15 unter Verwendung der anhand des Abschreibungsbogens ermittelten Abschreibungen für den Übernahmebestand die gesamten Zugänge degressiv abgeschrieben dargestellt, um durch eine Gegenüberstellung der somit errechneten jährlichen Abschreibungen mit den auf diese AV-Position vorgenommenen Sonder- und Normalabschreibungen die effektiv erreichte Aufwandsvorverlagerung zu ermitteln. In die Gegenüberstellung nicht einbezogen wurden die steuerlichen Zuschreibungen und die Teilwertabschreibungen.

Der Tabelle ist zu entnehmen, daß bei vollem Ansatz degressiver Abschreibungen auf die Zugänge an Maschinen und maschinellen Anlagen die Normalabschreibungen um knapp 150 Mio DM höher wären; als tatsächliche Mehrabschreibung verbleibt nur noch ein Betrag von rd. 69,0 Mio DM, der sich auf nur rd. 31,6% des für diese AV-Position per 30.9.62 ermittelten Sonderabschreibungsvolumens von rd. 218,5 Mio DM gegenüber linearen Abschreibungen beläuft.

Als effektive Mehrabschreibungen im Verhältnis zu den nächstgünstigen, steuerlich generell zulässigen Abschreibungen können daher per 30.9.62 nur noch bezeichnet werden bei

Maschinen und maschinellen Anlagen	TDM 68.984
Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten	<u>TDM 30.100</u>
insgesamt	<u>TDM 99.084</u> =====

das sind nur rd. 45,4% des als Rücklage bilanzierten Sonderabschreibungsvolumens.

	Zugänge incl. Umbu- chungen	H y p o t h e t i s c h e d e										
Jahr		1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61	1961/62
1951/52	288.216	50.279	46.993	37.663	29.644	26.590	22.267	15.743	11.041	6.930	5.505	4.398
	26.479	4.765	5.210	3.961	3.010	2.288	1.739	1.321	1.004	763	581	565
	52/53	26.405	4.755	5.196	3.950	3.001	2.281	1.733	1.318	1.000	761	578
	53/54	87.966		15.810	17.316	13.162	10.003	7.602	5.780	4.391	3.336	2.535
	54/55	117.826			21.210	23.188	17.623	13.393	10.178	7.736	5.880	4.470
	55/56	191.548				34.475	37.696	28.650	21.774	16.550	12.577	9.558
	56/57	167.740					30.195	33.010	25.090	19.067	14.490	11.012
	57/58	99.185						15.530	17.320	13.957	10.127	8.125
	58/59	191.890							28.785	32.600	26.177	20.873
	59/60	40.586								6.082	4.471	3.515
	60/61	40.560									2.473	1.915
	61/62	106.736										12.805
Degressive Jah- resabschreibung		55.044	56.958	62.630	75.130	102.704	121.804	116.982	122.290	109.099	92.899	87.829
Abschreibungen lt. Abschrei- bungsbogen		94.131	155.482	79.002	84.852	109.153	61.374	97.117	99.322	112.205	89.311	90.404
Differenz gegen- über degressiven Abschreibungen		+39.087	+98.524	+16.372	+ 9.722	+ 6.449	-60.430	-19.865	-22.968	+ 3.106	- 3.598	+ 2.575
Kumulierte Differenzen		+39.087	137.611	153.983	163.705	170.154	109.724	89.859	66.891	69.997	66.409	68.984

TABELLE 15

gressive Abschreibungen												
1962/63	1963/64	1964/65	1965/66	1966/67	1967/68	1968/69	1969/70	1970/71	1971/72	1972/73	1973/74	1974/75
3.500	2.278											
565	565	142										
565	565	565	137									
1.927	1.880	1.880	1.880	464								
3.396	2.580	2.515	2.515	2.515	627							
7.264	5.520	4.197	4.090	4.090	4.090	1.017						
8.370	6.373	4.850	3.668	3.573	3.573	3.573	896					
7.105	5.795	4.324	3.080	2.725	2.725	2.725	2.725	682				
16.702	13.362	10.690	8.551	6.840	6.440	6.440	6.440	6.440	1.605			
4.416	3.533	2.826	2.260	1.810	1.447	1.362	1.362	1.362	1.362	341		
5.180	4.246	3.482	2.865	2.340	1.922	1.665	1.665	1.665	1.665	1.665	410	
15.030	12.624	10.605	8.907	7.483	6.280	5.280	5.280	5.280	5.280	5.280	5.280	1.322
74.020	59.321	46.076	37.953	31.840	27.104	22.062	18.368	15.429	9.912	7.286	5.690	1.322
61.622	45.765	34.482	28.730	23.068	19.859	18.547	16.972	15.033	9.550	6.869	5.327	1.575
-12.398	-13.550	-11.594	- 9.223	- 8.772	- 7.245	- 3.515	- 1.396	- 396	- 362	- 417	- 363	+ 253
50.586	43.030	31.436	22.213	13.441	6.196	2.681	1.285	889	527	110	- 253	-



e) Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Sonderabschreibungen

Zur Veranschaulichung der Bedeutung der Sonderabschreibungen im Rahmen der Finanzwirtschaft des Unternehmens werden in der nachstehenden Tabelle diese den Normalabschreibungen sowie den zusammengefaßten Zugängen an

Maschinen und maschinellen Anlagen
Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten
im Bau befindlichen Anlagen
Anzahlungen

gegenübergestellt. Die in der Tabelle aufgeführten Normalabschreibungen sind die anhand der Abschreibungsbögen ermittelten erfolgswirksamen Normal- einschließlich Teilwertabschreibungen; die für die Geschäftsjahre bis 1955/56 ausgewiesenen Sonderabschreibungen haben ihre Rechtsgrundlage in § 36 IHG, die für die folgenden Jahre eingesetzten in den §§ 79, 81 und 82 EStDV.

Jahr	Normalabschreibungen	Sonderabschreibungen	Sonderabschreibungen in % der Normalabschreibungen	Zusammengefaßte Zugänge
1951/52	59.557	40.103	67,3	108.132
52/53	59.508	104.172	175,0	223.424
53/54	55.115	32.593	59,1	88.332
54/55	61.516	36.222	58,9	145.117
55/56	70.703	63.752	90,2	153.158
	296.399	276.842	93,4	718.163
56/57	71.359	-	-	73.473
57/58	97.981	1.341	1,4	164.108
58/59	106.986	2.271	2,1	151.961
59/60	124.065	1.928	1,7	31.663
60/61	99.875	1.162	1,2	115.404
61/62	96.038	6.663	7,0	173.237
	892.703	290.207	-	1.428.009

Die nominale Höhe der per 30.9.56 insgesamt geltend gemachten Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG beläuft sich auf rd. 93% der bis zu diesem Termin angefallenen Normalabschreibungen; das in der jährlichen Gegenüberstellung höchste prozentuale Verhältnis von Sonder- zu Normalabschreibungen ergibt sich für das Geschäftsjahr 1952/53 mit rd. 175%, das nächsthöhe für 1955/56 mit rd. 90%.

Die bereits anlässlich der Darstellung der Abschreibungspolitik erwähnte Bedeutung der Gegenwerte der Abschreibungen für die Finanzwirtschaft des Unternehmens wird daraus erkennbar, daß die zusammengefaßten Brutto-Investitionen in den genannten 4 AV-Positionen per 30.9.56

in Höhe von	<u>TDM 718.163</u> =====
durch Normalabschreibungen zu rd. 41,3% =	TDM 296.399
und durch IHG-Abschreibungen zu rd. 38,5% =	<u>TDM 276.842</u>
durch Abschreibungsgegenwerte zu rd. 79,8% =	<u>TDM 573.241</u> =====
finanziert waren.	

Bei Berücksichtigung der per 30.9.56 ausgewiesenen Auflösungen von TDM 2.701 erhöht sich der Anteil der Normalabschreibungen geringfügig um 0,4% auf 41,7% zu Lasten des Anteils der Sonderabschreibungen.

Wird in Abänderung der vorstehenden Berechnung, die auf der Vergleichsbasis ausschließlich linearer Abschreibungen durchgeführt ist, zum gleichen Zeitpunkt das der AV-Position Maschinen und maschinelle Anlagen zuzuordnende Mehrabschreibungsvolumen auf der Vergleichsbasis degressiver Abschreibungen berechnet, dann stellen sich die effektiven Finanzierungsanteile der IHG-Abschreibungen bei

Maschinen	auf	TDM 170.154
Fabrikgebäuden	-unverändert-	auf <u>TDM 29.885</u>
zusammen	auf	<u>TDM 200.039</u> =====

und betragen somit nur noch rd. 27,8% der Zugänge;

entsprechend erhöhen sich die Normalabschreibungen

von	TDM	296.399
um die Auflösungen von	TDM	2.701
und um den Differenzbetrag von	TDM	74.102
auf rd. 52,0% der Brutto-Investitionen =	TDM	373.202
		=====

Per 30.9.62 hat sich das auf linearer Vergleichsbasis errechnete Sonderabschreibungsvolumen um Auflösungen und Abgänge auf rd. 248,6 Mio DM gemindert.

Auf der Vergleichsbasis degressiver Abschreibungen auf die Zugänge an Maschinen beläuft sich das effektive Sonderabschreibungsvolumen zu diesem Zeitpunkt bei

Maschinen		auf	TDM	68.984
Fabrikgebäuden	-unverändert-	auf	TDM	30.100
zusammen		auf	TDM	99.084

und stellt sich damit auf nur noch rd. 6,9% der bis zu diesem Termin in den genannten AV-Positionen durchgeführten Brutto-Investitionen.

Die bis zu diesem Zeitpunkt aufgelaufenen

Normalabschreibungen von	TDM	892.703
beziffern sich nach Berücksichtigung der		
Auflösungen und Differenzen von	TDM	191.123
auf	TDM	1.083.826
		=====

und belaufen sich mithin auf rd. 75,8% der Investitionen.

Besser als durch diese Prozentangaben kann die außerordentliche finanzwirtschaftliche Bedeutung der Gegenwerte von Normal- und Sonderabschreibungen nicht hervorgehoben werden. Die für die IHG-Abschreibungen ermittelten effektiven Sonderabschreibungsanteile von rd. 28% per 30.9.56 und rd. 7% per 30.9.62 zeigen deren temporäre finanzwirtschaftliche Bedeutung recht eindringlich; sie machen aber auch ersichtlich, daß der durch sie in Anspruch genommene Staatskredit in Höhe von rd. 2/3 der effek-

tiven Sonderabschreibungen per 30.9.62 durch Abschreibungslücken bereits auf die Hälfte zurückgegangen war (die nochmalige Verminderung auf 1/4 erklärt sich aus der infolge weiterer Zugänge verdoppelten Bezugsbasis). Auf den Tatbestand hierdurch in nicht unerheblicher Höhe realisierter Steuerersparnisse infolge verminderter Ertragsteuerbelastung sei unter Bezugnahme auf die Ausführungen im Rahmen der Darstellung der steuerlichen Begünstigung der jeweils Sonderabschreibungsberechtigten hingewiesen.

In der vorstehenden Tabelle ist ein den anderen Unternehmen vergleichbarer Konsolidierungszeitraum nach Abschluß der IHG-geförderten Investitionen nicht erkennbar - die einmalig im Geschäftsjahr 1956/57 geringere Investitionstätigkeit dürfte weniger auf ein Konsolidierungsbestreben, als vielmehr auf die in diesem Geschäftsjahr unbefriedigende Ertragslage zurückzuführen sein. Das in 1959/60 absolute Minimum an Investitionen in den genannten 4 AV-Positionen wird durch den hier nicht ausgewiesenen Zugang des neuen Verwaltungsgebäudes mit rd. 37 Mio DM und die Bildung von rd. 72 Mio DM Festgeldguthaben berichtigt bzw. ergänzt.

Es liegt also eine umfangreiche und recht kontinuierliche Investitionstätigkeit vor, die auch durch den Hinweis im Geschäftsbericht 1961/62 auf ein zu Anfang des Jahres vorhanden gewesenes Investitionsprogramm von rd. 402 Mio DM bestätigt wird (S. 24).

Zur Ermittlung des in diesem Zusammenhang interessierenden künftigen Abschreibungsaufkommens werden die nach Abzug von rd. 100 Mio DM Zugängen in 1961/62 noch verbleibenden rd. 300 Mio DM in 2 gleichen Jahresraten als Zugänge an Maschinen und Fabrikgebäude im Verhältnis 9 : 1 in die als Fortsetzung der Abschreibungsbögen anzusehenden Tabellen hypothetisch eingesetzt.

Abschreibungsvorschau für Fabrikgebäude -in Mio DM-

Jahr	Hypothet. Zugänge + Umbuchungen	Periodenanteilige Abschreibungen		
		1962/63	1963/64	1964/65
1962/63	AB 202,1	12,0	12,0	12,0
	Z 15,0	0,5	0,6	0,6
63/64	Z 15,0		0,5	0,6
Abschreibung p.a.		12,5	13,1	13,2

Abschreibungsvorschau für Maschinen -in Mio DM-

Jahr	Hypothet. Zugänge + Umbuchungen	Periodenanteilige Abschreibungen		
		1962/63	1963/64	1964/65
1962/63	AB 287,4	61,6	45,8	34,5
	Z 135,0	16,2	19,0	16,0
63/64	Z 135,0		16,2	19,0
Abschreibung p.a.		77,8	81,0	69,5

Das prognostisch ermittelte Abschreibungsaufkommen bei diesen beiden AV-Positionen für die Geschäftsjahre 1962/63 und 1963/64 beläuft sich somit auf rd. 61% der geplanten Investitionen; die Restbeträge von rd. 60 und rd. 56 Mio DM müssen demnach durch andere gebundene Erlösteile und zum Teil mit Fremdkapital finanziert werden.

Die in dem potentiellen Finanzierungsanteil der Abschreibungen von nur rd. 61% der Investitionen gegenüber rd. 76% im Durchschnitt des Untersuchungszeitraums zum Ausdruck kommende rückläufige Bedeutung der Gegenwerte der Abschreibungen für die Investitionsfinanzierung ist neben der zweimaligen Senkung der degressiven Höchstsätze auf die Abschreibungslücken zurückzuführen, die als Folge der durch Sonderabschreibungen ermöglich-

ten Abschreibungsvorgriffe nunmehr auftreten. Diese Abschreibungslücken belaufen sich auf der Vergleichsbasis linearer Abschreibungen in 1962/63 auf rd. 28,5 Mio DM und in den folgenden 3 Jahren auf durchschnittlich rd. 34,5 Mio DM; auf der Vergleichsbasis degressiver Abschreibungen stellen sie sich immerhin noch auf rd. 12 - 13 Mio DM für die Geschäftsjahre 1962/63 bis 1964/65 und auf rd. 9 Mio DM für 1965/66.

Die auf die Zugänge an Fabrikgebäuden und an Maschinen im Geschäftsjahr 1961/62 in Höhe von rd. 148 Mio DM und die auf die für diese Positionen prognostisch angesetzten Zugänge von je 150 Mio DM für 1962/63 und 1963/64 geltend zu machenden Abschreibungen tragen in nicht unerheblichem Umfang dazu bei, daß diese Abschreibungslücken sich nicht in voller Höhe auswirken, sondern nur zu Minderungen der Erlösbindungsmöglichkeiten durch Abschreibungen von rd. 12 und 8 Mio DM im Vergleich zu 1961/62 in diesen beiden Jahren führen. Sofern die laufenden Investitionsvorhaben für diese Jahre nicht aufgestockt werden, kann aufgrund der prognostisch ermittelten Abschreibungen von rd. 90 und 94 Mio DM bei diesen beiden Positionen bezüglich der Einschätzung der Ertragserwartungen seitens des Unternehmens angenommen werden, daß sie unter denen vergangener Jahre liegen, da anderenfalls höchstwahrscheinlich höhere Investitionen geplant worden wären, um steuerunschädliche Erlösbindungsmöglichkeiten zu schaffen.

Zur Teilfinanzierung dieser Investitionen wurde in 1964 eine Anleihe von 60 Mio DM begeben; die in 1963 durchgeführten Kapitalmarkttransaktionen dienten dem Umtausch höherverzinslicher Anleihen von zusammen 100 Mio DM, durch den zugleich eine Laufzeitverlängerung erreicht wurde.

VI. Die Abschreibungspolitik der August Thyssen-Hütte AG

a) Ermittlung der Sonderabschreibungen und Berechnungsgrundlagen

Entsprechend der sehr unterschiedlichen finanzwirtschaftlichen Bedeutung der in die Form von Sonderabschreibungen gekleideten steuerlichen Finanzierungshilfen werden auch im folgenden die Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG und die gem. §§ 79, 81 und 82 EStDV gesondert aufgeführt. Infolge des vom Unternehmen gewählten Ausweises aller Sonderabschreibungen in einer besonderen Position mußten neben Geschäftsberichtsangaben vom Geschäftsjahr 1959/60 an auch Ergebnisse nachstehender Tabellen in der folgenden Darstellung des Volumens der IHG-Abschreibungen berücksichtigt werden.

Jahr	Vorgang	Betrag	Volumen der Sonder- abschreibungen gem. § 36 IHG
1953/54	Sonderabschreibung	11.400	11.400
54/55	Sonderabschreibung	50.000	
	./.. Umbuchung	576	
	./.. Abgang	48	60.776
55/56	Sonderabschreibung	58.000	
	./.. Umbuchung	1.665	
	./.. Abgang	88	117.023
56/57	Sonderabschreibung	65.253	
	./.. Umbuchung	3.843	
	./.. Abgang	11	178.422
57/58	./.. Abgang	694	177.728
58/59	./.. Abgang	168	177.560
59/60	./.. Abgang	560	177.000
60/61	./.. Teilauflösung	66	
	./.. Abgang	1.354	175.580
61/62	./.. Teilauflösung	6.450	
	./.. Abgang	1.577	167.553

Über die Inanspruchnahme der Bewertungsfreiheiten der §§ 79, 81 und 82 EStDV gibt die folgende Tabelle Aufschluß:

Jahr	Vorgang	Betrag	Volumen der Sonderabschreibungen gem. §§ 79, 81 und 82 EStDV
1957/58	Sonderabschreibung § 79	3.554	3.554
58/59	Sonderabschreibung § 79	668	4.222
59/60	Sonderabschreibung § 81 ./. Teilauflösung	1.590 261	5.551
60/61	Sonderabschreibung § 81 ./. Teilauflösung	253 318	5.486
61/62	Sonderabschreibung § 82 " " § 81 ./. Teilauflösung	3.554 112 318	8.834

Die Addition der beiden Endstände ergibt das in der Bilanz per 30.9.62 ausgewiesene Sonderabschreibungs-Volumen von TDM 176.387

Die in der IHG-Aufstellung in Übereinstimmung mit der Firmenbezeichnung als "Umbuchung" angeführten Posten beinhalten die Differenz zwischen Normal- und steuerlich nur noch geltend zu machenden Restwertabschreibungen; sie dienen der buchmäßigen Darstellung der Sonderabschreibungsauflösung. In den Bilanzen der folgenden Jahre werden die Auflösungen nicht mehr in dieser Form der Umbuchung, sondern als negative Zugänge und mit den jeweils vorgenommenen Sonderabschreibungen saldiert ausgewiesen; da eine Aufgliederung dieser Saldogröße jedoch in den Geschäftsberichten erfolgt, konnten in die Tabellen die Auflösungen und die neuen Sonderabschreibungen in nominaler Höhe eingesetzt werden.

Bei den "Abgängen" handelt es sich um die Auflösung der auf aus-
geschiedene Wirtschaftsgüter vorgenommenen Sonderabschreibungen.
Die in den Bilanzen ausgewiesenen Abgänge wurden in voller Höhe

den IHG-Abschreibungen zugeordnet, weil Abgänge an neu erstellten Luft- und Abwasserreinigungsanlagen nicht sehr wahrscheinlich sind.

Das Fehlen von IHG-Auflösungen in den Jahren 1957/58 und 1958/59 ist eine Folge des BFH-Urteils vom 13.5.58. In diesem Zusammenhang wird im Geschäftsbericht 1957/58 auf S. 54 folgendes ausgeführt:

"Die Normalabschreibungen sind in angemessener Höhe verrechnet. Die Erhöhung um DM 16 624 000 erklärt sich neben den Mehrabschreibungen aus Anlagezugängen im wesentlichen aus der Anwendung des Bundesfinanzhofurteils vom 13. Mai 1958.

Dieses Urteil gestattet, daß Anlagegegenstände, die nach § 36 Investitionshilfegesetz abgeschrieben wurden, auch nach Ablauf der ersten 3 Jahre mit den vollen Sätzen abgeschrieben werden können."

Diesen Formulierungen könnte entnommen werden, daß die Auflösungen der Jahre 1954/55 bis 1956/57 von zusammen TDM 6.084 in 1957/58 durch Geltendmachung dieser fehlenden Normalabschreibungen wieder ausgeglichen wurden; sie könnten aber auch dahingehend zu interpretieren sein, daß durch das BFH-Urteil eine anderenfalls stattfindende Minderung der Normalabschreibungen um die Differenz zwischen linearen Normalabschreibungen und steuerlich nur noch geltend zu machenden Restwertabschreibungen unterblieben ist. Wie den nachstehenden Abschreibungsbögen zu entnehmen ist, wurden die fehlenden Normalabschreibungen im Geschäftsjahr 1957/58 nicht nachgeholt; die Ausführungen sind also in letzterem Sinne zu verstehen.

In Übereinstimmung mit der bisherigen Verfahrensweise beziehen sich die folgenden Ausführungen im wesentlichen auf die Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG.

Die für die Ermittlung des künftigen erfolgswirksamen Abschreibungsaufkommens, des Ausnutzungsgrades der IHG-Sonderabschreibungsmöglichkeit und auch der Abschreibungspolitik notwendige Aufteilung der IHG-Abschreibungen auf Fabrikgebäude und Maschinen ist in den Geschäftsberichten genannt. Die darüber hinaus auf die Zugänge bei dem der ATH zu 50% gehörenden Kraftwerk Hamborn angesetzten Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG werden lediglich gesondert ausgewiesen; eine Aufgliederung erfolgt nicht. Im Hinblick auf deren relativ geringen Umfang werden sie unter Berücksichtigung des später noch dargestellten anteiligen Abschreibungsverlaufs dieser AV-Position als auf Maschinen und maschinelle Anlagen vorgenommen angesehen und in den folgenden Tabellen ausgewiesen.

Die zur Feststellung des Ausnutzungsgrades der Bewertungsfreiheiten sowie zur Entwicklung und Darstellung der Abschreibungspolitik des Unternehmens ferner noch erforderliche Ermittlung der Berechnungsgrundlagen ist für die IHG-Abschreibungen in der nachstehenden Tabelle enthalten.

Jahr	Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG				Berechnungsgrundlage		
	Betrag	Aufteilung laut Geschäftsberichten			Maschi- nen	Fabrik- gebäude	Kraftw. Hamborn
		Maschi- nen	Fabrik- gebäude	Kraftw. Hamborn			
1953/54	11.400	10.200	1.200	-	20.400	4.000	-
54/55	50.000	42.421	4.213	3.366	84.842	14.043	6.732
55/56	58.000	56.147	541	1.312	112.294	1.803	2.624
56/57	65.253	59.497	5.756	-	118.994	19.187	-
	184.653	168.265	11.710	4.678	336.530	39.033	9.356

Den IHG-Abschreibungen auf

Maschinen und maschinelle Anlagen	TDM 168.265
Fabrikgebäude und andere Baulichkeiten	TDM 11.710
Kraftwerk Hamborn-Investitionen	TDM 4.678
	<u>TDM 184.653</u>
	=====

liegen Brutto-Investitionen zugrunde in

Maschinen und maschinellen Anlagen	TDM 336.530
Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten	TDM 39.033
Kraftwerksanlagen	TDM 9.356
	<u>TDM 384.919</u>
	=====

Den Sonderabschreibungen gem. §§ 79, 81 und 82 EStDV in Höhe von zusammen TDM 9.731 liegen unter der Annahme, daß sie auf Maschinen und maschinelle Anlagen vorgenommen wurden, Investitionen in Höhe von TDM 19.462 als Berechnungsgrundlagen zugrunde.

b) Ermittlung des Ausnutzungsgrades der Bewertungsfreiheiten

Eine Zuordnung der als aktivische Wertberichtigungen verbuchten Sonderabschreibungen zu den einzelnen AV-Positionen ist anhand der Bilanzen nicht möglich, sondern nur anhand der in den Geschäftsberichten angegebenen Aufgliederungen einerseits und der darin ferner enthaltenen Netto-Anlagewertangaben andererseits durchführbar. Ausgangspunkt für die zeitliche Zuordnung von Sonderabschreibungen zu Zugängen ist die Bemerkung im Geschäftsbericht 1953/54 auf S. 51, daß "nur Sonderabschreibungen bei denjenigen abnutzbaren Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens vorgenommen (wurden), die in der Zeit vom 1. Januar 1952 bis 30. September 1952 angeschafft bzw. fertiggestellt worden sind." Hieraus ist zu ersehen, daß die ATH eine hohe Ausnutzung dieser Bewertungsfreiheit anstrebte, denn die Sonderabschreibungen

konnten nur im Jahre der Anschaffung und den beiden folgenden Jahren auf Wirtschaftsgüter, die nach dem 1.1.52 angeschafft oder hergestellt worden sind, geltend gemacht werden.

Entsprechend dieser geplanten hohen Inanspruchnahme des § 36 IHG dürfte folgende Zuordnung von Sonderabschreibungen zu Zugängen in zeitlicher Hinsicht der Realität sehr nahekommen:

Jahr	Zugang + Umbuchung Maschinen	Sonderab- schreibung § 36 IHG	Berech- nungs- grundlage (BG)	Zeitliche Zuordnung der BG	BG in % der Zugänge
1951/52	20.400	-	-	20.400	100,0
52/53	21.109	-	-	21.100	100,0
53/54	67.626	10.200	20.400	<u>50.000</u> 13.742	75,4
54/55	191.501	42.421	84.842	<u>112.294</u> 27.012	79,9
55/56	91.983	56.147	112.294	<u>91.982</u>	100,0
56/57	-	59.497	118.994	-	-
	392.619	168.265	336.530	336.530	85,7

Jahr	Zugang + Umbuchung Fabrikgeb.	Sonderab- schreibung § 36 IHG	Berech- nungs- grundlage (BG)	Zeitliche Zuordnung der BG	BG in % der Zugänge
1951/52	4.000	-	-	4.000	100,0
52/53	1.556	-	-	-	-
53/54	14.437	1.200	4.000	14.043	97,0
54/55	10.961	4.213	14.043	<u>1.803</u> 7.008	80,4
55/56	12.179	541	1.803	12.179	100,0
56/57	-	5.756	19.187	-	-
	43.133	11.710	39.033	39.033	95,0

Den beiden Aufstellungen ist zu entnehmen, daß die ATH die Bewertungsfreiheit des § 36 IHG in sehr hohem Maße in Anspruch genommen hat, und zwar insbesondere auf Fabrikgebäude mit rd. 95,0%, offensichtlich im Hinblick auf eine maximale Abschreibungsvorverlagerung bei diesen sonst nur linear innerhalb von 40 Jahren abzuschreibenden Wirtschaftsgütern.

Die prozentual etwas geringere, dafür absolut aber ungleich höhere Ausnutzung der Bewertungsfreiheit für Maschinen resultiert aus der Nichtinanspruchnahme eines Teilbetrags von rd. 17,6 Mio DM in 1953/54 und eines weiteren Betrages von rd. 38,4 Mio DM in 1954/55, deren Ursache in den in der damaligen Zeit infolge des Wiederaufbaus der Hütte stark angespannten finanziellen Verhältnissen zu sehen sein dürfte, die eine weitere Kreditaufnahme zur Erfüllung der Reinvestitionsauflage wohl nicht zuließen; es ist aber auch denkbar, daß es sich bei diesen Beträgen um die Anschaffungs- oder Herstellungswerte nicht IHG-geförderter Investitionen handelt.

Wie den Netto-Anlagewertangaben in den Geschäftsberichten zu entnehmen ist, wurden IHG-Abschreibungen wegen der hohen Sachanlagezugänge auf Anzahlungen und im Bau befindliche Anlagen nicht vorgenommen. Daher erübrigt sich auch eine Summierung der Zugänge an Maschinen, Fabrikgebäuden, Teilherstellungskosten und Anzahlungen und deren Gegenüberstellung mit den Berechnungsgrundlagen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß sich die Ausnutzung des § 36 IHG -ohne Kraftwerk Hamborn- für Investitionen in Maschinen und maschinellen Anlagen sowie in Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten bis einschließlich 1955/56 auf rd. 86,2% beläuft.

Wie bereits dargelegt, ist für die EStDV-Sonderabschreibungen eine den vorstehenden Ausführungen vergleichbare Ermittlung eines Ausnutzungsgrades nicht durchführbar, weil es sich bei deren Berechnungsgrundlagen um Investitionen handelt, die im Rahmen betrieblicher Investitionsvorhaben von untergeordneter Bedeutung sind.

c) Darstellung der Abschreibungspolitik

Während bei den bisher analysierten Gesellschaften der Abschreibungsausweis entweder nach der direkten oder der indirekten Methode erfolgte, liegt bei der ATH eine Zwischenform vor, in der außerdem noch 2 Zäsuren festzustellen sind.

Bis einschließlich 1956/57 werden die Abschreibungen übereinstimmend mit der in sämtlichen Bilanzen ausgewiesenen Anlagevermögensentwicklung in Bruttowerten wie folgt dargestellt:

Anfangsbestand + Umbuchung + Zugang ./ . Abgang = Endbestand

Ab 1959/60 werden die Abschreibungen mit der genannten Änderung entwickelt, daß die bisher in Form der Umbuchungen vorgenommenen Auflösungen nunmehr durch Kürzung von den Neuzugängen an Sonderabschreibungen buchtechnisch ausgeglichen werden. Für die Jahre 1957/58 und 1958/59 werden keine Auflösungen ausgewiesen, so daß ein früherer Wechsel nicht feststellbar ist. In diesem Wechsel liegt die erste Zäsur, die folgende Änderung beinhaltet:

Von den Bruttowerten des Anlagevermögens wurden anfänglich die steuerlich nur noch geltend zu machenden Netto-(Restwert)abschreibungen abgezogen und nicht -wie sonst allgemein üblich und auch methodengerecht- die Brutto-Normalabschreibungen, die dann in den Erfolgsrechnungen um die Sonderabschreibungsaufösungen zu kürzen sind, wodurch materiell die gleichen steuerlichen Restwertabschreibungen erfolgswirksam werden, aber formal eine bessere Übersichtlichkeit gegeben ist. Der Übergang zur methodengerechten Brutto-Normalabschreibung ist demnach spätestens im Geschäftsjahr 1959/60 erfolgt, in dem erstmalig die Brutto-Normalabschreibungen in der Bilanz ausgewiesen und um die Auflösungen durch die erwähnte Saldierung mit den Sonderabschreibungen dieses Jahres gekürzt werden. In der Erfolgsrechnung dagegen werden weiterhin die saldierten Netto-Abschreibungen angesetzt.

Für die Geschäftsjahre 1953/54 bis einschließlich 1959/60 werden die in den Bilanzen ausgewiesenen summarischen Normalabschreibungen in den Erfolgsrechnungen entsprechend den AV-Positionen spezifiziert mit Ausnahme der auf den 50%-Anteil am Anlagevermögen des Kraftwerks Hamborn entfallenden Abschreibungen, die in den für die originären AV-Positionen gezeigten Abschreibungen enthalten sind. Erstmalig 1960/61 werden die auf das Bruchteilseigentum am Kraftwerk Hamborn entfallenden Abschreibungen gesondert ausgewiesen: hierin liegt die zweite, im Hinblick auf die Bilanzklarheit begrüßenswerte Zäsur. Ein gewisser Rückschritt ist jedoch darin zu sehen, daß die Aufgliederung der Abschreibungen von diesem Termin an nicht mehr in der Erfolgsrechnung, sondern im Geschäftsbericht erfolgt.

Der Mischformcharakter der Abschreibungsbilanzierung der ATH kommt auch noch darin zum Ausdruck, daß das jeder AV-Position zuzurechnende Wertberichtigungsvolumen nicht entsprechend der vorstehenden AV-Entwicklung dargelegt wird, sondern für jede Position nur folgende Entwicklung im Geschäftsbericht gezeigt wird:

$$\begin{array}{lcl} \text{Bruttoanlagewert} & \text{./. Wertberichti-} & \text{Nettoanlagewert} \\ \text{am Bilanzstichtag} & \text{gungsvolumen} & \text{am Bilanzstichtag} \end{array} =$$

Die für die Aufstellung der beiden Abschreibungsbögen als Grundlagen der Analyse der Abschreibungspolitik erforderliche Berücksichtigung der vorstehenden Darlegungen führt zu den nachstehenden materiellen Änderungen der Originalzahlen des Unternehmens.

Erstens müssen die als Umbuchungen bezeichneten Auflösungen den Netto-Normalabschreibungen hinzugefügt werden, um die Brutto-Abschreibungen zu erhalten, die für die nachstehende einheitliche Abschreibungsentwicklung nach der indirekten Methode erforderlich sind. Unter Verwendung von Ergebnissen folgender Tabellen sind hinzuzurechnen den in den Erfolgsrechnungen ausgewiesenen Normalabschreibungen auf

	<u>54/55</u>	<u>55/56</u>	<u>56/57</u>
	TDM	TDM	TDM
Maschinen	544	1.633	3.693
Fabrikgebäude	<u>32</u>	<u>32</u>	<u>150</u>
Auflösungen	576	1.665	3.843
lt. Bilanzen	=====	=====	=====

Bei Nichtberücksichtigung dieser Beträge wäre das Brutto-Abschreibungsaufkommen bei diesen beiden Positionen um diese Summen zu klein.

Zweitens sind die in den Erfolgsrechnungen der Geschäftsjahre 1954/55 bis 1959/60 ausgewiesenen -um die vorstehenden Beträge ergänzten- Abschreibungen um die auf die Anlagen des Kraftwerks Hamborn entfallenden Abschreibungen zu kürzen, die in den auf die originären AV-Positionen angesetzten Abschreibungen enthalten sind. Die als Differenz zweier Wertberichtigungsvolumina ermittelten Brutto-Normalabschreibungen wurden wie folgt aufgeteilt und von den Bruttoabschreibungen der entsprechenden AV-Positionen gekürzt:

Jahr	Normalabschreibungen Hamborn	Aufteilung	
		Maschinen	Fabrikgeb.
1954/55	764	664	100
55/56	559	459	100
56/57	676	556	120
57/58	1.424	1.274	150
58/59	3.229	3.079	150
59/60	3.086	2.936	150

Für 1953/54 ist keine erfolgswirksame Abschreibung festzustellen; sie ist bereits in 1952/53 als Rückstellung verbucht worden, wie sich aus einer Addition der Normalabschreibungen im Geschäftsjahr 1953/54 ergibt.

Ferner mußten zur Errechnung des per 30.9.62 noch vorhandenen Restbuchwertes des Übernahmebestandes die Restbuchwertabgänge der einzelnen Jahre nach folgendem Schema ermittelt werden (z.B. bei Maschinen für 1957/58):

Wertberichtigungsvolumen per 30.9.57	TDM 366.015
+ Normalabschreibungen	
lt. Erfolgsrechnung 1957/58	TDM 80.069
./. Anteil Hamborn	TDM 1.274
+ EStDV-Sonderabschreibung	<u>TDM 3.554</u>
	TDM 82.349
= Soll-Wertberichtigungsvolumen 30.9.58	TDM 448.364
./. Ist-Wertberichtigungsvolumen	<u>TDM 442.355</u>
= Abschreibungsabgang	TDM 6.009
	=====
Abgang Maschinen lt. Bilanz per 30.9.58	TDM 9.228
./. Abschreibungsabgang	<u>TDM 6.009</u>
= Restbuchwertabgang (netto)	<u>TDM 3.219</u>
	=====
(+ Sonderabschreibungsabgang	<u>TDM 694)</u>
(= Restbuchwertabgang (brutto)	<u>TDM 3.913)</u>
	=====

Außerdem ergaben sich Abschreibungsumbuchungen, die in die Abschreibungsbögen aufgenommen werden mußten, und zwar

	<u>1954/55</u>	<u>1955/56</u>
bei Maschinen	TDM - 664	- 1.298
bei Fabrikgebäuden	TDM + 664	+ 1.365

Darüber hinaus ergaben sich bei Maschinen in 1959/60 eine Zuschreibung von TDM 382 sowie zwei Zugangskürzungen in Höhe von TDM 2.763 und TDM 17 für die Geschäftsjahre 1960/61 und 1961/62 zur Berücksichtigung einer Teilwertabschreibung auf im Bau befindliche Anlagen in 1959/60, die in diesen beiden Jahren durch Umbuchungen von der Wertberichtigung auf im Bau befindliche Anlagen auf die Wertberichtigung auf Maschinen übertragen worden sein soll.

In dem unter Berücksichtigung der vorstehenden Ergebnisse sowie der bereits im Rahmen der Erörterung der Abschreibungspolitik der vorstehend analysierten Gesellschaften angeführten Unterstellungen und Voraussetzungen entwickelten Abschreibungsbogen für Fabrikgebäude wurde die durchschnittliche Abschreibungsdauer mit rd. 40 Jahren angenommen bzw. bestätigt gefunden; der Abschreibungsverlauf ist in Tabelle 16 auf S. 211 dargestellt.

Von einer Weiterführung des Abschreibungsbogens wurde mit Rücksicht auf die bereits genannten Gründe und im Hinblick auf die bis etwa 1980 gegebene Konstanz des Abschreibungsaufkommens aus den bis einschließlich 1961/62 verbuchten Zugängen zuzüglich Altbestand in Höhe von rd. 4,5 - 5 Mio DM abgesehen.

Hinsichtlich der Abschreibungspolitik der ATH lassen sich bei isolierter Betrachtung des durch starre steuerliche Vorschriften festgelegten, bei allen Unternehmen recht konformen Abschreibungsverlaufs dieser AV-Position keine generellen Aussagen machen. Hierfür ist vielmehr eine Analyse der bei den Maschinen angesetzten Abschreibungsmethoden, Abschreibungsraten und ausgenutzten Sonderabschreibungsmöglichkeiten erforderlich.

Die in Tabelle 17 auf S. 212 wiedergegebene Abschreibungsentwicklung bei der AV-Position Maschinen und maschinelle Anlagen ist ebenfalls unter Berücksichtigung der bei dem Abschreibungsverlauf der Fabrikgebäude berücksichtigten Tatbestände ausgearbeitet. Ergänzend ist lediglich anzuführen, daß als Sonderabschreibungsaufösungen die nach Abzug der auf die Fabrikgebäude entfallenden Aufösungen noch verbleibenden Beträge eingesetzt und die Sonderabschreibungsabgänge in voller Höhe abgesetzt wurden, da sowohl bei den Fabrikgebäuden als auch bei dem Kraftwerk Hamborn nur geringe Abgänge vorliegen.

Die zur Vervollständigung der Beurteilungsunterlagen erforderliche Zusammenstellung der Erlösbindungen für den Untersuchungszeitraum ist in Tabelle 18 auf S. 213 enthalten.

Wie bei Ihoenix-Rheinrohr läßt sich auch bei der ATH eine den übrigen Gesellschaften vergleichbare Periodisierung der Abschreibungspolitik nicht durchführen, da auch bei diesem Unternehmen die Finanzpolitik als die eindeutig dominierende interne Bestimmungsgröße der Abschreibungspolitik hervortritt; als modifizierende Determinante kann lediglich die Rücklagenpolitik angeführt werden.

Im Rahmen der Unternehmenspolitik, die unter anderem darauf gerichtet ist, "in ausreichendem Umfang Abschreibungen zu erwirtschaften, die der Investitionsfinanzierung zugeführt werden können" (Geschäftsbericht 1957/58, S. 16), besteht die Aufgabe der Abschreibungspolitik in der Optimierung bzw. Maximierung des Abschreibungsaufwands zwecks steuerunschädlicher Erlösbindung zur Realisierung dieser angestrebten möglichst hohen Innenfinanzierungsquote. Eine diesbezügliche Ergänzung, die jedoch von ungleich geringerer finanzwirtschaftlicher Bedeutung ist, bilden die Pensionsrückstellungszuführungen sowie zumindest ein Teil der Zuführungen zu den sonstigen Rückstellungen, von denen jedoch ein Teil gleich den Rücklagendotationen versteuert sein dürfte.

Die Obergrenzen des extern (steuerlich) zulässigen Variationsbereichs der Abschreibungsbemessung waren zum einen festgelegt durch die Zulässigkeit der finanzwirtschaftlich außerordentlich bedeutsamen IHG-Abschreibungen sowie der zeitlich daran anschließenden relativ bedeutungslosen EStDV-Abschreibungen und zum anderen durch die Zulässigkeit degressiver Abschreibungen auf die nach dem 1.1.52 angeschafften oder hergestellten beweglichen Anlagen, die mit Wirkung für die Geschäftsjahre ab incl. 1957/58 und 1960/61 bzw. 1961/62 zweimal in ihren Höchstsätzen reduziert worden sind.

Bei einer Würdigung der Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG im Rahmen der Abschreibungspolitik der ATH ist zu berücksichtigen, daß dieses Unternehmen als letztes der vergleichbaren Gesellschaften mit dem Wiederaufbau der Produktionsanlagen beginnen konnte, und zwar mit nennenswerten Beträgen erst vom Geschäfts-

jahr 1952/53 an; die bis dahin durchgeführten Investitionen werden mit insgesamt rd. 48 Mio DM angegeben.

Die Bemessung der erstmals in 1953/54 mit 11,4 Mio DM angesetzten IHG-Abschreibungen konnte zu diesem Zeitpunkt noch nicht mit Rücksicht auf die Ertragslage des Unternehmens, sondern ausschließlich im Hinblick auf dessen Ertragserwartungen vorgenommen werden; das gleiche gilt ebenfalls noch für einen Teil der Sonderabschreibungen des folgenden Jahres, die sich jedoch mit 50 Mio DM auf rd. das 4 1/2fache der des Vorjahres beziffern. Die nochmals um 8 Mio DM auf 58 Mio DM gesteigerten IHG-Abschreibungen des Geschäftsjahres 1955/56 konnten in diesem Jahr infolge der bereits wesentlich verbesserten Ertragslage in voller Höhe realisiert werden, die im folgenden Geschäftsjahr aufgrund letztmaliger voller Ausnutzung der gegebenen Möglichkeiten auf rd. 65 Mio DM erhöhten IHG-Abschreibungen ebenfalls.

Entsprechend dem starken Einfluß der Ertragserwartungen bei der Festsetzung der IHG-Abschreibungen für die Geschäftsjahre 1953/54 und 1954/55 konnten die mit 11,4 und 50,0 Mio DM angesetzten Sonderabschreibungen in diesen beiden Jahren neben den anderen Kapitalreservierungspositionen nicht in voller Höhe realisiert werden. Es wurden vielmehr der Fehlbetrag des Geschäftsjahres 1953/54 von

TDM 25.083

zuzüglich des Verlustvortrages von

<u>TDM 15.256</u>

durch eine Rücklagenentnahme von

<u>TDM 40.339</u>
=====

und der Verlustausweis für 1954/55 von

<u>TDM 17.549</u>
=====

durch eine gleichhohe Rücklagenentnahme in diesem Geschäftsjahr ausgeglichen.

Die Vornahme der IHG-Abschreibungen des Jahres 1953/54 und eines Teiles der des folgenden Jahres war im Hinblick auf die vorrangige Erlösbindung für den Wiederaufbau der Hütte durch Aufwandsvorverlagerung zu diesen Terminen erforderlich, denn anderenfalls wären diese IHG-Abschreibungsmöglichkeiten infolge Zeitablaufs verloren gegangen und die aufgrund des damit er-

zielten steuerlichen Verlustvortrags erfolgte Hinauszögerung größerer Ertragsteuerzahlungen wäre nicht erreicht worden.

Dem Hinweis im Geschäftsbericht 1957/58 S. 36 auf erstmalig größere Ertragsteuerzahlungen "nach Aufzehrung des steuerlichen Verlustvortrages" ist zu entnehmen, daß die gesamten bis zu diesem Termin angesetzten Erlösbindungen -wenn auch zum Teil erst in späteren Jahren- voll verdient worden sind. Gegenwerte in Höhe der in den Jahren 1953/54 und 1954/55 zum Ausgleich der Erfolgsrechnung bzw. laut Geschäftsbericht 1954/55 S. 51 "zur Deckung des nicht erwirtschafteten Teils der Sonderabschreibungen gemäß § 36 Investitionshilfegesetz" vorgenommenen Rücklagenauflösungen von zusammen TDM 57.888 waren somit zu diesem Termin neben den jährlich angesetzten Erlösbindungen steuerunschädlich vereinnahmt worden; in den folgenden Ausführungen kann daher von voll verdienten Normal- und Sonderabschreibungen ausgegangen werden.

Daß die durch die §§ 79, 81 und 82 EStDV gebotenen Sonderabschreibungsmöglichkeiten höchstwahrscheinlich in vollem Umfang ausgenutzt worden sind, sei der Vollständigkeit halber erwähnt. Die im Rahmen der hier vorliegenden finanziellen Verhältnisse relativ unbedeutenden Sonderabschreibungen von zusammen knapp 10 Mio DM sind ohne weitere Aussagefähigkeit über die Abschreibungspolitik des Unternehmens, da sie -wie bereits dargelegt- sich nur auf besondere Anlagen erstrecken können, die in betrieblichen Investitionsvorhaben im allgemeinen geringeren Umfangs sind.

Die bereits bei der Ermittlung des Ausnutzungsgrades der IHG-Abschreibungsmöglichkeiten sichtbar gewordene Aufwandsvorverlagerung zum frühestmöglichen Termin -im Rahmen der jeweiligen finanziellen Verhältnisse- wurde auch hinsichtlich der Normalabschreibungen beibehalten.

Als Normalabschreibungen wurden übereinstimmend mit den Angaben in den Geschäftsberichten bis einschließlich 1955/56 lineare Abschreibungen auf die gesamten Zugänge verrechnet, die dann

nachträglich gemäß § 36 IHG sonderabgeschrieben wurden. Der degressiv erscheinende Abschreibungsverlauf bei den Abschreibungen auf die Übernahmebestände erklärt sich neben ^{aus} deren gemischten Altersstrukturen aus den Verminderungen der Berechnungsgrundlagen um die jährlichen Abgänge.

Einem Hinweis im Geschäftsbericht 1956/57 auf S. 46 zufolge wurden in diesem Geschäftsjahr "erstmalig die Neuzugänge bei Maschinen und maschinellen Anlagen degressiv abgeschrieben." Unter diesen Begriff der Neuzugänge fallen nicht nur die Zugänge sondern auch die Umbuchungen, wie dem Abschreibungsbogen zu entnehmen und auch aus dem Geschäftsbericht des folgenden Jahres zu schließen ist, in dem auf S. 48 ausgeführt wird, daß die Neuzugänge an Maschinen und maschinellen Anlagen weiterhin degressiv abgeschrieben wurden. Die volle Ausnutzung der degressiven Abschreibungsmöglichkeiten ist mit Ausnahme der Berechnungsgrundlagen der EStDV-Sonderabschreibungen für die gesamten Zugänge an Maschinen und maschinellen Anlagen bis einschließlich 1961/62 festzustellen.

Ferner noch bemerkenswert und für die auf maximale Aufwandsverlagerung zwecks steuerunschädlicher Erlösbindung gerichtete Abschreibungspolitik der ATH kennzeichnend ist, daß die zweimalige Senkung der degressiven Höchstsätze zum Teil durch eine relative Erhöhung der Abschreibungssätze bzw. durch eine teilweise Verkürzung der Abschreibungsdauer kompensiert wurde, wie den folgenden Ausführungen im Geschäftsbericht 1959/60 auf S. 49 zu entnehmen ist:

"Die Erhöhung der A b s c h r e i b u n g e n auf Werksanlagen um DM 20 955 000 ist im wesentlichen auf den verstärkten Zugang vollmechanisierter Anlagen in den beiden letzten Jahren zurückzuführen, für die allgemein höhere Abschreibungssätze angewendet werden können."

Von einer generellen Berücksichtigung der den ermittelten Prozentsätzen von rd. 18% bzw. 14% entsprechenden durchschnittlichen Nutzungsdauer von rd. 14 Jahren wurde im Hinblick auf die

aus dem Abschreibungsbogen sich ergebende durchschnittliche Abschreibungsdauer von rd. 15 Jahren abgesehen.

Bei den aus dem Abschreibungsbogen für Fabrikgebäude ersichtlichen, den Normalabschreibungen nicht zurechenbaren Beträgen von TDM 200 in den Jahren 1959/60 und 1960/61 sowie von TDM 500 in 1961/62 kann es sich um Teilwertabschreibungen gleich den bei Maschinen nicht zurechenbaren Abschreibungen von 11 Mio DM und 4 Mio DM für die beiden erstgenannten Geschäftsjahre handeln, deren Ursache die im Geschäftsbericht 1958/59 auf S. 14 angeführte erwogene Stilllegung eines alten Siemens-Martin-Stahlwerkes sein könnte. In den Geschäftsberichten wird nur in 1959/60 auf eine Teilwertabschreibung von 3 Mio DM hingewiesen (S. 43), die aber, wie aus den Nettoanlagewertangaben hervorgeht, auf im Bau befindliche Anlagen vorgenommen wurde.

Die mehrfach erwähnte Bedeutung sowie der Umfang der Erlösbindungsfunktion der Normal- und insbesondere der IHG-Abschreibungen kommen in der Erlösbindungszusammenstellung klar zum Ausdruck. Von den realisierten Erlösbindungen in Größenordnungen zwischen 10,6% (1952/53) und maximal 19,6% (1956/57) werden durch Normalabschreibungen durchschnittlich rd. 8% und wurden durch IHG-Abschreibungen rd. 8 - 10% der Umsatzerlöse gebunden.

Zusammenfassend kann nur wiederholt werden, daß die Abschreibungspolitik der ATH eindeutig auf maximale Abschreibungsvorverlagerung unter voller Ausnutzung der steuerlichen Möglichkeiten gerichtet ist. Es wurde in den ersten Jahren der Wiederaufbauphase von der Bewertungsfreiheit des § 36 IHG im Rahmen der damaligen finanziellen Verhältnisse voller Gebrauch gemacht, anschließend wurden die steuerlichen Möglichkeiten der degressiven Normal- und auch der Teilwertabschreibungen sowie der EStDV-Sonderabschreibungen voll ausgeschöpft.

TABELLE 16

Jahr	Zugänge Um- grün- dungen	Berech- nungs- grund- lage	Abschrei- bungs- methode	Periodenanteilige Abschreibungen										
				1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61	1961/62	
1952/53	44.680			1.872	1.994	1.369	1.567	1.515	1.374	1.317	1.278	200	500	
53/54	1.556			27	38	38	38	38	38	38	38	38	38	
54/55	14.437				270	361	361	361	361	361	361	361	361	
55/56	487					245	291	291	291	291	291	291	291	
56/57	11.138													
57/58	2.526													
58/59	11.018					255	339	339	339	339	339	339	339	
59/60	5.733							180	236	236	236	236	236	
60/61	3.423								190	250	250	250	250	
61/62	5.179													
	4.821													
	5.220													
	15.009													
	7.873													
	9.244													
	3.387													
	7.476													
	13.888													
	9.911													
Normalabschreibungen lt. Erfolgs- rechnung bzw. Geschäftsbericht				1.899	2.302	2.013	2.512	2.724	2.829	3.237	3.824	4.070	4.855	
Direkte Sonderabschreibungen auf Fabrikgebäude u. andere Baulichkeiten					1.200	4.213	541	5.756	-					
Teilaufhebungen						-	32	-	32	-	150			
Gesamtabschreibungen auf Fabrik- gebäude und andere Baulichkeiten				1.899	3.502	6.194	3.021	8.330	2.829	3.237	3.824	4.070	4.855	

Jahr	Zugänge Umbun- dungen	Berech- nungs- grund- lage	Abschrei- bungs- methode	P e r i o d e											
				1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61	1961/62		
1952/53	212.169	212.169	lin.	25.662	25.578	21.333	19.735	15.968	13.670	12.885	11.000	4.000	5.604		
	19.720	19.720	lin.	1.360	1.360	1.360	1.360	1.360	1.360	1.360	1.360	1.360	1.360		
	21.109	21.109	lin.	700	1.407	1.407	1.407	1.407	1.407	1.407	1.407	1.407	1.407		
53/54	67.626	67.626	lin.		4.055	4.508	4.508	4.508	4.508	4.508	4.508	4.508	4.508		
	58.640														
54/55	132.861	191.501	lin.		8.910	12.733	12.733	12.733	12.733	12.733	12.733	12.733	12.733		
	45.083														
55/56	46.900	91.983	lin.				4.290	6.132	6.132	6.132	6.132	6.132	6.132		
	104.553														
56/57	76.768	181.321	degr. 21%					25.285	33.020	25.835	20.410	16.121	12.780		
	45.189	7.108	lin.						360	474	474	474	474		
57/58	24.181	62.262	degr. 18%						5.605	10.200	8.365	6.856	5.622		
	59.171	1.336	lin.							60	90	90	90		
58/59	60.648	118.483	degr. 18%							14.295	18.755	15.378	12.610		
	41.111														
59/60	35.918	77.029	degr. 18%								10.400	11.994	9.835		
	49.333	506	lin.										25		
60/61	30.930	79.757	degr. 18%									10.865	12.400		
	66.428	7.108	lin.										360		
61/62	96.613	155.933	degr. 14%										17.475		
Gesamt Abschreibungen lt. Erfolgs- ber. und bez. Geschäftsbericht				27.722	32.400	37.518	44.033	67.393	78.795	89.889	107.198	101.425	103.424		
Gesamte Bruttoabschreibungen auf sachliche und immaterielle Anlagen				-	10.200	42.421	56.147	59.497	3.554	668	-	253	3.554		
Gesamte Nettoabschreibungen					-	-	544	- 1.633	- 3.693	-	-	261	- 384	- 6.768	
Gesamte Abschreibungen auf sachliche und immaterielle Anlagen				27.722	42.600	79.395	98.547	123.197	82.349	90.557	106.937	101.294	100.210		

TABELLE 17

en anteilige Abschreibungen														
1962/63	1963/64	1964/65	1965/66	1966/67	1967/68	1968/69	1969/70	1970/71	1971/72	1972/73	1973/74	1974/75	1975/76	1976/77
3.500	2.000	1.000	131											
1.360	1.360	1.360	1.360	680										
1.407	1.407	1.407	1.407	1.407	711									
4.508	4.508	4.508	4.508	4.508	4.508	459								
2.733	12.733	12.733	12.733	12.733	12.733	4.329								
6.132	6.132	6.132	6.132	6.132	6.132	6.132	1.845							
0.053	7.940	6.273	4.955	3.916	3.468	3.468	3.468	3.468	861					
474	474	474	474	474	474	474	474	474	474	112				
4.610	3.780	3.100	2.543	2.085	1.809	1.809	1.809	1.809	1.809	451				
90	90	90	90	90	90	90	90	90	90	90	16			
0.340	8.480	6.953	5.700	4.675	3.734	3.345	3.345	3.345	3.345	3.345	838			
8.064	6.613	5.423	4.446	3.645	2.990	2.452	2.128	2.128	2.128	2.128	2.128	527		
34	34	34	34	34	34	34	34	34	34	34	34	34	5	
0.170	8.338	6.838	5.606	4.598	3.770	3.090	2.535	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200	547	
474	474	474	474	474	474	474	474	474	474	474	474	474	474	112
9.393	16.670	14.336	12.550	10.571	9.092	7.820	6.723	6.608	6.608	6.608	6.608	6.608	6.608	1.655
3.342	81.033	71.135	63.143	56.022	50.019	42.380	31.541	22.475	18.023	15.442	12.298	9.843	7.634	1.707
-7.158	-22.336	-22.336	-22.336	-21.856	-20.597	-17.285	-10.202	-2.450	-605	-414	-305	-287	-274	-70
56.184	58.697	48.799	40.807	34.166	29.422	25.095	21.339	20.025	17.418	15.028	11.693	9.550	7.360	1.057

Erlösbindung durch	1
Rückstellungen und Wertberichtigungen	
Pensionsrückstellungen	
Normalabschreibungen	
Abgänge	
Sonderabschreibungen	
Wertberichtigungen auf Beteiligungen	
Wertberichtigungen gem. §§ 7c und d EStG	
Importabschlag	
Rücklagendotation	
Rücklagenentnahme w/LAG	
Jahreserfolg	-
Erlösbindung	
Umsatz	2
Erlösbindung in % vom Umsatz	
Normalabschreibungen in % vom Umsatz	
Sonderabschreibungen in % vom Umsatz	
Erlösbindung durch Abschreibungen in % vom Umsatz	

(1952/53 = Roheisenerzeugung)

Steuern vom Einkommen,
Ertrag und Vermögen
Rohstahlerzeugung t (6
Dividende %

TABELLE 18

J ä h r l i c h e E r l ö s b i n d u n g									
1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61	1961/62
3.135	7.882	- 897	4.686	- 2.613	8.566	16.487	33.620	- 7.663	14.636
6.201	7.293	10.831	7.270	-	-	-	4.082	2.065	2.894
31.742	35.609	40.241	46.879	69.374	85.997	97.545	118.239	109.119	105.926
-	2.335	7.158	4.552	1.913	6.817	5.286	3.733	6.257	1.604
-	11.400	50.000	58.000	65.253	3.554	668	1.590	253	3.666
-	-	-	-	-	-	1.594	-	69	1.875
500	369	3.054	1.307	2.302	5.734	5.023	12.828	6.696	3.370
-	-	-	-	-	-	14.636	-	1.883	-
-	-	-	-	-	-	2.944	28.416	13.161	183
-	(-40.339)	(-17.549)	-	-	-	-	-	-	-
15.256	-25.083	-17.549	+13.500	+26.100	+27.900	+31.000	+46.482	+54.000	+58.080
26.322	39.805	92.838	136.194	162.329	138.568	175.183	248.990	185.840	192.234
17.000	334.000	509.000	697.000	832.000	961.000	1036.000	1379.000	1348.000	1294.000
10,6	11,8	18,2	19,5	19,6	14,4	16,9	18,0	13,8	14,9
(12,9)	10,7	7,9	6,7	8,3	9,0	9,6	8,6	8,1	8,2
-	3,4	9,8	8,3	7,9	0,4	-	0,1	-	0,3
12,9)	(14,1)	17,7	15,0	16,2	9,4	9,6	8,7	8,1	8,5
2.475	5.243	7.423	9.138	18.527	33.920	53.326	101.558	77.883	72.390
0.000)	869.000	1281.000	1557.000	1800.000	2041.000	2412.000	3073.000	2986.000	3116.000
-	-	-	8	9	9	10	12	12	12

d) Die Aufwandsvorverlagerung durch Sonderabschreibungen

Entsprechend der bisher festgestellten Übung liegen auch bei der ATH der Berechnung des Sonderabschreibungsvolumens lineare Abschreibungen als Ermittlungsbasis zugrunde. Sie wurden daher auch in der auf S. 217 wiedergegebenen Tabelle 19 als Berechnungsgrundlage für die Entwicklung der Abschreibungsvorverlagerung und deren künftige Auflösung angesetzt. Die Tabelle ist hinsichtlich der AV-Positionen Maschinen und Fabrikgebäude auf den Ergebnissen der beiden Abschreibungsbögen sowie unter Beachtung der bereits genannten Voraussetzungen aufgebaut; bezüglich der Entwicklung des IHG-Sonderabschreibungsvolumens bei dem 50%-Anteil am Kraftwerk Hamborn sowie hinsichtlich der EStDV-Sonderabschreibungen ist noch folgendes zu ergänzen:

1. die IHG-Abschreibungen auf das Kraftwerk sind als auf der Grundlage von Maschineninvestitionen berechnet eingesetzt; als Zugangsjahre werden die Geschäftsjahre 1955/56 und 1956/57 angesetzt, da nur in diesen beiden Jahren nennenswerte Zugänge in der Bilanz gezeigt werden; die durchschnittliche Abschreibungsdauer wird gleichfalls mit rd. 15 Jahren angenommen; aus Platzgründen wird jedoch nur das jeweilige Mehrabschreibungsvolumen in der Tabelle ausgewiesen, das sich wie folgt auflöst:

<u>Jahr</u>		<u>TDM</u>	<u>TDM</u>
62/63		86	86
63/64		414	414
64/65 - 69/70	je	624	3.744
70/71		366	366
71/72		68	68
			<u>4.678</u>
			=====

2. die Sonderabschreibungen gem. §§ 79 und 82 EStDV werden entsprechend diesen Vorschriften nach Ablauf von 2 Jahren in Höhe der Differenz zwischen linearen und Restwertabschreibungen aufgelöst; die durchschnittliche Ab-

schreibungsdauer beträgt relativ genau 15 Jahre, wie aus dem Auflösungsbetrag von TDM 261 laut Geschäftsbericht und dem aus der Aufstellung ersichtlichen jährlichen Auflösungsbetrag von TDM 268, in diesem Falle für 1959/60, ersichtlich ist; die Sonderabschreibungen gem. § 81 EStDV, die auf Anzahlungen vorgenommen wurden und noch in den Endbeständen der Anzahlungen und im Bau befindlichen Anlagen enthalten sind, wurden in der Tabelle als Zugang bei den Maschinen in 1962/63 eingesetzt; ihre Auflösung erfolgt nach 5 Jahren innerhalb von 10 Jahren in Höhe der genannten Differenz wegen der ebenfalls zugrunde gelegten 15jährigen Nutzungsdauer.

Der Aufstellung ist zu entnehmen, daß infolge der Abschreibungsvorgriffe durch die Ausnutzung des § 36 IHG in den folgenden 7 Jahren Abschreibungslücken in Größenordnungen zwischen 17 und 22 Mio DM eintreten dürften; sie zeigt ferner, daß in etwa 9 Jahren die Sonderabschreibungen auf Maschinen und maschinelle Anlagen bis auf einen Restbetrag der EStDV-Abschreibungen in Höhe von rd. 1 Mio DM aufgelöst sein dürften. Die Auflösung der auf Fabrikgebäude geltend gemachten Sonderabschreibungen setzt bei Zugrundelegung der rd. 40jährigen Abschreibungsdauer erst um 1980 ein und erstreckt sich bis etwa 1995.

Die sich als Differenzen zwischen den rechnerisch ermittelten Normalauflösungen und den von der ATH in den Geschäftsberichten ausgewiesenen Auflösungen ergebenden Beträge sind bei den Maschinen in einer gesonderten Zeile ausgewiesen. Wie ersichtlich ist, sind diese Differenzen in den Geschäftsjahren 1954/55 bis 1956/57 minimal. Die Differenzen der Jahre 1960/61 und 1961/62 erklären sich überwiegend aus der vorzeitigen Auflösung in Form von Abgängen, die in der als reiner Auflösungstabelle aufgebauten Aufstellung nur in einer besonderen Zeile berücksichtigt werden können.

Die von dem Unternehmen in den Bilanzen ausgewiesenen Abgänge an Sonderabschreibungen wurden den IHG-Abschreibungen auf Maschinen zugeordnet, da bei diesen die betragsmäßig höchsten Abgänge vorliegen.

Das auf der Vergleichsbasis linearer Abschreibungen ermittelte Mehrabschreibungsvolumen setzt sich zusammen aus

Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG	TDM	184.653
" §§ 79, 81 und 82 EStDV	<u>TDM</u>	<u>9.731</u>
	TDM	194.384

verminderte sich durch

Auflösungen	TDM	13.497
Abgänge	<u>TDM</u>	<u>4.500</u>
per 30.9.62 auf		<u>TDM 176.387</u>
		=====

und verteilt sich auf

Maschinen	mit	TDM	158.511
Fabrikgebäude	"	TDM	11.496
Kraftwerk Hamborn	"	TDM	4.678
Anzahlungen und Teilherstellungskosten "		<u>TDM</u>	<u>1.702</u>
		TDM	176.387
			=====

von denen in den nächsten Jahren die noch in den Bilanzpositionen Anzahlungen und Im Bau befindliche Anlagen enthaltenen Bergbau-Abschreibungen auf die Position Maschinen und maschinelle Anlagen umgebucht werden dürften. In der Tabelle ist diese Umbuchung für 1962/63 angesetzt; in dem Abschreibungsbogen für Maschinen ist der Betrag sowie die aus der Tabelle ersichtliche Auflösung nicht enthalten.

Das vorstehende Mehrabschreibungsvolumen von TDM 176.387 per 30.9.62 ist hinsichtlich der definitiven AV-Positionen auf der Vergleichsbasis ausschließlich linearer Abschreibungen errechnet. Da aber als effektive Sonderabschreibung entsprechend den bisherigen Analysen nur die Differenz zwischen besonderer steuerlicher Bewertungsfreiheit und allgemein zulässiger nächstgünstiger Abschreibungsmethode bezeichnet werden kann, ist auch bei der ATH den auf Maschinen vorgenommenen Sonderabschreibungen die degressive Abschreibung als Ermittlungsbasis zugrunde

Jahr	Direkte IHG-Abschreibungen a/Maschinen		Entwicklung des So									
	Betrag	Zeitliche Zuordnung	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61	1961/62	1962/63
1951/52	-	10.200	-	550	- 820	- 820				- 530	- 1.360	- 1.360
52/53	-	10.550			- 820	- 820					- 1.170	- 1.170
53/54	10.200	25.000	10.200			- 2.050					- 2.625	- 3.330
54/55	42.421	76.524		42.421							- 1.638	- 10.200
55/56	56.147	45.991			56.147							- 1.200
56/57	59.497	-				59.497						

Sonderabschreibungen	10.200	42.421	56.147	59.497								
Normalauflösungen	-	550	- 1.640	- 3.690						- 530	- 6.793	- 17.500
Abgänge / Differenzen	-	48	- 88	- 11	- 694	- 168	- 560	- 1.354	- 1.577			
IHG-Lehrabschreibungs-Volumen (lineare Vergleichsbasis)	+	6	+	7	- 3				+	464	+	343
	10.200	52.029	106.455	162.248	161.554	161.386	160.826	159.406	151.379	134.500		

Jahr	Direkte IHG-Abschreibungen a/Fabrikgeb.											
	Betrag	Zeitliche Zuordnung	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61	1961/62	1962/63
1951/52	-	1.200	-	32	- 32	- 32						
52/53	-	-										
53/54	1.200	4.213	1.200			- 118						
54/55	4.213	2.643		4.213								
55/56	541	3.654			541							
56/57	5.756	-				5.756						

Sonderabschreibungen	1.200	4.213	541	5.756								
Normalauflösungen	-	32	- 32	- 150								
IHG-Lehrabschreibungs-Volumen (lineare Vergleichsbasis)	1.200	5.381	5.890	11.496	11.496	11.496	11.496	11.496	11.496	11.496	11.496	11.496
IHG-Lehrabschreibungs-Volumen a/Kraftwerk Hamborn 50%-Anteil (lineare Vergleichsbasis)		3.366	4.678	4.678	4.678	4.678	4.678	4.678	4.678	4.678	4.678	4.678

Jahr	Gesamte LStDV-Abschreibungen auf Maschinen		Direkte EStDV-Abschreibungen zuzgl. Umbuchung									
			1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61	1961/62	1962/63
1957/58	3.554	3.554					3.554					
58/59	668	668						668	- 261	- 268	- 268	- 268
59/60	1.590	-							- 261	- 318	- 318	- 318
60/61	253	253							1.590	253	-	-
61/62	3.666	3.554									3.666	-
62/63	-	1.702										

Sonderabschreibungen							3.554	668	1.590	253	3.666	
Normalauflösungen								-	261	- 318	- 318	- 318
LStDV-Lehrabschreibungs-Volumen (lineare Vergleichsbasis)							3.554	4.222	5.551	5.486	8.834	8.496
Gesamtes IHG- und EStDV-Lehrabschreibungs-Volumen			11.400	60.766	117.023	178.422	181.282	181.782	182.551	181.066	176.387	159.100

erabschreibungsvolumens													TABELLE 19 =====
1963/64	1964/65	1965/66	1966/67	1967/68	1968/69	1969/70	1970/71	1971/72	1972/73	1973/74	1974/75	1975/76	
- 1.360	- 1.360	- 1.360	- 680	- 710									
- 1.406	- 1.406	- 1.406	- 1.406	- 3.330	- 345								
- 3.330	- 3.330	- 3.330	- 3.330	- 10.203	- 10.203	- 3.465							
- 10.203	- 10.203	- 10.203	- 10.203	- 6.132	- 6.132	- 6.132	- 1.845						
- 6.132	- 6.132	- 6.132	- 6.132										
-22.431	-22.431	-22.431	-21.751	-20.375	-16.680	- 9.597	- 1.845						
+	700	+	700	+	700	+	500	+	383	-			
112.827	91.096	39.365	48.114	28.122	11.442	1.845	-						
1963/64	1964/65	1965/66	1966/67	1967/68	1968/69	1969/70	1970/71	1971/72	1972/73	1973/74	1974/75	1975/76	
11.496	11.496	11.496	11.496	11.496	11.496	11.496	11.496	11.496	11.496	11.496	11.496	11.496	
4.178	3.554	2.930	2.306	1.682	1.058	434	68	-					
1963/64	1964/65	1965/66	1966/67	1967/68	1968/69	1969/70	1970/71	1971/72	1972/73	1973/74	1974/75	1975/76	
- 268	- 268	- 268	- 268	- 268	- 268	- 268	- 268	- 268	- 77				
- 50	- 50	- 50	- 50	- 50	- 50	- 50	- 50	- 50	- 50	- 18			
- 19	- 19	- 19	- 19	- 19	- 19	- 19	- 19	- 19	- 19	- 19	- 19	- 19	6
- 268	- 268	- 268	- 268	- 268	- 268	- 268	- 268	- 268	- 268	- 268	- 268	- 268	268
- 166	- 166	- 166	- 166	- 166	- 166	- 166	- 166	- 166	- 166	- 166	- 166	- 166	166
- 605	- 605	- 605	- 605	- 771	- 771	- 771	- 771	- 771	- 580	- 471	- 453	- 440	
7.892	7.287	6.682	6.077	5.306	4.535	3.764	2.993	2.222	1.642	1.171	718	278	
136.397	113.433	90.473	67.993	46.606	28.531	17.539	14.557	13.718	13.077	12.667	12.214	11.774	



zu legen. Bei dieser in der nachstehenden Tabelle 20 enthaltenen Gegenüberstellung wurden als Normalabschreibungen auf den Anfangsbestand die um die Sonderabschreibungsabgänge von TDM 4.500 erhöhten Abschreibungen übernommen; die Zugänge sind mit den anhand des Abschreibungsbogens ermittelten Sätzen degressiv abgeschrieben dargestellt.

Der Aufstellung ist zu entnehmen, daß bei vollem Ansatz degressiver Abschreibungen auf die Zugänge an Maschinen die Normalabschreibungen um rd. 126,1 Mio DM höher wären; als effektive Mehrabschreibung ist somit nur ein Betrag von rd. 32,4 Mio DM zu bezeichnen, der sich auf rd. 20,5% des per 30.9.62 für Maschinen auf der Vergleichsbasis linearer Abschreibungen ermittelten Mehrabschreibungsvolumens von rd. 158,5 Mio DM stellt.

Als effektive Sonderabschreibungen im Verhältnis zu nächstgünstigen, steuerlich generell zulässigen Abschreibungen können daher per 30.9.62 -ohne Berücksichtigung des 50%-Anteils am Kraftwerk Hamborn- nur bezeichnet werden bei

Maschinen und maschinellen Anlagen	TDM 32.437
Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten	TDM 11.496
Anzahlungen	
Im Bau befindlichen Anlagen)	<u>TDM 1.702</u>
	<u><u>TDM 45.635</u></u>

die sich auf nur rd. 26,6% des für diese Positionen ermittelten Sonderabschreibungsvolumens von TDM 171.709 stellen.

Jahr	Zugänge incl. Umbu- chungen	Hypothetische deg											
		1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61	1961/62	1962/63	1963/64
1952/53	212.169	25.662	25.578	21.381	19.823	15.979	14.364	13.053	11.000	4.000			
	19.720	4.140	3.272	2.585	2.043	1.513	1.295	1.022	808	640	505	448	
	21.109	3.325	3.735	2.950	2.330	1.742	1.477	1.165	921	728	575	454	
53/54	67.626		10.650	11.965	9.351	7.490	5.916	4.674	3.692	2.915	2.303	1.810	
54/55	191.501			30.160	33.881	26.767	21.147	16.705	13.196	10.425	8.236	6.506	
55/56	91.983				14.480	16.275	12.857	10.158	8.020	6.340	5.009	3.956	
56/57	181.321					25.285	33.020	25.835	20.410	16.121	12.780	10.053	
57/58	69.370						6.465	11.415	9.272	7.600	6.231	5.110	
58/59	119.819							14.475	18.963	15.548	12.750	10.455	
59/60	77.029								10.400	11.994	9.835	8.064	
60/61	80.263									10.935	12.478	10.235	
61/62	163.041										18.195	20.288	
Degressive Jah- resabschreibung		33.127	43.235	69.041	81.908	95.051	96.541	98.502	108.806	98.082	96.078	80.879	59.000
Also erhalten ab Abschrei- bung 1952/53		20.770	42.600	79.395	98.547	123.197	82.349	90.557	106.937	101.294	100.210	76.184	59.000
Differenz aus degressiven Abschreibung		-3.402	-635	+10.354	+16.639	+28.146	-14.192	-7.945	-1.869	+3.212	+4.132	-4.695	-1.000
Also erhalten ab Differenz		-3.402	-635	+4.314	+20.953	+49.099	+34.907	+26.962	+25.093	+28.305	+32.437	+27.742	+28.000

TABELLE 20
=====

essive Abschreibungen

/64	1964/65	1965/66	1966/67	1967/68	1968/69	1969/70	1970/71	1971/72	1972/73	1973/74	1974/75	1975/76	1976/77
000	1.000	131											
448	448	448	105										
400	400	400	400	107									
440	1.275	1.275	1.275	1.275	320								
140	4.061	3.594	3.594	3.594	3.594	901							
126	2.470	1.950	1.728	1.728	1.728	1.728	430						
940	6.273	4.955	3.916	3.468	3.468	3.468	3.468	861					
190	3.435	2.817	2.310	2.005	2.005	2.005	2.005	2.005	500				
575	7.028	5.763	4.727	3.778	3.382	3.382	3.382	3.382	3.382	847			
613	5.423	4.446	3.645	2.990	2.452	2.128	2.128	2.128	2.128	2.128	527		
391	6.881	5.641	4.627	3.793	3.110	2.551	2.214	2.214	2.214	2.214	2.214	551	
440	14.996	13.123	11.061	9.512	8.180	7.033	6.914	6.914	6.914	6.914	6.914	6.914	1.728
703	53.690	44.545	37.388	32.250	28.39	27.106	20.741	17.304	15.138	12.103	10.055	7.400	7.75
657	40.799	40.007	34.166	29.422	25.070	21.336	20.02	17.410	15.028	11.800	9.000	7.380	5.0
006	- 4.891	- 3.736	- 3.222	- 2.828	- 3.144	- 1.857	- 516	- 86	- 120	- 110	- 99	- 105	-
736	+15.845	+12.209	+ 8.887	+ 6.059	+ 2.915	+ 1.058	+ 542	+ 400	+ 300	+ 250	- 107	52	-

e) Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Sonderabschreibungen

Ergänzend zu dem bisherigen Zahlenwerk zeigt die folgende Gegenüberstellung der Sonder- mit den Normalabschreibungen und den Zugängen an

Maschinen und maschinellen Anlagen
Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten
im Bau befindlichen Anlagen
Anzahlungen

deren Bedeutung für die Investitionsfinanzierung. Als Normalabschreibungen sind die anhand der Abschreibungsbögen ermittelten erfolgswirksamen Normal- einschließlich Teilwertabschreibungen eingesetzt; als Sonderabschreibungen werden für die Jahre 1953/54 bis 1956/57 die IHG-Abschreibungen und für die folgenden Jahre die EStDV-Abschreibungen ausgewiesen.

Jahr	Normalabschreibungen	Sonderabschreibungen	Sonderabschreibungen in % der Normalabschreibungen	Zusammengefaßte Zugänge
1952/53	29.621	-	-	84.750
53/54	34.702	11.400	32,9	149.779
54/55	38.955	46.634	119,7	120.226
55/56	44.880	56.688	126,3	129.038
56/57	66.274	65.253	98,5	157.796
	214.432	179.975	83,8	641.589
57/58	81.624	3.554	4,4	117.102
58/59	93.126	668	0,7	104.395
59/60	110.761	-	-	114.989
60/61	105.111	253	0,2	213.275
61/62	101.511	3.554	3,5	258.973
	706.565	188.004	-	1.450.323

Nach den Ergebnissen der Aufstellung belaufen sich die auf der Vergleichsbasis linearer Abschreibungen ermittelten IHG-Abschreibungen auf Fabrikgebäude und Maschinen per 30.9.57 auf rd. 83,8% der darauf berechneten erfolgswirksamen Normalabschreibungen. Das höchste prozentuale Verhältnis von Sonder- zu Normalabschreibungen ergibt in 1955/56 mit rd. 126%, das mit rd. 120% nächsthöhe in 1954/55.

Die bereits im Rahmen der Darstellung der Abschreibungspolitik des Unternehmens erwähnte Bedeutung der Gegenwerte der Abschreibungen für die Finanzwirtschaft wird daraus ersichtlich, daß die Brutto-Investitionen in den genannten 4 Positionen per 30.9.57

in Höhe von	TDM 641.589 =====
durch Normalabschreibungen zu rd. 33,4% =	TDM 214.432
und durch IHG-Abschreibungen zu rd. 28,0% =	TDM 179.975
durch Abschreibungsgegenwerte zu rd. 61,4% =	TDM 394.407 =====
finanziert waren.	

Bei Berücksichtigung der per 30.9.57 angefallenen Auflösungen von TDM 6.084 würde sich der Anteil der Normal- zu Lasten des der Sonderabschreibungen um 0,9% auf 34,3% erhöhen.

Wird in Abänderung der vorstehenden Berechnung, die auf der Vergleichsbasis linearer Abschreibungen durchgeführt ist, das effektive Sonderabschreibungsvolumen bei Maschinen auf der Vergleichsbasis degressiver Abschreibungen ermittelt, dann belaufen sich die effektiven Finanzierungsanteile der IHG-Abschreibungen per 30.9.57 bei

Maschinen	auf	TDM 49.099
Fabrikgebäuden	-unverändert-	TDM 11.496
zusammen	auf	TDM 60.595 =====

und stellen sich damit auf rd. 9,4% der Zugänge;

der Anteil der Normalabschreibungen von	TDM 214.432
erhöht sich dann um die Auflösungen von	TDM 6.084
und den Differenzbetrag von	<u>TDM 113.149</u>
auf rd. 52,0% der Brutto-Investitionen =	TDM 333.665
zusammen mit den nicht berücksichtigten	=====
Auflösungen durch Abgang von TDM 147 ent-	
spricht die Summe der Normal- und effektiven Sonderabschreibun-	
gen dem vorstehenden Ausweis auf der Vergleichsbasis linearer	
Abschreibungen.	

Per 30.9.62 hat sich der auf linearer Vergleichsbasis ermittelte Finanzierungsanteil der Sonderabschreibungen um Auflösungen und Abgänge auf rd. 170,0 Mio DM vermindert.

Bei Zugrundelegung degressiver Abschreibungen zur Ermittlung der der AV-Position Maschinen und maschinelle Anlagen zuzuordnenden effektiven Sonderabschreibungen stellt sich der Mehrabschreibungsanteil bei

Maschinen	auf	TDM 32.437
Fabrikgebäuden	-unverändert- auf	<u>TDM 11.496</u>
zusammen		<u>TDM 43.933</u>
		=====

und beträgt somit nur noch rd. 3% der bis zu diesem Termin in den genannten AV-Positionen durchgeführten Brutto-Investitionen. Der Anteil der Normalabschreibungen von TDM 706.565 erhöht sich um die Auflösungen von TDM 13.497 und den Differenzbetrag von TDM 126.074 auf rd. 58,4% der Zugänge = TDM 846.136 in Verbindung mit den nicht berücksichtigten Auflösungen durch Abgang von TDM 4.500 stimmt die Summe der Normal- und effektiven Sonderabschreibungen mit dem Tabellenausweis von TDM 894.569 überein.

Die für die effektiven Sonderabschreibungen (gem. § 36 IHG) ermittelten Finanzierungsanteile von rd. 9% per 30.9.57 und von rd. 3% per 30.9.62 machen ersichtlich, daß die unternehmensspezifische finanzwirtschaftliche Bedeutung der IHG-Abschrei-

bungen weniger in der Aufwandsvorverlagerung zur Bindung realisierter Gewinne, sondern vielmehr in der Schaffung der Möglichkeit steuerunschädlicher Erlösbindungen in den Folgejahren zu sehen ist. Die IHG-Abschreibungen boten die Möglichkeit, auf infolge unbefriedigender Ertragslage in den Anfangsjahren linear abgeschriebene Anlagen nachträgliche Abschreibungsvorgriffe vorzunehmen, die dann in den folgenden Jahren realisiert werden konnten.

Die obenstehende Tabelle macht erkenntlich, daß der grundlegende Wiederaufbau der durch Kriegseinwirkungen und Demontage schwer betroffenen ATH etwa 1957 abgeschlossen war - wirkungsvoll unterstützt durch die Möglichkeiten des IHG. Der anschließenden Konsolidierungsphase von 1958 - 1960 folgten in den Geschäftsjahren 1960/61 und 1961/62 wieder sehr hohe Sachanlageinvestitionen in Höhe von zusammen rd. 470 Mio DM, die im Rahmen einer Erweiterung der Hütte vorgenommen wurden, über deren finanziellen Aufwand in den Geschäftsberichten jedoch keine Angaben enthalten sind.

Es ist jedoch zu erwarten, daß es sich weiterhin um Investitionen handelt, die erheblich über dem künftigen Abschreibungsaufkommen liegen, daß sich unter Zugrundelegung von Zugängen in der Größenordnung von rd. 275 Mio DM in jedem der beiden folgenden Jahre wie folgt entwickeln dürfte:

Abschreibungsvorschau für Fabrikgebäude -in Mio DM-

Jahr	Hypothet. Zugänge + Umbuchungen	Periodenanteilige Abschreibungen		
		1962/63	1963/64	1964/65
1962/63	AB 132,2	5,0	5,0	5,0
	Z 25,0	0,5	0,6	0,6
63/64	Z 25,0		0,5	0,6
Abschreibung p.a.		5,5	6,1	6,2

Abschreibungsvorschau für Maschinen

-in Mio DM-

Jahr	Hypothet. Zugänge + Umbuchungen	Periodenanteilige Abschreibungen		
		1962/63	1963/64	1964/65
1962/63	AB 417,6	76,2	58,7	48,8
	Z 250,0	27,2	31,2	26,8
63/64	Z 250,0		27,2	31,2
Abschreibung p.a.		103,4	117,1	106,8

Das für die beiden folgenden Jahre bei diesen Anlagevermögenspositionen prognostizierte Abschreibungsaufkommen stellt sich auf rd. 109 und 123 Mio DM. Die für diese beiden Jahre ermittelten Abschreibungslücken von rd. 17 und 22 Mio DM bei linearer und von rd. 5 und 7 Mio DM bei degressiver Vergleichsbasis wirken sich also infolge der auf die Zugänge der letzten Jahre sowie der auf die hypothetischen Zugänge entfallenden Abschreibungen nicht aus. Ob und inwieweit die Kapazitätserweiterung der Hütte bei den zur Zeit bestehenden Überkapazitäten erforderlich ist, kann extern nicht beurteilt werden; es kann lediglich festgestellt werden, daß die auf die hohen Zugänge der letzten sowie die auf die hypothetischen Zugänge der folgenden Jahre ansetzbaren Abschreibungen die durch die IHG-Abschreibungen verursachten Abschreibungslücken ausfüllen und die steuerunschädlichen Erlösbindungsmöglichkeiten durch Abschreibungen auf der Höhe von 1961/62 halten bzw. noch etwas steigern.

Die Finanzierung dieser Investitionen erfolgte unter anderem durch eine Anleihe von 50 Mio sfrs, die 1962 aufgelegt wurde, und durch eine 80 Mio DM-Anleihe aus dem Jahre 1963, von der allerdings 50 Mio DM als Umtauschanleihe für eine früher aufgelegte, höher verzinsliche Emission begeben wurden. Jedoch dürfte auch hier unterstellt werden können, daß neben der erreichten Zinssenkung die damit ebenfalls erreichte Laufzeitverlängerung die Ursache des Umtausches war.

VII. Die Abschreibungspolitik der Klöckner-Werke AG

a) Ermittlung der Sonderabschreibungen und Berechnungsgrundlagen

Mit Rücksicht auf die stark differierende materielle Bedeutung der jeweiligen steuerlichen Finanzierungshilfen werden in Übereinstimmung mit der bisherigen Übung die IHG- und EStDV-Sonderabschreibungen getrennt aufgeführt. Das anhand von Erläuterungen zur konsolidierten bzw. zur ab 1958/59 nur noch erstellten Einheitsbilanz in Verbindung mit Bilanzzahlen ermittelte IHG-Abschreibungsvolumen ist in der nachstehenden Tabelle dargestellt. Die darin ausgewiesenen IHG-Abschreibungen entsprechen nach Berücksichtigung rechnerisch ermittelter oder genannter Sonderabschreibungen

gem. § 7b EStG	von	TDM	35	in	1951/52
"		TDM	63		52/53
"		TDM	58		53/54
"		TDM	44		54/55
für Bergbaubetriebe		TDM	2.600		55/56

den jeweiligen Geschäftsberichtsangaben mit Ausnahme von 1953/54, in dem im Hinblick auf den mit Wirkung ab 1.1.54 mit der Klöckner-Hütte Bremen abgeschlossenen Organ- und Gewinn- und Verlust-Übernahmevertrag deren IHG-Abschreibungen von TDM 1.352 in die Aufstellung mit aufgenommen wurden; in dem konsolidierten Abschluß sind sie erst ab 1954/55 mit enthalten.

Jahr	Vorgang	Betrag	Volumen der Sonder- abschreibungen gem. § 36 IHG
1951/52	Sonderabschreibung	17.171	17.171
52/53	Sonderabschreibung	30.053	47.224
53/54	Sonderabschreibung	23.305	70.529
54/55	Sonderabschreibung	33.134	103.663
55/56	Sonderabschreibung	47.927	151.590
56/57	./. Teilstorno	2.438	149.152
57/58	./. Teilstorno	657	148.495

Bei den als "Teilstorno" bezeichneten Posten handelt es sich um Zuschreibungen bei Anzahlungen und im Bau befindliche Anlagen, die offensichtlich einen Teil der vordem auf die Zugänge bei diesen AV-Positionen vorgenommenen Sonderabschreibungen wieder rückgängig machen.

Die weitere Entwicklung des IHG-Abschreibungsvolumens -insbesondere hinsichtlich der Auflösung im Zeitablauf und eines Teilstornos der Auflösung in Anwendung des BFH-Urteils vom 13.5.58- ist aus der Bilanz infolge der vom Unternehmen gewählten direkten Abschreibungsmethode für Normal- und Sonderabschreibungen kaum ersichtlich. Auf das genannte BFH-Urteil wird sogar im Gegensatz zu den vorstehend analysierten Unternehmen, die es mehr oder minder ausführlich kommentieren, in den Geschäftsberichten mit keiner Silbe eingegangen; die vermutlichen Ursachen hierfür werden bei der Behandlung der Abschreibungspolitik dargetan.

Die aus der direkten Kürzung von Normal- und Sonderabschreibungen in einer Summe von den Anlagewerten resultierende geringe Aussagefähigkeit der Bilanzen über die Aufteilung der Sonderabschreibungen auf bewegliche (Maschinen) und unbewegliche (Fabrikgebäude) Wirtschaftsgüter wird auch durch keine Angaben in den Bilanzerläuterungen verbessert. Nachstehend sind die IHG-Abschreibungen in der aus Geschäftsberichtsangaben und Bilanzzahlen ersichtlichen Aufteilung wiedergegeben:

Jahr	Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG			
	Aufgliederung auf			
	Betrag	Anzahlungen	Teilerherstellungskosten	Maschinen und Fabrikgeb.
1951/52	17.171	3.701	-	13.470
52/53	30.053	6.294	-	23.759
53/54	23.305	12.914	-	10.391
54/55	33.134	3.609	-	29.525
55/56	47.927	38.098	2.263	7.566
56/57	- 2.438	- 1.348	- 1.090	-
57/58	- 657	-	- 657	-
	148.499	63.268	516	84.711

Zur Aufgliederung der summarisch auf einsatzfähige Anlagen vorgenommenen Sonderabschreibungen auf Maschinen und Fabrikgebäude ist eine Analyse der beiden AV-Positionen erforderlich. Ausgangspunkt ist die Analyse der letztgenannten Position, indem anhand des Abschreibungsbogens die Normalabschreibungen retrograd ermittelt und die diese übersteigenden effektiv geltend gemachten Abschreibungen -unter Überprüfung der möglichen Berechnungsgrundlagen- als Sonderabschreibungen bezeichnet werden. Die nach Abzug der somit den Fabrikgebäuden zuzuordnenden IHG-Abschreibungen verbleibenden Sonderabschreibungen werden den Maschinen und maschinellen Anlagen zugerechnet. Unter der Voraussetzung, daß die auf Anzahlungen und Teilherstellungskosten mit Ausnahme eines in der Bilanz auf Fabrikgebäude umgebuchten Betrages von TDM 17 auf Maschinen vorgenommen wurden, ergibt sich dann folgende Aufteilung der gesamten IHG-Abschreibungen auf Maschinen und Fabrikgebäude:

Jahr	Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG						
	Anzahlungen + Teilherstellungskosten			Maschinen		Fabrikgebäude	
	Betrag	Aufgliederung		Direkt- abschr.	Umbu- chung	Direkt- abschr.	Umbu- chung
		Maschi- nen	Fabrik- gebäude				
1951/52	3.701	3.701	-	12.940	-	530	-
52/53	6.294	6.277	17	22.209	2.641	1.550	-
53/54	12.914	12.914	-	10.080	1.646	311	17
54/55	3.609	3.609	-	28.327	14.104	1.198	-
55/56	40.361	40.361	-	7.132	3.609	434	-
56/57	-2.438	-2.438	-	-	41.767	-	-
57/58	- 657	- 657	-	-	-	-	-
	63.784	63.767	17	80.688	63.767	4.023	17

Die für die Ermittlung des Ausnutzungsgrades und die Ausarbeitung der Abschreibungsbögen erforderliche Berechnung der den IHG-Abschreibungen zugrunde liegenden Investitionen ist in der nachstehenden Tabelle enthalten:

Jahr	Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG		Berechnungsgrundlage	
	a/Maschinen	a/Fabrikgeb.	Maschinen	Fabrikgeb.
1951/52	16.641	530	33.282	1.767
52/53	28.486	1.567	56.972	5.223
53/54	22.994	311	45.988	1.037
54/55	31.936	1.198	63.872	3.993
55/56	44.398	434	88.796	1.447
	144.455	4.040	288.910	13.467

Den IHG-Abschreibungen auf

Maschinen und maschinelle Anlagen TDM 144.455

Fabrikgebäude und andere Baulichkeiten TDM 4.040

TDM 148.495
=====

liegen Investitionen zugrunde in

Maschinen und maschinellen Anlagen TDM 288.910

Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten TDM 13.467

TDM 302.377
=====

Die von Klöckner vorgenommenen EStDV-Sonderabschreibungen werden allgemein ohne Angabe der betreffenden Paragraphen mit runden Beträgen in den Geschäftsberichten genannt. Die in der folgenden Tabelle ausgewiesenen ungeraden Beträge erklären sich aus der Addition der aus der Bilanz ersichtlichen Abschreibungen auf Anzahlungen und Teilerstellungskosten mit den für Fabrikgebäude und/oder Maschinen angesetzten runden Beträgen.

Jahr	Vorgang	Betrag		Volumen der Sonderabschreibungen gem. §§ 79, 81 und 82 EStDV
		Mio DM	TDM	
1956/57	Sonderabschreibung	1,9	1.900	1.900
59/60	Sonderabschreibung	6,9	6.897	8.797
60/61	Sonderabschreibung	4,8	4.811	13.608
61/62	Sonderabschreibung	3,6	3.601	17.209
62/63	Sonderabschreibung	0,8	791	18.000

Die unter etwa gleichen Voraussetzungen wie bei den IHG-Abschreibungen ermittelte Aufteilung ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

Jahr	Sonderabschreibungen gem. §§ 79, 81 und 82 EStDV				Sonderabschreibungen gem. §§ 79, 81 und 82 EStDV			
	Beträge		Aufgliederung		Maschinen		Fabrikgebäude	
	Anzahlungen	Teilerstellkosten	Maschinen	Fabrikgebäude	Direktabschr.	Umbuchung	Direktabschr.	Umbuchung
1956/57	-	-	-	-	700	-	1.200	-
59/60	4.138	59	3.500	697	1.800	-	900	-
60/61	2.457	404	2.000	861	350	2.000	1.600	697
61/62	118	1.353	1.000	471	900	2.000	1.230	861
62/63	88	603	500	191	100	2.500	-	471
63/64	-	-	-	-	-	500	-	191
	6.801	2.419	7.000	2.220	3.850	7.000	4.930	2.220

Die für die Entwicklung des Sonderabschreibungsvolumens und des künftigen Abschreibungsaufkommens erforderliche Zuordnung der EStDV-Abschreibungen zu den entsprechenden Paragraphen wird demhingehend vorgenommen, daß

die Abschreibungen auf Anzahlungen und Teilherstellungskosten nur Bergbau-Investitionen betreffen, da nur bei diesen eine derartige Aufwandsvorverlagerung zulässig ist,

die auf Maschinen direkt angesetzten Sonderabschreibungen Luft- oder Abwasserreinigungsanlagen als Berechnungsgrundlagen haben, da gem. §§ 79 und 82 EStDV nur auf einsatzfähige Anlagen abgeschrieben werden kann,

die auf Fabrikgebäude direkt vorgenommenen EStDV-Abschreibungen mit Ausnahme von TDM 1.200 in 1956/57 auf Bergbau-Investitionen entfallen.

b) Ermittlung des Ausnutzungsgrades der Bewertungsfreiheiten

Zur Veranschaulichung der Ausnutzung der durch § 36 IHG gebotenen Aufwandsvorverlagerung vor Ingebrauchnahme der Anlagen mittels Abschreibung von Anzahlungen und Teilherstellungskosten sind in der nachstehenden Tabelle die Zugänge an Anzahlungen den darauf vorgenommenen Abschreibungen gegenübergestellt. Von einer der bisherigen Übung entsprechenden Aufnahme der Zugänge an Teilherstellungskosten in die Tabelle wurde abgesehen, weil es Klöckner für richtig befunden hat, bis zum Jahresabschluß 1954/55 von dieser Position nur den jeweiligen Endbestand in der Bilanz auszuweisen und außerdem die Differenzen zweier Endbestände in den Geschäftsjahren 1951/52 und 1952/53 sowie 1954/55 (erstmal als Saldogröße bilanziert) negativ sind. Die einzig in 1955/56 auf den positiven Saldo von TDM 18.274 angesetzte Sonderabschreibung von TDM 2.263 entspricht einer beabsichtigten Inanspruchnahme von rd. 12,4%, die nach Abzug der Stornierungen von TDM 1.747 realisierte beträgt dagegen nur rd. 2,8%.

Wie die auf der nächsten Seite befindliche Tabelle zeigt, beläuft sich die realisierte Ausnutzung der Aufwandsvorverlagerung zum frühestmöglichen Termin durch Abschreibung von Anzahlungen auf rd. 79% der Zugänge, die beabsichtigte -vor Stornierung von TDM 1.348- auf rd. 80%.

Jahr	Zugang Anzahlungen	Sonderabschreibung gem. § 36 IHG		Berechnungs- grundlage		BG in % der Zugänge
		Maschinen	Fabrik- gebäude	Maschinen	Fabrik- gebäude	
1951/52	8.813	3.701	-	7.402	-	84,0
52/53	16.844	6.277	17	12.554	57	74,9
53/54	24.597	12.914	-	25.828	-	105,0
54/55	32.228	3.609	-	7.218	-	22,4
55/56	77.462	36.750	-	73.500	-	93,5
	159.944	63.251	17	126.502	57	79,1

Insgesamt beläuft sich der Anteil der auf Anzahlungen und Teilerstellungskosten geltend gemachten IHG-Abschreibungen auf rd. 42,5% der realisierten Sonderabschreibungen und liegt damit zum Teil bedeutend unter dem entsprechenden Ausnutzungsgrad bei den bisher untersuchten vergleichbaren Gesellschaften.

Die Inanspruchnahme der IHG-Bewertungsfreiheit für einsatzfähige Anlagen ist den beiden nachstehenden Tabellen zu entnehmen, in denen die um die sonderabgeschriebenen Umbuchungen gekürzten Zugänge den Sonderabschreibungen und deren Berechnungsgrundlagen gegenübergestellt sind:

Jahr	Zugänge Maschinen			Sonder- abschrei- bung § 36 IHG	Berech- nungs- grund- lage	BG in % der Rest- Zugänge
	Zugang lt. Bilanz	./. Um- buchung	Rest- Zugang			
1951/52	42.234	-	42.234	12.940	25.880	61,3
52/53	40.706	2.641	38.065	22.209	44.418	116,7
53/54	26.130	1.646	24.484	10.080	20.160	86,4
54/55	76.740	14.104	62.636	28.327	56.654	90,4
55/56	35.980	3.609	32.371	7.132	14.264	44,1
	221.790	22.000	199.790	80.688	161.376	80,7

Jahr	Zugänge Fabrikgebäude			Sonder- abschrei- bung § 36 IHG	Berechnungs- grund- lage	BG in % der Rest- Zugänge
	Zugang lt. Bilanz	./. Um- buchung	Rest- Zugang			
1951/52	4.948	-	4.948	530	1.767	37,7
52/53	6.540	-	6.540	1.550	5.166	79,0
53/54	1.515	40	1.475	311	1.037	70,3
54/55	7.136	-	7.136	1.198	3.993	56,0
55/56	4.209	-	4.209	434	1.447	34,4
	24.348	40	24.308	4.023	13.410	55,2

Die Ausnutzung der IHG-Abschreibungen für rd. 81% der Zugänge an Maschinen und für rd. 55% der Zugänge an Fabrikgebäuden dürfte an der oberen Grenze der geltend zu machenden Abschreibungen liegen, da auch bei Klöckner eine nicht unbedeutende Weiterverarbeitung vorhanden ist; dafür sprechen auch die in den Jahren 1952/53 bis 1954/55 nicht unerheblich über dem Durchschnitt liegenden Ausnutzungsgrade der IHG-Bewertungsfreiheit.

Eine größere Aussagefähigkeit kommt im Gegensatz zu den vorstehenden schwerpunktorientierten Tabellen der folgenden Gegenüberstellung der zusammengefaßten Zugänge mit den summierten Berechnungsgrundlagen zu, die eine Gesamtausnutzung von 77,6% zeigt.

Jahr	Zusammengefaßte Zugänge	Berechnungs- grundlagen der IHG-Ab- schreibungen	Berechnungs- grundlagen in % der Zugänge
1951/52	48.642	35.049	72,1
52/53	53.734	62.195	115,7
53/54	55.062	47.025	85,4
54/55	96.457	67.865	70,3
55/56	135.925	90.243	66,4
	389.820	302.377	77,6

Wie bereits erwähnt, ist für die EStDV-Abschreibungen eine den vorstehenden Ausführungen vergleichbare Ermittlung eines Ausnutzungsgrades nicht durchführbar, weil es sich bei deren Berechnungsgrundlagen um Investitionen handelt, die im Rahmen der von Klöckner durchgeführten Investitionen von untergeordneter Bedeutung sind.

c) Darstellung der Abschreibungspolitik

Die der Analyse der Abschreibungspolitik zugrunde liegenden Abschreibungsbögen sind für die Geschäftsjahre bis 1957/58 anhand der konsolidierten Bilanzen und für die folgenden Jahre anhand der nach dem Zusammenschluß nur noch erstellten Einheitsbilanz entwickelt. Unterschiede ergaben sich hierbei nicht, da der Kreis der jeweils erfaßten Unternehmen nicht verändert wurde. Abweichend von der Firmenpraxis wurden die Zahlen der Klöckner-Hütte Bremen im Hinblick auf den ab 1.1.54 geltenden Organisationsvertrag bereits in diesem Jahr in die Abschreibungsbögen übernommen; in der konsolidierten Bilanz werden sie erst vom folgenden Abschluß an ausgewiesen.

In dem als Tabelle 21 auf S. 245 wiedergegebenen Abschreibungsbogen für Fabrikgebäude sind die Zugänge im ersten Jahr im allgemeinen wiederum mit $\frac{3}{4}$ einer vollen Jahresrate abgeschrieben worden. Die durchschnittliche Abschreibungsdauer stimmt mit rd. 40 Jahren mit derjenigen bei den vorstehend analysierten Unternehmen mit Ausnahme von Phoenix-Rheinrohr überein; sie wurde mittels Einzelanalysen der bis einschließlich 1957/58 gesondert veröffentlichten Abschlüsse der Konzerngesellschaften überprüft und allgemein bestätigt gefunden.

Für die vorstehend angeführte Ermittlung der den Fabrikgebäuden zuzuordnenden IHG-Abschreibungen wurden die auf der Grundlage einer 40jährigen Abschreibungsdauer ermittelten Normalabschreibungen der Zugänge den retrograd ermittelten Abschreibungen auf den Übernahmebestand hinzugefügt und die Differenz zwischen den somit errechneten Normalabschreibungen und den bilanziellen

Abschreibungen -unter Überprüfung der möglichen Berechnungsgrundlagen- als Sonderabschreibungen angesetzt. Dieses Verfahren wurde bei jeder der 5 dafür in Frage kommenden Gesellschaften angewandt; die ausgewiesenen Sonderabschreibungen stellen insoweit die Addition der Einzelergebnisse dar.

Von einer Weiterführung des Abschreibungsbogens, der generell einen normalen Abschreibungsverlauf erkennen läßt, wurde aus den bereits genannten Gründen abgesehen. Für prognostische Rechnungen kann von einem normalen Abschreibungsaufkommen von rd. 5 Mio DM für die nächsten Jahre -Basis 30.6.63- ausgegangen werden.

Die Ausarbeitung des für die Analyse der Abschreibungspolitik infolge der steuerlich gebotenen Wahlmöglichkeiten hinsichtlich der Abschreibungsmethoden ungleich aussagefähigeren Abschreibungsbogens für die AV-Position Maschinen und maschinelle Anlagen erfolgte auf der Grundlage der vorstehend -insbesondere bei der DHH- genannten Daten und Prämissen. Die anhand von Einzelanalysen der Konzerngesellschaften ermittelte durchschnittliche Abschreibungsdauer beträgt übereinstimmend mit DHH und ATH generell rd. 15 Jahre; der Abschreibungsverlauf ist in Tabelle 22 auf S. 246 dargestellt.

In der zur Vervollständigung der Unterlagen als Tabelle 23 auf S. 247 wiedergegebenen Erlösbindungszusammenstellung mußten die zur Relativierung der Sonder- und Normalabschreibungen sowie der insgesamt gebundenen Erlösteile erforderlichen Umsatzzahlen meist rechnerisch ermittelt werden, da die in den Geschäftsberichten bis einschließlich 1959/60 genannten Umsätze sich auf den gesamten Klöckner-Bereich -einschließlich Bergbau Königsborn-Werne und Beteiligungen- erstrecken.

Für die Geschäftsjahre 1956/57 bis 1959/60 konnte er in folgender Weise ermittelt werden:

	<u>58/59</u>	<u>59/60</u>	<u>60/61</u>
	TDM	TDM	TDM
Umsatz Stahlseite	1.010	1.279	1.400
+ Bergbau	253	275	285
./. Königsborn-Werne	<u>152</u> <u>101</u>	<u>162</u> <u>113</u>	<u>174</u> <u>111</u>
	<u>1.111</u> =====	<u>1.392</u> =====	<u>1.511</u> =====
Umsatz lt. Erfolgsrechnung			<u>1.505</u> =====

Zu gleichen Ergebnissen führt folgende Rechnung, die auf dem veröffentlichten Gesamtumsatz aufbaut und für die Ermittlung der Umsätze der Geschäftsjahre 1952/53 bis 1955/56 angewendet werden mußte:

	<u>58/59</u>	<u>59/60</u>
	TDM	TDM
Gesamtumsatz lt. Geschäftsbericht	1.386	1.695
./. Königsborn-Werne	<u>152</u>	<u>162</u>
	1.234	1.533
./. Beteiligungen	<u>123</u>	<u>141</u>
	<u>1.111</u> =====	<u>1.392</u> =====

Während die für diese Rechnung erforderlichen Umsatzzahlen von Königsborn-Werne in den Geschäftsberichten genannt werden, mußten die Beteiligungsumsätze in der für die Geschäftsjahre 1959/1960 und 1958/59 sich ergebenden Höhe von rd. 10% des nach Abzug des Königsborn-Umsatzes verbleibenden Gesamtumsatzes gekürzt werden. Ferner mußte der im Geschäftsbericht für 1954/55 angegebene Umsatz um 1/4 gemindert werden, da er das volle Kalenderjahr Juli 1954 - Juni 1955 umfaßt. Für das Rumpfgeschäftsjahr 1951/52 wurde sowohl bei dem Hüttenverein als auch bei Königsborn-Werne von Umsatzangaben abgesehen.

Die Abschreibungspolitik von Klöckner läßt sich infolge extern feststellbarer wechselnder Dominanz interner Bestimmungsgrößen in dem Untersuchungszeitraum in 3 Abschnitte gliedern, die einmal die Geschäftsjahre 1951/52 bis 1956/57, zum anderen die Geschäftsjahre 1957/58 und 1958/59 sowie schließlich die Geschäftsjahre ab 1959/60 umfassen.

Die für die steuerliche Anerkennung der während des 1. Abschnitts angesetzten Abschreibungen bestehenden Obergrenzen waren zum einen durch die Zulässigkeit der Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG und zum anderen durch die Zulässigkeit degressiver Abschreibungen auf die Zugänge an beweglichen Anlagen nach dem 1.1.52 festgelegt. Als ausschlaggebende interne Bestimmungsgrößen sind im Rahmen der Ertragslage und Ertragserwartungen die Finanz- und Steuerpolitik, als modifizierende Determinante die Rücklagenpolitik zu nennen.

Die Abschreibungsbögen für Maschinen und Fabrikgebäude lassen namentlich für die Geschäftsjahre 1952/53 und 1954/55 mit rd. 23,8 und 29,5 Mio DM relativ hohe direkte IHG-Abschreibungen auf die Zugänge und noch sonderabschreibungsfähigen Umbuchungen erkennen, gegen die die IHG-Abschreibungen auf einsatzfähige Anlagen in den Geschäftsjahren 1951/52, 1953/54 und 1955/56 mit rd. 13,5, 10,4 und 7,5 Mio DM deutlich abfallen. Die Ursachen dieser im Verhältnis zu den gesamten IHG-Abschreibungen mit Ausnahme von 1955/56 relativ hohen Abschreibungen auf fertige Anlagen sind in der bis auf die Geschäftsjahre 1953/54 und 1955/56 mit rd. 12,9 und 40,3 Mio DM recht geringen Ausnutzung der Abschreibungsmöglichkeit auf Anzahlungen und Teilerstellungskosten zu sehen, auf die in den Geschäftsjahren 1951/52 und 1954/55 nur rd. 3,7 und 3,6 Mio DM und in 1952/53 rd. 6,3 Mio DM entfallen. Als Ausnahmen sind lediglich die vorstehend genannten Abschreibungen für 1953/54 und für 1955/56 zu nennen, von denen sich die Ausnutzung mit rd. 40 Mio DM in 1955/56 aus der letztmaligen Inanspruchnahme der IHG-Bewertungsfreiheit auf Anzahlungen und Teilerstellungskosten für das neue Hüttenwerk Bremen erklärt.

Neben der aus der relativ unbedeutenden Inanspruchnahme der Bewertungsfreiheiten für Anzahlungen und Teilherstellungskosten in den Jahren bis einschließlich 1954/55 zum Ausdruck kommenden gewissen Ertrags- und Liquiditätsabhängigkeit der IHG-Abschreibungen läßt sich lediglich für die in 1953/54 gegenüber dem Vorjahr um rd. 1/4 zurückgenommene IHG-Abschreibung aus der Erlösbindungstabelle eine Ertragsabhängigkeit erkennen, obwohl für dieses Jahr rd. 12,9 Mio DM auf Anzahlungen abgeschrieben wurden. Der Tabelle ist ferner zu entnehmen, daß die IHG-Abschreibungen in jedem Jahr im Rahmen der realisierten Erlösbindung liegen und daß deren relativer Umfang in keinem Jahr eine besonders auffällige Höhe erreicht, sondern mit rd. 3-4,5% dem Durchschnitt bei den übrigen Gesellschaften entspricht.

Trotz dieser im Vergleich zu den anderen IHG-berechtigten Unternehmen nahezu als maßvoll zu bezeichnenden Sonderabschreibungsbemessung werden von Klöckner während des Begünstigungszeitraums die Anderen Rücklagen in Höhe von 59,55 Mio DM erfolgswirksam aufgelöst, was wiederum nur aus unternehmenspolitischen Erwägungen zu erklären ist. Nach Auflösung von rd. 9,55 und 37 Mio DM in 1954/55 und 1955/56 werden für diese beiden Jahre die den Dividendenvorschlägen von 5,5 und 8% entsprechenden Bilanzgewinne von 11,55 und 20 Mio DM gezeigt.

Nach Auslaufen der IHG-Bewertungsfreiheiten wurden von Klöckner in dieser Periode noch in 1956/57 laut Geschäftsbericht S. 20 Sonderabschreibungen in Höhe von 1,9 Mio DM gem. § 79 EStDV geltend gemacht:

"In den Abschreibungen sind Sonderabschreibungen nach § 36 IHG nicht mehr, Abschreibungen nach § 79 EStDV (Abwässeranlagen) mit 1,9 Mill. DM enthalten."

Diese Ausführungen lassen bei der Hütte Bremen eine in dem Abschreibungsbogen für Fabrikgebäude gesondert ausgewiesene Abschreibung von TDM 5.215 völlig unerklärlich erscheinen, die bei einem Zugang von TDM 10.932 vorgenommen wurde und anderenfalls als IHG- oder EStDV-Abschreibung angesehen werden könnte.

Der selbst nach Abzug der vollen 1,9 Mio DM EStDV-Abschreibungen verbleibende Restbetrag würde einer 30%igen Abschreibung des Zugangs entsprechen, kann jedoch mit Rücksicht auf die vorstehenden Ausführungen nur als Teilwertabschreibung bezeichnet werden. Da die EStDV-Abschreibung nicht eindeutig der Hütte Bremen zugeordnet werden kann, wird der volle Betrag von TDM 5.215 gesondert ausgewiesen.

Als Normalabschreibungen wurden in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen auf die den Sonderabschreibungen zugrunde liegenden Investitionen lineare Abschreibungen angesetzt. Der trotz linearer Abschreibung bei den Übernahmebeständen degressiv erscheinende Abschreibungsverlauf erklärt sich aus der differierenden Altersstruktur der darin erfaßten Anlagen.

Die freien Zugänge wurden unter voller Ausnutzung der steuerlichen Möglichkeiten degressiv abgeschrieben, wenngleich die degressiven Abschreibungen für die Geschäftsjahre bis einschließlich 1955/56 relativ bedeutungslos waren. Bemerkenswerten Umfang nahmen sie erst nach einem Zugang von rd. 182 Mio DM in 1956/57 an, von dem rd. 140 Mio DM degressiv abschreibbar waren:

"Wir konnten im abgelaufenen Geschäftsjahr in etwas stärkerem Umfang von der degressiven Abschreibungsmethode insbesondere für die Neuzugänge beim Hüttenwerk Bremen Gebrauch machen, soweit nicht bereits durch Abschreibungen nach § 36 IHG diese Möglichkeit ausgeschlossen war."

Von den hier im Geschäftsbericht S. 20 genannten Zugängen bei dem Hüttenwerk Bremen waren rd. 41 Mio DM der Zugänge an Maschinen in Höhe von rd. 155 Mio DM infolge vorheriger IHG-Abschreibungen linear abzuschreiben; die degressiv abschreibbaren Zugänge von rd. 114 Mio DM wurden mit rd. 60% einer vollen Jahresrate abgeschrieben.

Auf die zur Realisierung möglichst hoher steuerunschädlicher Erlösbindungen durch Abschreibungen in den Jahren bis einschließlich 1956/57 vorgenommenen überhöhten Abschreibungen, die in den Abschreibungsbögen mit zusammen rd. 1,7 und 10 Mio DM ausgewiesen sind, wird im folgenden noch ausführlicher eingegangen.

Während in dem ersten extern erkennbaren Abschnitt der Abschreibungspolitik von Klöckner die Finanzpolitik als dominierende interne Determinante bei der Abschreibungsbemessung hervortrat, steht in dem zweiten erkennbaren Abschnitt ebenso eindeutig die Dividendenpolitik im Vordergrund.

Die steuerlich festgelegten Obergrenzen anzuerkennender Abschreibungen waren durch die Zulässigkeit von EStDV- und degressiven Abschreibungen bestimmt; letztere waren nur für die nach dem 1.1.52 angeschafften oder hergestellten beweglichen Anlagen ansetzbar und wurden mit Wirkung ab 1.1.58 in ihren Höchstsätzen reduziert.

Die Bemessung der Normalabschreibungen für das Geschäftsjahr 1957/58 wird wie im Vorjahr seitens der Geschäftsleitung als unter dem Einfluß der Hütte Bremen stehend herausgestellt: 39)

"Wie ... zu ersehen ist, gingen die Abschreibungen für die Altanlagen entsprechend dem Abschreibungsverlauf zurück, bei Bremen wurden sie auf den Zeitpunkt der Inbetriebnahme abgestellt und der Beschäftigung im abgelaufenen Jahr entsprechend vorgenommen."

Zu dem Abschreibungsansatz im Geschäftsjahr 1958/59 wird folgendes bemerkt: 40)

"Die A b s c h r e i b u n g e n und A b g ä n g e mit 76,9 Mill. DM waren im abgelaufenen Geschäftsjahr höher als die Zugänge beim Anlagevermögen. ... Die Erhöhung der Abschreibungen gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf die Neuzugänge beim Anlagevermögen zurückzuführen."

Für dieses Geschäftsjahr wird erstmalig nach dem Zusammenschluß die Einheitsbilanz vorgelegt, so daß infolge fehlender Einzelbilanzen und Geschäftsberichtsangaben eine den Vorjahren entsprechende Berücksichtigung der Zugänge beim Hüttenwerk Bremen nicht ersichtlich ist. Um jedoch den Umfang und die Bedeutung

39) Geschäftsbericht 1957/58, S. 32

40) Geschäftsbericht 1958/59, S. 33

der Abschreibungsbemessung bei diesen Zugängen im Rahmen der gesamten Abschreibungsfestsetzung erkenntlich zu machen, wird in der nachstehenden Tabelle der Abschreibungsverlauf der AV-Position Maschinen und maschinelle Anlagen bei dem Hüttenwerk Bremen darzustellen versucht. Hierbei kann es sich insofern nur um einen Versuch handeln, als daß die Zugänge nur bis 1957/58 der Einzelbilanz entnommen werden konnten und für die folgenden Jahre unter Berücksichtigung der in den Geschäftsberichten angeführten fertiggestellten Anlagen mehr oder minder grob geschätzt werden mußten.

-in Mio DM-

Jahr	Zugang incl. Umbu- chung	Periodenanteilige Abschreibungen							
		55/56	56/57	57/58	58/59	59/60	60/61	61/62	62/63
55/56	4,35 0,15	0,98	0,83	0,52	0,40	0,35	0,33	0,33	0,33
56/57	155,52 (40,94)		4,11 13,80	5,50 20,15	5,50 16,12	5,50 12,90	5,50 10,32	5,50 8,26	5,50 6,61
57/58	144,93			6,63	10,51	24,28	19,66	15,93	12,90
58/59	15,00				0,45	2,33	1,89	1,65	1,39
59/60	50,00					6,00	7,04	5,93	4,96
60/61	95,00						10,00	11,90	10,23
61/62	95,00							9,25	11,15
62/63	90,00								10,20
Errechnete Abschreibung		0,98	18,74	32,80	32,98	51,36	54,74	58,75	63,27
Anteil an den Normalabschr. %		2,1	37,7	51,7	43,1	50,2	55,1	60,8	57,8

Aus der Tabelle ist ersichtlich, daß nach dem Ansatz normaler degressiver Abschreibungen auf den Zugang des Jahres 1956/57 der Zugang des folgenden Jahres mit nur 1/4 einer vollen Jahresrate in diesem Jahr und mit nur rd. 2/5 einer vollen Rate im folgenden Geschäftsjahr 1958/59 abgeschrieben wurde; der

Zugang dieses Jahres wurde ebenfalls nur mit 1/4 einer vollen Jahresrate abgeschrieben. Die Ursachen dieser im Verhältnis zu 1956/57 sehr auffälligen Zurückhaltung in dem Ansatz degressiver Abschreibungen auf die Zugänge der Jahre 1957/58 und 1958/1959 dürften in der in diesen beiden Jahren gegenüber 1956/57 spürbaren Verschlechterung der Ertragslage zu sehen sein.

In diesen beiden Jahren wurden nur die knapp bemessenen Abschreibungen und die zur Ausschüttung konstanter Dividenden erforderlichen Beträge sowie Rückstellungszuführungen realisiert. Hierbei dürfte es sich zum Teil um Körperschaftsteuer-rückstellungen handeln, wie einem Hinweis auf eine "Körperschaftsteuernachverrechnung für mehrere Jahre" im Geschäftsbericht 1956/57 entnommen werden könnte. Dieses ist auch der einzige Hinweis auf eine Buch- und Betriebsprüfung, deren Ergebnisse -nicht ganz unwillkommen wohl- im Geschäftsjahr 1957/58 zu den genannten Abschreibungsstornierungen von rd. 11,7 Mio DM führten, die sich wie folgt auf die einzelnen Werke verteilen dürften:

	<u>Maschi-</u> <u>nen</u>	<u>Fabrik-</u> <u>gebäude</u>
	TDM	TDM
Klöckner-Bergbau Victor-Ickern	1.900	100
Klöckner-Georgsmarienwerke	3.000	1.100
Klöckner-Hüttenwerk Haspe	3.800	150
Klöckner-Mannstaedt-Werke	1.200	250
Klöckner-Drahtindustrie	100	100
Klöckner-Eisenwerk Quint	<u>10.000</u>	<u>1.700</u>
	=====	=====

Der stark modifizierende Einfluß der Dividendenpolitik ist daraus zu ersehen, daß ohne diese Stornierungen von rd. 11,7 Mio DM und einschließlich der unterlassenen degressiven Abschreibungen von rd. 13,3 Mio DM in diesem Jahr eine um rd. 25 Mio DM höhere Erlösbindung durch Abschreibungen möglich gewesen wäre;

der zur Ausschüttung vorgesehene Betrag hätte also durch Abschreibungen im Unternehmen gebunden werden können. Das gleiche gilt für das Geschäftsjahr 1958/59, in dem um rd. 23,0 Mio DM höhere Abschreibungen möglich gewesen wären, so daß durch Abschreibungen die gesamten ausgewiesenen Erlösbindungen hätten realisiert werden können (bei diesen sowie ähnlichen vorstehenden Berechnungen wurden die Abschreibungen des jeweils ersten Jahres mit $\frac{3}{4}$ einer vollen Jahresrate angesetzt).

Eine von Geschäftsjahr 1957/58 an möglich gewesene Nachholung unterlassener Abschreibungen in Höhe der Differenz zwischen vollen linearen und Restwertabschreibungen bei gemäß § 36 IHG abgeschrieben Anlagen in Anwendung des BFH-Urteils vom 13.5.58 ist anhand der Abschreibungsbögen nicht eindeutig festzustellen. Auf dieses für die ehemals IHG-berechtigte Industrie recht bedeutungsvolle Urteil wird auch -wie bereits erwähnt- in den Geschäftsberichten nicht eingegangen.

Bezüglich der AV-Position Fabrikgebäude wurde daher bei der Ausarbeitung der Abschreibungsentwicklung unterstellt, daß die bei dieser Position mögliche Nachholung von TDM 123 in 1957/58 durchgeführt wurde, und zwar einmal mit Rücksicht auf die bei dieser Position geringen linearen Abschreibungsmöglichkeiten und zum anderen, um die Auswirkungen der Stornierungen etwas zu mildern. Demgegenüber wurde hinsichtlich der Berücksichtigung dieses BFH-Urteils bei der AV-Position Maschinen unterstellt, daß in diesem Geschäftsjahr lediglich die vollen linearen Abschreibungen auf die sonderabgeschriebenen Anlagen geltend gemacht wurden, wodurch dann die um rd. 4 Mio DM höheren linearen Abschreibungen in Verbindung mit den allerdings knapp bemessenen degressiven Abschreibungen die Stornierungen von rd. 10 Mio DM kompensierten und darüber hinaus zu dem gegenüber dem Vorjahr um rd. 2 Mio DM höheren Abschreibungsansatz führten, so daß diese Auswirkungen der Buch- und Betriebsprüfung einem externen Betrachter nicht erkennbar werden.

Ausschlaggebend für diese Annahmen war nicht zuletzt die unterlassene Ausnutzung degressiver Abschreibungsmöglichkeiten bei dem Hüttenwerk Bremen in diesem Jahr in der vorgenannten Größenordnung von rd. 13,3 Mio DM.

Sonderabschreibungen wurden angabegemäß in diesen beiden Geschäftsjahren nicht vorgenommen; Teilwertabschreibungen sind anhand der Abschreibungsbögen auch nicht zu erkennen.

In dem vom Geschäftsjahr 1959/60 an erkennbaren dritten Abschnitt der Abschreibungspolitik des Unternehmens tritt die Finanzpolitik wieder als eindeutige interne Determinante in den Vordergrund, um trotz nochmaliger Senkung der degressiven Höchstsätze möglichst hohe steuerunschädliche Erlösbindungen mittels Abschreibungen zu erreichen, die für eine maximale Innenfinanzierung der wieder stark angestiegenen Investitionen erforderlich sind.

Infolge der ab 1959/60 sprunghaft gestiegenen Rohstahlerzeugung und auch Umsatzentwicklung konnten die Zugänge der Geschäftsjahre 1957/58 und 1958/59 nach in diesen Jahren knapper Abschreibungsbemessung erstmalig mit den vollen degressiven Jahresraten abgeschrieben werden und trugen somit in erheblichem Umfange zu der gegenüber dem Vorjahr um rd. 26 Mio DM höheren Erlösbindung durch Abschreibungen bei: 41)

"In der Erhöhung der Abschreibungen wirken sich die Anlagenzugänge der letzten Geschäftsjahre erstmalig voll aus."

Die Zugänge dieses und der folgenden Geschäftsjahre wurden dann mit den jeweils zulässigen degressiven Sätzen abgeschrieben, soweit sie nicht die Berechnungsgrundlagen der ab 1959/60 wieder in erwähnenswertem Umfange vorgenommenen EStDV-Abschreibungen bildeten.

Zwecks steuerunschädlicher Erlösbindung wurden in den 4 Jahren dieser dritten Periode der Abschreibungspolitik rd. 16,1 Mio DM EStDV-Abschreibungen geltend gemacht, von denen rd. 9,2 Mio DM

41) Geschäftsbericht 1959/60, S. 39

auf Anzahlungen und Teilherstellungskosten vorgenommen wurden. Die höchste Einzelabschreibung wurde in 1959/60 mit rd. 6,9 Mio DM angesetzt, davon rd. 4,1 Mio DM auf Anzahlungen.

Teilwertabschreibungen sind auch in diesem Abschnitt zumindest bei Maschinen und maschinellen Anlagen nicht zu erkennen; die für 1962/63 mit rd. 90% einer Jahresrate angesetzte Abschreibung erklärt sich zum Teil aus der Saldierung des Zugangs von rd. 234,8 Mio DM mit einer Umbuchung von rd. 8,6 Mio DM zu den Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten, die die bei dieser Position gegenüber dem Vorjahr höheren Abschreibungen zum Teil erklärt, jedoch könnte ein nicht zurechenbarer Betrag von rd. 1,5 Mio DM als Teilwertabschreibung zu bezeichnen sein.

Umfang und Bedeutung der durch Normal- und Sonderabschreibungen möglichen steuerunschädlichen Erlösbindung werden daran erkenntlich, daß durch IHG-Abschreibungen rd. 3 - 4,5% und durch Normalabschreibungen zwischen rd. 4,5 und 7,5% der Umsatzerlöse im Unternehmen gebunden werden konnten. Hierbei beläuft sich der Anteil der auf das Hüttenwerk Bremen entfallenden Abschreibungen allein bei den Maschinen und maschinellen Anlagen nach zwei allerdings sehr hohen Zugängen bereits im Geschäftsjahr 1957/58 auf rd. 52% der Normalabschreibungen, die jedoch in diesem Jahr durch die genannten Stornierungen sowie die unterlassenen degressiven Abschreibungen zu niedrig ausgewiesen werden. Wenngleich die anteiligen Zugänge der folgenden Jahre und damit indirekt auch die darauf entfallenden Abschreibungen geschätzt werden mußten, dürften sich die auf das Hüttenwerk entfallenden Normalabschreibungen zwischen rd. 55 und 65% der gesamten Normalabschreibungen bewegen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß die Abschreibungspolitik von Klöckner mit Ausnahme der Jahre 1957/58 und 1958/59 eindeutig unter dem Primat der Finanzpolitik als interner Determinante auf volle Ausnutzung der steuerlichen Möglichkeiten gerichtet war. In diesen beiden Jahren wurden mit Rücksicht auf Dividendenerwägungen die Zugänge zwar degressiv, jedoch nur mit einem Teil der vollen degressiven Jahresraten abgeschrieben.

Das Rumpfgeschäftsjahr 1951/52 umfaßt 8 1/2 Monate, das Rumpfgeschäftsjahr 1954/55 umfaßt 9 Monate; in dieser sowie den übrigen Tabellen sind die Abschreibungen entsprechend angesetzt.

Jahr	Umbuchung indirekter Sonder- abschrei- bungen	Zugänge incl. Umbu- chungen	Berechnungs- grund- lagen
1951/52		70.820 1.672 4.948	
52/53		6.540	
53/54	17	1.515	
54/55		7.136	
55/56		4.209	
56/57		16.256	
57/58		6.460	
58/59		11.848	
59/60		2.255	
60/61	697	14.301	
61/62	831	11.276	
62/63	471	24.730	
Drrechnete Normalabschreibungen			
Drrechnete Sonderabschreibungen			
Direkte Abschreibungen laut Bilanz			
Indirekte Sonderabschreibungen auf Lungen und Teilherstellungskosten			
Gesamtabschreibungen auf Fabrikgebäude und andere Baulichke			

TABELLE 21

Abrechnungs- methode	Periodenanteilige Abschreibungen											
	1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61	1961/62	1962/63
	2.596	2.886	2.841	100	100	1.500	- 1.700	2.316	2.231	2.145	2.063	1.500
	530			2.068	2.720	2.572	2.434					2.010
	70	124	124	84	111	111	124	124	124	124	124	124
		1.550			2.600	5.215	+					
		122	163	122	123	123	163	163	163	163	163	163
			311				+					
			28	28	38	30	38	38	38	38	38	38
				1.198								
				101	178	178	178	178	178	178	178	178
					434							
					77	105	74	74	74	74	74	74
						1.200						
						305	406	406	406	406	406	406
							110	102	102	102	102	102
								133	110	290	296	296
									500			
									35	50	56	56
										1.000		
										208	375	375
											1.230	
											215	303
												632
	2.666	3.132	3.156	2.453	5.047	6.138	1.150	3.524	3.707	3.720	4.150	6.517
	530	1.550	311	1.170	434	1.200	-	-	500	1.000	1.230	-
	3.190	4.682	3.467	4.701	6.301	11.338	1.150	3.524	4.607	5.420	5.380	6.517
zahl-	-	47	-	-	-	-	-	-	637	861	471	191
n	3.190	4.699	3.467	4.701	6.301	11.338	1.150	3.524	5.304	6.311	5.851	6.708

Jahr	Umbuchung indirekter Sonder- abschrei- bungen	Zugänge incl. Umbu- chungen	Berech- nungs- grund- lagen	Abschrei- bungs- methode	P e r i o d e											
					1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61	1961	
51/52		254.427	254.427	lin.	1.500	2.000	2.000	1.500	1.500	1.500	-10.000					
		5.559	5.559	lin.	35.657	38.972	35.354	22.746	28.614	22.539	16.826	11.855	9.806	7.635	6.	
		36.012	36.012	lin.	12.940											
		6.222	6.222	degr. 20%	1.571	2.406	2.402	730	972	972	2.402	2.402	2.402	1.770		
		36.973	36.973	lin.	1.783	1.088	870	522	592	473	379	303	242	194		
52/53	2.641	40.706	3.733	degr. 20%		22.209	2.641	1.981	1.101	1.101	2.641	2.641	2.641	2.641		
		22.268	22.268	lin.		609	625	375	425	340	272	217	174	139		
53/54	1.646	26.130	3.862	degr. 20%			1.198	1.198	1.595	639	1.595	1.595	1.595	1.595		
		73.497	73.497	lin.			579	485	560	448	358	286	229	183		
54/55	14.104	76.740	3.243	degr. 20%			1.198	1.198	5.850	5.850	5.850	5.850	5.850	5.848	5.	
		16.316	16.316	lin.			487	2.295	551	441	353	282	226	181		
	3.609	35.980	19.654	degr. 20%					7.132	1.331	1.278	1.278	1.278	1.278	1.	
		41.911	41.911	lin.					2.950	3.243	2.674	2.140	1.711	1.370	1.	
55/56	41.767	182.308	140.397	degr. 20%						4.270	5.586	5.586	5.586	5.586	5.	
		159.587	159.587	degr. 19%						17.673	24.544	19.636	15.709	12.567	10.	
56/57		121.911	121.911	degr. 16%							8.730	12.486	26.292	21.291	17.	
57/58		49.700	3.600	lin.								4.875	18.726	15.730	13.	
58/59		106.300	33.100	degr. 16%									1.800	240		
		2.700	2.700	lin.									180	5.505	4.	
		105.600	3.600	lin.									4.690	350		
		104.400	3.600	lin.										9.840	13.	
		2.700	2.700	lin.												10.
		22.307	22.307	degr. 12%												
					39.511	47.056	45.669	33.319	45.707	60.920	63.488	71.432	97.337	93.828	91.	
					12.940	22.209	10.080	28.327	7.132	700	-	-	1.800	350		
					52.451	69.265	55.749	61.646	52.839	61.620	63.488	71.432	99.137	94.178	91.	
				ANZAHL	3.701	6.277	12.914	3.609	40.361	- 2.438	-	657	-	3.500	2.000	1.
					56.152	75.542	68.663	65.255	93.100	59.182	62.831	71.432	102.637	96.178	92.	

TABELLE 22
=====

Anteilige Abschreibungen																		
1962/63	1963/64	1964/65	1965/66	1966/67	1967/68	1968/69	1969/70	1970/71	1971/72	1972/73	1973/74	1974/75	1975/76	1976/77	1977/78			
5.623	4.500	4.000	2.808															
145	145	145	145	41														
89	85	85	85	85	17													
117	94	88	88	88	88	24												
116	92	74	70	70	70	70	15											
983 876	42 700	40 560	40 450	40 422	40 422	40 422	40 422	17 107										
5.586 8.043	4.125 6.434	5.148	4.116	3.294	3.100	3.100	3.100	3.100	779									
13.976	11.321	9.163	7.423	6.012	4.872	4.635	4.635	4.635	4.635	2.230								
11.100	9.323	7.832	6.577	5.526	4.641	4.240	4.240	4.240	4.240	4.240	3.168							
104 3.885	104 3.263	104 2.741	104 2.301	104 1.934	104 1.625	104 1.365	104 1.365	104 1.365	104 1.365	104 1.365	104 1.365	28 341						
287 11.481	287 9.910	287 8.525	92 7.335	92 6.305	92 5.425	92 4.665	92 4.585	92 4.585	92 4.585	92 4.585	92 4.585	92 4.585	92 4.585	92 4.585	92 4.585	92 4.585	92 4.585	92 4.585
387 12.261	319 10.660	319 9.273	319 8.067	124 7.020	124 6.106	124 5.312	124 4.905	124 4.905	124 4.905	124 4.905	124 4.905	124 4.905	124 4.905	124 4.905	124 4.905	124 4.905	124 4.905	124 4.905
169 270	348 25.755	341 22.405	341 19.495	341 16.960	341 14.755	94 12.837	94 11.167	94 10.525	94 10.525	94 10.525	94 10.525	94 10.525	94 10.525	94 10.525	94 10.525	94 10.525	94 10.525	94 10.525
25.250	25.755	22.405	19.495	16.960	14.755	12.837	11.167	10.525	10.525	10.525	10.525	10.525	10.525	10.525	10.525	10.525	10.525	10.525
101.579	87.507	71.130	59.850	48.478	41.575	37.124	34.888	33.873	31.448	28.124	24.100	20.104	16.100	12.100	8.100	4.100	0.100	0.100
100																		
101.679																		
500																		
102.179	87.507	71.130	59.850	48.478	41.575	37.124	34.888	33.873	31.448	28.124	24.100	20.104	16.100	12.100	8.100	4.100	0.100	0.100

In den Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen sind bis einschließlich 1959/60 rd. 7,5 Mio DM LAG-Vermögensabgabe p.a. enthalten.

Die Erzeugungsziffern der Geschäftsjahre 1951/52 bis 1954/55 beziehen sich auf das ehemalige Klöckner-Geschäftsjahr 1.7.-30.6., das erstmalig nach Zwischenschaltung des Rumpfgeschäftsjahres 1954/55 wieder für 1955/56 vorliegt; die Angaben für den erstgenannten Zeitraum sind daher mit entsprechenden Vorbehalten zu werten.

<u>Erlösbindung durch</u>	19
Rückstellungen und Wertberichtigungen	
Pensionsrückstellungen	2
Normalabschreibungen	4
Abgänge	
Sonderabschreibungen	1
Wertberichtigungen auf Beteiligungen	
Wertberichtigungen gem. §§ 7c und d EStG	
Importabschlag	
Rücklagendotation	
Rücklagenentnahme	
Jahreserfolg	
Erlösbindung	9
Umsatz	
Erlösbindung in % vom Umsatz	
Normalabschreibungen in % vom Umsatz	
Sonderabschreibungen in % vom Umsatz	
Erlösbindung durch Abschreibungen in % vom Umsatz	
Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen	1
Dividende %	
Rohstahlerzeugung t	121

TABELLE 23

J ä h r l i c h e E r l ö s b i n d u n g											
1/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61	1961/62	1962/63
1.102	2.930	- 5.350	2.333	8.862	13.123	9.942	2.550	19.489	27.736	- 3.102	- 7.742
1.100	9.400	7.900	6.673	6.300	-	-	-	6.700	9.500	6.000	6.000
1.326	51.587	50.290	36.988	50.620	70.363	66.272	76.522	102.423	99.348	96.667	109.477
1.513	835	1.011	803	620	409	217	375	1.271	3.620	462	329
1.206	30.116	23.363	33.178	50.527	1.900	-	-	6.900	4.800	3.600	800
-	220	-	4	85	7	30	-	1	5	-	-
1.205	1.081	1.797	1.245	2.243	-	-	-	-	249	- 561	- 1.991
-	-	-	-	-	-	-	-	5.600	800	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	5.000	1.500	-	-
-	(- 3.000)(-10.000)		(- 9.550)(-37.000)		-	-	(- 50)				
-	- 3.000	- 2.650	+ 2.000	-17.000	+20.274	+20.070	+19.965	+30.282	+36.114	+35.351	+30.105
1.452	93.169	76.361	83.224	102.257	106.076	96.531	99.412	177.666	183.174	138.417	136.978
-	886.000	802.000	750.000	1170.000	1315.000	1385.000	1111.000	1392.000	1504.800	1405.900	1546.500
-	10,5	9,5	11,1	8,7	8,1	7,0	8,5	12,8	12,2	9,8	8,9
	5,8	6,3	4,9	4,7	5,3	4,7	6,9	7,4	6,6	6,8	7,0
	3,4	2,9	4,4	4,3	6,1	-	-	0,5	6,2	0,3	-
	8,2	9,2	9,3	8,6	5,4	4,7	6,5	7,9	6,6	7,1	7,0
1.013	15.212	13.905	11.646	18.895	23.353	26.069	21.197	32.833	36.605	25.565	43.732
-	-	3,5	5,5	8	8	8	8	12	12	12	10
1.000	1374.000	1265.000	1610.000	1734.000	1803.000	2002.000	1825.000	2342.000	2513.000	2454.000	2568.000

d) Die Aufwandsvorverlagerung durch Sonderabschreibungen

Gemäß den bisher ermittelten Firmenusancen und in Übereinstimmung mit der bisherigen Übung wird in den beiden nachstehenden Tabellen die Abschreibungsvorverlagerung durch Sonderabschreibungen und deren Auflösung auf der Vergleichsbasis linearer Abschreibungen dargestellt. Aus Platzgründen ist bei Klöckner eine getrennte Darstellung der Sonderabschreibungsvolumina erforderlich; in Tabelle 24a auf S. 249 wird das Volumen der IHG-Abschreibungen und in Tabelle 24b auf S. 250 das der EStDV-Abschreibungen sowie das zusammengefaßte Sonderabschreibungsvolumen wiedergegeben. Zu den Tabellen, die auf den Ergebnissen der Abschreibungsbögen aufgebaut sind, ist noch zu bemerken, daß

1. Klöckner die Sonderabschreibungen direkt von den Anlagewerten kürzt, so daß eine Abstimmung mit den Firmenzahlen entfällt und die errechneten Werte insoweit hypothetischen Charakter haben und
2. somit die errechneten Auflösungen um die vorzeitigen Auflösungen durch Abgänge differieren, was jedoch im Hinblick auf die nur unbedeutenden Abgänge unerheblich erscheint.

Die Aufstellungen zeigen, daß aus der durch die Sonderabschreibungen möglichen Aufwandsvorverlagerung in den folgenden 5 Jahren Abschreibungslücken in Größenordnungen zwischen rd. 15 und 20 Mio DM resultieren; sie machen ferner ersichtlich, daß sich die IHG-Abschreibungen auf Maschinen und maschinelle Anlagen bis zum Geschäftsjahr 1971/72 aufgelöst haben und die dieser Position noch zugerechneten EStDV-Sonderabschreibungen sich zu diesem Termin auf nur noch rd. 4 Mio DM beziffern.

Die auf Fabrikgebäude und andere Baulichkeiten vorgenommenen IHG-Abschreibungen lösen sich erst ab 1980 auf; die dieser AV-Position zugeordneten EStDV-Abschreibungen lösen sich erst zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf.

	Gesamte IHG-Ab- schreibun- gen auf Maschinen	Direkte IHG-Ab- schreibun- gen zzgl. Umbuchung	Entwicklung des IHG									
Jahr			1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61
1951/52	16.641	17.983	16.641			- 1.073	- 1.430	- 1.430				
52/53	28.486	19.807		28.486			- 1.540	- 1.540				
53/54	22.994	11.947			22.994			- 956				
54/55	31.936	43.726				31.936						
55/56	47.493	9.225					47.493		*			
56/57	- 2.438	41.767						- 2.438				
57/58	- 657								- 657			
Sonderabschreibungen			16.641	28.486	22.994	31.936	47.493	- 2.438	- 657			
Normalauflösungen						- 1.073	- 2.970	- 3.926				-
IHG-Lehrabschreibungs-Volumen (lineare Vergleichsbasis)			16.641	45.127	68.121	98.984	143.507	137.143	136.486	136.486	136.486	136.486

Jahr	Gesamte IHG-Ab- schreibun- gen auf Fabrikgeb.	Direkte IHG-Ab- schreibun- gen zzgl. Umbuchung	1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61
1951/52	530	530	530			9 -	13 -	13 +	35			
52/53	1.567	1.550		1.567			- 40 -	40 +	80			
53/54	311	328			311			- 8 +	8			
54/55	1.198	1.198				1.198						
55/56	434	434					434					
Sonderabschreibungen			530	1.567	311	1.198	434					
Normalauflösungen						- 9 -	53 -	61 +	123			
IHG-Lehrabschreibungs-Volumen (lineare Vergleichsbasis)			530	2.097	2.408	3.597	3.978	3.917	4.040	4.040	4.040	4.040

IHG-Lehrabschreibungs-Volumen (lineare Vergleichsbasis)			17.171	47.224	70.529	102.581	147.485	141.060	140.526	140.526	140.526	140.526
--	--	--	--------	--------	--------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------

[illegible]

Tabelle 24b

gesamten Sonderabschreibungsvolumens

63/64	1964/65	1965/66	1966/67	1967/68	1968/69	1969/70	1970/71	1971/72	1972/73	1973/74	1974/75	1975/76	1976/77	1977/78	1978/79
53 -	53 -	-	53 -	53 -	53 -	53 -	53 -	11							
134 -	134 -	-	134 -	134 -	134 -	134 -	134 -	134 -	134 -	134 -	134 -	58			
27 -	27 -	-	222 -	222 -	222 -	222 -	222 -	222 -	222 -	222 -	222 -	222 -	45		
68 -	68 -	-	68 -	263 -	263 -	263 -	263 -	263 -	263 -	263 -	263 -	263 -	263 -	66	
-	8 -	-	8 -	8 -	252 -	252 -	252 -	252 -	252 -	252 -	252 -	252 -	252 -	252 -	56
					-	48 -	48 -	48 -	48 -	48 -	48 -	48 -	48 -	48 -	20

282 -	290 -	-	485 -	680 -	924 -	972 -	972 -	930 -	915 -	915 -	919 -	843 -	612 -	366 -	104 -	20
9.955	9.665		1.120	8.500	7.576	6.804	5.632	4.762	3.783	2.804	1.824	1.132	1.1	1.1	20	-

63/64	1964/65	1965/66	1966/67	1967/68	1968/69	1969/70	1970/71	1971/72	1972/73	1973/74	1974/75	1975/76	1976/77	1977/78	1978/79
31 -	31 -	-	31 -	31 -	31 -	31 -	31 -	31 -	31 -	31 -	31 -	31 -	31 -	31 -	31
-	26 -	-	26 -	26 -	26 -	26 -	26 -	26 -	26 -	26 -	26 -	26 -	26 -	26 -	26
	-	-	65 -	65 -	65 -	65 -	65 -	65 -	65 -	65 -	65 -	65 -	65 -	65 -	65
		-	60 -	60 -	60 -	60 -	60 -	60 -	60 -	60 -	60 -	60 -	60 -	60 -	60
			-	13 -	13 -	13 -	13 -	13 -	13 -	13 -	13 -	13 -	13 -	13 -	13
				-	5 -	5 -	5 -	5 -	5 -	5 -	5 -	5 -	5 -	5 -	5

31 -	57 -	-	122 -	182 -	195 -	200 -	200 -	200 -	200 -	200 -	200 -	200 -	200 -	200 -	200 -	200
6.935	6.876		7.754	6.572	6.577	6.177	5.177	4.777	3.577	3.177	2.177	1.177	1.177	1.177	1.177	1.177

6.888	16.541		15.934	15.072	13.953	12.781	11.609	10.479	9.360	8.241	7.122	6.079	5.267	4.701	4.397	4.177
-------	--------	--	--------	--------	--------	--------	--------	--------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

13.949	104.343		84.477	65.317	48.658	34.063	23.520	16.501	13.400	12.281	11.162	10.119	9.307	8.741	8.437	8.247
--------	---------	--	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	-------	-------	-------	-------

Das in den Tabellen per 30.6.63 mit rd. 138,8 Mio DM ausgewiesene Sonderabschreibungsvolumen ist auf der Vergleichsbasis linearer Abschreibungen ermittelt. Wie aber aus dem vorstehenden Abschreibungsbogen für Maschinen und maschinelle Anlagen ersichtlich ist, hat Klöckner in steuerlich zulässigem Umfange von der degressiven Abschreibung Gebrauch gemacht, so daß degressive Abschreibungen als die dieser AV-Position betriebsindividuell angemessenen Abschreibungen erscheinen; als effektive Sonderabschreibung kann daher nur die Differenz zwischen Sonder- zuzüglich linearen (Restwert)abschreibungen und degressiven Abschreibungen bezeichnet werden. In diese in der nachstehenden Tabelle 25 enthaltenen Gegenüberstellung wurden als Abschreibungen auf den Übernahmebestand die in dem Abschreibungsbogen ausgewiesenen Normal- einschließlich steuerlich nicht anerkannte Mehrabschreibungen übernommen; ferner wurden die bereits auf Ananlagen oder Teilherstellungskosten vorgenommenen Sonderabschreibungen im Jahr ihrer vermutlichen internen Umbuchung als Zugang eingesetzt mit Ausnahme der TDM 500 EStDV-Abschreibungen des Jahres 1962/63, die aus abstimmungstechnischen Gründen nicht berücksichtigt werden konnten.

Die Tabellen zeigen, daß bei vollem Ansatz degressiver Abschreibungen auf die Zugänge ab 1951/52 knapp 97 Mio DM höhere Normalabschreibungen realisierbar gewesen wären, so daß als effektive Mehrabschreibung auf Maschinen und maschinelle Anlagen nur ein Betrag von rd. 30,4 Mio DM bezeichnet werden kann, der sich auf nur rd. 23,9% des auf der Vergleichsbasis linearer Abschreibungen ermittelten Mehrabschreibungsvolumens stellt.

Als effektive Sonderabschreibungen können daher per 30.6.63 nur noch bezeichnet werden bei

Maschinen und maschinellen Anlagen	TDM 30.379
Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten	<u>TDM 11.004</u>
	<u>TDM 42.383</u>
	=====

die sich auf nur rd. 29,9% des für diese Positionen auf der Vergleichsbasis linearer Abschreibungen ermittelten Sonderabschreibungsvolumens von TDM 138.754 belaufen.

Jahr	Zugänge incl. Um- chungen	1951/52	1952/53	1953/54	1954/55	1955/56	1956/57	1957/58
1951/52	259.986	37.157	40.972	37.354	24.246	30.114	24.039	6.826
	42.234	4.855	7.475	5.981	3.600	4.065	3.252	2.600
52/53	43.347		6.500	7.370	4.420	5.012	4.010	3.207
53/54	27.776			4.165	4.541	3.814	3.051	2.440
54/55	90.844				10.220	16.124	12.900	10.320
55/56	39.589					5.940	6.730	5.384
56/57	224.075						33.610	38.093
57/58	159.587							18.445
58/59	121.911							
59/60	42.700							
60/61	110.226							
61/62	110.236							
62/63	229.557							
Degressive Jah- resabschreibung		42.012	54.947	54.870	47.027	65.069	87.592	87.315
Abschreibungen lt. Abschrei- bungsbogen		56.152	75.542	68.663	65.255	93.100	59.182	62.831
Differenz gegen- über degressiven Abschreibungen		+14.140	+20.595	+13.793	+18.228	+28.031	-28.410	-24.484
Kumulierte Differenzen		+14.140	+34.735	+48.528	+66.856	+94.887	+66.477	+41.993

.. restliche Lehrsabschreibungsvolumen löst sich mit TDM 218
 .. TDM 1 in den Jahren 1976/77 und 1977/78 auf.

TABELLE 25

prothetische degressive Abschreibungen																
1958/59	1959/60	1960/61	1961/62	1962/63	1963/64	1964/65	1965/66	1966/67	1967/68	1968/69	1969/70	1970/71	1971/72	1972/73	1973/74	1974/75
1.855	9.806	7.635	6.268	5.623	4.500	4.000	2.808									
2.081	1.665	1.332	1.065	900	900	900	900	663								
2.566	2.052	1.642	1.314	1.051	930	930	930	930	483							
1.953	1.562	1.250	1.000	800	640	570	570	570	570	280						
8.256	6.605	5.284	4.227	3.382	2.705	2.164	1.925	1.925	1.925	937						
4.307	3.445	2.757	2.205	1.764	1.411	1.130	903	850	850	850	850	21:				
0.474	24.380	19.504	15.602	12.482	9.986	7.988	6.391	5.113	4.810	4.810	4.810	4.810	...			
6.817	21.722	17.595	14.250	11.476	9.362	7.585	6.144	4.975	4.040	4.040	4.040	4.040	4.040	1.001		
4.630	17.165	14.420	12.111	10.165	8.547	7.180	6.030	5.067	4.255	4.255	4.255	4.255	4.255	4.255	1.061	
	5.025	6.030	5.063	4.253	3.573	3.000	2.520	2.118	1.778	1.495	1.455	1.455	1.455	1.455	1.455	370
		11.575	13.711	11.890	10.227	8.795	7.565	6.505	5.600	4.810	4.730	4.730	4.730	4.730	4.730	1.110
			10.750	12.931	11.252	9.790	8.513	7.410	6.447	5.608	5.175	5.175	5.175	5.175	5.175	
				26.860	26.350	22.925	19.945	17.352	15.056	13.134	11.427	10.770	10.770	10.770	10.770	10.770
2.939	93.427	89.024	87.566	103.577	90.383	76.957	65.144	53.479	45.684	38.111	31.711	26.444	22.222	18.889	16.111	14.000
1.432	102.637	96.178	92.993	101.679	87.507	71.130	59.856	48.458	41.575	37.124	34.888	33.883	31.444	28.264	24.962	20.614
1.507	+ 9.210	+ 7.154	+ 5.427	- 1.898	- 2.876	- 5.827	- 5.288	- 5.021	- 4.279	- 4.087	- 2.851	- 1.595	- 225	+ 824	+ 1.726	
0.486	+19.696	+26.850	+32.277	+30.375	+27.503	+21.676	+16.388	+11.367	+ 7.088	+ 3.003	+ 154	+ 1.111	+ 1.000	+ 880	+ 528	+ 216

e) Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Sonderabschreibungen

Zur Veranschaulichung der Finanzierungsfunktion der Sonderabschreibungen sind diese in der nachstehenden Tabelle den Normalabschreibungen und den zusammengefaßten Zugängen an

Maschinen und maschinellen Anlagen
 Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten
 im Bau befindlichen Anlagen
 Anzahlungen

gegenübergestellt. Als Normalabschreibungen sind die anhand der Abschreibungsbögen ermittelten erfolgswirksamen Normal- einschließlich Teilwertabschreibungen eingesetzt; als Sonderabschreibungen sind für die Jahre 1951/52 bis 1955/56 die IHG-zuzüglich der Bergbau-Abschreibungen von TDM 2.600 in 1955/56 und für die folgenden Jahre die EStDV-Abschreibungen angesetzt.

Jahr	Normal- abschrei- bungen	Sonder- abschrei- bungen	Sonder- in % der Normal- abschrei- bungen	Zusammengefaßte Zugänge	
				Gesamt- unter- nehmen	davon Hüttenwerk Bremen
1951/52	42.177	17.171	40,7	48.642	-
52/53	50.188	30.053	59,9	53.734	-
53/54	48.825	23.305	47,7	55.062	1.610
54/55	35.822	33.134	92,3	96.457	97
55/56	49.054	50.527	103,0	135.925	136.248
	226.066	154.190	68,4	389.820	137.955
56/57	71.055	+ 1.900	2,9	191.830	147.931
		- 2.438	-		
57/58	65.438	- 657	-	147.581	51.397
58/59	75.020	-	-	53.944	20.000
59/60	101.044	6.500	6,5	75.506	50.000
60/61	57.775	4.800	4,9	187.644	100.000
61/62	55.253	3.600	3,8	193.568	100.000
62/63	108.090	800	0,7	145.846	100.000
	839.760	169.095	-	1.388.738	741.285

Das auf der Vergleichsbasis linearer Abschreibungen ermittelte höchste prozentuale Verhältnis von Sonder- zu Normalabschreibungen ergibt sich im Geschäftsjahr 1955/56 mit rd. 103%, das mit rd. 92% nächsthöhe in 1954/55; insgesamt belaufen sich die Sonderabschreibungen am erstgenannten Termin auf rd. 68% der bis dahin angesetzten Normalabschreibungen.

Die bereits bei der Darstellung der Abschreibungspolitik hervorgehobene Bedeutung der Gegenwerte der Abschreibungen für die Finanzwirtschaft des Unternehmens wird daraus erkenntlich, daß die Brutto-Investitionen in den genannten 4 Positionen

per 30.6.56 in Höhe von	TDM 389.820
	=====
durch Normalabschreibungen zu rd. 58,0% =	TDM 226.066
und durch Sonderabschreibungen zu rd. 39,6% =	TDM 154.190
durch Abschreibungsgegenwerte zu rd. 97,6% =	TDM 380.256
finanziert waren.	=====

Bei Berücksichtigung der per 30.6.56 ermittelten Auflösungen von TDM 4.105 erhöht sich der Anteil der Normalabschreibungen zu Lasten des der Sonderabschreibungen um 1,0% auf 59,0%.

Auf der Vergleichsbasis degressiver Abschreibungen für Maschinenzugänge beziffert sich der zum gleichen Termin existente Finanzierungsanteil der effektiven Sonderabschreibungen bei

Maschinen	auf	TDM 94.887
Fabrikgebäuden	-unverändert-	TDM 3.978
zusammen	auf	TDM 98.865
		=====

und beläuft sich auf nur noch rd. 25,4% der Zugänge;	
der Anteil der Normalabschreibungen von	TDM 226.066
erhöht sich um die Auflösungen von	TDM 4.105
und den Differenzbetrag von	TDM 48.620
auf rd. 71,5% der Brutto-Investitionen =	TDM 278.791
	=====

unter Berücksichtigung der in dem Sonderabschreibungsvolumen nicht erfaßten TDM 2.600 Bergbau-Abschreibungen entspricht die Summe der Normal- und Sonderabschreibungen dem Tabellenausweis.

Per 30.6.63 hat sich das auf der Vergleichsbasis linearer Abschreibungen berechnete Sonderabschreibungsvolumen durch Auflösungen auf rd. 138,7 Mio DM reduziert.

Auf der Vergleichsbasis degressiver Abschreibungen zur Ermittlung der der AV-Position Maschinen und maschinelle Anlagen zuzurechnenden effektiven Sonderabschreibungen beläuft sich der Mehrabschreibungsanteil bei

Maschinen	auf	TDM	30.379
Fabrikgebäuden	-unverändert-	TDM	11.004
zusammen	auf	TDM	41.383
		=====	

und stellt sich damit auf nur noch rd. 3,0% der bis zu diesem Termin in den genannten 4 Positionen durchgeführten Investitionen. Der Anteil der Normalabschreibungen von TDM 839.760 erhöht sich um die Differenz zwischen linearen und degressiven Abschreibungen sowie die Auflösungen von zusammen

TDM 127.712

auf rd. 69,5% der Zugänge =

TDM 967.472

Neben der generellen Bedeutung der Finanzierungsfunktion der Sonder- und Normalabschreibungen für die Anlagenzugänge im Zeitablauf ist aus der vorstehenden Tabelle auch deren spezielle Bedeutung für die Finanzierung des Ausbaus der Hütte Bremen zu erkennen, der nach dem Auf- und Ausbau der vorhandenen Werke fast die gesamte bzw. die überwiegende Finanzkraft des Unternehmens beanspruchte. Dies kommt in der folgenden zusammengefaßten Gegenüberstellung klar zum Ausdruck:

Zeitraum	Zusammengefaßte Zugänge		
	Gesamt- unternehmen	davon Hüttenwerk Bremen	
	Mio DM	Mio DM	%
51/52 - 54/55	253,9	1,7	0,7
55/56 - 57/58	475,3	375,6	79,0
58/59 - 62/63	660,5	370,0	56,0
	1.389,7	747,3	53,8

In der Aufstellung ist die den Aufbau von Bremen umfassende zweite Phase der Investitionspolitik von Klöckner in die beiden Zeiträume aufgegliedert, weil nur für die Geschäftsjahre bis einschließlich 1957/58 eine exakte Zuordnung möglich ist, da ab 1958/59 die absoluten Werte infolge mangelnder Angaben nach dem Zusammenschluß geschätzt werden mußten.

Die Finanzierungsfunktion der Sonderabschreibungen ist unter anderem darin zu erkennen, daß auf die Zugänge bei dem Hüttenwerk Bremen rd. 40,9 Mio DM Sonderabschreibungen realisiert wurden; ferner dürfte ein nicht unwesentlicher Teil der in § 36 IHG vorgeschriebenen Reinvestitionen der anderen Klöckner-Werke im Rahmen der bei Organschaft möglichen Dispositionsfreiheit der Obergesellschaft in dieses Objekt erfolgt sein. Wenngleich eine Zuordnung von Abschreibungen zu Investitionen direkt nicht möglich ist, ist es offensichtlich, daß in den Geschäftsjahren 1955/56, 1956/57 und auch noch 1957/58 der überwiegende Teil der durch Abschreibungen bei den übrigen Konzerngesellschaften gebundenen Erlösteile in das neue Hüttenwerk investiert wurde, indem diese Mittel in Form von Darlehn dahin transferiert wurden; dies ist aus der Entwicklung der von der Klöckner-Hütte Bremen ausgewiesenen

Verbindlichkeiten gegenüber
verbundenen Gesellschaften

zu ersehen, die	1954/55	TDM 6.162
	55/56	TDM 101.076
	56/57	TDM 195.937
	57/58	TDM 265.854

betrugen.

In den Folgejahren dürften diese -nunmehr intern gewährten- Darlehn wegen der im Verhältnis zu den bestehenden Werken ungleich höheren Kapitalintensität der Neuerrichtung kaum zurückgegangen, sondern eher noch gestiegen sein, sofern der hypothetische Investitionsanteil von Bremen in etwa der Realität entspricht.

Abschließend hierzu kann festgestellt werden, daß ohne die Begünstigung des § 36 IHG die Neuerrichtung der Hütte Bremen zumindest mit einem wesentlich höheren Anteil Fremdkapital hätte erfolgen müssen, denn von den IHG-Abschreibungen dürfte rund die Hälfte -etwa 75 - 80 Mio DM- in dieses Projekt investiert worden sein.

Die Bedeutung der durch Abschreibungen gebundenen Erlösteile auch der übrigen Konzerngesellschaften für den Aufbau der "Hütte am Meer" erhellt sich neben deren in der Gegenüberstellung von Normal- und Sonderabschreibungen mit den Zugängen hervortretender genereller Bedeutung aus der Entwicklung der bei der Hütte Bremen ausgewiesenen Konzernverbindlichkeiten, die -wie bereits dargelegt- weitgehend auf die Transferierung mittels Abschreibungen gebundener Erlösteile zurückzuführen sein dürfen; stellten sich doch die Konzernverbindlichkeiten per 30.6.58 auf rd. 70,8% der bis zu diesem Termin in das Hüttenwerk investierten Beträge.

Aus der vorstehenden Gegenüberstellung von Abschreibungen und Zugängen ist ersichtlich, daß auf die Vollendung der 1. Ausbaustufe in Bremen in den Geschäftsjahren 1958/59 und 1959/60 eine Phase finanzieller Konsolidierung folgte. Für das Geschäftsjahr 1960/61 ist bereits wieder eine das bisherige Maximum des Jahres 1956/57 fast erreichende und für 1961/62 eine dieses sogar etwas übersteigende Investitionstätigkeit ersichtlich, die im Rahmen eines langfristigen Investitionsplans erfolgt sein soll, dessen Größenordnung in den Geschäftsberichten jedoch nicht genannt wird.

Zur Ermittlung der in diesem Zusammenhang für die Finanzdisposition interessierenden Erlösbindungsmöglichkeiten durch Normalabschreibungen werden in die umseitig stehenden Tabellen in Verlängerung der Abschreibungsbögen für die beiden folgenden Jahre die Zugänge an Maschinen und Fabrikgebäuden schätzungsweise mit je rd. 125 bzw. 15 mio DM eingesetzt:

Abschreibungsvorschau für Fabrikgebäude -in Mio DM-

Jahr	Hypothet. Zugänge + Umbuchungen	Periodenanteilige Abschreibungen		
		1963/64	1964/65	1965/66
1963/64	AB 122,6	5,0	5,0	5,0
	Z 15,0	0,3	0,4	0,4
64/65	Z 15,0		0,3	0,4
Abschreibung p.a.		5,3	5,7	5,8

Abschreibungsvorschau für Maschinen -in Mio DM-

Jahr	Hypothet. Zugänge + Umbuchungen	Periodenanteilige Abschreibungen		
		1963/64	1964/65	1965/66
1963/64	AB 549,5	87,5	71,1	59,9
	Z 125,0	12,2	14,7	12,8
64/65	Z 125,0		12,2	14,7
Abschreibung p.a.		99,7	86,0	87,4

Das für die beiden AV-Positionen prognostisch ermittelte Abschreibungsaufkommen stellt sich in den beiden folgenden Jahren auf jeweils rd. 105 Mio DM und entspricht somit knapp dem des Jahres 1962/63. Die für die Jahre 1963/64 und 1964/65 ermittelten Abschreibungslücken von rd. 15 und 20 Mio DM -bei linearer Vergleichsbasis- bzw. von rd. 3 und 6 Mio DM -bei degressiver Vergleichsbasis- wirken sich also infolge der auf die hohen Zugänge der letzten Geschäftsjahre sowie der auf die hypothetischen Zugänge entfallenden Abschreibungen nicht aus. Von den in den Jahren 1962 und 1963 begebenen Anleihen von 60, 40 und 30 Mio DM dienen allerdings nur 70 Mio DM zur Teilfinanzierung dieser Anlagenzugänge, da von den letztgenannten Emissionen 33 und 27 Mio DM als Umtauschanleihen begeben wurden. Die Ursache hierfür dürfte neben der damit erreichten Zinssenkung in der damit ebenfalls erreichten Laufzeitverlängerung zu sehen sein, die die folgenden Jahre von liquiditätsmindernden Tilgungsverpflichtungen entlastet.

VIII. Die Abschreibungspolitik der Rheinische Strohzellstoff AG

a) Ermittlung der Sonderabschreibungen und Berechnungsgrundlagen

Im Gegensatz zu den vorstehend analysierten Unternehmen konnte die RSZ für ihre Investitionen nicht die Bewertungsfreiheiten des § 36 IHG, sondern nur die der §§ 7a, b und e EStG in Anspruch nehmen. Daß mittels dieser steuerlichen Vergünstigungen aufgrund deren beschränkter Anwendungsmöglichkeiten lediglich eine ungleich geringere Erlösbindung erreicht werden konnte, zeigt die folgende Entwicklung des Sonderabschreibungsvolumens, wie es sich unter Verwendung der Angaben in den Geschäftsberichten für die Jahre 1948/49 bis 1952 ergibt:

Jahr	Vorgang	Betrag	Volumen der Sonder- abschreibungen gem. §§ 7a, b und e EStG
1948/49	Sonderabschreibung	69	69
1950	Sonderabschreibung	139	208
1951	Sonderabschreibung	71	279
1952	Sonderabschreibung	36	315

Ausgangspunkte für die Zuordnung dieser Sonderabschreibungen zu den entsprechenden Paragraphen der 7er-Gruppe bilden einmal der Jahresabschluß 1948/49 und zum anderen ein Hinweis im Geschäftsbericht 1952 auf Sonderabschreibungen gem. §§ 7b und e EStG. Bei einem Vergleich der sich im Geschäftsjahr 1948/49 für die AV-Position Geschäfts- und Wohngebäude ergebenden Normalabschreibungen von rd. 2% p.a. mit den in den folgenden Jahren angesetzten Abschreibungen ergibt sich namentlich für 1950 eine bedeutend höhere Abschreibung, und zwar um rd. TDM 18. Entsprechend dem Hinweis im Geschäftsbericht 1952 konnten in diesem Jahre nur Abschreibungen gem. § 7e EStG in Höhe von TDM 31 auf einen Zugang des Vorjahres vorgenommen worden sein; der Rest-

betrag von TDM 5 entfällt somit auf Abschreibungen gem. § 7b EStG. Von den im Geschäftsjahr 1950 geltend gemachten Sonderabschreibungen entfallen neben den genannten TDM 18 § 7b EStG-Abschreibungen noch maximal TDM 100 auf § 7a EStG-Abschreibungen, so daß die restlichen TDM 21 Sonderabschreibungen ihre Rechtsgrundlage in § 7e EStG haben müssen.

Unter Verwendung dieser Ermittlungen ergibt sich nach Vervollständigung der vorstehenden Tabelle um die in den Geschäftsberichten nicht angeführten Sonderabschreibungen gem. § 7b EStG in Höhe von je 10 · 3% -ohne Berücksichtigung von Normalabschreibungen- folgende Aufteilung der Sonderabschreibungen auf die begünstigenden Paragraphen der 7er-Gruppe:

Jahr	Sonderabschreibungen gem. EStG Aufteilung				Volumen der Sonder- abschreibungen gem. §§ 7a, b und e EStG
	§ 7a	§ 7b	§ 7e	Summe	
1948/49	63	6	-	69	69
1950	100	18	21	139	208
1951	10	9	52	71	279
1952	-	5	31	36	315
1953		9		9	324
1954 - 1960		7 · 5		35	359
1961		3		3	362
	173	85	104	362	

Im Anschluß an diese Sonderabschreibungen gem. §§ 7a, b und e EStG werden von der RSZ weitere Sonderabschreibungen vorgenommen, deren absolute Höhe bedeutend über den bis dahin ausgenutzten Bewertungsfreiheiten liegt. Aus der jeweils von dem Unternehmen gewählten Bezeichnung ist nicht zweifelsfrei er-

sichtlich, worum es sich bei der einzelnen Erlösbindung handelt; so wird z.B. im Geschäftsbericht 1953 ausgeführt, daß zur Mitfinanzierung eines umfassenden Investitionsvorhabens eine "Inanspruchnahme der Jahresgewinne zur Bildung von Werkerneuerungsrücklagen" erfolgen wird. Hieraus könnte gefolgert werden, daß es sich bei den dann später als Sonderabschreibungen deklarierten gebundenen Erlösteilen um versteuerte Gewinne zur Teilfinanzierung des geplanten Investitionsvorhabens, also um versteuerte freie Rücklagen handelt, wie es auch in der Bezeichnung "Werkerneuerungsrücklage" zum Ausdruck kommt.

Dieser Auslegung steht jedoch entgegen, daß

1. die Bezeichnung "Werkerneuerungsrücklage" im Jahre 1957 in "Wertberichtigung auf Anlagen" geändert wird,
2. ab 1957 jährlich ein Teilbetrag dieser Wertberichtigung in dem handelsrechtlichen Abschluß erfolgswirksam aufgelöst wird,
3. die Wertberichtigung in 2 Etappen auf die entsprechenden AV-Positionen übertragen wird.

Diese Tatbestände lassen vielmehr darauf schließen, daß es sich bei den Dotierungen der Werkerneuerungsrücklage bzw. der Wertberichtigung auf Anlagen um die aufgrund der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz erforderliche -wenn auch indirekte- Vornahme von Sonderabschreibungen handelt. Für diese Auslegung spricht neben den genannten Punkten

4. die Bezeichnung der restlichen Wertberichtigung im Geschäftsbericht 1958 als der "aus einer früher herrührenden steuerlich genehmigten Sonderabschreibung übrige Rest",
5. daß auch Sonderabschreibungen eine "Inanspruchnahme der Jahresgewinne" -wie im Geschäftsbericht 1953 ausgeführt wurde- darstellen,

6. daß A. E. W e b e r , der Vorstand der RSZ in den Jahren 1950 bis 1955, in seinem bereits genannten Aufsatz über "Grundlagen der laufenden Finanzplanung im mittleren Industriebetrieb", dem die etwas modifizierten Zahlen der RSZ zugrunde liegen, ebenfalls von steuerlich genehmigten Sonderabschreibungen spricht.

Die steuerrechtlichen Grundlagen dieser Sonderabschreibungen dürften einmal in dem § 131 AO und zum anderen in dem § 6 EStG zu sehen sein.

Voraussetzung für die Bewilligung von Sonderabschreibungen gem. § 131 AO ist, wie bereits auf S. 35 dargelegt wurde, daß durch die Gewährung dieser steuerunschädlichen Erlösbindungsmöglichkeiten dem Unternehmen liquide Mittel in Höhe der anderenfalls als Ertragsteuern abzuführenden Beträge zwischenzeitlich verbleiben, die die Durchführung eines volkswirtschaftlich förderungswürdigen und für die Existenz des Unternehmens notwendigen Investitionsvorhabens ermöglichen. Das Vorliegen dieser Voraussetzungen für die Inanspruchnahme des § 131 AO ist hinsichtlich der Existenznotwendigkeit für die RSZ aus folgenden Ausführungen im Geschäftsbericht 1953 zu ersehen:

"Das Investitionsverbot im Jahre 1936, der Stillstand des Werkes Rheindürkheim von 1941 bis 1948 und der daraus resultierende Nachholbedarf haben es mit sich gebracht, daß die Weiterentwicklung bei uns im letzten Jahrzehnt unterbrochen worden ist.

In den letzten Jahren entstanden ausländische Werke mit modernen, leistungsfähigen Einrichtungen. Um diesen Wettbewerb zu bestehen, müssen unsere Anlagen mindestens auf gleiche Leistungshöhe gebracht werden.

Das Gesamtprojekt sollte in selbständigen Teilen durchgeführt werden. Der erste Teil wurde bereits im Jahre 1953 in Angriff genommen und durch einen mittelfristigen Kredit finanziert."

Die volkswirtschaftliche Förderungswürdigkeit des Vorhabens ist daraus zu entnehmen, daß zu dessen Mitfinanzierung ein ERP-Kredit bewilligt wurde, der bei Fehlen dieser Voraussetzung nicht hätte bewilligt werden können.

Die der RSZ gem. § 131 AO bewilligten Sonderabschreibungen dürften sich insgesamt auf

rd. TDM 4.000
=====

belaufen haben, wie der nachstehenden Aufstellung zu entnehmen ist, in der die Netto-Abschreibungen des Jahres 1956 um rd. TDM 158 und die des folgenden Jahres um rd. TDM 188 Auflösungen berichtigt wurden. Während die Korrektur für 1956 hypothetisch ist, da im Geschäftsbericht nur der Nettobetrag genannt ist, wird im Geschäftsbericht 1957 ausgeführt, daß zu Lasten des Jahresergebnisses der Wertberichtigung zum Anlagevermögen "rund DM 1,1 Millionen zugewiesen und gleichzeitig rund DM 200 000,- vom Vorjahr aufgelöst und gegen die Neuzuweisung aufgerechnet" wurden.

Jahr	Vorgang	Betrag	Ausgewiesenes Volumen der Sonder- abschreibungen gem. § 131 AO
1953	Sonderabschreibung	513	513
1954	Sonderabschreibung	1.387	1.900
1955	Sonderabschreibung	600	2.500
1956	Sonderabschreibung ./. Teilauflösung	400 158	2.742
1957	Sonderabschreibung ./. Teilauflösung	1.100 188	3.654
1958	./. Teilauflösung ./. Übertrag a/AV	238 1.106	2.310
1959	./. Teilauflösung	238	2.072
1960	./. Teilauflösung	238	1.834
1961	./. Übertrag a/AV ./. Abgang	1.826 8	-

Ferner wurden von dem Unternehmen im Geschäftsjahr 1958 Sonderabschreibungen in Höhe von rd. TDM 938 vorgenommen, bei denen es sich um Teilwertabschreibungen gem. § 6 EStG handeln dürfte, die wegen der Unzulänglichkeiten einiger im Rahmen des Investitionsvorhabens angeschaffter Anlagen erforderlich wurden; aus diesem Grunde wurden sie nicht in die obige Aufstellung der steuerlichen Finanzierungshilfen aufgenommen.

Die für die Ermittlung des Ausnutzungsgrades der Sonderabschreibungsmöglichkeiten erforderliche Errechnung der ihnen zugrunde liegenden Investitionen ist in den nachstehenden Tabellen enthalten.

Jahr	Sonderabschreibungen gem. § 7a EStG		Berechnungs- grundlage
	Abschreibungs- vergünstigung	Betrag	
1948/49	1 · 50%	63	126
1950	1 · 50%	100	200
1951	1 · 50%	10	20
	50%	173	346

Jahr	Sonderabschreibungen gem. § 7b EStG		Berechnungs- grundlage
	Abschreibungs- vergünstigung	Betrag	
1948/49	2 · 10%	13	66
1950			
1951- 1960	10 · 3%	20	104
1950 1951	2 · 10%	21	
1952- 1961	10 · 3%	31	170
	50%	85	

Jahr	Sonderabschreibungen gem. § 7e EStG		Berechnungs- grundlage
	Abschreibungs- vergünstigung	Betrag	
1950 1951	2 · 10%	42	209
1951 1952	2 · 10%	62	310
	20%	104	519

Eine den EStG-Sonderabschreibungen gleich genaue Ermittlung der Berechnungsgrundlagen ist für die AO-Sonderabschreibungen nicht durchführbar, da diese aufgrund von Übereinkommen mit der Finanzbehörde vorgenommen wurden und auch in den Geschäftsberichten keine Erläuterungen enthalten sind. Als Ausgangspunkt für die Ermittlung der den AO-Sonderabschreibungen zugrunde liegenden Investitionen können die in den Jahresabschlüssen 1958 und 1961 ausgewiesenen Übertragungen dieser Abschreibungen auf die entsprechenden AV-Positionen dienen: 42)

Jahr	Übertrag der Sonderabschreibungen gem. § 131 AO auf die AV-Positionen				
	Fabrikgeb.	Maschinen	Werkzeuge	Schienen	Betrag
1958	153	855	98	-	1.106
1961	227	1.295	249	55	1.826
	380	2.150	347	55	2.932

Bei retrograder Zuordnung von Sonderabschreibungen zu Zugängen dürfte unter der Annahme, daß die AO-Abschreibungen entsprechend den Zonenrand-Bewertungsfreiheiten mit 50% auf bewegliche und mit 30% auf unbewegliche Wirtschaftsgüter gewährt wurden, etwa folgende Verteilung der Sonderabschreibungen und der ihnen zugrunde liegenden Investitionen vorgelegen haben:

42) Die Übertragungen des Jahres 1958 wurden rechnerisch ermittelt bzw. geschätzt.

Begünstigte AV-Position	Sonderabschreibung gem. § 131 AO	Berechnungs- grundlage
Fabrikgebäude	405	1.350
Maschinen	2.890	5.780
Schienen	70	140
Werkzeuge	635	1.270
	4.000	8.540

Von einer Aufgliederung der Sonderabschreibungen eines jeden Jahres auf die definitiven AV-Positionen wird jedoch abgesehen, da eine relativ genaue Zuordnung wegen der aus der nachstehenden Tabelle ersichtlichen überwiegenden Abschreibung auf Anzahlungen und Teilerstellungskosten nicht durchführbar ist. In den der Erörterung der Abschreibungspolitik des Unternehmens zugrunde liegenden Abschreibungsbögen für Maschinen und Fabrikgebäude sind die Übertragungen den wahrscheinlichen Berechnungsgrundlagen zugeordnet.

Jahr	Sonder- abschrei- bung § 131 AO	Zugänge laut Anlagevermögens-Entwicklung					Umbu- chung Anzah- lungen+ Teiler- stell- kosten
		Anzah- lungen+ Teiler- stell- kosten	Maschi- nen	Fabrik- gebäude	Werk- zeuge	Schie- nen	
1953	513	773	261	54	320	-	44
1954	1.387	3.050	100	37	420	159	79
1955	600	1.289	244	419	490	25	1.113
1956	400	1.964	505	314	873	50	2.218
1957	1.100	1.360	1.002	400	1.947	-	3.612
	4.000	8.436	2.112	1.224	4.050	234	7.066

b) Ermittlung des Ausnutzungsgrades der Bewertungsfreiheiten

Die Ausnutzung der Sonderabschreibungsmöglichkeiten der Paragraphen der 7er-Gruppe des EStG ist in den folgenden Tabellen dargestellt.

Jahr	Zugänge incl. Umbuchungen Maschinen M Werkzeuge W	Berechnungs- grundlagen der Sonder- abschreibungen gem. § 7a EStG	Berechnungs- grundlagen in % der Zugänge
1948/49	184 M	126	68,7
1950	255 M	180	70,6
1951	225 W	20	9,0
	-	20	-
	664	346	50,2

Jahr	Zugänge incl. Umbuchungen Geschäfts- u. Wohngebäude	Berechnungs- grundlagen der Sonder- abschreibungen gem. § 7b EStG	Berechnungs- grundlagen in % der Zugänge
1948/49	198	66	33,0
1950	104	104	100,0
1951	12	-	-
	314	170	54,1

Jahr	Zugänge incl. Umbuchungen Fabrikgebäude	Berechnungs- grundlagen der Sonder- abschreibungen gem. § 7e EStG	Berechnungs- grundlagen in % der Zugänge
1948/49	5	-	-
1950	209	209	100,0
1951	572	310	54,2
	786	519	66,0

Erläuternd zu dem für die § 7a EStG-Abschreibungen ermittelten Ausnutzungsgrad von rd. 50% ist darauf hinzuweisen, daß bei der von dem Unternehmen gewählten Art der Inanspruchnahme nur Abschreibungen in Höhe von TDM 100 p.a. zulässig waren und daß diese Vergünstigung nur bis zum 30.6.51 genutzt werden konnte. Von den in der Tabelle für 1950 ausgewiesenen Zugängen sind rd. rd. TDM 20 in der Bilanz unter "Im Bau befindliche Anlagen" enthalten; für 1951 wurden keine Zugänge eingesetzt, da sich die in diesem Jahr geltend gemachten Sonderabschreibungen augenscheinlich auf Maschinenzugänge des Vorjahrs beziehen.

Ebenfalls unter "Im Bau befindliche Anlagen" ausgewiesen sind rd. TDM 66 der Zugänge an Geschäfts- und Wohngebäuden des Jahres 1948/49, um die dann der Zugang des folgenden Jahres zwecks Ausweises des sonderabschreibungsfähigen Restzugangs gekürzt wurde.

Die Vergünstigung des § 7e EStG konnte von der RSZ auch nur bis zum 30.6.51 in Anspruch genommen werden.

Mit Rücksicht darauf, daß die Sonderabschreibungen gem. §§ 7a und e EStG nur bis zum 30.6.51 und die erstgenannten nur bis zu TDM 100 p.a. ausgenutzt werden konnten, wird von der Ermittlung einer Gesamtinanspruchnahme abgesehen.

Für die Sonderabschreibungen gem. § 131 AO ist eine substantiierte Ermittlung eines Ausnutzungsgrades nicht möglich, da diese Sonderabschreibungen nur aufgrund einer Konvention mit der Finanzbehörde vorgenommen werden können. Es kann lediglich festgestellt werden, daß auf die gesamten Zugänge bei den genannten AV-Positionen in den Jahren 1953 bis 1957

in Höhe von	TDM 18.056
Sonderabschreibungen gem. § 131 AO in Höhe von	TDM 4.000
auf Berechnungsgrundlagen von	TDM 8.560

vorgenommen wurden, so daß sich eine Gesamtausnutzung von rd. 46,7% ergibt.

c) Darstellung der Abschreibungspolitik

Der Analyse der Abschreibungspolitik liegen die unter Beachtung der bereits angeführten Voraussetzungen aufgestellten Abschreibungsbögen für die AV-Positionen Maschinen und Fabrikgebäude zugrunde.

Zu dem letztgenannten Bogen ist ergänzend zu bemerken, daß in dieser AV-Position neben den Fabrik- und Lagergebäuden noch Betriebsvorrichtungen bilanziert sind, deren durchschnittliche Abschreibungsdauer sich auf rd. 15 Jahre stellt; die Abschreibungsdauer der erkennbaren Zugänge an Fabrikgebäuden wurde mit rd. 40 Jahren angesetzt. Bei Berücksichtigung dieser Abweichung sowie des empirischen Ergebnisses, daß die Zugänge an Betriebsvorrichtungen degressiv abgeschrieben werden, läßt sich aus Tabelle 26 auf S. 274 ein normaler Abschreibungsverlauf erkennen - namentlich auch für die Altanlagen, bei denen es sich wie auch bei den Zugängen um die abschreibungsfähigen Beträge handelt, da die bebauten Grundstücke gesondert ausgewiesen werden, wodurch bei der RSZ im Gegensatz zu den übrigen Gesellschaften in dieser Hinsicht eine erfreuliche Bilanzklarheit gegeben ist. Von einer Weiterführung des Abschreibungsbogens wurde wegen der eingeleiteten Liquidation des Unternehmens abgesehen.

Der für die Analyse der Abschreibungspolitik bedeutend aussagefähigere Abschreibungsbogen für Maschinen und maschinelle Anlagen ist auf der empirisch ermittelten durchschnittlichen Abschreibungsdauer von 10 Jahren aufgebaut; er ist als Tabelle 27 auf S. 275 wiedergegeben.

Zu der in Tabelle 28 auf S. 276 enthaltenen Erlösbindungszusammenstellung ist darauf hinzuweisen, daß die für die Jahre bis einschließlich 1959 angegebenen Umsatzzahlen aufgrund von Veränderungsangaben in den Geschäftsberichten näherungsweise errechnet werden mußten und daher namentlich für die ersten 4 - 5 Geschäftsjahre mit gewissen Vorbehalten zu werten sind.

Die steuerlich anzuerkennenden Abschreibungen waren in ihrer Höhe durch die Zulässigkeit der EStG-Sonderabschreibungen und der degressiven Normalabschreibungen begrenzt; letztere waren nur auf nach dem 1.1.52 angeschaffte oder hergestellte bewegliche Anlagen zulässig und wurden mit Wirkung ab 1958 und 1960 in ihren Höchstsätzen reduziert.

Aufgrund besonderer Übereinkunft mit der Finanzbehörde konnte das Unternehmen die vorstehend erörterten AO-Sonderabschreibungen vornehmen.

Als interne Bestimmungsgrößen treten im Rahmen der Ertragslage und Ertragserwartungen während des gesamten Untersuchungszeitraums mit Ausnahme des letzten Geschäftsjahrs 1962 die Finanz- und Steuerpolitik hervor, wobei letztere in den Geschäftsjahren ab 1958 in den Vordergrund tritt. Eine Periodisierung der Abschreibungspolitik der RSZ erscheint daher nicht erforderlich.

Die Ausnutzung steuerunschädlicher Erlösbindungsmöglichkeiten mittels der Sonderabschreibungen gem. §§ 7a und e EStG auf die Zugänge an Maschinen und Fabrikgebäuden bis zum 30.6.51 wurde offensichtlich im Rahmen des Möglichen ausgeschöpft, konnte jedoch wegen der zeitlich begrenzten Inanspruchnahme zu weder absolut noch relativ hohen Erlösbindungen führen. Diese konnte das Unternehmen erst mittels der vereinbarten Steuerstundungen in Form der Sonderabschreibungen gem. § 131 AO erreichen, indem in den Jahren 1954 und 1957 durch diese Abschreibungen in Höhe von rd. 1,4 und 1,1 Mio DM rd. 6,0 und 4,1% der Umsatzerlöse gebunden wurden. In den Jahren 1953, 1955 und 1956 bezifferten sich die durch die AO-Abschreibungen realisierten Erlösbindungen auf rd. 2,8, 2,5 und 1,7% der Umsatzerlöse.

Infolge des überwiegenden Ansatzes dieser AO-Abschreibungen auf Anzahlungen und Teilerstellungskosten konnten dadurch Abschreibungsvorgriffe -auf linearer Vergleichsbasis- in Höhe von rd. 3,65 Mio DM erreicht werden, so daß ihnen im Rahmen der hier vorliegenden finanziellen Verhältnisse eine nicht unerhebliche Bedeutung beizumessen ist.

Die Normalabschreibungen für die Altbestände und die Zugänge bis einschließlich 1950 wurden nach der linearen Methode errechnet; für die Zugänge des folgenden Jahres hätten sie ebenfalls gemäß den steuerlichen Bestimmungen nach dieser Methode berechnet werden müssen. Wie aber aus den Abschreibungsbögen ersichtlich ist, wurden die Zugänge dieses Jahres jedoch degressiv, und zwar offensichtlich mit den im RFH-Urteil vom 1.7.31 angeführten Sätzen abgeschrieben, um den in diesem Geschäftsjahr erzielten Rekordgewinn etwas zu mindern.

Die infolge der Abschreibungssätze von 30% vom Restbuchwert für 1951 und auch noch für 1952 bei Maschinen gegenüber linearen Abschreibungen um rd. TDM 213 zu hohen Abschreibungsbeträge wurden augenscheinlich von der Finanzbehörde nicht anerkannt und mußten in 1953 storniert werden. Das gleiche ist hinsichtlich der degressiv abgeschriebenen Zugänge an Betriebsvorrichtungen des Jahres 1951 festzustellen, deren überhöhte degressive Abschreibungen von rd. TDM 62 in den vier folgenden Jahren von den Normalabschreibungen gekürzt wurden.

Die Zugänge an Maschinen sowie an Betriebsvorrichtungen während der Geschäftsjahre 1952 bis 1954 wurden unter voller Ausnutzung der steuerlichen Möglichkeiten degressiv abgeschrieben; die Zugänge an Maschinen in den folgenden Jahren wurden in Höhe der den AO-Abschreibungen zugrunde liegenden Berechnungsgrundlagen linear und in Höhe des nach deren Abzug verbleibenden Betrages degressiv abgeschrieben. Die Zugänge der folgenden Geschäftsjahre 1960 und 1961 wurden entsprechend den Geschäftsberichtsangaben, daß die Abschreibungsmethoden beibehalten worden sind, degressiv abgeschrieben, wenngleich dieses hinsichtlich der Abschreibungsbemessung für den Zugang an Maschinen im Jahre 1961 nicht einwandfrei zu ermitteln ist, da der diesem Zugang zuzurechnende Abschreibungsbetrag sowohl nach der degressiven als auch nach der linearen Methode errechnet sein kann.

Der in dem Geschäftsbericht für 1962 mit Rücksicht auf die Lage des Unternehmens vorgenommene Übergang von der degressiven zur linearen Methode ist dagegen aus dem Abschreibungsbogen für Maschinen klar zu erkennen; er erstreckt sich bis auf die Zugänge des Jahres 1958.

Als nicht zurechenbare Abschreibung verbleibt lediglich bei den Fabrikgebäuden in 1950 ein Betrag von TDM 6, der als Teilwertabschreibung zu bezeichnen sein dürfte, gleich der im Geschäftsbericht 1958 angeführten Sonderabschreibung von TDM 938, auf die bereits vorstehend eingegangen wurde.

Die bei einer Zusammenfassung mit Ausnahme des Geschäftsjahres 1962 als auf maximale Aufwandsvorverlagerung bzw. -verrechnung durch Sonder- und auch degressive Abschreibungen gerichtete Abschreibungspolitik ist insofern interessant, als ihr nur bis einschließlich 1957 eine entsprechend gute Ertragslage korrespondiert. Negative Ertragserwartungen führten in diesem Jahre bereits zu einer Senkung des Dividendenvorschlags von 10 auf 8%.

Vom Geschäftsjahr 1958 an bis einschließlich 1962 liegen die jeweils angesetzten Abschreibungen betragsmäßig sogar zum Teil nicht unerheblich über den im Umsatzprozeß realisierten Erlösbindungen. Während für die Geschäftsjahre bis 1957 die Finanzpolitik als die dominierende Bestimmungsgröße hinsichtlich der Abschreibungsbemessung anzusehen ist, tritt ab 1958 -wie eingangs erwähnt- die Steuerpolitik in den Vordergrund, da trotz stark negativer Geschäftsentwicklung die degressive Abschreibungsmethode beibehalten wurde. Die steuerpolitische Zielsetzung dieser weiterhin hohen Abschreibungsverrechnung dürfte darauf gerichtet gewesen sein, in Höhe der Differenz zwischen angesetzten und realisierten Erlösbindungen ehemalige temporäre Gewinnverlagerungen definitiv zu vereinnahmen, um deren bei anderen Rückflußterminen höchstwahrscheinliche Besteuerung zu vermeiden. In der umseitig stehenden Tabelle sind die angesetzten den realisierten Erlösbindungen gegenübergestellt, um den Umfang der somit erreichten steuerunschädlichen Vereinnahmung früherer Gewinnverlagerungen zu veranschaulichen.

Der dominierende Einfluß der betrieblichen Steuerpolitik bei der Abschreibungsfestsetzung in den Jahren 1958 bis 1961 kann darin gesehen werden, daß durch die Beibehaltung der degressiven Abschreibungen bis einschließlich 1961 unter anderem die

Erlösbindung \ Jahr	1958	1959	1960	1961	1962
Abschreibungen (netto)	2.895	2.229	1.850	1.819	1.388
+ restl. Erlösbindungen	429	621	85	220	312
Summe der angesetzten Erlösbindungen	3.324	2.850	1.935	2.039	1.700
./. realisierte Erlösbindungen	1.983	2.045	1.114	959	1.129
= Auflösungen temporärer Gewinnverlagerungen	1.341	805	821	1.080	571
davon Eigenkapital	571	343	350	460	532
davon Steuerersparnis (Steuersatz 57,4%)	770	462	471	620	39

steuerunschädliche Vereinnahmung von rd. 2,5 Mio DM Darlehn gem. § 7c EStG ermöglicht wurde, die von dem damaligen Vorstand **W e b e r** zwecks "Selbstfinanzierung für die Zukunft" unter dem Primat der Gewinnverlagerung vor dem der partiellen Liquiditäts-erhaltung gewährt wurden; die allein hierdurch realisierte Steuerersparnis kann bei Zugrundelegung einer Ertragbesteuerung von rd. 57,4% auf einbehaltene Gewinne auf rd. 1,44 Mio DM beziffert werden. Die restlichen Auflösungen entfallen mit rd. TDM 750 auf Rückstellungen und Wertberichtigungen und mit rd. TDM 150 auf die Auflösung von Pensionsrückstellungen sowie mit rd. TDM 700 auf die Auflösung einer Rücklage in Höhe der aktivierten Differenz zwischen Eisernem Bestand und normalem Buchwert des Vorratsvermögens. 43)

Nach der steuerunschädlichen Vereinnahmung dieser Beträge, die zu Steuerersparnissen von rd. 2,36 Mio DM führte, wurden die für das Geschäftsjahr 1962 angesetzten Abschreibungen nach der linearen Methode errechnet. Daher erscheint die Aussage zulässig, daß die Abschreibungspolitik der RSZ in den Jahren 1958 bis 1961 unter dem Primat der betrieblichen Steuerpolitik gestanden hat. Möglicherweise trugen auch positive Ertragserwartungen mit dazu bei, daß die Abschreibungsmethode erst im Geschäftsjahr 1962 umgestellt wurde.

Jahr	Zugänge incl. Umb- rechnungen	Berechnungs- grundlage	Abschreibungs- methode
1948/49	497 5	502	lin.
1950	209	209	lin.
1951	572	310 262	lin. degr. 2 lin.
1952	154	154	degr. 2
1953	54	54	degr. 2
1954	47	47	lin.
1955	1.058	908 150	lin. degr. 2
1956	436	122 314	lin. degr. 2
1957	938	608 330	lin. degr. 2
1958	481	281	lin.
1959	122	422 100	lin. degr. 2
1960	87	67	degr. 2
1961	124	124	lin.
1962	20	20	lin.
Errechnete Grundsatzabschreibung			
Errechnete Sonderabschreibung			
Errechnete Abschreibung			
Errechnete Abschreibung			
Errechnete Abschreibung			
Errechnete Abschreibung			

45) In den Auflösungen temporärer Gewinnverlagerungen des Jahres 1962 von TDm 571 sind aus darstellungstechnischen Gründen TDm 503 Verlustausweis enthalten.

TABELLE 26

[illegible]

Jahr	Zugänge incl. Um- buchungen	Berech- nungs- grund- lage	Abschrei- bungs- methode	1948/49	1950	1951	1952
1948/49	1.830	1.830	lin.	260	182	182	182
	184	184	lin.	63			
1950	255	255	lin.	9	12	12	12
					90		
1951	686	686	degr. lin.	18		14	14
						10	
						204	144
1952	1.445	1.445	degr. 28,3%				235
1953	305	305	degr. 28,3%				
1954	155	155	degr. 28,3%				
1955	643	400	lin.				
		243	degr. 28,3%				
1956	2.321	2.000	lin.				
		321	degr. 28,3%				
1957	3.407	3.407	lin.				
1958	895	580	lin.				
		315	degr. 25%				
1959	1.402	412	lin.				
		990	degr. 25%				
1960	289	289	degr. 20%				
1961	2.695	2.695	degr. lin.				
1962	573	573	lin.				
Errechnete Normalabschreibungen				265	212	412	587
Errechnete Sonderabschreibungen				63	90	10	-
Direkte Abschreibungen laut Bilanz				332	302	422	587
Indirekte Sonderabschreibungen				-	-	-	-
Teilaufösungen				-	-	-	-
Gesamtabschreibungen auf Maschinen und maschinelle Anlagen				332	302	422	587

Die für die Jahre 1960 bis 1965 angesetzten Abzugsposten von insgesamt DM. 75 stellen die nicht den Altanlagen zurechenbaren periodisierten Abgänge dar.

TABELLE 27

Periodenanteilige Abschreibungen																		
1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
174	173	164	162	65		- 1	- 5	- 15	- 20	- 17	- 17							
12	12	12	12	12	4													
14	14	14	14	14	14	11												
69	69	69	69	69	69	68												
246	175	126	91	64	55	55	55											
68	48	35	23	19	13	11	11	11										
44	31	23	16	12	8	6	5	5	5									
	20	40	40	40	20	20	20	20	20	20	10							
	35	59	41	30	24	17	13	6	6	6	6							
	150	200	200	100	100	100	100	100	100	100	100	25						
	70	70	50	36	25	19	10	10	10	10	10	11						
			137	341	278	278	148	148	148	148	148	148	104					
				38	58	58	29	29	29	29	29	29	29	11				
				45	68	51	39	18	18	18	18	18	18	4				
					39	41	20	20	20	20	20	20	20	20	4			
					182	202	151	60	60	60	60	60	60	60	35			
						38	50	24	24	24	24	24	24	24	24	5		
							250	255	255	255	255	255	255	255	255	255	150	
								40	51	51	51	51	51	51	51	51	51	
627	577	762	846	1.495	964	986	905	731	51	731	731	647	567	491	471	381	257	21
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
627	577	762	846	1.495	964	986	905	731	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
900	530	540	1.000	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1.527	877	1.062	1.705	1.329	714	10	905	731	731	731	731	647	567	491	471	381	257	21

Bis einschließlich 1959 wird die Position "Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen" seitens des Unternehmens als "Ausweispflichtige Steuern" bezeichnet.
 Von einer Aufführung der Strohcellstofferzeugung wurde wegen mangelhafter Angaben abgesehen; außerdem ist sie im Rahmen folgender Ausführungen ohne Bedeutung.

<u>Erlösbindung durch</u>	1948/49
Rückstellungen und Wertberichtigungen	-
Pensionsrückstellungen	93
Normalabschreibungen	517
Abgänge	26
Sonderabschreibungen	69
Wertberichtigungen gem. § 7c EStG	-
Rücklagendotation	-
Rücklagenentnahme	-
Jahreserfolg	+ 312
Erlösbindung	1.017
Umsatz	(10.600)
Erlösbindung in % vom Umsatz	(9,6)
Normalabschreibungen in % vom Umsatz	(4,9)
Sonderabschreibungen in % vom Umsatz	(0,7)
Erlösbindung durch Abschreibungen in % vom Umsatz	(5,6)
Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen	535
Dividende %	9

TABELLE 28

J ä h r l i c h e E r l ö s b i n d u n g												
1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962
				713	- 130	463	- 30	- 420	403	- 5	- 288	- 53
219	1.375	- 363	3	55	233	168	152	284	159	- 145	67	247
506	763	918	865	1.067	1.115	1.378	1.853	2.855	2.222	1.250	1.614	1.388
87	2	7	59	87	57	151	102	104	10	40	106	10
139	71	36	513	1.387	600	400	1.100	-	-	-	-	-
325	1.706	1.222	92	- 4	- 14	- 141	- 14	- 843	- 181	- 671	- 782	- 15
-	717	247	-	80	1.002	120	-	41	43	42	47	49
-	-	- 177	(- 150)	-	-	-	-	- 78	- 624	-	-	-
+ 691	+ 954	+ 528	- 150	+ 400	+ 400	+ 600	+ 480	-	-	-	-	- 503
1.967	5.588	2.418	1.382	3.785	3.263	3.139	3.643	1.983	2.045	1.114	959	1.129
1.100	21.000	18.800	18.400	13.000	24.000	23.100	27.000	23.000	21.400	21.113	20.654	17.708
13,9	26,6	12,9	7,5	16,5	13,6	13,6	13,5	8,6	8,0	5,2	4,6	6,4
3,6	3,6	4,9	4,7	4,6	4,2	6,0	6,2	(12,6)	(10,4)	(8,8)	(8,8)	(7,8)
1,0	0,3	0,2	2,8	6,0	2,5	1,7	4,1	-	-	-	-	-
4,6	3,9	5,1	7,5	10,6	6,7	7,7	11,0	(12,6)	(10,4)	(8,8)	(8,8)	(7,8)
1.278	3.331	2.447	575	1.147	1.100	980	606	862	431	337	329	219
5 + 4	6 + 4	6	10	10	10	10	8	-	-	-	-	-

d) Die Aufwandsvorverlagerung durch Sonderabschreibungen

Eine Ermittlung der Aufwandsvorverlagerung durch die bei der RSZ bedeutungsvollsten Sonderabschreibungen gem. § 131 AO ist mit einer für IHG-Abschreibungen erreichbaren Genauigkeit nicht durchführbar. Die hier auftretenden Schwierigkeiten liegen neben der Ungenauigkeit der Zuordnung der Sonderabschreibungen eines jeden Jahres zu den definitiven AV-Positionen in der Ungenauigkeit der Ermittlung von Auflösungsbeginn und tatsächlicher Auflösungshöhe, da zum einen der Auflösungsbeginn in 1956 mit rd. TDM 160 hypothetischen Charakters ist und zum anderen durch die Übertragung von rd. 1,1 Mio DM ein Teil der in den Vorjahren indirekt erfolgten Auflösungen für die Folgejahre in eine direkte umgewandelt wurde, und zwar vermutlich in Höhe der Differenz zwischen der Auflösung in 1958 und dem Auflösungszuwachs in 1959, weil von dem restlichen passivisch ausgewiesenen Sonderabschreibungsvolumen in den Jahren 1959 und 1960 der gleiche Betrag wie in 1958 aufgelöst wird. Der Restbetrag der Wertberichtigung von rd. 1,8 Mio DM wurde dann im Geschäftsjahr 1961 ohne vorherige Auflösung übertragen, so daß die Auflösungen dieses und der folgenden Jahre schwer erkennbar werden. Ferner wirken die Teilwertabschreibungen aus dem Jahre 1958 modifizierend auf den Abschreibungsverlauf.

Abweichend von der bisherigen Darstellung wird daher die Ermittlung der von der RSZ erreichten Aufwandsvorverlagerung durch die Sonderabschreibungen gem. § 131 AO auf linearer Vergleichsbasis in Form der umseitig stehenden Tabelle vorgenommen, in der die errechneten AO-Sonderabschreibungen auf Maschinen und Fabrikgebäude sowie deren Auflösungen summarisch angegeben sind, und zwar für Maschinen angesetzte Sonderabschreibungen und Auflösungen auf volle 10 TDM aufgerundet:

Jahr	Sonderabschreibungen gem. § 131 AO			
	Maschinen		Fabrikgebäude	
	Sonder- abschreibung	Auflösung	Sonder- abschreibung	Auflösung
1953	300		165	
1954	900		-	
1955	300		-	
1956	390	90	190	4
1957	1.000	140	50	4
1958	-	170	-	7
1959		300		9
1960		300		9
1961		300		9
1962		300		9
1963		300		9
1964		300		9
1965		290		9
1966		220		9
1967		160		9
1968		20		9
	2.890	2.890	405	105

Per 31.12.62 würde sich demnach die Aufwandsvorverlagerung durch die AO-Sonderabschreibungen bei

Maschinen	auf	TDM 1.290
Fabrikgebäuden	auf	TDM 350
Werkzeugen und Schienen	auf	TDM 330
-schätzungsweise-		
zusammen	auf	TDM 1.970
zu denen noch die § 7b EStG-Mehrabschreibungen auf Wohngebäude von		TDM 70
und die § 7e EStG-Mehrabschreibungen auf Fabrikgebäude von		TDM 60
hinzuzurechnen sind, um die gesamte Aufwandsvorverlagerung von		TDM 2.100
zu erhalten.		=====

Aus den der Analyse der Abschreibungspolitik zugrunde gelegten Abschreibungsbögen für Maschinen und Fabrikgebäude ist ersichtlich, daß die RSZ bis einschließlich 1960 bzw. 1961 von der degressiven Abschreibungsmethode in steuerlich zulässigem Umfange Gebrauch gemacht hat. Während den der AV-Position Fabrikgebäude zugerechneten AO-Sonderabschreibungen -soweit extern feststellbar- nur linear abschreibbare Zugänge zugrunde liegen, können in Übereinstimmung mit der bisherigen Handhabung als effektive Sonderabschreibungen auf Maschinen nur die Differenzen zwischen Sonder- zuzüglich linearen (Restwert)abschreibungen und degressiven Abschreibungen bezeichnet werden, da diese somit als die der AV-Position Maschinen betriebsindividuell adäquaten Abschreibungen anzusehen sind. Diese Gegenüberstellung ist in der nachstehenden Tabelle 29 enthalten, in die als Abschreibungen auf den Altbestand und die Zugänge bis einschließlich 1951 die anhand des Abschreibungsbogens ermittelten Beträge eingesetzt sind, während die Zugänge der Jahre 1952 bis 1962 mit den jeweils steuerlich zulässigen degressiven Höchstsätzen abgeschrieben wurden.

Aus der Aufstellung ist ersichtlich, daß bei vollem Ansatz degressiver Abschreibungen eine um rd. TDM 800 höhere Aufwandsverrechnung als mittels der bisher angesetzten Normal-, Sonder- und Teilwertabschreibungen möglich gewesen wäre.

Werden die bei den übrigen vorstehend genannten AV-Positionen angeführten Mehrabschreibungen von rd. TDM 800 gegen diese errechnete Minderabschreibung aufgerechnet, dann ist die Gesamtheit dieser AV-Positionen per 31.12.62 mit dem "richtigen" Wert ausgewiesen; eine "stille Reserve" ist demnach in diesen Positionen nicht vorhanden, sofern die angesetzten Nutzungsdauern und Abschreibungsprozentsätze "richtig" sind.

Jahr	Zugänge incl. Umb- rechnungen	Hypothetische deg											
		1948/49	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960
1948/49	1.830	260	182	182	182	182	174	173	164	162	65	-	-
	184	9	18	18	18	18	18	18	18	18	18	13	-
1950	255		18	25	25	25	25	25	25	25	25	25	1
1951	686			204	144	217 62	69	68	68	69	69	69	6
1952	1.445				235	345	246	175	126	91	64	55	5
1953	305					60	62	48	35	23	19	13	1
1954	155						44	31	23	16	12	8	-
1955	643							136	144	103	73	53	3
1956	2.321								495	515	368	267	19
1957	3.407									725	759	540	39
1958	895										165	162	12
1959	1.402											260	20
1960	289												5
1961	2.695												-
1962	573												-
Degressive Jah- resabschreibung		269	218	429	604	490	644	675	1.099	1.747	1.637	1.465	1.24
Abschreibungen lt. Abschrei- bungsbogen		332	302	422	587	773	1.527	877	1.062	1.705	1.325	754	-
Differenz gegen- über degressiven Abschreibungen		+ 63	+ 84	- 7	- 17	+ 283	+ 883	+ 202	- 37	- 42	- 308	- 691	- 4
Kumulierte Differenzen		+ 63	+ 147	+ 140	+ 123	+ 406	+ 1.289	+ 1.491	+ 1.454	+ 1.412	+ 1.104	+ 413	-

TABELLE 29

ressive Abschreibungen												
	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
1	- 5	- 15	- 20	- 17	- 17							
2												
3												
4	55											
5	11	11										
6	5	5	5									
7	27	20	20	20	9							
8	137	100	75	75	75	23						
9	281	201	144	110	110	110	36					
10	105	77	58	40	40	40	40	16				
11	214	161	140	85	60	60	60	60	17			
12	47	37	30	24	19	19	19	19				
13	400	408	300	293	235	188	170	175	170	170	50	
14		30	98	78	61	50	40	38	38	38	38	8
15	1.280	1.140	816	708	570	480	370	308	249	213	88	8
16	500	711	732	730	720	470	507	431	370	321	207	20
17	- 37	- 400	- 184	+ 22	+ 127	+ 117	+ 197	+ 123	+ 126	+ 108	+ 119	+ 12
18	- 308	- 507	- 351	- 960	- 842	- 685	- 488	- 360	- 239	- 131	- 12	-

e) Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Sonderabschreibungen

Zur Veranschaulichung der Finanzierungsfunktion der Sonderabschreibungen sind diese in der nachstehenden Tabelle abweichend von den bisherigen Gegenüberstellungen den gesamten Normalabschreibungen sowie den gesamten Zugängen gegenübergestellt, weil sie sich auf fast alle AV-Positionen erstrecken:

Jahr	Normalabschreibungen	Sonderabschreibungen	Sonderabschreibungen in % der Normalabschreibungen	Gesamte Zugänge
1948/49	517	69	13,3	555
1950	506	139	27,5	1.381
1951	763	71	9,3	1.652
1952	918	36	4,0	2.213
1953	865	513	59,3	1.468
1954	1.067	1.387	130,0	3.923
1955	1.115	600	53,8	2.551
1956	1.378	400	29,0	3.964
1957	1.853	1.100	59,3	5.108
	8.982	4.315	48,1	22.815
1958	2.895	-	-	1.420
1959	2.229			2.205
1960	1.850			2.010
1961	1.819			2.082
1962	1.388			1.168
	19.163	4.315	-	31.700

Nach den Ergebnissen der Tabelle beläuft sich das höchste Verhältnis von Sonder- zu Normalabschreibungen auf 130% in 1954, das nächsthochste auf rd. 59% in den Jahren 1953 und 1957; zum letztgenannten Termin stellen sich die gesamten Sonderabschreibungen auf rd. 48% der gesamten Normalabschreibungen.

Die finanzwirtschaftliche Bedeutung der Gegenwerte der Abschreibungen kann daran gemessen werden, daß von den Brutto-Anlageinvestitionen per 31.12.57

in Höhe von	<u>TDM 22.815</u> =====
durch Normalabschreibungen rd. 39,4% =	TDM 8.982
und durch Sonderabschreibungen rd. 18,9% =	<u>TDM 4.315</u>
durch Abschreibungsgegenwerte rd. 58,3% =	TDM 13.297 =====
finanziert waren.	

Bei Berücksichtigung der per 31.12.57 bereits angefallenen Auflösungen von rd. TDM 530 erhöht sich der Anteil der Normal- zu Lasten der Sonderabschreibungen um rd. 2,3% auf rd. 41,7%.

Auf der Vergleichsbasis degressiver Abschreibungen für die den Maschinen zuzurechnenden effektiven Sonderabschreibungen vermindert sich der Anteil der Mehrabschreibungen einmal um die normalen Auflösungen und zum anderen um die Differenz zwischen Sonder- zuzüglich linearen (Restwert)abschreibungen und degressiven Abschreibungen in Höhe von zusammen rd. TDM 1.920 und stellt sich dann mit rd. TDM 2.395 auf rd. 10,5% der Zugänge; entsprechend beläuft sich dann der Anteil der Normalabschreibungen mit TDM 10.902 auf rd. 47,8% der Brutto-Investitionen.

Per 31.12.62 stellt sich das auf der Vergleichsbasis linearer Abschreibungen ermittelte Sonderabschreibungsvolumen infolge weiterer Auflösungen auf nur noch rd. 2,1 Mio DM bzw. rd. 6,6% der Zugänge; auf der Vergleichsbasis degressiver Abschreibungen besteht zu diesem Termin -wie bereits erwähnt- keine Abschreibungsvorverlagerung mehr.

Der Finanzierungsanteil der Normalabschreibungen würde sich bei Zugrundelegung der erstgenannten Vergleichsbasis auf rd. 67,5% und bei Zugrundelegung der letztgenannten Vergleichsbasis auf rd. 74,1% der Brutto-Investitionen stellen, wenn die Abschreibungen in voller Höhe realisiert worden wären.

Infolge Fehlens dieser Voraussetzung erhöhten sich die per
31.12.57 ausgewiesenen Normalabschreibungen von TDM 8.982
sofern ihnen die auf linearer Vergleichsbasis
ermittelten Auflösungen von TDM 2.215
sowie die nach Abzug der auf die übrigen
Erlösbindungspositionen entfallenden Beträge
von TDM 1.667 noch verbleibenden TDM 5.563
zugerechnet werden, auf nur TDM 16.760
das sind rd. 52,9% der bis zu diesem Termin
durchgeführten Brutto-Investitionen. =====

Die zu diesem Zeitpunkt noch verbleibenden
Sonderabschreibungen von TDM 2.100
stellen sich auf rd. 6,6% der Zugänge. =====

Die somit per 31.12.62 insgesamt im Rahmen
des Umsatzprozesses realisierten
Abschreibungen stellen sich auf TDM 18.860
die darüber hinaus unter dem Einfluß der
Steuerpolitik angesetzten Abschreibungen
führten zu steuerunschädlichen definitiven
Einnahmen temporärer Gewinnverlagerungen von TDM 4.115
TDM 22.975
während der Differenzbetrag von TDM 503
zu den gesamten Abschreibungen von TDM 23.478
in 1962 als Verlust ausgewiesen wird. =====

Die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen der Sonderabschreibungen bestanden bei der RSZ in der effektiven Aufwandsvorverlagerung und damit zusätzlichen steuerunschädlichen Erlösbindung von rd. 2,4 Mio DM per 31.12.57, um die die Erfolgsrechnungen der folgenden Jahre entlastet wurden; einen den IHG-Abschreibungen vergleichbaren, wesentlichen Finanzierungsfaktor stellten sie nicht dar.

C Ergebnisse der Analysen

Die vorstehenden sechs Analysen der Abschreibungspolitik ausgewählter Aktiengesellschaften haben zu Ergebnissen geführt, die einer recht vielseitigen Auswertung fähig sind. In den nachstehenden Ausführungen sollen aber lediglich einige wesentlich erscheinende Ergebnisse zusammengefaßt werden, um den Umfang der Arbeit nicht zu sprengen.

Die vorstehenden Ermittlungen von Sonderabschreibungen und derer Berechnungsgrundlagen sowie von durchschnittlichen Nutzungsdauern lassen zuerst eine Erörterung der Aussagefähigkeit und Zuverlässigkeit der dynamischen Untersuchungsmethode erforderlich erscheinen.

Ohne weiter auf die einer empirischen Untersuchung zwangsläufig immanente Kasuistik bei den Bestimmungsgrößen der Abschreibungspolitik einzugehen, sollen anschließend Grundformen der Abschreibungspolitik dargelegt werden, die eine theoretische Weiterentwicklung der empirischen Ergebnisse enthalten.

Obwohl die anhand der Analysen ermittelte Abschreibungspolitik weitreichenden betriebswirtschaftlichen Auswertungen zugänglich ist, die sich unter anderem auf die Ermittlung unternehmenspolitischer Zielsetzungen und deren extern erkennbare Realisierung sowie auf neue Möglichkeiten bei Betriebsvergleichen erstrecken können, wird lediglich auf die bankwirtschaftliche Bedeutung dieser Untersuchungsmethode eingegangen, da durch entsprechende Abschreibungsbemessung ein kreditpolitisches Zielsetzungen adäquater Gewinnausweis erreicht werden kann, der Banken mitunter zu Kreditgewährungen mit Rücksicht auf eine Ertragskraft des Unternehmens veranlaßt, die realiter nicht gegeben ist.

Abschließend werden die vom Gesetzgeber gewollten Wirkungen und die ungewollten Auswirkungen der Sonderabschreibungen sowie deren unternehmenspolitische Ausnutzung kurz erörtert; die Kapazitätserweiterung durch Reinvestition der durch Sonderabschreibungen gebundenen liquiden Mittel ist Inhalt eines Exkurses, der zur Veranschaulichung der gewollten Wirkungen dienen kann.

I. Die Aussagefähigkeit der dynamischen Analyse

Die auf der Grundlage der in dem Abschnitt über die "Möglichkeiten der Analyse" dargelegten Voraussetzungen für eine dynamische Analyse der Abschreibungspolitik durchgeführten Untersuchungen der sechs Gesellschaften haben gezeigt, daß durch die Anwendung dieser Methode zum Teil recht eindeutige Ergebnisse gewonnen werden können. Ergänzend hierzu beziehen sich die nachstehenden Ausführungen auf die Lösungsgenauigkeit hinsichtlich der genannten drei Problemkreise sowie auf die Zuverlässigkeit der nach deren Ermittlung und Berücksichtigung gemachten Aussagen über die jeweilige Abschreibungspolitik.

Die mit als Grundvoraussetzung genannte Ermittlung der Sonderabschreibungen konnte generell anhand von Geschäftsberichtsangaben oder Bilanzzahlen erfolgen, soweit es sich um den jeweiligen Jahresbetrag handelte; eine Aufteilung der materiell bedeutungsvollsten Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG auf die definitiven AV-Positionen wird jedoch nur von der ATH und von den ehemaligen Hüttenwerken Phoenix in vollem Umfange in den Geschäftsberichten angegeben. Geringeren Umfangs sind die Angaben der Gußstahlwerk Witten AG in ihren Geschäftsberichten, in denen nur eine Aufgliederung der Sonderabschreibungen auf die jeweiligen und nicht auf die definitiven AV-Positionen erfolgt. Die geringste Publizitätsfreudigkeit hinsichtlich der Aufteilung der Sonderabschreibungen ist bei der DHH und bei Klöckner festzustellen, da die von dem letztgenannten Unternehmen in den Geschäftsberichten angegebenen Aufteilungen nur eine Wiederholung der Bilanzzahlen sind, die infolge der von beiden Unternehmen gewählten Verbuchung der Sonderabschreibungen durch direkte Kürzung von den Anlagewerten auch ohnehin ersichtlich sind. Der gleich Publizitätsumfang ist bei der RSZ festzustellen, und zwar insbesondere hinsichtlich der AO-Abschreibungen, wenngleich die in späteren Jahren vorgenommenen Übertragungen der ursprünglich passivierten Beträge auf die sonderabgeschriebenen Anlagen eine retrograde Ermittlung der Aufteilung zulassen.

Während anhand der von den Hüttenwerken Phoenix und der ATH in den Geschäftsberichten enthaltenen Aufteilungen der IHG-Sonderabschreibungen auf die definitiven AV-Positionen die Ermittlung der den Sonderabschreibungen zugrunde liegenden Investitionen problemlos war, bestanden bei den übrigen Gesellschaften mit teilweiser Ausnahme des Gußstahlwerks Witten, das auch die jeweiligen Sonderabschreibungen auf die definitiven Positionen angibt, die Schwierigkeiten, einmal die auf Maschinen und Fabrikgebäude direkt vorgenommenen Sonderabschreibungen und zum anderen die Aufteilung der auf Anzahlungen und Teilerstellungskosten angesetzten Sonderabschreibungen hinsichtlich ihrer Berechnungsgrundlagen zu ermitteln, die ebenfalls Maschinen oder Fabrikgebäude sein mußten.

Die bei der ATH ausgewiesenen Auflösungen der Sonderabschreibungen, der die rechnerisch ermittelten Auflösungen weitestgehend entsprechen, bilden eine gute Beurteilungsbasis sowohl für die Genauigkeit der externen Zuordnung von Sonderabschreibungen zu den definitiven AV-Positionen als auch hinsichtlich der dafür anschließend ermittelten Auflösungen, die auch bei dem Gußstahlwerk Witten und bei Phoenix-Rheinrohr, deren Publizität in dieser Hinsicht nicht an die der ATH heranreicht, weitestgehend den in den Jahresabschlüssen ausgewiesenen Zahlen entsprechen. Diese recht weitgehende Übereinstimmung von extern ermittelten und in den Abschlüssen ausgewiesenen Auflösungen läßt es vertretbar erscheinen, auch den für die DHH und für Klöckner errechneten Auflösungsbeträgen eine große Realitätsnähe beizumessen, zumal bei diesen Unternehmen die Abgänge sich in normalen Grenzen halten und somit bedeutend höhere Auflösungen durch Abgänge nicht sehr wahrscheinlich sind.

Die vorstehenden Analysen zeigen ferner, daß unter entsprechender Berücksichtigung der Berechnungsgrundlagen und der bei diesen anzuwendenden Abschreibungsmethoden die Ermittlung der für die Bemessung der Normalabschreibungen sowie der Auflösungen der Sonderabschreibungen grundlegenden durchschnittlichen Nutzungsdauer (Abschreibungsdauer) ebenfalls mit großer Genauig-

keit durchführbar ist. Ihre Feststellung ist bei Vorliegen indirekter Abschreibung nur unwesentlich einfacher als bei Vorliegen direkter Abschreibung, da in beiden Fällen die Berechnungsgrundlagen mit den steuerlich vorgeschriebenen Abschreibungsverfahren zu berücksichtigen sind; die indirekte Abschreibung hat lediglich den Vorteil, daß der volle lineare Abschreibungsverlauf bei den Berechnungsgrundlagen deutlich hervortritt, während er bei direkter Abschreibung gemäß den steuerlichen Vorschriften variieren kann.

Die Ermittlung der durchschnittlichen Nutzungsdauer erfolgte mit der Genauigkeit von $\pm 1/2$ Jahr; sie ist insbesondere bei Anwendung der degressiven Abschreibungsmethode gut feststellbar, da deren Prozentsätze ein Mehrfaches des der linearen betragen bzw. zur Zeit das Doppelte betragen, so daß die bei alternativem Ansatz zulässiger degressiver Abschreibungssätze stark schwankenden Jahresraten namentlich der ersten Jahre zu einer guten Ermittlung der durchschnittlichen Abschreibungsdauer führen, sofern nicht Methodenwechsel oder Änderungen der Abschreibungsdauer vorgenommen werden. Aber auch derartige Änderungen sind, wie die Analysen der DHH, Gußstahlwerk Witten AG, ATH und RSZ zeigen, mit großer Genauigkeit zu ermitteln.

Die Untersuchungen machen ersichtlich, daß die Ermittlung der durchschnittlichen Nutzungsdauer unabhängig von der Unternehmensgröße mit gleicher Genauigkeit erfolgt.

Bei der AV-Position Fabrikgebäude wurde sie generell mit rd. 40 Jahren angesetzt und allgemein bestätigt gefunden mit Ausnahme von Phoenix-Rheinrohr, die offensichtlich infolge abweichender Kontierung eine erheblich kürzere Nutzungsdauer erkennen lassen; sowie der RSZ hinsichtlich der Betriebsvorrichtungen, für die sich ebenfalls eine bedeutend kürzere Reliquidationsdauer ergibt.

Für die AV-Position Maschinen und maschinelle Anlagen ergibt sich aufgrund der unterschiedlichen Unternehmensgröße, der differierenden Tiefengliederung und der abweichenden Produktions-

programme eine größere Variation der durchschnittlichen Abschreibungsdauer. Während sie bei der RSZ als einem mittleren Unternehmen mit relativ ungegliederter Fertigung eindeutig mit 10 Jahren ermittelt werden konnte, beläuft sie sich bei dem Gußstahlwerk Witten, das über eine starke Weiterverarbeitung verfügt, auf rd. 13 - 14 Jahre. Mit rd. 13 Jahren weist Phoenix-Rheinrohr etwa die gleiche durchschnittliche Nutzungsdauer auf, offensichtlich infolge der tief gegliederten Weiterverarbeitung, die den Durchschnitt trotz der hohen und sehr kapitalintensiven Stahlerzeugung unter die für ATH mit rd. 15 Jahren und für DHH mit rd. 15 - 16 Jahren ermittelten Werte drückt; jedoch kann sich auch hierbei die abweichende Kontierung auswirken. Die bei den letztgenannten Unternehmen auftretende Differenz von etwa einem Jahr dürfte sich überwiegend aus der bei der ATH ungleich höheren Weiterverarbeitung erklären. Die für Klöckner in Übereinstimmung mit DHH ermittelte Abschreibungsdauer von rd. 15 Jahren dürfte eine Folge des sich gegenseitig aufhebenden Einflusses von höherer Weiterverarbeitung mit kürzerem Reliquidisierungszeitraum und von Bergbau-Anlagen mit längerer Abschreibungsdauer sein.

Die bereits erwähnte Genauigkeit der Ermittlung der Auflösungsbeträge für die Sonderabschreibungen (gemäß § 36 IHG) sowie die Übereinstimmung der errechneten nachzuzahlenden Normalabschreibungen in Anwendung des BFH-Urteils vom 13.5.58 mit den ausgewiesenen Beträgen zeigen recht deutlich die Richtigkeit der jeweils ermittelten durchschnittlichen Abschreibungsdauer.

Bei interner Kenntnis des Unternehmens oder mitunter auch anhand von Geschäftsberichtsangaben ist eine Aufteilung der global ermittelten durchschnittlichen Nutzungsdauer in eine für kurzfristiger und eine für langfristiger abschreibbare Anlagen innerhalb gewisser Grenzen durchführbar. Im Rahmen einer krisentheoretischen Untersuchung wird sie von B e l l i n g e r z.B. dergestalt vorgenommen, daß je ein Viertel der Zugänge eine Abschreibungsdauer von 20, 10, 5 und 3 Jahren aufweist. ¹⁾

In der vorliegenden Arbeit wurde jedoch von einer derartigen Aufgliederung der Zugänge abgesehen, um das Zahlenwerk nicht noch mehr zu komplizieren; außerdem hätte sich daraus keine wesentliche Erhöhung der Aussagefähigkeit ergeben, da diese Aufgliederungen infolge fehlender Angaben fast ausschließlich hypothetisch gewesen wären. Ferner lassen die vorstehenden Analysen vermuten, daß die hier ermittelten durchschnittlichen Nutzungsdauern den an externe Analysen zu stellenden Genauigkeitsansprüchen allgemein genügen.

Die nach Abzug der auf der Grundlage der somit ermittelten durchschnittlichen Nutzungsdauer den Normal- und Sonderabschreibungen zugeordneten Abschreibungen verbleibenden Beträge wurden generell den Übernahmebeständen als anteilige Normalabschreibungen zugeteilt, sofern sie nicht vorher um offensichtliche Teilwertabschreibungen zu kürzen waren. Der bei dem Gußstahlwerk Witten, bei Phoenix-Rheinrohr und der ATH, die die Sonderabschreibungen in einer gesonderten Position und damit die Normalabschreibungen in ungekürzter Höhe ausweisen, ermittelte Abschreibungsverlauf bei den Altanlagen entspricht dem von F o r s t e r intern festgestellten und kann als Kontrolle für die bei der DHH und bei Klöckner angesetzten Verläufe dienen, bei denen ebenfalls ein degressiver Verlauf festzustellen ist. ²⁾ Eine Ausnahme macht in dieser Hinsicht die RSZ infolge ihrer ungleich geringeren Altbestände, für die offensichtlich einheitliche Restnutzungsdauern angesetzt wurden.

Die Genauigkeit der Ermittlung von Sonderabschreibungen, Berechnungsgrundlagen und durchschnittlichen Nutzungsdauer ergibt die Zuverlässigkeit und höchstmögliche Genauigkeit der externen Aussagen über die Abschreibungspolitik der analysierten Gesellschaften. Die Aussagen wurden durch vergleichende und kontrollierende Gegenüberstellungen mit den als Maßstab für die Er-

1) Vgl. Bernhard B e l l i n g e r : Unternehmungskrisen und ihre Ursachen. In : Handelsbetrieb und Marktordnung Festschrift für Carl Ruberg, Wiesbaden 1962, S. 61

2) Vgl. Karl-Heinz F o r s t e r : a.a.O., S. 28

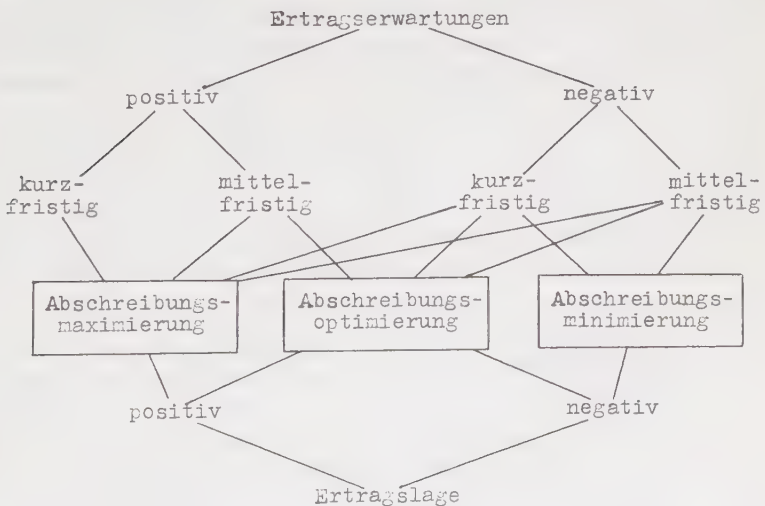
tragslage angesehenen Erlösbindungen prinzipiell bestätigt gefunden; bei keiner der analysierten Gesellschaften besteht in irgend einem Jahr eine Divergenz zwischen den hinsichtlich der Abschreibungspolitik gemachten Aussagen und der jeweiligen extern feststellbaren Ertragslage und -entwicklung sowie den jeweiligen dominierenden internen Bestimmungsgrößen.

Die Genauigkeit der bei der DHH dargelegten Nichtausnutzung degressiver Abschreibungsmöglichkeiten auf Zugänge an Maschinen in den Geschäftsjahren 1955/56 und 1956/57 kann auf rd. 1 - 3 Mio DM Berechnungsgrundlage beziffert werden, das sind rd. 1 - 3% des Zugangs des Jahres 1956/57 und rd. 2 - 6% des Zugangs des vorangegangenen Jahres; bei der Gußstahlwerk Witten AG dürfte sich die Genauigkeit der Aufteilung in etwa der gleichen prozentualen Größenordnung bewegen.

Generell kann die Genauigkeit der nach der dynamischen Methode erarbeiteten Aussagen mit über 95% bei den analysierten Unternehmen angesetzt werden; sie liegt damit innerhalb des in der Praxis bei Analysen einkalkulierten Unsicherheitsbereichs von rd. 5%.

II. Grundformen der Abschreibungspolitik

Wie bereits anlässlich der Erörterung der internen Determinanten der Abschreibungspolitik angeführt und auch bei der Darstellung der Abschreibungspolitik der sechs analysierten Unternehmen deutlich wurde, kommen der Ertragslage und den Ertragserwartungen der größte Einfluß bei der Bemessung der Abschreibungen zu. Der verschiedentlich sichtbar gewordene modifizierende Einfluß finanz-, steuer-, dividenden- oder sonstiger unternehmenspolitischer Überlegungen kann unter Umständen zu einem mit der augenblicklichen Ertragslage nicht in Einklang zu bringenden Abschreibungsansatz führen, muß sich aber letztlich immer im Rahmen der Ertragserwartungen halten. Nach Aufgliederung des den Ertragserwartungen immanenten Zeitmoments in einen kurz- und einen mittelfristigen Bereich lassen sich bei Vernachlässigung der modifizierenden Bestimmungsgrößen aufgrund von Ertragslage und Ertragserwartungen folgende Grundformen der Abschreibungspolitik erkennen:



Unter Abschreibungsmaximierung wird in diesem Zusammenhang eine höchstmögliche Aufwandsverrechnung unter voller Ausnutzung aller steuerlichen Möglichkeiten, unter Abschreibungsoptimierung eine optimale Aufwandsverrechnung mittels entsprechender Wahl von Abschreibungsmethode und -höhe und unter Abschreibungsminimierung eine den handels- und steuerrechtlichen Mindestanforderungen knapp genügende Aufwandsverrechnung in Form von Abschreibungen verstanden.

Eine auf maximale Aufwandsverrechnung gerichtete Abschreibungspolitik wird im allgemeinen bei guter Ertragslage und auch positiven Ertragserwartungen vorliegen, um im Rahmen des steuerlich Möglichen bzw. in noch darüber hinausgehendem Umfange von der steuerunschädlichen Erlösbindungsfunktion der Abschreibungen Gebrauch zu machen. Dies führt mitunter zu Reaktivierungen steuerlich nicht anerkannter Abschreibungen anlässlich einer Buch- und Betriebs-Prüfung durch die Finanzbehörde, die von publizitätsfreudigen Gesellschaften im Geschäftsbericht oder auch im Jahresabschluß angeführt werden; insoweit können derartige Reaktivierungen als Anzeichen und auch Bestätigung einer auf volle Ausnutzung aller Möglichkeiten gerichteten Abschreibungspolitik -zumindest in vorangegangenen Jahren- angesehen werden.

Eine diesen Kriterien gerecht werdende Abschreibungspolitik ist bei den analysierten Gesellschaften ohne jegliche Einschränkung nur bei den früheren Hüttenwerken Phoenix und dann anschließend bei Phoenix-Rheinrohr festzustellen; mit gewissen Einschränkungen hinsichtlich der ersten Jahre des Wiederaufbaus kann auch die Abschreibungspolitik der ATH als auf Abschreibungsmaximierung gerichtet bezeichnet werden. Obwohl auch bei jeder der übrigen Gesellschaften Reaktivierungen überhöhter Abschreibungen vorangegangener Geschäftsjahre entweder in den Geschäftsberichten oder Jahresabschlüssen angegeben waren oder extern ermittelt werden konnten, entspricht die jeweils ermittelte Abschreibungspolitik nur innerhalb einiger Perioden den Kriterien der Abschreibungsmaximierung und kann daher nur als Abschreibungsoptimierung bezeichnet werden.

Auf dem wirtschaftlichen Hintergrund noch zufriedenstellender Ertragslage bei negativ beurteilten Ertragsaussichten ergeben sich in Abhängigkeit von dem Zeitpunkt der erwarteten Ertragsverschlechterung zwei Alternativen für die Abschreibungspolitik. Wird die Ertragsverschlechterung erst mittelfristig erwartet, kann es durchaus noch sinnvoll sein, die Zugänge im Jahre der Erwartungsbildung und auch noch in dem darauf folgenden Jahre unter voller Ausnutzung aller steuerlichen Möglichkeiten abzuschreiben, um die Erfolgsrechnungen der kommenden Jahre durch diese Aufwandsvorverlagerungen zu entlasten. Es kann aber auch der teilweise Übergang zu linearer Abschreibung sinnvoll sein, wenn dividenden- oder sonstige unternehmenspolitische Überlegungen bei der Abschreibungsbemessung zu berücksichtigen sind.

Betreffen die negativen Ertragsaussichten dagegen bereits die nächste Periode, dann kann es bei gegebener Ertragslage ebenfalls noch sinnvoll sein, die Zugänge im Jahre der Erwartungsbildung in voller Höhe unter Ausnutzung der steuerlichen Möglichkeiten abzuschreiben, um die kommenden Perioden hinsichtlich der Aufwandsverrechnung dergestalt zu entlasten, daß dann unter Umständen der um hohe degressive Abschreibungen verminderte Anschaffungs- oder Herstellungswert aufgrund eines vorgenommenen Methodenwechsels nur noch linear abgeschrieben zu werden braucht. Im allgemeinen wird aber unter diesen Gegebenheiten ein Teil der Zugänge linear und ein Teil weiterhin degressiv abgeschrieben werden, da auch dann wohl generell dividenden- und/oder sonstige unternehmenspolitische Erwägungen modifizierend auf die Abschreibungsfestsetzung einwirken.

Die Bestimmungsgründe für die Abschreibungspolitik eines Unternehmens mit unbefriedigender Ertragslage ergeben sich ebenfalls aus den Ertragserwartungen. Positive Ertragserwartungen können in Abhängigkeit von der angenommenen Fristigkeit ihres Eintreffens zwei Verhaltensweisen induzieren. Eine in Kürze erwartete Ertragsverbesserung kann dazu führen, daß die Zugänge im Jahre der Erwartungsbildung ganz oder zum Teil degressiv - wenn auch nicht mit den vollen Sätzen - abgeschrieben werden, um im Falle

gerechtfertigter Erwartungen in dem betreffenden Jahr bereits eine möglichst hohe steuerunschädliche Erlösbindung durch Abschreibungen zu erreichen.

Bei erst mittelfristig erwarteter Ertragsverbesserung dürfte zum Teil eine dahingehende Modifizierung der Abschreibungspolitik anzunehmen sein, daß die Zugänge zu einem geringeren Teil degressiv abgeschrieben werden oder daß die degressiven Sätze nicht in voller Höhe angesetzt, sondern z.B. jährlich angehoben werden, um dann bei Eintritt der Ertragsverbesserung die vollen degressiven Sätze geltend machen zu können.

Ogleich der externen Feststellung der Ertragserwartungen naturgemäß enge Grenzen gesetzt sind, erscheint doch die Aussage vertretbar, daß die auf Abschreibungsoptimierung gerichtete Abschreibungspolitik der DHH in den Jahren 1955/56 und 1956/57, in denen für rd. 107 Mio DM degressiv abschreibbare Zugänge lineare Abschreibungen angesetzt wurden, ihre Ursache neben dividendenpolitischen Erwägungen in zumindest nicht positiven Ertragserwartungen gehabt haben dürfte, da anderenfalls weitere Zugänge degressiv -evtl. mit ansteigender Ausnutzung der degressiven Abschreibungssätze- abgeschrieben worden wären. Das gleiche dürfte hinsichtlich rd. 9 Mio DM degressiv abschreibbarer Zugänge bei dem Gußstahlwerk Witten im Geschäftsjahr 1956/57 gelten, für die ebenfalls lineare Abschreibungen angesetzt wurden.

Als eine positiven mittelfristigen Ertragserwartungen Rechnung tragende Abschreibungspolitik läßt sich die Abschreibungsoptimierung bei Klöckner bezeichnen, wo in den Geschäftsjahren 1957/58 und 1958/59 die Maschinenzugänge -soweit möglich- zwar degressiv, jedoch nur mit einem Teil der vollen Sätze abgeschrieben wurden; als Begründung hierfür wurde auf die steigende Nutzung der neuen Anlagen beim Hüttenwerk Bremen hingewiesen.

bei unbefriedigender Ertragslage und weiterhin negativen Ertragserwartungen dürften sich die jährlich angesetzten Normalabschreibungen an der unteren Grenze des in Handels- und Steu-

errecht gegebenen Ermessensspielraums halten, um entweder eine geringe Dividende ausschütten, ein ausgeglichenes Ergebnis vorlegen oder den ausgewiesenen Verlust minimieren zu können. B ü h l e r weist in diesem Zusammenhang auf ein RFH-Urteil hin, in dem die offensichtlich auf Abschreibungsminimierung gerichtete Abschreibungspolitik eines Unternehmers anerkannt wurde, weil es nachweisen konnte, "daß nicht das Bestreben nach Erhaltung von Abschreibungsmöglichkeiten ihn zum Wechsel von 15 % Abschreibung auf Maschinen (für 1925 bis 1929 gegen das Finanzamt durchgesetzt) zu 7 1/2 % veranlaßt habe, sondern eine tatsächliche Verringerung des N u t z u n g s g r a d e s der sehr empfindlichen Maschinen." ³⁾ Besser kann eine auf Abschreibungsminimierung gerichtete Abschreibungspolitik kaum motiviert werden.

Interessant ist daher die Abschreibungspolitik der RSZ in den Jahren 1958 bis einschließlich 1961, da in diesen Jahren trotz effektiv gegebener schlechter Ertragslage die degressiv abschreibbaren Zugänge nach Firmenangaben bis einschließlich 1961 auch degressiv abgeschrieben wurden. Während positive Ertrags-erwartungen nur in den Geschäftsberichten 1958 und 1961 anklingen, werden sie in den Jahren 1959 und 1960 negativ eingeschätzt, so daß der erst in 1962 vollzogene Übergang zur linearen Abschreibungsmethode bereits 1959 vertretbar gewesen wäre. Die Ursache dieser stark abweichenden Abschreibungsfestsetzung ist -wie bereits dargelegt- nur aus dem in diesen Jahren dominierenden Einfluß der betrieblichen Steuerpolitik zu erklären und insoweit als Ausnahme zu würdigen. Grundsätzlich dürfte bei Vorliegen derartiger wirtschaftlicher Verhältnisse eine auf Abschreibungsminimierung gerichtete Abschreibungspolitik, wie sie unter Bezugnahme auf B ü h l e r angeführt wurde, anzutreffen sein.

³⁾ Ottmar B ü h l e r: a.a.O., S. 283

III. Die bankwirtschaftliche Bedeutung der dynamischen Analyse

Die vorstehenden Ausführungen über die internen Determinanten der Abschreibungspolitik sowie die Analysen der Abschreibungspolitik einzelner Gesellschaften machen erkenntlich, daß den Unternehmen durch die Variation der Abschreibungsbemessung eine Manipulierung des Erfolgsausweises in beachtlichem Umfange möglich ist. Entsprechend der jeweiligen unternehmenspolitischen Zielsetzung kann der dem Unternehmen zugeflossene Bruttoertrag durch differierende Dotierung der Erlösbindungspositionen ganz oder zum überwiegenden Teil oder unter Wahrung handels- und/oder steuerrechtlicher Mindestanforderungen in knapp bemessenem Umfange im Unternehmen zurückbehalten und der Restbetrag als Gewinn gezeigt werden. Allein bei den Normalabschreibungen beläuft sich die Variationsbreite zwischen Minimalerfordernis und maximaler Ausnutzung der steuerlichen Möglichkeiten mitunter auf die volle Höhe des Dividendenvorschlags; insoweit sind die Ausführungen von H a r d e r , daß durch die Normierung der Nutzungsdauer "ein ins Gewicht fallendes individuelles Verhalten für bilanzgestaltende Zwecke praktisch ausgeschlossen" wird, nur bedingt zutreffend. 4)

Die bisherigen Ausführungen zeigten ferner, daß eine Feststellung der jeweiligen Ausnutzung der Abschreibungsmöglichkeiten anhand einer statischen Analyse der Abschreibungspolitik, die wohl fast ausschließlich Anwendung findet, kaum möglich ist. Hierzu bedarf es der der überwiegend zeitraumbezogenen Abschreibungspolitik adäquaten dynamischen Analyse, auf deren Genauigkeitsgrad bereits eingegangen wurde.

Aus der unterschiedlichen Zielsetzung von Normal- und Sonderabschreibungen ergibt sich ebenfalls eine abweichende Aufgabenstellung für die auf deren Erfassung gerichtete Analyse.

4) Ulrich H a r d e r : a.a.O., S. 225

a) Die Aufgabenstellung hinsichtlich der Normalabschreibungen

Bei Kreditfähigkeitsprüfungen im Rahmen des langfristigen Industriekreditgeschäfts rücken Abschreibungen dreimal in den zentralen Interessenbereich der Bank: bei der Ermittlung der Ertragslage (und der Ertragserwartungen), bei der Feststellung des Sicherungswertes der angebotenen Sicherheiten sowie bei der Festsetzung von Kreditlaufzeit und Tilgungshöhe.

Bei Kreditfähigkeitsprüfungen im formal kurzfristigen Kreditgeschäft interessieren sie im allgemeinen nur bei der Ermittlung der Ertragslage und der Errechnung des Sicherungswertes angebotener Realsicherheiten.

Eine externe Ermittlung der Abschreibungspolitik mittels dynamischer Analyse dürfte im allgemeinen nur bei der Prüfung von Kreditanträgen mittlerer und größerer Unternehmen erforderlich werden, deren anhand der ausgewiesenen Erträge bzw. der zusammengestellten Erlösbindungen ersichtliche Ertragslage unbefriedigend ist und/oder bei denen aufgrund von Umsatz- und Auftragseingangsentwicklung sowie der Entwicklung des Abschreibungsvolumens eine Änderung des Abschreibungsverfahrens oder der Nutzungsdauern zwecks höheren Erfolgsausweises möglich erscheint, die jedoch zu diesbezüglichen Auskünften nicht bereit sind. Bei kleineren Unternehmen dürfte die Stellung des Kreditinstituts namentlich im langfristigen Geschäft stark genug sein, um entsprechende Auskünfte zu erhalten. Unbedingt erforderlich dagegen erscheint die Ermittlung der Abschreibungspolitik bei der Feststellung einer negativen Entwicklung des Unternehmens im Rahmen der Kreditüberwachung, um gegebenenfalls notwendige Schritte vorbereiten zu können.

Ein Vergleich der ermittelten durchschnittlichen Nutzungsdauer mit der bei anderen etwa gleich strukturierten Unternehmen feststellbaren Nutzungsdauer oder auch mit den in den steuerlichen AfA-Tabellen angegebenen Werten kann dann unter Umständen zu einer Korrektur des ausgewiesenen Gewinns um zu niedrig angesetzte Abschreibungen und somit zu einer "richtigeren"

Kenntnis der Ertragslage führen, die dann erst mit der anderer Unternehmen vergleichbar ist. Indirekt können die Ergebnisse auch zu einer Kenntnis der Ertragserwartungen führen, da z.B. der Übergang von degressiven zu linearen Abschreibungen im Hinblick auf eine zumindest nicht kurzfristig angenommene Verschlechterung der Ertragserwartungen vorgenommen wird. Andererseits können die festgestellten Abschreibungssätze über den Vergleichssätzen liegen und wären dann in Höhe der Differenz -evtl. um hypothetische Ertragsteuern gekürzt- dem ausgewiesenen Ergebnis hinzuzurechnen.

Sofern der Sicherungswert angebotener Realsicherheiten in Form von unbebauten oder bebauten Grundstücken und Maschinen nicht durch ein Sachverständigengutachten ermittelt wird, bilden die um die Abschreibungen gekürzten Anschaffungs- oder Herstellungswerte -die Restbuchwerte- die Berechnungsgrundlagen für den Sicherungswert, indem ein bestimmter Prozentsatz des Restbuchwertes als Sicherungswert angesetzt wird, der gegebenenfalls um bereits vorhandene Belastungen zu kürzen ist. Liegen die aufgrund dynamischer Analyse ermittelten durchschnittlichen Abschreibungszeiträume über den allgemein üblichen, dann ist die Differenz, die entweder durch genaue Rechnung in Gestalt der vorstehenden Abschreibungsbügel oder näherungsweise durch Schätzung zu bestimmen ist, von dem Restbuchwert ebenfalls zu kürzen; entsprechend können im Verhältnis zum Durchschnitt überhöhte Abschreibungen dem Restbuchwert hinzugefügt werden.

Während die vorstehenden Ausführungen über die Bedeutung der Normalabschreibungen im Rahmen der Ermittlung von Ertragslage und Sicherungswert von Realsicherheiten sowohl für das langfristige wie auch für das kurzfristige Kreditgeschäft gelten, kommt den Normalabschreibungen nur im langfristigen Kreditgeschäft eine nicht zu unterschätzende Bedeutung bei der Festlegung von Kreditlaufzeit und Tilgungshöhe zu. Normalabschreibungen sind, wie bereits dargelegt wurde, ein Äquivalent für die in die Leistungen des Unternehmens eingegangenen Kapitalgüter-

leistungen und bewirken, sofern sie in den Erlösen hereinkommen, eine steuerunschädliche Bindung liquider Mittel in Höhe des Anschaffungs- oder Herstellungswertes im Unternehmen, die nach Ausscheiden der alten Anlagen zu Ersatzbeschaffungen verwendet werden können, wenn die Produktion fortgesetzt werden soll und von Geldwertschwankungen abgesehen wird; ferner muß die Primärinvestition in voller Höhe mit eigenen Mitteln des Unternehmens finanziert worden sein. Werden dagegen zur Finanzierung der Primärinvestition kreditierte Mittel eingesetzt, dann lasten auf den Erträgen der Anlage sowie den Abschreibungen Rückzahlungsverpflichtungen, die bei nicht gebührender Berücksichtigung der steuerlich zulässigen Abschreibungsdauer unter Umständen zu Liquiditätsanspannungen führen können, weil bei zu kurz angesetztem Tilgungszeitraum mit versteuerten Gewinnen getilgt oder umgeschuldet werden muß.

Zur Vermeidung derartiger Härten werden im langfristigen Industriekreditgeschäft die Kreditlaufzeit und die Höhe der Tilgungsraten unter Berücksichtigung der steuerlich zulässigen bzw. der normalen Abschreibungsdauer der durch Kredite mitzufinanzierenden Anlagen bemessen. Die Tilgung dieser Kredite kann dann nach 1 bis 2 Freijahren, die zur finanziellen Entlastung der Anlaufzeit der Anlagen gewährt werden, im allgemeinen in gleich hohen Raten aus den realisierten Abschreibungsgegenwerten erfolgen, so daß eine zusätzliche Belastung der Liquidität nicht auftreten dürfte. Dies ist nur der Fall, wenn die Abschreibungen nicht verdient werden oder die Gegenwerte von Abschreibungsraten der Tilgungsfreijahre z.B. zur Finanzierung von Grundstückskäufen oder von Beteiligungen eingesetzt werden, weil dann eine nicht mit gleicher oder annähernd gleicher Restnutzungsdauer versehene Investition vorgenommen wird, deren anfallende Abschreibungsgegenwerte zur Tilgung eingesetzt werden können. Sofern in einem derartigen Falle nicht andere Abschreibungsgegenwerte oder verdiente Mittel zur Tilgung verwendet werden können, ist eine Anspannung der Liquidität im allgemeinen nicht zu vermeiden. 5)

Der hierzu von M e l l e r o w i c z - J o n a s vertretenen Ansicht, daß Investitionskredite nur aus dem Reingewinn, nicht aber aus Abschreibungsgegenwerten getilgt werden können, da diese für Ersatzbeschaffungen benötigt werden und es daher grundsätzlich nicht richtig ist, "Abschreibungsbeträge zur Tilgung von Investitionskrediten heranzuziehen" ⁶⁾, kann nicht ganz gefolgt werden. Investitionskredite bilden bei rein geldmäßiger, bilanzieller Betrachtung im Jahre der Gewährung die Mittelherkunftsposition für einen Teil der Anlagenzugänge, die dann in den folgenden Jahren entsprechend ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben werden. Die kontinuierlich anfallenden Abschreibungsgegenwerte können akkumuliert und später zur Ersatzbeschaffung eingesetzt oder, da sie zu einer Erhöhung der Liquidität führen, unter anderem zu Kredittilgungen verwendet werden, was nach der Terminologie von J o n a s eine "Tilgung des Kredits aus ... Kontraktion" ⁷⁾ darstellen würde.

Hierzu ist zu präzisieren, daß diese bei rein nominaler Betrachtung feststellbare Kontraktion lediglich zu der Wiederherstellung eines vor der Kreditgewährung bestehenden Bilanzbildes führen kann, da durch die Tilgungen nur eine frühere Expansion kontinuierlich abgebaut wird. Selbst unter der Annahme, daß die Abschreibungsgegenwerte in voller Höhe zu Tilgungen verwendet werden, besteht zwischen der bei rein nominaler Betrachtung gegebenen völligen Gleichheit der Bilanzsummen bei Berücksichtigung der realen Gütersphäre insofern ein beträchtlicher Unterschied, als daß ein effektiver Vermögenszuwachs vorliegt, der sich lediglich nominal infolge Vollausschreibung der Investition nicht auswirken kann.

Daher erscheint es durchaus vertretbar, Abschreibungsgegenwerte -sofern eine derartige Zuordnung durchführbar ist- zu Kredittilgungen einzusetzen, zumal Ersatzbeschaffungen im allgemeinen

⁵⁾Vgl. B. H a r t m a n n : Die heutige Finanzierungsfunktion der Abschreibung in der Praxis. Die Wirtschaftsprüfung, Jahrgang 11 1958, S. 88

⁶⁾K. M e l l e r o w i c z - H. J o n a s : Bestimmungsfaktoren der Kreditfähigkeit, Berlin 1954, S. 34

⁷⁾Heinrich H. J o n a s : Grenzen der Kreditfinanzierung. Wiesbaden 1960, S. 277

erst geraume Zeit nach der Vollabschreibung der Anlagen fällig werden; die in diesem Zeitraum anfallenden Gegenwerte kalkulatorischer Abschreibungen können dann in Verbindung mit den Erträgen der Anlage zu der Ersatzbeschaffung eingesetzt werden.

Die in diesem Zusammenhang anzuführende Aufgabenstellung für die dynamische Analyse besteht darin, die aus den jeweiligen Investitionen resultierenden Veränderungen der für die folgenden Jahre sich ergebenden steuerunschädlichen Erlösbindungsmöglichkeiten durch Abschreibungen ersichtlich zu machen, um unter Umständen dem Kreditnehmer gewisse Investitionsbeschränkungen zwecks Sicherstellung der Tilgungen auferlegen zu können, sofern das eigene Engagement aufgrund seines Volumens ein derartiges Vorgehen erforderlich erscheinen läßt. Ferner können die dadurch gewonnenen Übersichten über die künftigen steuerunschädlichen Einnahmen von Abschreibungsgegenwerten wertvolle Unterlagen für Tilgungsvereinbarungen und -neuregelungen sein.

b) Die Aufgabenstellung hinsichtlich der Sonderabschreibungen

Wurde bezüglich der Normalabschreibungen die Zielsetzung der dynamischen Analyse der Abschreibungspolitik als überwiegend auf die Überprüfung der Abschreibungen auf ihre Angemessenheit im Hinblick auf die steuerlichen Möglichkeiten und Erfordernisse gerichtet bezeichnet, so ist die Aufgabe der Analyse hinsichtlich der Sonderabschreibungen in der Ermittlung der effektiven Mehrabschreibungen in den ersten Jahren nach Inanspruchnahme der Begünstigung und der Minderabschreibungen in den Folgejahren zu sehen. Hierbei ist als effektive Mehr- oder Minderabschreibung die Differenz zwischen der jeweiligen Sonderabschreibung und der nächstgünstigen, allgemein zulässigen Abschreibung anzusehen. Auf die Betriebsindividualität kann dabei jedoch insofern Rücksicht genommen werden, als daß unter Umständen die Differenz zwischen der Sonderabschreibung und der von dem Unternehmen generell angewendeten Normalabschreibung als effektive

Mehrabschreibung bezeichnet werden kann, allerdings unter der Voraussetzung, daß sich die Abschreibungsdauer im normalen Rahmen hält. Oftmals wird in der Praxis -in Anlehnung an die gesetzlichen Vorschriften bezüglich der für einige Jahre voll zulässigen linearen Abschreibungen und der anschließenden Verteilung des Restwertes auf die Restnutzungsdauer sowie aus Gründen der rechentechnischen Vereinfachung- auch bei AV-Positionen, bei denen die degressive Abschreibung generell zulässig ist, die volle lineare Abschreibungsrate als Ermittlungsbasis für die effektiven Mehrabschreibungen verwendet - nicht zuletzt wohl auch deswegen, weil die degressive Abschreibung in der Praxis häufig als staatliche Finanzierungshilfe und nicht als Äquivalent für am Anlagevermögen eingetretene Wertminderungen angesehen wird. ⁸⁾ Wenn die degressive Abschreibung ein derartiges Äquivalent darstellt, wie in Jahren guter Ertragslage allgemein behauptet wird, dann ist sie es auch in Jahren schlechter Ertragslage mit der Folgerung, daß die Zugänge dieser Jahre ebenfalls degressiv abgeschrieben werden müssen, wenn nicht gegen zwingende Normen des Handels- und Steuerrechts verstoßen werden soll, was aber augenscheinlich in Jahren unbefriedigender Ertragslage sowie negativer Ertragsaussichten teilweise festzustellen ist - oder sollte bei den Zugängen dieser Jahre die lineare Abschreibungsmethode zufällig die angemessene Aufwandsverteilungsart sein? Daher ist der Ermittlung effektiver Mehrabschreibungen auf der Vergleichsbasis linearer Abschreibungen eine gewisse Berechtigung zuzuerkennen.

Die Ermittlung der Mehrabschreibungen kann entweder in Anlehnung an die vorstehenden Tabellen oder unter Verwendung der nachstehend wiedergegebenen Tabelle erfolgen, die von dem Verfasser in Verbindung mit der Geschäftsleitung der Berliner Industriebank AG, dem Berliner Hauptleihinstitut für Mittel aus dem ERP-Sondervermögen, entwickelt wurde.

⁸⁾ Vgl. Erich Thiele: Kurz- und mittelfristige Finanzierung, a.a.O., S. 39

Nachweis der stillen Rücklagen aus Mehrabschreibungen gem. § 16 BHG

Anlagevermögens-
Position:

Durchschnittliche
Abschreibungsdauer:

Jahr	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
	Zu- gang	Sonder- abschr.	Mehr- abschr.	Auflösung der stillen Rücklage						
1959										
1960										
1961										
1962										
1963										
1964										
1965										
1966										

Stille Rücklage:

In diese Tabelle, die für jede wichtige AV-Position gesondert zu erstellen ist, wird als durchschnittliche Abschreibungsdauer die von dem Kreditnehmer angegebene oder die branchenübliche Abschreibungsdauer eingesetzt, die dann die Ermittlungsgrundlage für die meist auf linearer Vergleichsbasis erfolgende Berechnung der Mehrabschreibungen und deren Auflösungen bildet.

Die Ergebnisse dienen der Ermittlung der Ertragslage, des im Unternehmen arbeitenden Kapitals und des Sicherungswertes der angebotenen Realsicherheiten, da bei Nichtberücksichtigung der Mehrabschreibungen in Höhe der Differenz zwischen der gemäß § 16 BHG zulässigen Abschreibung von 75% und der jeweiligen Normalabschreibung völlig entstellte Zahlen der Kreditfähigkeitsprüfung und -überwachung zugrunde gelegt werden würden.

Zur Ermittlung der Ertragslage eines potentiellen Kreditnehmers sowie bei der Überwachung laufender Engagements anhand von Jahres-, Halbjahres-, Quartals- oder Monatsbilanzen ist es erforderlich, das ausgewiesene Ergebnis um die anhand der Tabelle ermittelten Mehr- oder Minderabschreibungen statistisch zu korrigieren. Hierbei kann es sich herausstellen, daß eine ausgewiesene Rentabilitätssteigerung gar nicht vorliegt, sondern daß infolge der innerhalb gewisser Grenzen gegebenen Konstanz der Summe von Gewinn und Abschreibungen lediglich die Abschreibungslücken zu einem höheren Gewinnausweis führen; es ist sogar möglich, daß dadurch eine effektive Rentabilitätsverschlechterung überkompensiert wird.

Da es sich bei den durch Sonderabschreibungen in steuerlich abzugsfähige Betriebsausgaben transformierten Gewinnen um tatsächlich erwirtschaftete Gewinne handelt -sofern die Sonderabschreibungen in dem betreffenden Jahr voll verdient wurden-sind die anhand der Tabelle errechneten Mehrabschreibungen einmal dem Anlagevermögen und zum anderen dem ausgewiesenen Kapital statistisch hinzuzufügen, um das jeweils im Unternehmen arbeitende Kapital zu ermitteln (soweit dies bei externen Analysen überhaupt möglich ist). Bei einer Wertung dieses "temporären Kapitals" in Form der Mehrabschreibungen ist zu berücksichtigen, daß es einen "Sonderposten mit Rücklagenanteil" darstellt, dem bei seiner kontinuierlichen Auflösung die Steuerpflichtigkeit noch anhaftet, so daß nur der um rechnerisch ermittelte Ertragsteuern gekürzte Betrag als "temporäres Eigenkapital" bezeichnet werden kann. Von den errechneten künftigen Steuern kann im Falle einer Steuersenkung oder bei Ausschüttung der periodischen Mehrgewinne in Höhe der Abschreibungslücken ein Teilbetrag der ehemals gestundeten Steuern definitiv gespart werden.

Gleich den überhöhten Normalabschreibungen sind die errechneten Mehrabschreibungen den Restbuchwerten der Realsicherheiten zuzuschlagen, da sich anderenfalls bei der Ermittlung von deren

Sicherungswert anhand der z.B. um Sonderabschreibungen gemäß § 16 BHG in Höhe von 75% gekürzten Restbuchwerte nur ein Bruchteil des normalen Sicherungswertes ergeben würde; dies gilt insbesondere für gewerbliche Bauten, bei denen nach § 16 BHG ebenfalls 75% des Anschaffungs- oder Herstellungsaufwandes auch schon auf Anzahlungen und Teilherstellungskosten abgeschrieben werden können.

Die bei der Erörterung der Bedeutung der dynamischen Analyse hinsichtlich der Normalabschreibungen dargelegte Bemessung von Kreditlaufzeit und Tilgungsraten in Anlehnung an die steuerlich zulässige bzw. allgemein übliche Abschreibungsdauer der durch Kredite mitfinanzierten Anlagen gilt im allgemeinen auch entsprechend, wenn der Kreditnehmer zur Vornahme von Sonderabschreibungen berechtigt ist. Durch die Ausnutzung der Berechtigung können die den "Tilgungsfonds" darstellenden, etwa der Laufzeit des Kredits zeitlich parallel zu berechnenden Normalabschreibungen antizipiert und deren Gegerwerte mit den bereits behandelten Konsequenzen reinvestiert werden. Um daraus möglicherweise resultierenden Tilgungsschwierigkeiten vorzubeugen, war zeitweise in die Kreditzusagen ein Passus aufgenommen worden, demzufolge der Kreditgeber zur Anforderung höherer Tilgungen berechtigt ist, wenn der Kreditnehmer Sonderabschreibungen auf die mitfinanzierten Anlagen vornimmt. Nach anfänglicher Ausnutzung dieses Vorbehalts wurde nach Vorliegen von Erfahrungen, daß die Reinvestitionen überwiegend in Anlagen mit gleicher oder ähnlicher Abschreibungsdauer vorgenommen wurden, sowie unter weiterer Berücksichtigung der Tatsache, daß Sonderabschreibungen im allgemeinen nur von rentablen Unternehmen angesetzt werden, die unter Umständen die Tilgungen auch mit versteuerten Gewinnen durchführen können, von weiteren Einforderungen abgesehen.

Aus diesen Gründen besteht die Aufgabe der dynamischen Analyse bei derartigen Fällen überwiegend in der Überwachung der künftigen steuerunschädlichen Erlösbindungsmöglichkeiten durch Abschreibungen.

IV. Kritische Würdigung der Sonderabschreibungen

Den durch Sonderabschreibungen den Berechtigten zugestandenen Vorteilen, die im wesentlichen in Finanzierungserleichterungen mittels Staatskrediten in Höhe der verlagerten Steuern bestehen, stehen naturgemäß auch Nachteile gegenüber, die weniger die Begünstigten als vielmehr die Allgemeinheit betreffen. Darüber hinaus können Sonderabschreibungen zu nicht den Intentionen des Gesetzgebers entsprechenden unternehmenspolitischen Zwecken ausgenutzt werden.

a) Wirkungen und Auswirkungen der Sonderabschreibungen

Das bei einer abwägenden Betrachtung der Sonderabschreibungen hervortretende primäre positive Moment ist deren steuerunschädliche Erlösbindungs- und damit Finanzierungsfunktion in Höhe der auf den Differenzbetrag zur steuerlich generell zulässigen nächstgünstigen Abschreibung anderenfalls anzusetzenden Ertragsteuern. Diese Finanzierungsfunktion wurde bereits als Ursache für die Gewährung von Sonderabschreibungsmöglichkeiten genannt, von denen insbesondere die §§ 7a und e EStG zum Wiederaufbau gerade kleinerer Existenzen hervorragend beigetragen haben ⁹⁾; das gleiche dürfte sinngemäß für die Zonenrand- und BHG-Abschreibungen gelten, wenngleich die letzteren infolge ihrer betragsmäßigen Uneingeschränktheit für die Großindustrie ebenfalls sehr interessant sind, was auch für die Bergbau-Abschreibungen gem. § 81 EStDV zutreffen dürfte.

Die Bedeutung der Finanzierungsfunktion der materiell bisher wirkungsvollsten Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG kommt in den vorstehenden Analysen der fünf IHG-berechtigten Unternehmen klar zum Ausdruck. In der folgenden Tabelle sind der besseren Vergleichbarkeit wegen die effektiven Finanzierungsanteile der IHG-Abschreibungen an den bis zum letzten IHG-Abschreibungsansatz durchgeführten Brutto-Investitionen in Maschinen, Fabrik-

⁹⁾ Vgl. Bruns, *Finanzierung*: Kurz- und mittelfristige Finanzierung, 2. Aufl., S. 38

gebäuden, im Bau befindlichen Anlagen und Anzahlungen auf der Vergleichsbasis sowohl linearer als auch degressiver Abschreibungen bei den Zugängen an Maschinen zusammengefaßt dargestellt:

Unternehmen	Stichtag	Gesamt- ausnutzung	Finanzierungsanteil der IHG-Abschreibungen an den Brutto-Investitionen	
			lineare Vergleichs- basis	degressive Vergleichs- basis
Dortmund-Hörder Hüttenunion AG	30.9.56	61,6%	28,2%	15,0%
Gußstahlwerk Witten AG	30.9.56	74,6%	27,4%	20,4%
Phoenix-Rheinrohr AG	30.9.56	82,7%	38,1%	27,8%
August Thyssen- Hütte AG	30.9.57	86,2%	27,1%	9,4%
Klöckner-Werke AG	30.6.56	77,6%	38,6%	25,4%

Trotz der unterschiedlichen, zwischen rd. 62 und 86% liegenden Ausnutzung der IHG-Abschreibungsmöglichkeiten, deren effektive Ausnutzung teilweise höher anzusetzen sein dürfte, da die IHG-Abschreibungen mangels Kenntnis der in den Zugängen enthaltenen nicht IHG-abschreibungsfähigen Anlagen auf die gesamten Zugänge bezogen werden mußten, ist den durch IHG-Abschreibungen gebundenen Erlösteilen nach Vornahme der letzten Sonderabschreibung eine wesentliche finanzwirtschaftliche Bedeutung beizumessen. Während auf der Vergleichsbasis linearer Abschreibungen bei der DHH, dem Gußstahlwerk Witten und der ATH ein recht übereinstimmender Finanzierungsanteil von 27 - 28% festzustellen ist, liegen die bei Phoenix-Rheinrohr und Klöckner ersichtlichen Prozentsätze mit rd. 38% recht beträchtlich darüber, und zwar infolge der von beiden Unternehmen im Geschäftsjahr 1955/56 in größerem Umfange vorgenommenen Abschreibungen auf Anzahlungen

und Teilherstellungskosten, die auch die Ursache für die auf degressiver Vergleichsbasis ebenfalls bedeutend höheren Anteile sind. Der bei der ATH auf degressiver Vergleichsbasis ermittelte Finanzierungsanteil von nur rd. 9,4% erklärt sich aus der Abschreibung von Zugängen vergangener Jahre, bei denen infolge anderenfalls zulässig gewesener degressiver Abschreibungen der effektive Finanzierungsanteil bei deren Ansatz als Vergleichsbasis entsprechend zurückgehen mußte.

Der aufgrund der Gewährung der IHG-Abschreibungen erwartete Wiederaufbau der Grundstoffindustrie zwecks einer gleichgewichtigen Wirtschaftsentwicklung ist offensichtlich erreicht worden, wie z.B. aus der während des Begünstigungszeitraums nicht unerheblich gestiegenen Rohstahlerzeugung zu erkennen ist.

In der Weiterverarbeitung wurden die Erwartungen zum Teil sogar übertroffen, denn gegen Ende des Begünstigungszeitraums wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, daß es wegen der Ausnutzung der IHG-Abschreibungsmöglichkeiten auf Anzahlungen und Teilherstellungskosten unter Umständen zu einer Überkapazität in Breitbandwalzwerken kommen könnte. Diese Befürchtungen waren im Hinblick auf die in den Jahren 1955/56 bis 1959/60 gedrückte Absatzlage nicht ganz unbegründet und wurden erst 1960 infolge des Konjunkturanstiegs gegenstandslos.

Wenngleich der seitens des Gesetzgebers volkswirtschaftlich als primär angesehenen Finanzierungsfunktion Rechnung getragen wird, muß die Finanzierung der angestrebten Kapazitätserweiterungen durch einbehaltene Gewinne und Staatskredite anstelle externen Kapitals als ein starkes negatives Moment der Sonderabschreibungen bezeichnet werden, und zwar nicht zuletzt deswegen, weil der Gesetzgeber die Grundstoffindustrie zwecks Realisierung der IHG-Abschreibungen durch § 37 IHG von der bis dahin für sie bestehenden Preisbindung befreit hat, wodurch ihr mittels entsprechender Preisstellung die Hereinholung der durch Sonderabschreibungen zu bindenden Erlöse ermöglicht wurde. Zur Ermittlung daraus resultierender potentieller Einflüsse der Sonderab-

schreibungen auf die Preisentwicklung werden in der nachstehenden Tabelle die durch IHG-Abschreibungen vorgenommenen Erlösbindungen der 5 IHG-berechtigten Unternehmen der Preisentwicklung von Stabstahl in Thomasqualität gegenübergestellt:¹⁰⁾

Listengrundpreise Stabstahl in Thomasqualität		Abschreibungen gem. § 36 IHG in DM/t Rohstahl					
gültig ab	DM/t	Jahr	DHH	Guß Witten	Phoenix	ATH	Klöß- ner
1.11.1951	338,25	1951/52					
10. 4.1952	390,50						
25. 8.1952	410,--		18,75	42,74	22,66		21,37
20. 5.1953	403,--	1952/53					
23. 7.1953	383,--		9,76	40,44	56,37		21,92
1. 2.1954	373,43	1953/54					
20. 9.1954	383,--		17,11	22,36	17,96	13,11	18,47
1. 6.1955	392,--	1954/55	12,47	31,35	29,19	39,02	27,49
		1955/56	-,82	6,32	26,36	37,24	27,64
19.10.1956	416,--	1956/57				36,24	

Aus der Tabelle ist der relativ starke Preisanstieg in der Zeit vom 1.11.51 bis zum 25.8.52 von DM/t 338,25 bis auf DM/t 410,-- zu ersehen, der zu einem nicht unwesentlichen Teil auf die Sonderabschreibungsmöglichkeit des § 36 IHG zurückzuführen sein dürfte.

Die bei der Gußstahlwerk Witten AG erfolgte Realisierung von Sonderabschreibungen in Höhe von rd. 10% des Stabstahlpreises wäre wohl ohne die relativ schnell aufeinanderfolgenden Preisanhebungen kaum möglich gewesen, wenngleich zu berücksichtigen

¹⁰⁾Vgl. Erich Thieß : Die Abschreibungspolitik in der eisen-schaffenden-Industrie ... a.a.O., S. 448

Hans-Günther S o h l : Zur Erhöhung der deutschen Eisen- und Stahlpreise. Stahl und Eisen, 76. Jahrgang 1956, S. 1523

ist, daß bei diesen Unternehmen die Wiederaufbauarbeit zu einem beachtlichen Teil schon geleistet war und die Durchschnittserlöse pro t Rohstahl infolge höherer Qualität erheblich über den in der Tabelle aufgeführten Preisen lagen. Diese Feststellungen bezüglich der Preisanhebungen treffen auch für die anderen Unternehmen zu, da die Sonderabschreibungen mit Ausnahme von Spitzenbeträgen in dem jeweiligen Jahresergebnis realisiert werden konnten, zum Teil sogar in Höhe von rd. 10% des Listengrundpreises.

Die Realisierung dieser hohen Sonderabschreibungen erfolgte trotz stufenweiser zwischenzeitlicher Preissenkungen, zu denen B a r i c h bemerkte, daß sie für die Mehrzahl der Gesellschaften voraussichtlich Verluste bringen würden. ¹¹⁾ Die ab 20.9.54 wieder vorgenommenen Preisanhebungen ermöglichten dem Gußstahlwerk Witten, Phoenix-Rheinrohr und Klöckner sowie speziell der ATH die Vornahme und Realisierung hoher Sonderabschreibungen.

Zu den für Klöckner in der Tabelle angesetzten Werten ist zu bemerken, daß sie für 1951/52 und 1954/55 wegen der Rumpfgeschäftsjahre mittels Ansatz von 2/3 und 3/4 der angegebenen Rohstahlerzeugung errechnet wurden, die sich aber abweichend von dem tatsächlichen Geschäftsjahr auf das alte Klöckner-Geschäftsjahr 1.7. - 30.6. des folgenden Jahres beziehen, so daß die Werte bis einschließlich 1954/55 mit Vorbehalten nur vergleichbar sind.

Es lassen sich aus der Stahlpreisentwicklung zweifelsfrei preis erhöhende Einflüsse der IHG-Abschreibungen in einem gewissen Umfange feststellen, da Preisanhebungen zur Realisation der Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG erforderlich waren.

Andererseits sind diesen Sonderabschreibungen preissenkende Einflüsse zuzuordnen, wenn von der Voraussetzung ausgegangen wird, daß die unbedingt erforderlichen Investitionen ohne diese Abschreibungsmöglichkeit des § 36 IHG allein über den Preis hät-

¹¹⁾ Vgl. Karl B a r i c h : Das Problem der Eisenpreise. Stahl und Eisen, 73. Jahrgang 1953, S. 1131

ten finanziert werden müssen, da in diesem Falle bei rd. 70%-iger Ertragbesteuerung das 3,3fache der Sonderabschreibungen hätte zugeschlagen werden müssen.

Bezüglich des etwa bis zum Auslauf der IHG-Bewertungsfreiheit nicht funktionsfähigen Kapitalmarktes führt S c h m ö l d e r s aus, daß diese Schwäche des Kapitalmarktes ebenso Ursache wie Folge der Finanzierung von Investitionen mittels steuerlicher Finanzierungshilfen war. "Volkswirtschaftlich liegt die Problematik der Einbehaltung erzielter Unternehmensgewinne und ihrer Verwendung zu Erweiterungsinvestitionen in drei miteinander eng verflochtenen Fragenkreisen beschlossen, in der Gefahr von Fehlinvestitionen, in der Austrocknung des Kapitalmarktes, und in der Enteignung der Verbraucher". 12)

Als Folge der Abschreibungsvorgriffe durch Sonderabschreibungen zu Erlösbindungen für Kapazitätserweiterungen ergeben sich für die Folgezeit erhebliche Schwierigkeiten bei der Finanzierung des entsprechend gestiegenen Ersatzinvestitionsbedarfs. Wenn die einmal erreichte Kapazität auf ihrem höchsten Stande gehalten werden soll, ist es erforderlich, die Ersatzinvestitionen entweder durch Aufnahme neuen Kapitals zu finanzieren oder durch gesteigerte Innenfinanzierung die erforderlichen Mittel zu beschaffen oder als dritte Möglichkeit, die Beibehaltung des Abschreibungsverfahrens zu erreichen versuchen. Im Hinblick auf diese letzte Möglichkeit schreibt H a x :

"Das ist auch der Grund, warum die Unternehmer so heftig darum kämpfen, daß erhöhte Abschreibungen, die ihnen einmal bewilligt wurden, auch in der Zukunft zugelassen werden. Das erfolgt allerdings zwecks Täuschung der übrigen Steuerpflichtigen vielfach unter anderem Namen und in geänderter Form. Staat und Unternehmer sind aber hier in einer Zwangslage, wenn sie die erzielte Steigerung der Produktionsmöglichkeit nicht wieder rückgängig machen wollen." 13)

Inwieweit derartige Überlegungen bei der steuerlichen Anerkennung der degressiven Abschreibung Berücksichtigung fanden, ist nicht feststellbar. Festzustellen ist dagegen die Tatsache, daß durch die degressive Abschreibung der folgenden Investitionen ein langsames Absinken der Perioden- und auch der Totalkapazität und ein langfristig höherer Stand der Perioden- und Totalkapazität als bei deren linearer Abschreibung gegeben ist; in dem nachstehenden Exkurs über den Kapazitätseffekt von Sonderabschreibungen sind hierzu Beispiele enthalten.

Die teilweise heftigen Angriffe gegen die Senkungen der degressiven Höchstsätze in den Jahren 1958 und 1960 sowie die in den letzten Jahren verstärkt zu beobachtende Emissionstätigkeit ehemals IHG-berechtigter Unternehmen -einschließlich der Mehrzahl der vorstehend analysierten Gesellschaften- können als Bestätigungen dieser Ausführungen von H a x angesehen werden. Allerdings dürfte es sich bei den durch diese Emissionen mitzufinanzierenden Anlagen weniger um Ersatzinvestitionen mittels IHG-Abschreibungsgegenwerten finanzierter Anlagen als vielmehr um Erweiterungsinvestitionen handeln, die wohl nicht zuletzt deswegen vorgenommen wurden und/oder vorgenommen werden mußten, um die nunmehr verstärkt einsetzenden Abschreibungslücken infolge der IHG-Abschreibungsvorgriffe ausgleichen und damit die Möglichkeiten steuerunschädlicher Erlösbindungen im Rahmen der jeweiligen Ertragslage und auch Ertragserwartungen voll ausschöpfen zu können. Auf die ab 1961 bzw. 1962 bei der ATH und bei Phoenix-Rheinrohr sowie insbesondere bei Klöckner sehr hohen Anlagenzugänge kann in diesem Zusammenhang als Beispiele hingewiesen werden.

12) Günter S c h m ö l d e r s : Volkswirtschaftliche Probleme der sogenannten Selbstfinanzierung. In:
Günter S c h m ö l d e r s und
Heinrich R i t t e r s h a u s e n : a.a.O., S. 16

13) Karl H a x : Die Bedeutung der betrieblichen Abschreibungs- und Investitionspolitik für das wirtschaftliche Wachstum der modernen Industriestaaten. a.a.O., S. 255

b) Unternehmenspolitische Ausnutzung von Sonderabschreibungen

Im Rahmen der Darstellung der Abschreibungspolitik der analysierten IHG-abschreibungsberechtigten Unternehmen wurde hinsichtlich der verschiedentlich vorgeschriebenen Auflösungen offener Rücklagen zur "Deckung des nicht erwirtschafteten Teils der Sonderabschreibungen gemäß § 36 Investitionshilfegesetz" ¹⁴⁾ bemerkt, daß lediglich eine Transformation offener in verdeckte Rücklagen durchgeführt wurde; das ist nunmehr zu begründen.

Bei der Aufgliederung der ehemaligen Vereinigte Stahlwerke AG und anderer Montankonzerne, wie z.B. der Klöckner-Werke AG, wurde das den einzelnen Nachfolgesellschaften zugewiesene Sachanlagevermögen von den Stahltreuhändern vollkommen neu und nach einheitlichen Gesichtspunkten bewertet. ¹⁵⁾ Die dadurch reaktivierten übermäßigen Abschreibungen früherer Jahre führten zu einer starken Erhöhung der ausgewiesenen Anlagenbuchwerte und dadurch zum Teil zu einer Erhöhung des Grundkapitals der entflochtenen Gesellschaften im Vergleich zu dem des früheren Konzerns sowie zu einem noch etwas größeren Teil zu der Dotierung freier Rücklagen. Es wurden also die verdeckten Rücklagen durch die Entflechtung offengelegt - ein für eine auf verdeckte Thesaurierung von Gewinnen gerichtete Unternehmenspolitik wenig erfreulicher Vorgang insbesondere für Gesellschaften, die von einem oder einigen Großaktionären beherrscht werden.

Zur Reduzierung der durch die Entflechtung unerwünscht hoch ausgewiesenen Rücklagen auf einen als erträglich angesehenen Betrag wurden daher die vom Gesetzgeber gewährten Sonderabschreibungsmöglichkeiten des § 36 IHG herangezogen, die aus 2 Gründen wie dafür prädestiniert zu bezeichnen sind: zum einen durch die Höhe der Sonderabschreibungen von 50% bzw. 30% in Verbindung mit der Bewertungsfreiheit von Anzahlungen und Teil-

¹⁴⁾ August Thyssen-Hütte AG, Geschäftsbericht 1954/55, S. 51

¹⁵⁾ Vgl. Die Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, Übersicht der Stahltreuhändervereinigung, München und Berlin 1954, S. 222 ff.

herstellungskosten und zum anderen wegen der allgemein bestehenden Unwissenheit des Klein- oder Einzelaktionärs in steuerrechtlichen Angelegenheiten.

Die durch § 36 IHG gegebenen Möglichkeiten der Transformation offener in verdeckte Rücklagen bestehen darin, daß durch deren übermäßigen Ansatz über die Höhe der realisierten Erlösbindung hinaus durch Abschreibungen z.B. auf Anzahlungen und Teilerstellungskosten in der Handelsbilanz ein Verlust ausgewiesen wird, der entweder in demselben oder dem darauf folgenden Jahr durch eine Entnahme aus der Anderen Rücklage oder sonstigen freien Rücklagen buchmäßig ausgeglichen wird. Hierfür wurden von den Nachfolgegesellschaften der Vereinigte Stahlwerke AG folgende Begründungen in den Geschäftsberichten gegeben:

Dortmund-Hörder Hüttenunion AG: 16)

"Um die steuerlichen Möglichkeiten des Investitionshilfegesetzes auszunutzen, haben wir auch für das Geschäftsjahr 1954/55 Sonderabschreibungen gemäß § 36 IHG vorgenommen in Höhe von DM 31 541 269,-

Entnahme freier Rücklagen zur Ausnutzung der Sonderabschreibungsmöglichkeiten gemäß § 36 IHG DM 31 449 372,25"

August Thyssen-Hütte AG: 17)

"Die Vereinnahmung aus den Anderen Rücklagen in Höhe von DL 17 549 000 erfolgte -wie bereits erwähnt- zur Deckung des nicht erwirtschafteten Teils der Sonderabschreibungen gemäß § 36 Investitionshilfegesetz."

Hüttenwerke Phoenix AG: 18)

"Eine Korrektur der stillen Rücklagenbildung durch Ausnutzung des § 36 IHG für Sonderabschreibungen nahmen wir durch eine Auflösung der Anderen Rücklagen mit einem Teilbetrag von Dm 63 893 000 zugunsten des Ergebnisses vor."

Rheinische Röhrenwerke AG: 19)

"Im Berichtsjahr wurde aus der Anderen Rücklage im Zusammenhang mit der Erhöhung der steuerbegünstigten Besonderen Rücklage (Abschreibung nach § 36 IHG) ein Teilbetrag von rd. Dm 6,1 Millionen entnommen."

Die Klöckner-Werke AG, eine der Nachfolgesellschaften des ehemaligen Klöckner-Konzerns, motivieren die Rücklagenentnahmen in ihren Geschäftsberichten wie folgt: 20) 21)

"Die Andere Rücklage ... hat ... sich um die der Ergebnisrechnung zugeführten 9 550 000,- DM verringert. Dieser Vereinnahmung in der Gewinn- und Verlustrechnung stehen die bei den verbundenen Gesellschaften vorgenommenen Sonderabschreibungen nach § 36 IHG und neu gebildete Wertberichtigungen nach § 7c EStG mit insgesamt 34 423 506,40 DM ... u.a. gegenüber."

"Die A n d e r e R ü c k l a g e hat sich gegenüber dem Vorjahr um 37 Mill. DM auf 93 Mill. DM verringert. Dieser Auflösung der Rücklage ... stehen die Sonderabschreibungen nach § 36 IHG und nach § 7c EStG neu gebildete Wertberichtigungen mit zusammen rd. 52,8 Mill. DM gegenüber."

In der Steuerbilanz wurden diese handelsbilanziellen Verluste durch übermäßig angesetzte Erlösbindungspositionen in den folgenden Jahren durch Erträge getilgt, d.h. die angesetzten Erlösbindungen wurden -wenn auch teilweise mit zeitlicher Verzögerung- voll und ganz verdient. Einer Dotierung der Rücklagen mit den zum Ausgleich dieser Verluste entnommenen Beträgen hätte nichts entgegengestanden, da diese Beträge steuerunschädlich vereinnahmt werden konnten und auch wurden - außer der auf Bildung verdeckter Rücklagen gerichteten Unternehmenspolitik.

Die Höhe der durch diese Manipulationen umgewandelten offenen in verdeckte Rücklagen beziffert sich bei der

Dortmund-Rörder Hüttenunion AG	auf	rd. 46,6 Mio DM
Gußstahlwerk Witten AG	auf	rd. 4,1 Mio DM
Phoenix-Rheinrohr AG	auf	rd. 77,2 Mio DM
August Thyssen-Hütte AG	auf	rd. 51,9 Mio DM
Klöckner-Werke AG	auf	rd. 60,0 Mio DM

16) Geschäftsbericht 1954/55, S. 39

17) Geschäftsbericht 1954/55, S. 51

18) Geschäftsbericht 1952/53, S. 56

19) Geschäftsbericht 1953/54, S. 34

20) Geschäftsbericht 1954/55, S. 20

21) Geschäftsbericht 1955/56, S. 21

Wenn dann z.B. von der DHH in dem Geschäftsbericht 1960/61 auf S. 24 ausgeführt wird, daß den Anderen Rücklagen wegen der nicht verdienten Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG in Höhe von rd. 46 Mio DM ein Betrag von rd. 13 Mio DM zugeführt wurde, dann erscheint der Grund dieser Darlegungen fraglich, da durch mehrmalige Hinweise auf nicht verdiente Sonderabschreibungen die Unrichtigkeit dieser Ausführungen nicht aufgehoben wird. Sollten dagegen die Sonderabschreibungen diesen Ausführungen entsprechend -mittels des steuerbilanziellen Verlustvortrages- infolge schlechter Ertragslage nicht realisiert worden sein, dann konnten steuerunschädliche Erlösbindungen in dieser Höhe nicht vorgenommen werden und dem Vorstand, der die Sonderabschreibungen angesetzt hatte, hätte keine Entlastung erteilt werden können; er wäre vielmehr schadensersatzpflichtig.

Eine anderen unternehmenspolitischen Zielsetzungen dienende Ausnutzung der Sonderabschreibungen als Vorwand für Rücklagenauflösungen ist im Bereich des Klöckner-Konzerns ersichtlich.

Nachdem die Nordwestdeutsche Hütten- und Bergwerksverein AG (ab 1953/54 wieder Klöckner-Werke AG) im Geschäftsjahr 1952/53 die Aktienmehrheit der ebenfalls aus dem alten Klöckner-Konzern ausgegliederten Bergbau Königsborn-Werne AG von einer Bank erworben und durch Zukäufe auf rd. 52,7% des Grundkapitals von 45 Mio DM gebracht hatte ²²⁾, wurde zwischen diesen beiden Gesellschaften mit Wirkung ab 1.7.54 ein Organ- und Gewinn- und Verlustausschließungsvertrag abgeschlossen ²³⁾ -augenscheinlich als erste Stufe im Hinblick auf das Endziel der späteren Eingliederung in die Klöckner-Werke AG. Diese Annahme stützt sich einmal auf den mit Wirkung ab 1.7.62 abgeschlossenen Vertrag über die Verpachtung der Bergwerksanlagen an die Klöckner-Werke AG ²⁴⁾ und zum anderen auf die nachstehend wiedergegebenen, ab 1954 kontinuierlich vorgenommenen Auflösungen von offenen Rücklagen bei der Klöckner Bergbau Königsborn-Werne AG.

²²⁾Vgl. Nordwestdeutscher Hütten- und Bergwerksverein AG, Geschäftsbericht 1952/53, S. 14

²³⁾Vgl. Klöckner-Werke AG, Geschäftsbericht 1953/54, S. 11

²⁴⁾Vgl. Klöckner-Werke AG, Geschäftsbericht 1961/62, S. 24

Auflösungen

Geschäftsjahr	Andere Rücklage I	Andere Rücklage II
	TDM	TDM
1953/54	-	6.500
54/55	-	5.000
55/56	-	6.500
56/57	5.500	2.000
57/58	8.500	-
58/59	5.000	-
59/60	2.200	-
60/61	1.500	-
61/62	1.500	-
62/63	1.500	-
	<u>25.700</u>	<u>20.000</u>
	=====	=====

Durch diese Auflösungen wurde die Andere Rücklage II vollständig und die Andere Rücklage I bis auf 4,3 Mio DM aufgelöst. Diese Auflösungen wurden begründet: 25) 26) 27)

"... sowie zur Ermöglichung der Abschreibungen nach § 36 IHG und der Abwertung der neu gegebenen 7c-Darlehn ... "

"... wobei wir demgegenüber auf die sehr viel höheren nicht verbrauchsbedingten Sonderabschreibungen verweisen."

"... und zur Vornahme von Sonderabschreibungen ..."

Für die übrigen Jahre wurden keine weiteren Begründungen gegeben bzw. wurde auf die Entnahme des steuerlich nicht abzugsfähigen Teils der LAG-Vermögensabgabe hingewiesen.

Hier drängt sich unwillkürlich die Frage auf, wann nun die noch außenstehenden Aktionäre zum Bilanzkurs der Königsborn-Werne-Aktien durch Ankauf oder Tausch gegen Klöckner-Aktien abgefunden werden sollen.

25) Geschäftsbericht 1954/55, S. 93

26) Geschäftsbericht 1955/56, S. 89

27) Geschäftsbericht 1956/57, S. 93

Exkurs: Der Kapazitätseffekt von Sonderabschreibungen

Zur Veranschaulichung der durch Reinvestition liquider Mittel in Höhe von Sonder- und Normalabschreibungen erreichbaren Kapazitätserweiterung, die z.B. das Ziel der Gewährung der Sonderabschreibungsmöglichkeiten des § 36 EHG war, werden im folgenden einige modellmäßige Kapazitätsentwicklungen dargestellt. In den Beispielen wird den tatsächlichen Gegebenheiten insoweit Rechnung getragen, als die Sonderabschreibungen mit jeweils 50% angenommen sind, wie sie zur Zeit gem. §§ 79, 81 und 82 EStDV und § 131 AO zulässig sind. Von einer gesonderten Berücksichtigung der Kapazitätsentwicklung bei Inanspruchnahme der Sonderabschreibungsmöglichkeit des § 16 BHG in Höhe von 75% wurde abgesehen, da sie mit Ausnahme der ersten Jahre infolge der vom zweiten Jahr an einsetzenden Verteilung des Restwertes auf die Restnutzungsdauer weitestgehend der Entwicklung bei 50%iger Sonderabschreibung und anschließender voller linearer Abschreibung entspricht.

In dem nachstehenden Beispiel werden die Auswirkungen der Reinvestition liquider Mittel aus verbrauchsbedingten Abschreibungen (Normalabschreibungen) zuzüglich liquider Mittel aus nicht verbrauchsbedingten Abschreibungen (Sonderabschreibungen) auf die Entwicklung einer primär installierten Kapazität dargestellt.

Die Ausgangssituation ist eine Anlage mit fünfjähriger Nutzungsdauer und einem Anschaffungswert von 100.000 Währungseinheiten (WE). Die in dieser Anlage installierte Totalkapazität ²⁸⁾, d.h. die Summe der Leistungen, die die Anlage während ihrer Nutzung in der Zeit überhaupt abgeben kann, sei mit 100.000 Leistungseinheiten angesetzt. Bei der unterstellten Nutzungsdauer von 5 Jahren (Perioden) und kontinuierlicher, der Zeit proportionaler Leistungsfähigkeit beläuft sich die Periodenkapazität, die

²⁸⁾ Die Kapazitätserweiterung durch Reinvestition liquider Mittel aus Abschreibungen. Dissertation, Freie Universität Berlin 1962. Vgl. auch die von L. W. G. S. M. durchgeführte Trennung in Gesamt- und Teil-Total- bzw. Periodenkapazität, die in der Literatur nicht übernommen wurde.

Summe der im Laufe einer Periode möglichen und auch abgegebenen Leistungen, auf ein Fünftel der Totalkapazität, also auf 20.000 Einheiten, die auch Periodeneinheiten (PE) genannt werden können. Entsprechend dieser Abgabe der Kapazität betragen die verbrauchsbedingten kapazitätsverzehrproportionalen Abschreibungen ebenfalls ein Fünftel der Primärinvestition, also 20.000 WE = 20% des Anschaffungswertes.

Neben diesen verbrauchsbedingten Abschreibungen, die an jedem Periodenende in voller Höhe realisiert sind, werden am Ende der ersten 5 Perioden Sonderabschreibungen in Höhe von 50% auf die jeweils zu Periodenbeginn durchgeführte (Re)investition vorgenommen. Da die Sonderabschreibungen keine Kapazitätsverzehr- adäquanz darstellen, muß deren Gegenwert durch Gewinne oder Kredite aufgebracht werden, da der Gegenwert in den Reinvestitionen enthalten ist. Nach Ablauf der Sonderabschreibungsfrist werden nur noch verbrauchsbedingte Abschreibungen vorgenommen.

1. Periode

Entsprechend den obigen Angaben beläuft sich	
der Anschaffungswert der Anlage auf	100.000 WE
die Anfangs-Totalkapazität (am 1.1. = Perio-	
denbeginn = Beginn der Leistungsabgabe) beträgt	100.000 PE
Nach Abgabe der Periodenkapazität von	20.000 PE
stellt sich die End-Totalkapazität (am 31.12. =	
Periodenende) auf	80.000 PE

Der am Periodenende vorhandene Gegenwert der realisierten Normalabschreibungen in Höhe von $1/5 = 20\%$ des Anschaffungswertes = 20.000 WE zuzüglich der andersweitig liquidierten Sonderabschreibungen von $50\% = 50.000$ WE beläuft sich auf 70.000 WE

2. Periode

Nach Reinvestition der angefallenen Abschreibungsgegenwerte in der ersten Anlage vollkommen gleichen Aggregaten, die auch für den kleinsten WE-Betrag beschafft werden können, stellt sich die Anfangs-Totalkapazität auf

Rest-Totalkapazität der 1. Anlage	= 80.000 PE	
+ Totalkapazität der 2. Anlage	= <u>70.000 PE</u>	150.000 PE

Die Periodenkapazität beträgt

Periodenkapazität der 1. Anlage	= 20.000 PE	
+ Periodenkapazität der 2. Anlage	= <u>14.000 PE</u>	34.000 PE
die End-Totalkapazität beträgt somit		116.000 PE

Der am Periodenende vorhandene liquide Gegenwert der Abschreibungen beläuft sich auf ²⁹⁾

Normalabschreibung a/ 1. Anlage	= 20.000 WE	
+ Sonderabschreibung a/ 2. Anlage	= 35.000 WE	
+ Normalabschreibung a/ 2. Anlage	= <u>14.000 WE</u>	69.000 WE

3. Periode

Nach erfolgter Reinvestition beläuft sich die Anfangs-Totalkapazität auf

Rest-Totalkapazität der 1. Anlage	= 60.000 PE	
+ Rest-Totalkapazität der 2. Anlage	= 56.000 PE	
+ Totalkapazität der 3. Anlage	= <u>69.000 PE</u>	185.000 PE

Nach Abgabe der Periodenkapazität von

Periodenkapazität der Vorperiode	= 34.000 PE	
+ Periodenkapazität der 3. Anlage	= <u>13.800 PE</u>	47.800 PE
beläuft sich die End-Totalkapazität auf		137.200 PE

3. Periode: Normalabschreibung immer 20%
 Sonderabschreibung immer 50%
 Restabschreibung immer 10%

Der am Periodenende vorhandene Gegenwert der Abschreibungen stellt sich auf

Restabschreibung a/ 1. Anlage	=	10.000 WE	
+ Normalabschreibung a/ 2. Anlage	=	14.000 WE	
+ Sonderabschreibung a/ 3. Anlage	=	34.500 WE	
+ Normalabschreibung a/ 3. Anlage	=	<u>13.800 WE</u>	72.300 WE

4. Periode

Die Anfangs-Totalkapazität bezieht sich nach erfolgter Reinvestition auf

Rest-Totalkapazität der 1. Anlage	=	40.000 PE	
+ Rest-Totalkapazität der 2. Anlage	=	42.000 PE	
+ Rest-Totalkapazität der 3. Anlage	=	55.200 PE	
+ Totalkapazität der 4. Anlage	=	<u>72.300 PE</u>	209.500 PE

nach Abgabe der Periodenkapazität von

Periodenkapazität der Vorperiode	=	47.800 PE	
+ Periodenkapazität der 4. Anlage	=	<u>14.460 PE</u>	62.260 PE
beträgt die End-Totalkapazität			147.240 PE

Die Summe der liquiden Mittel aus Abschreibungen beläuft sich am Periodenende auf

Restabschreibung a/ 2. Anlage	=	7.000 WE	
+ Normalabschreibung a/ 3. Anlage	=	13.800 WE	
+ Sonderabschreibung a/ 4. Anlage	=	36.150 WE	
+ Normalabschreibung a/ 4. Anlage	=	<u>14.460 WE</u>	71.410 WE

Der Abschreibungsbetrag der Vorperiode wird durch das Fehlen von Abschreibungen auf die 1. Anlage nicht mehr erreicht, die Abschreibungssumme von 72.300 WE, die sich somit auf das 3,615-fache der des ersten Jahres beläuft, stellt unter den genannten Voraussetzungen den maximal erreichbaren Abschreibungsbetrag dar. Die Abschreibungssummen aller folgenden Perioden liegen in ihrer Höhe un-

ter dem Abschreibungsmaximum, weil die jeweils vor $n - (n - x)^{30)}$ Perioden angeschafften Anlagen (im Beispiel $5 - (5 - 3) = 3$) aufgrund der Sonderabschreibungen voll abgeschrieben sind und daher keine Abschreibungen im Rahmen der 100%-Grenze des Anschaffungswertes mehr berechnet werden können.

5. Periode

Die Anfangs-Totalkapazität beträgt nach Reinvestition der Abschreibungsgegenwerte

Rest-Totalkapazität der 1. Anlage	=	20.000 PE	
+ Rest-Totalkapazität der 2. Anlage	=	28.000 PE	
+ Rest-Totalkapazität der 3. Anlage	=	41.400 PE	
+ Rest-Totalkapazität der 4. Anlage	=	57.840 PE	
+ Totalkapazität der 5. Anlage	=	<u>71.410 PE</u>	218.650 PE

Diese Anfangs-Totalkapazität ist die unter den genannten Voraussetzungen maximal erreichbare Anfangs-Totalkapazität; sie beläuft sich auf das 2,1865-fache der primär installierten Totalkapazität.

Diese, wie überhaupt eine Erhöhung der Totalkapazität ist nur zu erreichen, wenn die Abschreibungen nicht dem Kapazitätsverzehr entsprechen, sondern durch eine Abschreibungsvorverlagerung mit sofortiger Reinvestition der Gegenwerte die Abschreibungsgegenwerte künftiger Perioden für Investitionen zur Verfügung stehen, wobei die Gegenwerte der vorverlagerten Abschreibungen entweder aus Gewinnen oder aus Krediten finanziert werden müssen: "eine Ausweitung der Totalkapazität ist nur durch Verwendung neuer Kapitalien möglich", ³¹⁾ das selbstverständlich auch zur Ausweitung der Totalkapazität durch zusätzliche Investitionen verwendet werden kann.

³⁰⁾ x = Zeitraum der 100%-igen Abschreibung der Anlage
³¹⁾ vgl. L. S. ... : a.a.O., S. 3

Bei Zugrundelegung einer definitiven Kapitalzuführung handelt es sich dann um eine neue Primärinvestition, die zu einer definitiven Ausweitung der Totalkapazität führt. Im Gegensatz dazu liegt bei Investitionen aufgrund kreditierter Sonderabschreibungen nur eine temporäre Ausweitung der Totalkapazität vor.

Die Periodenkapazität beträgt

Periodenkapazität der Vorperiode	=	62.260 PE	
+ Periodenkapazität der 5. Anlage	=	<u>14.282 PE</u>	76.542 PE

Diese Periodenkapazität von 76.542 PE, die sich auf das 3,8271-fache der Periodenkapazität der 1. Anlage stellt, ist die unter den genannten Bedingungen maximal erreichbare Periodenkapazität.

Die End-Totalkapazität beläuft sich somit auf 142.108 PE

Die am Periodenende vorhandenen liquiden Mittel aus Abschreibungen betragen

Restabschreibung a/ 3. Anlage	=	6.900 WE	
+ Normalabschreibung a/ 4. Anlage	=	14.460 WE	
+ Sonderabschreibung a/ 5. Anlage	=	35.705 WE	
+ Normalabschreibung a/ 5. Anlage	=	<u>14.282 WE</u>	71.347 WE

Mit diesem Zeitpunkt erlischt die Sonderabschreibungsberechtigung. Die Totalkapazität der 1. Anlage ist am Periodenende erschöpft, sie scheidet aus.

Folgende Perioden

Am Beginn der 6. Periode wird der Sonderabschreibungsbetrag zusätzlich der anderen angefallenen Abschreibungen in Ersatzanlagen für die 1. Anlage reinvestiert. Bei dieser wie auch bei jeder folgenden Ersatzinvestition, die jedes Jahr erforderlich ist und auch in Höhe der jeweils anfallenden Abschreibungen durchgeführt wird, um die vor n (5) Perioden beschaffte Anlage zumin-

dest zum Teil zu ersetzen, entsprechen die Abschreibungen wegen des Wegfalls der Sonderabschreibung voraussetzungsgemäß dem Kapazitätsverzehr.

Die Reinvestitionsbeträge, die in den ersten 5 Perioden nach Erlöschen der Sonderabschreibungsberechtigung anfallen, liegen infolge der durch die Sonderabschreibungen erfolgten Abschreibungsvorverlagerung und dem dadurch bedingten Fehlen von Abschreibungsmöglichkeiten unter der dem Kapazitätsverzehr proportionalen Höhe, es entsteht eine Abschreibungslücke.

Diese Abschreibungslücke in Höhe der Differenz zwischen kapazitätsverzehrbedingten und effektiv noch möglichen Abschreibungen bewirkt durch die unter dem erforderlichen Kapazitätssersatz liegenden Reinvestitionen ein Zurückgehen der Totalkapazität bis auf den Stand der primär installierten Totalkapazität, der zu Beginn der Periode 10 erreicht wird.

In dieser Periode tritt noch einmal eine Erhöhung der Periodenkapazität und der damit identischen kapazitätsverzehrproportionalen Abschreibung auf, weil von dieser Periode an auf alle Anlagen der dem Kapazitätsverzehr adäquate Abschreibungsbetrag anfällt, da die die Abschreibungslücke verursachenden Anlagen bis zum Ende der Periode 9 ausgeschieden sind.

Nach dieser Periode verläuft dann die Entwicklung der Periodenkapazität unter relativ kleinen Schwankungen auf eine Höhe von

33,333 PE

hin, das ist das 1,667-fache der Periodenkapazität der 1. Anlage in Höhe von 20.000 PE. Diese langfristige Erhöhung der Periodenkapazität entspricht damit der Erhöhung der Periodenkapazität einer Primärinvestition mit einer der Zeit proportionalen Kapazitätsabgabe und kapazitätsverzehrproportionaler (linearer) Abschreibung, die sich bei einer Nutzungsdauer der Anlage von 5 Perioden nach **L a n g e n** ³²⁾ auf das

$$\frac{2}{1 + \frac{1}{n}} = \frac{2}{1 + \frac{1}{5}} = 1,667\text{-fache}$$

³²⁾Vgl. Heinz **L a n g e n** : a.a.O., S. 30/31

der Periodenkapazität der ersten Periode beläuft.

Die Sonderabschreibungen haben also langfristig keinen selbständigen Kapazitätseffekt, dieser ist vielmehr abhängig von dem anschließend gewählten Abschreibungsverfahren. Kurzfristig dagegen tritt eine erhebliche Steigerung der Periodenkapazität und auch der Totalkapazität auf, die in ihrer Höhe von der Höhe der jeweiligen Sonderabschreibung, der Anzahl der möglichen Sonderabschreibungen, deren zeitlicher Verteilung, der Abschreibungsdauer der Anlagen sowie dem mit dem Sonderabschreibungsverfahren parallel laufenden regulären Abschreibungsverfahren abhängig sind. Diese kurzfristigen Steigerungen könnten als "temporärer Kapazitätseffekt" der Sonderabschreibungen bezeichnet werden.

Bei einem Vergleich der Entwicklung der Periodenkapazität bei Vornahme von Sonderabschreibungen neben den regulären bzw. zulässiger Abschreibungen mit derjenigen bei ausschließlicher Anwendung des nach Erlöschen der Sonderabschreibungsberechtigung bei den dann einsetzenden Reinvestitionen angewendeten Abschreibungsverfahrens ist ein kurzfristiges Sinken der Periodenkapazität unter die bei ausschließlicher Anwendung dieses Verfahrens erreichte Periodenkapazität festzustellen, und zwar im Anschluß an die Zeit, in der die noch möglichen Abschreibungen unter dem Kapazitätsverzehr liegen; der Abschreibungslücke folgt also eine Kapazitätslücke.

Die auf S. 327 wiedergegebenen Abb. 1 - 5 veranschaulichen den bisher verbal erörterten Vorgang. Sie zeigen die Entwicklung der Periodenkapazität einer Primärinvestition von 100.000 WE = PE, einer Nutzungsdauer der Anlage von 5 Perioden mit einem der Zeit proportionalen Kapazitätsverzehr bei Vornahme von Sonderabschreibungen in Höhe von 50% neben den im Rahmen der 100%-Grenze des Anschaffungswertes noch möglichen linearen Abschreibungen bei alternativen Sonderabschreibungsberechtigungen von 1 bis 5 Perioden und anschließender linearer Abschreibung. Zu Vergleichszwecken ist in jeder Abb. die Entwicklung der Periodenkapazität bei ausschließlicher Anwendung des anschließend

gewählten Abschreibungsverfahrens eingezeichnet. ³³⁾ Abb. 5 ist die Darstellung des vorstehend entwickelten Beispiels. Die den Abb. 1 - 5 zugrunde liegenden Tabellen 1 - 6 befinden sich auf den Seiten 354 - 359.

Die Abb. 6 und 7 stellen die Entwicklung der Periodenkapazität einer Anlage mit einem Anschaffungswert von 100.000 WE, einer Totalkapazität von 100.000 PE bei einem der Zeit proportionalen Kapazitätsverzehr, einer Nutzungsdauer von 10 Perioden, einer fünfmaligen Sonderabschreibungsberechtigung in Höhe von 50% der jeweiligen Investition neben den im Rahmen der 100%-Grenze des Anschaffungswertes noch möglichen linearen (kapazitätsverzehr-proportionalen) Abschreibungen und Reinvestition der Abschreibungsgegenwerte am Beginn der folgenden Periode dar, und zwar einmal mit anschließender linearer Abschreibung (Abb. 6, und zum anderen mit anschließender geometrisch-degressiver Abschreibung (Abb. 7). In den beiden Abb. ist zu Vergleichszwecken jeweils die Entwicklung der Periodenkapazität bei ausschließlicher Anwendung des nach Ablauf der Sonderabschreibungsberechtigung gewählten Abschreibungsverfahrens eingezeichnet.

Die bei Anwendung des geometrisch-degressiven Abschreibungsverfahrens sich ergebende Erhöhung der Periodenkapazität auf das

2,649-fache

der Periodenkapazität der Primärinvestition anstatt auf das 2,5-fache nach der von L a n g e n ³⁴⁾ entwickelten Formel

$$k_{n+1} = \frac{n \cdot p}{100} = \frac{10 \cdot 25}{100} = 2,5$$

ist auf den relativ hohen Restwert zurückzuführen, da die Formel nur bei einem gegen 0 tendierenden Restwert Gültigkeit hat.

Die den Abb. 6 und 7 zugrunde liegenden Tabellen 7 - 10 befinden sich auf den Seiten 360 - 364; die Abb. sind auf Seite 328 wiedergegeben.

³³⁾ Vgl. Heinz L a n g e n : a.a.O., S. 25 und S. 37

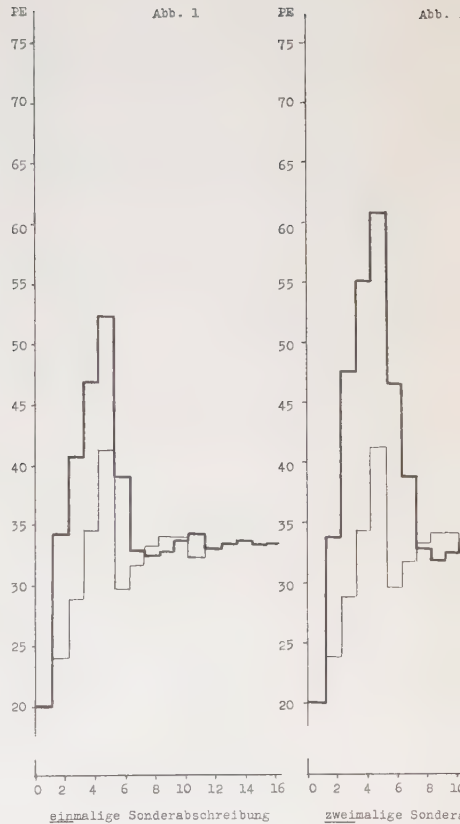
³⁴⁾ Vgl. Heinz L a n g e n : a.a.O., S. 59

Die Abb. 1 - 5 zeigen die Entwicklung der Periodenkapazität einer Anlage im Anschaffungswert von 100.000 WE = FE, Nutzungsdauer 5 Perioden, bei alternativer ein- bis fünfmaliger Vornahme einer Sonderabschreibung in Höhe von 50% des jeweiligen Anschaffungswertes neben den verbrauchsbedingten linearen Abschreibungen, anschließender linearer Abschreibung und Reinvestition der jeweiligen Abschreibungsgegenwerte.

Die stark gezeichnete Kurve zeigt die Entwicklung der Periodenkapazität durch Reinvestition der Gegenwerte der kapazitätsverzehrsproportionalen Abschreibungen zuzüglich der Gegenwerte der Sonderabschreibungen.

Die schwach gezeichnete Kurve stellt die Entwicklung der Periodenkapazität durch Reinvestition der Gegenwerte kapazitätsverzehrsproportionaler Abschreibungen dar.

Die Fläche zwischen den beiden Kurven stellt den positiven bzw. negativen "temporären Kapazitätseffekt" der Sonderabschreibungen dar.



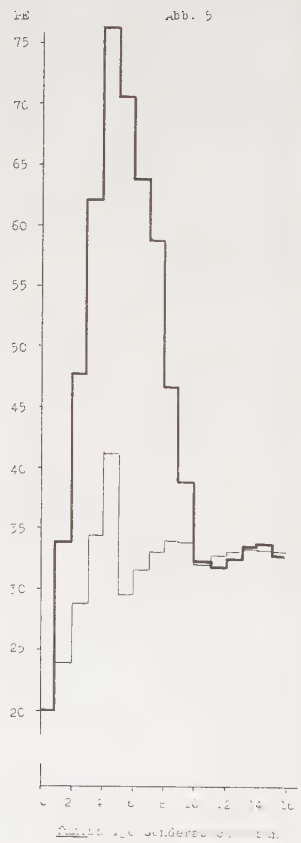
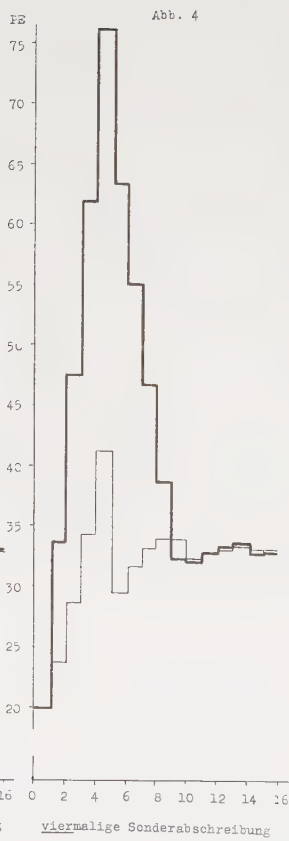
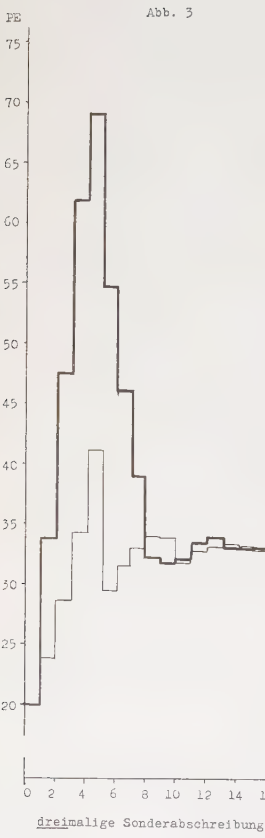


Abb. 6 zeigt die Entwicklung der Periodenkapazität einer Anlage im Anschaffungswert von 100.000 WE = PE, Nutzungsdauer 10 Perioden, bei fünfmaliger Vornahme einer Sonderabschreibung in Höhe von 50% des jeweiligen Anschaffungswertes neben den verbrauchsbedingten linearen Abschreibungen, anschließender linearer Abschreibung und Reinvestition der jeweiligen Abschreibungsgegenwerte.

Die stark gezeichnete Kurve zeigt die Entwicklung der Periodenkapazität durch Reinvestition der Gegenwerte der kapazitätsverzehrproportionalen Abschreibungen zuzüglich der Gegenwerte der Sonderabschreibungen.

Die schwach gezeichnete Kurve stellt die Entwicklung der Periodenkapazität durch Reinvestition der Gegenwerte kapazitätsverzehrproportionaler Abschreibungen dar.

Abb. 7 zeigt die Entwicklung der Periodenkapazität einer Anlage im Anschaffungswert von 100.000 WE = PE, Nutzungsdauer 10 Perioden, bei fünfmaliger Vornahme einer Sonderabschreibung in Höhe von 50% des jeweiligen Anschaffungswertes neben den verbrauchsbedingten linearen Abschreibungen, anschließender geometrisch-degressiver Abschreibung in Höhe von 25% vom Restbuchwert und Reinvestition der jeweiligen Abschreibungsgegenwerte.

Die stark gezeichnete Kurve zeigt die Entwicklung der Periodenkapazität durch Reinvestition der Gegenwerte der Sonderabschreibungen, der daneben von den sonderabgeschriebenen Aggregaten berechneten kapazitätsverzehrproportionalen linearen Abschreibungen sowie der Gegenwerte der nach Beendigung der Sonderabschreibungsberechtigung bei den dann beschafften Aggregaten angewendeten geometrisch-degressiven Abschreibungen.

Die schwach gezeichnete Kurve stellt die Entwicklung der Periodenkapazität bei geometrisch-degressiver Abschreibung in Höhe von 25% vom Restbuchwert bei linearem Kapazitätsverzehr dar.

Die Fläche zwischen den jeweiligen beiden Kurven stellt den positiven bzw. negativen "temporären Kapazitätseffekt" der Sonderabschreibungen dar.

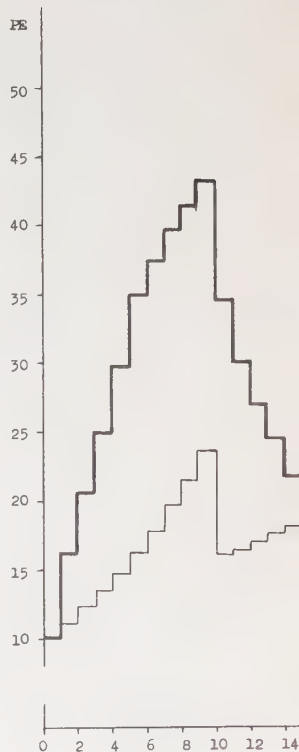
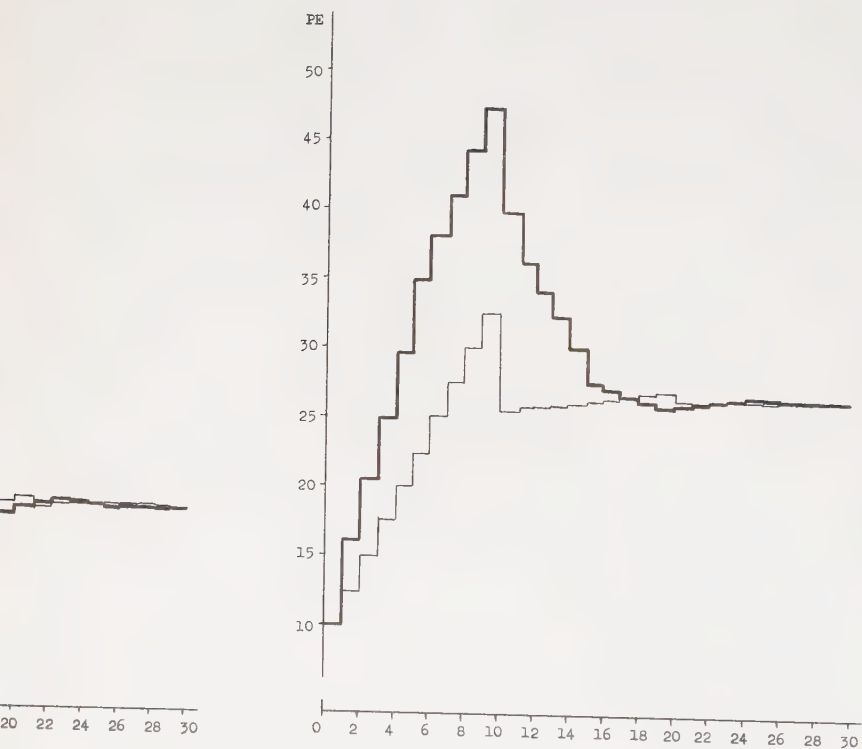


Abb. 7



Die Abhängigkeit der maximalen Perioden- und Totalkapazität von der Nutzungsdauer der Anlagen, der Höhe der Sonder- und Normalabschreibungen sowie der ein- oder mehrmaligen Vornahme der Sonderabschreibungen ist zur Übersicht in den nachstehenden Tabellen veranschaulicht, die die Ergebnisse der den Abb. zugrunde liegenden Tabellen in dieser Hinsicht zusammenfassen.

Periodenkapazitäts-Maximum

Nut- zungs- dauer (Peri- oden)	Zahl der Sonderab- schrei- bungs- perioden	Abschreibungs- prozentsatz		Periode maximaler Perioden- kapazitäts- erhöhung	Maximale Erhöhung d. Anfangs- Perioden- kapazität	Definitive Erhöhung d. Anfangs- Perioden- kapazität
		Sonder- abschr.	Normal- abschr.			
5	1	50	20	5	2,6176	1,6667
5	2	50	20	5	3,0516	1,6667
5	3	50	20	5	3,4656	1,6667
5	4	50	20	5	3,8271	1,6667
5	5	50	20	5	3,8271	1,6667
10	5	50	10	10	4,3122	1,8182

Totalkapazitäts-Maximum

Nut- zungs- dauer (Peri- oden)	Zahl der Sonderab- schrei- bungs- perioden	Abschreibungs- prozentsatz		Periode maximaler Anfangs- Total- kapazität	Maximale Erhöhung d. Anfangs- Total- kapazität	Letzte Periode d. Total- kapazitäts- erhöhung
		Sonder- abschr.	Normal- abschr.			
5	1	50	20	2	1,5	5
5	2	50	20	3	1,85	6
5	3	50	20	4	2,095	7
5	4	50	20	5	2,1865	8
5	5	50	20	5	2,1865	9
10	5	50	10	6	2,4818	14

Die Erhöhung der Totalkapazität, die bei Vornahme von Sonderabschreibungen auftritt -bei kapazitätsverzehrproportionalen Abschreibungen und deren Reinvestition ist keine Totalkapazitätserhöhung möglich³⁵⁾- ist darauf zurückzuführen, daß die Gegenwerte von dem Kapazitätsverzehr späterer Perioden entsprechenden Abschreibungen durch die Sonderabschreibungen in Form dadurch gebundener Gewinne oder durch -teilweise- Kreditierung vorzeitig für Investitionen zur Verfügung stehen und investiert werden. Erst durch diese periodenfremde Investition des antizipierten periodenremden Abschreibungsaufwands in vollkommen gleichen Anlagen erfolgt eine Erhöhung der Totalkapazität und damit auch eine Erhöhung der Periodenkapazität.

Der maximale Stand der Perioden- und der Totalkapazität ist durch die nach Erlöschen der Sonderabschreibungsberechtigung anfallenden Abschreibungen nicht zu halten. Die durch die Abschreibungsvorverlagerung bedingte Abschreibungslücke "verzehrt" mangels kapazitätsverzehrproportionaler Ersatzinvestitionen die die normale Periodenkapazitätsausweitung übersteigenden Kapazitäten, die in der erhöhten Totalkapazität gespeichert wurden. Dieser Prozeß endet in der Periode, in der die letzte sonderabgeschriebene Anlage ausscheidet, da die nach dieser Periode anfallenden Abschreibungen dem Kapazitätsverzehr ad-äquat sind. Zu Beginn dieser Periode hat sich dann die Anfangs-Totalkapazität auf die Höhe der primär installierten Totalkapazität reduziert, die sie jeweils nach Reinvestition der Abschreibungsgegenwerte am Periodenanfang erreicht.

Hinsichtlich der oben genannten nur teilweisen andersweitigen Finanzierung der Sonderabschreibungen ist zu präzisieren, daß grundsätzlich eine hundertprozentige Finanzierung der Sonderabschreibungen erforderlich ist.

Eine nur teilweise Finanzierung dagegen ist erforderlich, wenn aufgrund der Abschreibungsvorverlagerung zuzüglich der Normalabschreibungen in den restlichen Nutzungsperioden unter der Periodenleistung liegende (Rest)abschreibungen erfolgen und die

³⁵⁾ Vgl. Helm, Langen: a.a.O., S. 3

als Äquivalent der Periodenleistung ($PE = WE$) realisierten Gegenwerte der vorverlagerten Abschreibungen nicht zur Gewinnausschüttung oder Kredittilgung verwendet werden, sondern zur teilweisen Finanzierung weiterer Sonderabschreibungen eingesetzt werden können. Dies sei an dem obigen Beispiel gezeigt:

Periode	Sonderabschreibung	Kreditaufnahme	Kredittilgung	"Eigene" Finanzierungsmittel
1	50.000	50.000		
2	35.000	35.000		
3	34.500	24.500		10.000
4	36.150	9.150		27.000
5	35.705	-	5.195	35.705
6	-		35.030	-
7			35.401	
8			28.742	
9			14.282	
10		-	-	
	191.355	118.650	118.650	72.705

Die Beträge der Kreditaufnahmen und Kredittilgungen ergeben sich aus Tabelle 5, indem die jeweilige Differenz zwischen dem Abschreibungsbetrag und dem Kapazitätsverzehr der betr. Periode ermittelt wird, wobei dann eine positive Differenz eine Kreditaufnahme, eine negative Differenz eine Kredittilgung bedeutet. Die durch nicht getätigte Abführungen angesammelten "eigener" Finanzierungsmittel belaufen sich auf rd. 38% der summierten Sonderabschreibungen, d.h. daß nur rd. 62% der Sonderabschreibungen anderweitig finanziert werden müssen.

Bei den angeführten Entwicklungen der Perioden- und Totalkapazität handelt es sich um Entwicklungen, die mehr oder minder realisierbare Tendenzen darstellen, da die im einzelnen genannten Voraussetzungen, die hier nur durch den Hinweis auf die erforderliche externe Finanzierung der Umlaufmittel infolge der

vorausgesetzten bloßen Kostendeckung ergänzt werden sollen, nicht realisierbar sind. Die Problematik der durch die Kapazitätsschwankungen bedingten absatzpolitischen Maßnahmen, der Preisstellung bzw. des Marktverhaltens soll nur angedeutet werden. Der der Realität nur Tendenzen vermittelnde Charakter dieser Modelle zeigt sich z.B. recht deutlich in der realiter nicht möglichen Reinvestition je lichen Abschreibungsbetrages, "da Anlagegüter von höherer Lebensdauer unter einer meist technisch bedingten Größe nicht hergestellt werden." ³⁶⁾ Ferner induziert in allgemeinen die Anschaffung eines Aggregates die Anschaffung weiterer vor- oder nachgeordneter Anlagen, um die Leistungsquerschnitte der einzelnen Abteilungen proportional dem Optimum zu erhöhen. Durch Reinvestition realisierter Gewinne kann die gezeigte Entwicklung übertroffen und eine definitive Erhöhung der Totalkapazität erreicht werden.

Wie bereits erwähnt, ist eine Erhöhung der Periodenkapazität nur durch die Reinvestition verbrauchsbedingter Abschreibungen möglich, eine Erhöhung der Totalkapazität nur durch Zuführung neuen Kapitals. Die durch Sonderabschreibungen ermöglichte Erhöhung der Totalkapazität beruht nur darauf, daß die Abschreibungsgegenwerte späterer Perioden durch Antizipation vorzeitig für die Reinvestition zur Verfügung stehen, indem sie extern durch Kreditierung oder intern durch Gewinnbindung finanziert werden. Insoweit stehen die Sonderabschreibungen die Zuführung neuen temporären Kapitals dar, so daß die Erhöhung der Totalkapazität nur temporär erfolgt; daher kann die auf die Sonderabschreibungen zurückzuführende Erhöhung der Perioden- und Totalkapazität als deren "temporärer Kapazitätseffekt" bezeichnet werden.

³⁶⁾ Erich A. G. B. L. : *Anlagenrechnung Theorie und Praxis der Abschreibungen*, 2. ergänzte und erweiterte Auflage, Wiesbaden 1959, S. 101

Zusammenfassung

Die aufgrund verschiedener wirtschaftspolitischer Erwägungen bewilligten Sonderabschreibungen ingestalt des "7er-Katalogs", der IHG-, EStDV-, AO- und BHG-Abschreibungen können, wie die vorstehenden Analysen zeigen, mitunter von erheblicher finanzwirtschaftlicher Bedeutung für die Begünstigten sein. Die vorstehend angeführten effektiven Finanzierungsanteile von Sonderabschreibungen gem. § 36 IHG -der bisher materiell bedeutungsvollsten Sonderabschreibungen- können in der ermittelten Höhe von rd. einem Viertel der bis zu dem letztmals möglichen Inanspruchnahmetermin durchgeführten Brutto-Investitionen als wesentliche Finanzierungshilfe angesehen werden.

Die Finanzierungsfunktion von Sonderabschreibungen besteht in der Transformation anderenfalls steuerpflichtiger Gewinne in abzugsfähige Betriebsausgaben und damit in der liquiditätswirksamen Bindung von Beträgen in Höhe der sonst auf den Differenzbetrag zur steuerlich generell zulässigen nächstgünstigen Abschreibung abzuführenden Ertragsteuern. Somit ist die Finanzierungsfunktion von Sonderabschreibungen eine abhängige Variable von Ertragsteuersätzen und steuerlichen AfA-Sätzen, deren Variationen zwangsläufig bei gleichen Sonderabschreibungen zu prozentual differierenden Finanzierungsanteilen der effektiven Mehrabschreibungen und des darin enthaltenen Staatskredits führen; auf die vorstehend angeführten Entwicklungen der Ertragbesteuerung (S. 5) sowie der steuerlichen AfA-Sätze (S. 16) kann in diesem Zusammenhang hingewiesen werden.

Eine im Vergleich zur nächstgünstigen Abschreibung wesentliche Aufwandsvorverlagerung durch Sonderabschreibungen liegt bei Abschreibungen auf einsatzfähige Anlagen im allgemeinen nur während der ersten Jahre vor, in denen die Anlagen mit den vollen linearen Sätzen abgeschrieben werden können. Durch die verschiedentlich zulässige Bewertungsfreiheit von Anzahlungen und Teilherstellungskosten ist eine weitergehende Aufwandsvorverlagerung möglich, die sich in Abhängigkeit von den betreffenden Anlagen und Begünstigungen auf 30, 50 oder 75% des Anschaffungs- oder

Herstellungsaufwandes stellen kann. Neben der dadurch realisierbaren Aufwandsvorverlagerung bieten diese Möglichkeiten den Begünstigten eine elastischere Anpassung der Sonderabschreibungen an die Ertragslage und auch -erwartungen, indem kurzfristig Anzahlungen zwecks erforderlich angesehener Sonderabschreibung herausgelegt werden können. Die dabei mitunter auftretende Frage nach der Notwendigkeit der Anzahlungen wird verschiedentlich wohl nur durch die infolge deren Sonderabschreibung erzielte Aufwandsvorverlagerung zu beantworten sein.

Da die Sonderabschreibungen nur im Rahmen der 100%-Grenze des Anschaffungs- oder Herstellungsaufwands zulässig sind, bedeutet jede Abschreibungsvorverlagerung durch deren Vornahme eine Verminderung späterer steuerunschädlicher Erlösbindungen durch Abschreibungen. Während sich diese Abschreibungslücken bei fast allen Begünstigungen auf die Mehrzahl der Restnutzungsjahre verteilen, treten sie bei den vormals IHG-abgeschriebenen Anlagen infolge des BFH-Urteils vom 13.5.58 erst nach Vollabschreibung der Anlagen auf und erreichen dann teilweise beachtliche Größenordnungen.

Die bei den ehemals IHG-berechtigten Unternehmen in den letzten 1 - 2 Jahren feststellbaren Investitionsanstregungen haben nicht zuletzt ihre Ursache in diesen durch Sonderabschreibungen verursachten Abschreibungslücken, die wegen der zunehmenden Vollabschreibung IHG-abgeschriebener beweglicher Anlagen nunmehr verstärkt auftreten und durch die auf die neuen Investitionen entfallenden Abschreibungen geschlossen werden müssen, wenn nicht steuerunschädliche Erlösbindungsmöglichkeiten unausgenutzt bleiben sollen; verstärkt wurden diese Investitionserfordernisse durch die zweimalige Senkung der degressiven Höchstsätze.

Auf die zur Beschaffung der dazu benötigten Finanzierungsmittel erforderlich gewesenen, zum Teil recht umfangreichen Kapitalmarkttransaktionen wurde bei den einzelnen Unternehmen hingewiesen.

Abschreibungspolitik wurde definiert als die in dem handels- und/oder steuerrechtlich determinierten Variationsbereich aufgrund von Ertragserwartungen und Ertragslage unter modifizieren-dem Einfluß unternehmenspolitischer Zielsetzungen vorgenommene Bestimmung des Abschreibungsaufwands durch Festsetzung von Abschreibungsmethode, -dauer und -höhe.

Die vorstehenden Analysen der Abschreibungspolitik ausgewählter Aktiengesellschaften zeigen, daß allein die Variationsbreite bei der Festsetzung der Normalabschreibungen die Höhe des Dividendenvorschlags erreichen kann und daß dieser Variationsbereich zum Teil und mitunter auch in voller Höhe ausgenutzt wird. Die Darstellungen zeigen ferner, daß neben einer allerdings allgemein wohl nur geringfügigen Variation der Nutzungsdauern eine variierende Bestimmung der Abschreibungsmethode bei den beweglichen Anlagen in Abhängigkeit von Ertragslage und Ertragserwartungen verschiedentlich vorgenommen wird; degressive Abschreibungen werden offensichtlich nicht nur als zwingendes Äquivalent für am Anlagevermögen eingetretene Wertminderungen, sondern zum Teil auch als Finanzierungshilfe angesehen - anderenfalls würden Verstöße gegen handels- und auch steuerrechtliche Normen vorliegen.

Während Normalabschreibungen allgemeiner Ansicht zufolge im Jahre ihres Ansatzes auch "verdient" werden müssen, so daß sie als quantitativ wirksames Instrument für die Realisierung unternehmenspolitischer Zielsetzungen mittels Abschreibungsbemessung nur vereinzelt wirksam werden können, bieten sich Sonderabschreibungen und sonstige steuerliche Bewertungsfreiheiten zu unternehmenspolitischen Ausnutzungen an. Die bei allen IHG-berechtigten Gesellschaften festgestellte Umwandlung offener in stille Rücklagen erfolgte generell mit dem Hinweis auf Sonderabschreibungen und/oder die Ausnutzung "steuerlicher Möglichkeiten". Mit diesen Begründungen wurden erhebliche Umwandlungen vorgenommen, die eine unkontrollierbare "Manövriermasse" bei negativer Geschäftsentwicklung bilden können, indem dann die in der Handelsbilanz gegen diese Umwandlungen saldierten Positionen (z.B. Vorräte) unter Berücksichtigung des unternehmenspoli-

tisch für zweckmäßig angesehenen Gewinnausweises angesetzt werden können, so daß deren Auflösung kaum ersichtlich wird. Die mittels Sonderabschreibungen mögliche Ausbootung von Minderheitsaktionären oder Gesellschaftern ist auch mittels versteuerter Abschreibungen durchführbar, ist dann aber aufwendiger.

Wenngleich Sonderabschreibungen bei hoher Ertragbesteuerung und unzureichender Kreditversorgung eine wesentliche Finanzierungsquelle darstellen und zur wirtschaftlichen Entwicklung bestimmter Personenkreise oder Wirtschaftsbereiche beigetragen haben und beitragen können, lassen die vorstehend genannten, nicht den Intentionen des Gesetzgebers entsprechenden Ausnutzungen dieser als steuerliche Finanzierungshilfen gedachten Bewertungsfreiheiten eine sorgfältige Prüfung jeweils beantragter Sonderabschreibungen unter Berücksichtigung dieser negativen Möglichkeiten angeraten erscheinen. Wünschenswert wäre eine Ergänzung des Regierungsentwurfs zu einem neuen Aktiengesetz, derzufolge Auflösungen von Rücklagen "zur Deckung des nicht erwirtschafteten Teils von Sonderabschreibungen" oder auch die Umbuchung freier Rücklagen auf "Rücklagen gem. §§ ..." unzulässig sind, bzw. derzufolge die Verpflichtung besteht, zum Ausgleich der Handelsbilanz erforderliche Rücklagenentnahmen in Übereinstimmung mit der Verminderung des Verlustvortrages in der Steuerbilanz wieder rückgängig zu machen. Eine derartige Regelung würde den berechtigten finanzwirtschaftlichen Interessen der Unternehmen und auch dem Interesse der Öffentlichkeit an Bilanzklarheit und Bilanzwahrheit gerecht werden; unter diesen Rahmenbedingungen würde die Gewährung wirklich berechtigter Sonderabschreibungsmöglichkeiten vertretbar erscheinen.

Literaturverzeichnis

a) Selbständige Bücher und Schriften

- B r a n d t , Horst: Investitionspolitik des Industriebetriebes, Wiesbaden 1959
- B r ö n n e r , Herbert: Die Bilanz nach Handels- und Steuerrecht, 5. neu bearbeitete Auflage, Stuttgart 1956
- B ü h l e r , Ottmar: Bilanz und Steuer bei der Einkommens-, Gewerbe- und Vermögensbesteuerung unter Berücksichtigung der handelsrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Grundsätze und der Rechtsprechung, 4. neubearbeitete Auflage, Berlin und Frankfurt a.M. 1950
- l e C o u t r e , Walter: Grundzüge der Bilanzkunde Eine totale Bilanzlehre, Teil I, 4. durchgesehene Auflage, Wolfenbüttel 1949
- F o r s t e r , Karl-Heinz: Finanzierung durch Abschreibungen, Stuttgart 1953
- G e o r g e , Heinz: Berliner Steuerpräferenzen Vergünstigungen bei der Umsatzsteuer, der Einkommensteuer (Lohnsteuer) und der Körperschaftsteuer, 2. neu bearbeitete Auflage, Stuttgart 1962
- G i e r s c h , Hans-Helmut: Investitionsfinanzierung und Besteuerung, Band 3 der Schriftenreihe "Beiträge zur betriebswirtschaftlichen Steuerlehre", Herausgeber Werner Aprath, Köln, Wiesbaden 1961
- G ü b b e l s , Bernhard: Handbuch der steuerlichen Abschreibung, 3. völlig überarbeitete und ergänzte Auflage, Köln 1961
- G u t e n b e r g , Erich: Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, In: Die Wirtschaftswissenschaften Herausgeber Erich Gutenberg, 1. Lieferung, Reihe A (Betriebswirtschaftslehre) Beitrag Nr. 1, Wiesbaden 1958
- H a r d e r , Ulrich: Bilanzpolitik Wesen und Methoden der taktischen Beeinflussung von handels- und steuerrechtlichen Jahresabschlüssen, Wiesbaden 1962
- H a x , Karl: Die Substanzerhaltung der Betriebe, Köln und Opladen 1957
- H e i n e n , Edmund: Handelsbilanzen, In: Die Wirtschaftswissenschaften Herausgeber Erich Gutenberg, 2. Lieferung Reihe A (Betriebswirtschaftslehre) Beitrag Nr. 33, Teil I, Wiesbaden 1958

- J o n a s , Heinrich H.: Grenzen der Kreditfinanzierung
Wiesbaden 1960
- K o s i o l , Erich: Bilanzreform und Einheitsbilanz. Grund-
legende Studien zu den Möglichkeiten einer Rationalisie-
rung der periodischen Erfolgsrechnung, 2. Auflage,
Berlin - Stuttgart 1949
- K o s i o l , Erich: Anlagenrechnung Theorie und Praxis
der Abschreibungen, (2. abgeänderte und erweiterte
Auflage), Wiesbaden 1955
- L e f f s o n , Ulrich: Der Jahresabschluß in der Aktien-
rechtsreform mit einem Vorschlag zur Änderung des
Regierungsentwurfs, Wiesbaden 1961
- L e i t n e r , Friedrich: Bilanztechnik und Bilanzkritik,
8. und 9., neu bearbeitete Auflage, Berlin und Leipzig
1929
- M e l l e r o w i c z , Konrad: Abschreibungen in Erfolgs-
und Kostenrechnung, Heidelberg 1957
- M e l l e r o w i c z , Konrad: Betriebswirtschaftslehre
der Industrie, 1. Band, 3. durchgesehene und erweiterte
Auflage, Freiburg 1958
- M e l l e r o w i c z , Konrad: Unternehmenspolitik, Band I,
Freiburg 1963
- M e l l e r o w i c z , Konrad - J o n a s , Heinrich H.:
Bestimmungsfaktoren der Kreditfähigkeit, Berlin 1954
- R i e g e r , Wilhelm: Einführung in die Privatwirtschafts-
lehre, 2. unveränderte Auflage, Erlangen 1959
- R u c h t i , Hans: Die Abschreibung Ihre grundsätzliche
Bedeutung als Aufwandsfaktor - Ertragsfaktor - Finan-
zierungsfaktor, Stuttgart 1953
- S c h m a l e n b a c h , Eugen: Dynamische Bilanz (unter
Mitwirkung von Richard Bauer), 12. Auflage
Köln und Opladen 1956
- S c h m i d t , Fritz: Die organische Tageswertbilanz,
3. Auflage, Leipzig 1929
- S c h n e t t l e r , Albert: Betriebsanalyse, 2. völlig
neubearbeitete Auflage, Stuttgart 1960
- T h i e ß , Erich: Kurz- und mittelfristige Finanzierung
In: Die Wirtschaftswissenschaften Herausgeber Erich
Gutenberg, 4. Lieferung, Reihe A (Betriebswirtschafts-
lehre) Beitrag Nr. 24, Wiesbaden 1958

A d l e r , Hans - D ü r i n g , Walther -

S c h m a l t z , Kurt: Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, Handkommentar für die Bilanzierungs- und Prüfungspraxis nach dem Aktiengesetz unter Berücksichtigung der sonstigen handelsrechtlichen Vorschriften, 3. neubearbeitete Auflage, Stuttgart 1957

B l ü m i c h , Walter - F a l k , Ludwig: Einkommensteuergesetz, 7. neubearbeitete Auflage, Berlin und Frankfurt a.M. 1955

H ü b s c h m a n n , Walter - H e p p , Ernst -

S p i t a l e r , Armin - v o n W a l l i s , H. -

L a d e m a n n , F. - H a r t u n g , F.: Kommentar zur Reichsabgabenordnung und den Nebengesetzen, Köln 1951/60

Die Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, Übersicht der Stahltreuhändervereinigung, München und Berlin 1954

Entwurf eines Aktiengesetzes, Drucksache 1919, Deutscher Bundestag - 3. Wahlperiode, Bonn 1960

Steuerliche Förderungsmaßnahmen für Berlin (West), hrsg. vom Senator für Finanzen in Berlin, Berlin o.J. (1962)

Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1963, hrsg. vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Band I, Fachlicher Teil, Düsseldorf 1963

b) Beiträge in Sammelwerken

B e l l i n g e r , Bernhard: Unternehmungskrisen und ihre Ursachen. In: Handelsbetrieb und Marktordnung, Festschrift für Carl Ruberg, Wiesbaden 1962, S. 49 - 74

B e l l i n g e r , Bernhard: Offene Fragen der betrieblichen Substanzerhaltung. In: Gegenwartsfragen der Unternehmung. Offene Fragen der Betriebswirtschaftslehre, Herausgegeben von Bernhard Bellinger, Wiesbaden 1961, S. 13 - 25

1e C o u t r e , Walter: Bilanzarten. In: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft Begründet von Heinrich Nicklisch, Dritte völlig neu bearbeitete Auflage unter Mitarbeit von zahlreichen Fachgelehrten und praktischen Betriebswirten, Herausgegeben von Hans Seischab und Karl Schwantag, Band I Stuttgart 1956, Sp. 1105 - 1111

- le C o u t r e , Walter: Persönliche Erinnerungen an Julius Hirsch. In: Der Handel heute in Memoriam Julius Hirsch, Herausgegeben von Karl Christian Behrens, Tübingen 1962, S. 31 - 57
- R u b e r g , Carl: Gliederung der Ergebnisse einer externen Bilanzänderungsrechnung. In: Gegenwartsfragen der Unternehmung Offene Fragen der Betriebswirtschaftslehre, Herausgegeben von Bernhard Bellinger, Wiesbaden 1961, S. 195 -212
- S c h m a l t z , Kurt: Bilanzkritik und Bilanzanalyse. In: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft Begründet von Heinrich Nicklisch, Dritte völlig neu bearbeitete Auflage unter Mitarbeit von zahlreichen Fachgelehrten und praktischen Betriebswirten, Herausgegeben von Hans Seischab und Karl Schwantag, Band I Stuttgart 1956, Sp. 1134 - 1144
- S c h m ö l d e r s , Günter: Probleme der sogenannten Selbstfinanzierung. In: Günter Schmolders und Heinrich Rittershausen: Moderne Investitionsfinanzierung, Essen 1959, S. 4 - 66

c) Aufsätze in Zeitschriften

- B a r i c h , Karl: Das Problem der Eisenpreise.
Stahl und Eisen, 73. Jahrgang 1953, S. 1130 - 1132
- B a y e r , Rudolf: Sonderabschreibungen für Investitionen im Steinkohlenbergbau Höchstsätze, Zeitdauer und sonstige Einzelfragen.
Glückauf, Jahrgang 94 1958, S. 530 - 534
- B i a l i n s k i , K.: Zur neuen Sonderabschreibungsregelung für den Bergbau.
Glückauf, Jahrgang 94 1958, S. 305 - 306
- B r o s c h , Franz: Verschiedene Sonderabschreibungen nebeneinander?
Die Wirtschaftsprüfung, Jahrgang 6 1953, S. 392 - 394
- G r i e g e r , Rudolf: Die Abschreibungsfreiheit nach dem Investitionshilfegesetz Gutachten.
Der Betriebs-Berater, 7. Jahrgang 1952, S. 715 - 716
- G u d e h u s , Herbert: Wert und Unwert überhöhter Abschreibungen.
Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 8. Jahrgang 1956, S. 583 - 593, S. 648 - 653

- H a r t m a n n , Bernhard: Finanzierung und steuerliche Abschreibung. Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 26. Jahrgang 1956, S. 616 - 630
- H a r t m a n n , Bernhard: Die heutige Finanzierungsfunktion der Abschreibung in der Praxis.
Die Wirtschaftsprüfung, Jahrgang 11 1958, S. 85 - 88
- H a x , Karl: Karl Marx und Friedrich Engels über den "Kapazitätserweiterungs-Effekt".
Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Neue Folge 10. Jahrgang 1958, S. 222 - 226
- H a x , Karl: Die Bedeutung der betrieblichen Abschreibungs- und Investitionspolitik für das wirtschaftliche Wachstum der modernen Industriestaaten.
Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Neue Folge 10. Jahrgang 1958, S. 247 - 257
- H e n d r i k s o n , Kurt H. - D i n t e r , Siegfried: Der Betriebsvergleich als Werkzeug der Unternehmensführung.
Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Neue Folge 11. Jahrgang 1959, S. 289 - 313
- H e n t r i c h , Werner: Änderungen der Vorschriften über die steuerliche Begünstigung von Investitionen des Kohlen- und Erzbergbaus.
Glückauf, Jahrgang 96 1960, S. 1155 - 1157
- H o h m a n n , K.: Die Preisbildung bei öffentlichen Aufträgen.
Die Wirtschaftsprüfung, Jahrgang 6 1953, S. 193 - 198
- K e n n t e m i c h , Robert: Die Behandlung von unverzinslichen Darlehen und Zuschüssen nach § 7c EStG im Jahresabschluß und im Geschäftsbericht der Aktiengesellschaft.
Die Wirtschaftsprüfung, Jahrgang 3 1950, S. 545
- K o s i o l , Erich: Betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte zum Bilanzsteuerrecht. Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 22. Jahrgang 1952, S. 265 - 276, S. 346 - 354
- L ä n g s f e l d , Herbert: Die Sonderabschreibung des § 7b EStG bei Zubauten, Ausbauten oder Umbauten an bestehenden Gebäuden.
Der Betrieb, Jahrgang 8 1955, Beilage Nr. 17 zu Heft 45
- L ä n g s f e l d , Herbert: Einzelfragen zur Steuerbegünstigung von Abwasserbehandlungsanlagen.
Der Betrieb, Jahrgang 10 1957, S. 412 - 413

- L ä n g s f e l d , Herbert: Das Steueränderungsgesetz 1960.
Der Betrieb, Jahrgang 13 1960, S. 852 - 859
- L ä n g s f e l d , Herbert: Die Verordnung zur Änderung
der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung.
Der Betrieb, Jahrgang 15 1962, S. 620 - 622
- L ä n g s f e l d , Herbert: Das Gesetz zur Einschränkung
der erhöhten Absetzung für Wohngebäude nach § 7b EStG.
Der Betrieb, Jahrgang 16 1963, S. 669 - 671
- L a n g e n , Heinz: Die Kapazitätsausweitung durch Reinve-
stition liquider Mittel aus Abschreibungen.
Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung,
Neue Folge 5. Jahrgang 1953, S. 49 - 70
- L e n s k i , E.: Die wichtigsten Bestimmungen der Einkom-
mensteuer-Durchführungsverordnung 1953 und der Einkom-
mensteuer-Richtlinien für 1953.
Der Betrieb, Jahrgang 7 1954, S. 285 - 290
- L e n s k i , E.: Die Kleine Steuerreform.
Der Betrieb, Jahrgang 6 1953, S. 469 - 475
- L e n s k i , E.: Die Steuerreform.
Der Betrieb, Jahrgang 7 1954, S. 1078 - 1085
- L i t t m a n n , Eberhard: Die Abschreibungsfreiheit für
Ersatzbeschaffung.
Der Betrieb, Jahrgang 2 1949, S. 66
- L i t t m a n n , Eberhard: Bewertungsfreiheit für Ersatz-
beschaffung Zur Auslegung des § 7a EStG 1949.
Der Betrieb, Jahrgang 2 1949, S. 317
- L i t t m a n n , Eberhard: Bewertungsfreiheit für Ersatz-
beschaffung Neuer VfF-Erlaß zu § 7a EStG behebt
Zweifelsfragen.
Der Betrieb, Jahrgang 2 1949, S. 463
- L ö h l e i n , Peter: Das Gesetz zur Einschränkung des
§ 7b des Einkommensteuergesetzes.
Der Betriebs-Berater, 18. Jahrgang 1963, S. 724 - 726
- L o h m a n n , Martin: Abschreibungen, was sie sind und
was sie nicht sind.
Der Wirtschaftsprüfer, 2. Jahrgang 1949, S. 353 - 357
- L ü c k e , Wolfgang: Die außerbetriebliche Normierung der
Abschreibungen.
Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung,
Neue Folge 11. Jahrgang 1959, S. 313 - 328

- M e u s c h e l , Hans: Die kleine Steuerreform 1953.
Der Betriebs-Berater, 8. Jahrgang 1953, S. 477 - 483
- M ö n t e r , W. - L ä n g s f e l d , Herbert: Die Zweite
Verordnung zur Änderung der Einkommensteuer-Durchfüh-
rungsverordnung.
Der Betrieb, Jahrgang 11 1958, S. 172 - 180
- M ü l l e r , Erhard: Zur Besteuerung der freien Berufe,
der Handwerker und Kleingewerbetreibenden.
Die Wirtschaftsprüfung, Jahrgang 3 1950, S. 273 - 276
- N e u b e r t , Helmut: Anlagenfinanzierung durch Abschrei-
bungen.
Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung,
Neue Folge 3. Jahrgang 1951, S. 367 - 383, S. 415 - 423
- O e h m i c h e n , Hermann: Vorteile und Nachteile der
Steuervergünstigung des § 7c EStG in bisheriger und
zukünftiger Fassung.
Der Betrieb, Jahrgang 7 1954, S. 1053 - 1054
- P l u m , Gustav: Zur Bilanzentwicklung der westdeutschen
Aktiengesellschaften für 1953.
Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 25. Jahrgang 1955,
S. 158 - 174
- P l u m , Gustav: Die Bilanzentwicklung der westdeutschen
Aktiengesellschaften 1954. Zeitschrift für Betriebs-
wirtschaft, 26. Jahrgang 1956, S. 290 - 308
- P l u m , Gustav: Die Bilanzentwicklung der westdeutschen
Aktiengesellschaften 1955. Zeitschrift für Betriebs-
wirtschaft, 27. Jahrgang 1957, S. 226 - 241
- P l u m , Gustav: Die Bilanzentwicklung der westdeutschen
Aktiengesellschaften 1956. Zeitschrift für Betriebs-
wirtschaft, 28. Jahrgang 1958, S. 320 - 335
- P l u m , Gustav: Die Bilanzentwicklung der westdeutschen
Aktiengesellschaften 1957. Zeitschrift für Betriebs-
wirtschaft, 29. Jahrgang 1959, S. 295 - 311
- P l u m , Gustav: Die Bilanzentwicklung der westdeutschen
Aktiengesellschaften 1959. Zeitschrift für Betriebs-
wirtschaft, 31. Jahrgang 1961, S. 104 - 121
- R i e b e l , Paul: Die Problematik der Normung von Abschrei-
bungen. Der Betrieb, Jahrgang 13 1960, S. 729 - 734
- R i e b e l , Paul: Die Normung von Abschreibungen - eine
Utopie. Der Betrieb, Jahrgang 14 1961, S. 381 - 385

- R u b e r g , Carl: Externe Bilanzänderungsrechnung zur Beurteilung von Mittelbeschaffung und Mittelverwendung in der Unternehmung. Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 30. Jahrgang 1960, S. 470 - 480
- S e i s c h a b , Hans: Die Investitionspolitik der westdeutschen Industrie von 1948 - 1954. Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 26. Jahrgang 1956, S. 65 - 87
- S o h l , Hans-Günther: Zur Erhöhung der deutschen Eisen- und Stahlpreise. Stahl und Eisen, 76. Jahrgang 1956, S. 1523 - 1525
- S c h n e t t l e r , Albert: Substanz- und Werterhaltung in den Betrieben. Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 26. Jahrgang 1956, S. 261 - 268
- S c h u l z , Carl-Ernst: Die Ertragsverhältnisse in der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie. Stahl und Eisen, 76. Jahrgang 1956, S. 1778 - 1780
- S t e u d e l , Hanns: Normierung der Abschreibungen durch die Finanzverwaltung? Der Betriebs-Berater, 8. Jahrgang 1953, S. 5 - 6
- T h e i s , Jakob: Bewertungsfreiheit für Ersatzbeschaffung Neue Erläuterungen durch VfF-Erlaß zu § 7a EStG. Der Betrieb, Jahrgang 2 1949, S. 451
- T h e i s , Jakob: Steuerliche Behandlung der Zuschüsse und Darlehen nach § 7c EStG. Der Betrieb, Jahrgang 4 1951, Beilage zu Nr. 51/52
- T h e i s , Jakob: Zinslose Darlehen zur Förderung des Wohnungsbaues nach § 7c EStG 1955. Der Betrieb, Jahrgang 8 1955, Beilage 18 zu Nr. 48
- T h e i s , Jakob: Einkommensteuerliche Überlegungen am Jahresende 1958. Der Betrieb, Jahrgang 11 1958, S. 1370 - 1371
- T h i e ß , Erich: Die Abschreibungspolitik in der eisen-schaffenden Industrie unter dem Einfluß des Investitionshilfe-Gesetzes. Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Neue Folge 6. Jahrgang 1954, S. 446 - 456
- T h i e ß , Erich: Die betriebswirtschaftliche Problematik der Investitionshilfe. Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 8. Jahrgang 1956, S. 213 - 226
- T r ü l t z s c h , Rudolf: Abschreibungen und Abschreibungs politik. Neue Betriebswirtschaft 1953, S. 62 - 64

- van der V e l d e : Die Abschreibungsfreiheit nach dem IHG.
Der Betrieb, Jahrgang 5 1952, S. 276 - 278
- van der V e l d e : Zur Auslegung des § 36 des Investitions-
hilfegesetzes. Der Betrieb, Jahrgang 7 1954, S. 420-422
- V o s s , Harald: Abschreibungs-Politik und -Methoden.
Der Volkswirt, 7. Jahrgang 1953, Nr. 47, S. 13 - 15
- W e b e r , Arnold E.: Grundlagen der laufenden Finanz-
planung im mittleren Industriebetrieb.
Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung,
Neue Folge 7. Jahrgang 1955, S. 272 - 277
- W e i l b a c h , Erich: Sind Wertberichtigungen auf das
Anlagevermögen nur Berichtigungsposten?
Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis,
9. Jahrgang 1957, S. 719 - 725
- W e p n e r , Günter: Die Grundsätze der Bilanzklarheit und
der Bilanzwahrheit im Zusammenhang mit der Behandlung
der IHG-Sonderabschreibungen in den Jahresabschlüssen.
Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis,
9. Jahrgang 1957, S. 99 - 110
- Zuschüsse und unverzinsliche Darlehen zur Förderung des
Schiffsbaues. Der Betrieb, Jahrgang 4 1951, S. 181
- Zuwendungen nach § 7c EStG aus Kreditmitteln als Fall des
§ 6 StAnpG. Der Betrieb, Jahrgang 4 1951, S. 416
- Änderung der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung 1950.
Der Betrieb, Jahrgang 4 1951, S. 988
- Nachweis der Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der
Abschreibungsfreiheit des § 36 IHG
Der Betrieb, Jahrgang 7 1954, S. 118 - 119
- Zweifelsfragen zur Abschreibungsfreiheit nach § 36 IHG.
Der Betrieb, Jahrgang 8 1955, S. 203 - 204
- Herstellungsbeginn und Bestelltermin bei Abschreibungen nach
§ 36 IHG. Der Betrieb, Jahrgang 8 1955, S. 395
- Steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Zonenrandgebiete.
Der Betrieb, Jahrgang 8 1955, S. 980
- Anwendung des § 36 IHG bei Organgesellschaften.
Der Betrieb, Jahrgang 9 1956, S. 171
- Umfang der Sonderabschreibungen nach § 36 bei Anzahlungen
und Teilerstellungskosten.
Der Betrieb, Jahrgang 9 1956, S. 243

Zur Bewertungsfreiheit für Abwässer-Anlagen.

Der Betrieb, Jahrgang 9 1956, S. 559

Sonderabschreibungen auf Teilerstellungskosten und Anzahlungen für Betriebe im Zonenrandgebiet.

Der Betrieb, Jahrgang 10 1957, S. 389

Nachholung zu geringer Absetzungen bei Inanspruchnahme des § 36 IHG. Der Betrieb, Jahrgang 12 1959, S. 123

Weitere Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft von Berlin (West). Der Betrieb, Jahrgang 12 1959, S. 330 - 331

Einzelfragen zu § 14 des Berlinhilfegesetzes.

Der Betrieb, Jahrgang 13 1960, S. 131 - 132

Weitere Einzelfragen zu § 14 des Berlinhilfegesetzes.

Der Betrieb, Jahrgang 13 1960, S. 276

Bewertungsfreiheit nach § 79 EStDV für Anlagen zur Kühlung von Abwasser im Kreislaufverfahren.

Der Betrieb, Jahrgang 13 1960, S. 1197

Verlängerung der steuerlichen Erleichterungen für das Zonenrandgebiet. Der Betrieb, Jahrgang 14 1961, S. 1045

Erleichterungen für das Zonenrandgebiet: Verlängerung des Begünstigungszeitraums.

Der Betrieb, Jahrgang 14 1961, S. 1178

Kreditaufnahme zur Förderung des Wohnungsbaus unschädlich.

Der Betriebs-Berater, 6. Jahrgang 1951, S. 691

Förderungsprogramm für das Zonengrenzgebiet.

Der Betriebs-Berater, 8. Jahrgang 1953, S. 966

Sonderabschreibungen nach § 131 der Abgabenordnung zur Durchführung von Investitionsvorhaben.

Der Betriebs-Berater, 9. Jahrgang 1954, S. 337 - 338

Erhöhte Absetzungen bei Wohngebäuden, die mit 7c-Zuschüssen errichtet sind.

Der Betriebs-Berater, 10. Jahrgang 1955, S. 628

Durchführung von Investitionen bei Abschreibungen nach § 36 des IHG durch Organgesellschaften.

Der Betriebs-Berater, 11. Jahrgang 1956, S. 397

Grenzlandsonderabschreibungen neben den Vergünstigungen der §§ 7a oder 7e des Einkommensteuergesetzes.

Der Betriebs-Berater, 12. Jahrgang 1957, S. 139

Abschreibungsvergünstigungen durch das Berlinhilfegesetz.

Der Betriebs-Berater, 15. Jahrgang 1960, S. 547 - 548

Steuerliche Erleichterungen für das Zonenrandgebiet.
Der Betriebs-Berater, 17. Jahrgang 1962, S. 284

Gesetz zur Einschränkung der erhöhten Absetzungen für Ab-
nutzung bei Wohngebäuden.
Der Betriebs-Berater, 18. Jahrgang 1963, S. 633 - 634

Bewertungsfreiheit für Anlagen zur Verhinderung, Beseitigung
und Verringerung von Schädigungen durch Abwässer.
Die Wirtschaftsprüfung, Jahrgang 9 1956, S. 312 - 313

Steuerliche Vergünstigungen für die Wirtschaft von Berlin
(West). Die Wirtschaftsprüfung, Jahrgang 12 1959, S. 366

Die mißverstandene Abschreibung. Zeitschrift für das gesamte
Kreditwesen, 13. Jahrgang 1960, S. 315

Dortmund-Hörde läßt Dividende ausfallen.
Der Tagesspiegel Nr. 5499 vom 11. Oktober 1963

Novelle zum Berlin-Hilfe-Gesetz.
Der Tagesspiegel Nr. 5528 vom 14. November 1963

d) Dissertationen und Diplomarbeiten

L a n g e n , Heinz: Die Kapazitätsausweitung durch Reinvestition liquider Mittel aus Abschreibungen,
Dissertation Freie Universität Berlin, 1952

S c h u l t z e , Klaus: Abschreibungen gem. § 36 IHG
Ihre Stellung in den Jahresabschlüssen, ihr Finanzierungs- und Kapazitätseffekt,
Diplomarbeit Freie Universität Berlin, 1961

e) Sonstiges

Verordnung über Steuererleichterungen zur Förderung der eingegliederten Ostgebiete (Ost-Steuerhilfe-Verordnung-OStV-) Vom 9. Dezember 1940.
Reichsgesetzblatt I 1940, S. 1565

Zweite Ost-Steuerhilfe-Verordnung (Zweite OStV)
Vom 20. Februar 1941,
Reichsgesetzblatt I 1941, S. 109

Gesetz Nr. 64 Vom 20. Juni 1948, Beilage Nr. 4 zum Gesetz- und Verordnungsblatt des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes I 1948

- Zweites Gesetz zur vorläufigen Neuordnung von Steuern.
Vom 20. April 1949, Gesetzblatt der Verwaltung des
Vereinigten Wirtschaftsgebietes I 1949, S. 69
- Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des
Körperschaftsteuergesetzes. Vom 29. April 1950
Bundesgesetzblatt I 1950, S. 95
- Zweite Verordnung zur Änderung der Einkommensteuer-Durch-
führungsverordnung. Vom 9. Dezember 1950
Bundesgesetzblatt I 1950, S. 781
- Einkommensteuer-Durchführungsverordnung in der Fassung
vom 28. Dezember 1950 (EStDV 1950).
Bundesgesetzblatt I 1951, S. 22
- Gesetz zur Änderung und Vereinfachung des Einkommensteuer-
gesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes (ESt- und
KSt-Änderungsgesetz 1951) Vom 27. Juni 1951
Bundesgesetzblatt I 1951, S. 411
- Verordnung zur Änderung einkommensteuerlicher Durchführungs-
vorschriften. Vom 10. Dezember 1951
Bundesgesetzblatt I 1951, S. 943
- Gesetz über die Investitionshilfe der gewerblichen
Wirtschaft. Vom 7. Januar 1952
Bundesgesetzblatt I 1952, S. 7
- Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die
Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft
(Zweite IHDV). Vom 23. August 1952
Bundesgesetzblatt I 1952, S. 587
- Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Einkommensteuer-
gesetzes. Vom 19. Mai 1953
Bundesgesetzblatt I 1953, S. 222
- Gesetz zur Änderung steuerlicher Vorschriften und zur Siche-
rung der Haushaltsführung. Vom 24. Juni 1953
Bundesgesetzblatt I 1953, S. 413
- Gesetz zur Neuordnung von Steuern. Vom 16. Dezember 1954
Bundesgesetzblatt I 1954, S. 373
- Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Investi-
tionshilfe der gewerblichen Wirtschaft. Vom 19. Dezember
1954, Bundesgesetzblatt I 1954, S. 437
- Zweites Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes.
Vom 11. August 1955, Bundesgesetzblatt I 1955, S. 505
- Verordnung zur Änderung der Einkommensteuer-Durchführungs-
verordnung. Vom 14. März 1956
Bundesgesetzblatt I 1956, S. 107

Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes. Vom 5. Oktober 1956
Bundesgesetzblatt I 1956, S. 781

Gesetz zur Änderung steuerrechtlicher Vorschriften.
Vom 26. Juli 1957, Bundesgesetzblatt I 1957, S. 848

Einkommensteuergesetz in der Fassung vom 13. November 1957
(EStG 1957). Bundesgesetzblatt I 1957, S. 1793

Zweite Verordnung zur Änderung der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung. Vom 7. Februar 1958
Bundesgesetzblatt I 1958, S. 70

Gesetz zur Änderung steuerlicher Vorschriften auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Ertrag und des Verfahrensrechts. Vom 18. Juli 1958
Bundesgesetzblatt I 1958, S. 473

Fünftes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft von Berlin (West). Vom 25. März 1959,
Bundesgesetzblatt I 1959, S. 160

Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, des Körperschaftsteuergesetzes, des Gewerbesteuergesetzes und des Wohnungsbau-Prämiengesetzes (Steueränderungsgesetz 1960)
Vom 30. Juli 1960, Bundesgesetzblatt I 1960, S. 616

Verordnung zur Änderung der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung. Vom 6. April 1961
Bundesgesetzblatt I 1961, S. 373

Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, des Körperschaftsteuergesetzes, des Gewerbesteuergesetzes, des Bewertungsgesetzes, des Vermögensteuergesetzes, des Steuersäumnisgesetzes, der Reichsabgabenordnung, des Steueranpassungsgesetzes, des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft von Berlin (West) und anderer Gesetze (Steueränderungsgesetz 1961). Vom 13. Juli 1961
Bundesgesetzblatt I 1961, S. 981

Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft von Berlin (West) und des Steuererleichterungsgesetzes für Berlin (West). Vom 26. Juli 1962
Bundesgesetzblatt I 1962, S. 481

Gesetz zur Förderung der Wirtschaft von Berlin (West) in der Fassung vom 26. Juli 1962 (BHG 1962),
Bundesgesetzblatt I 1962, S. 493

Gesetz zur Einschränkung des § 7b des Einkommensteuergesetzes
Vom 16. Mai 1963, Bundesgesetzblatt I 1963, S. 319

Geschäftsberichte

Dortmund-Hörder Hüttenunion AG	1951/52 - 1961/62
Gußstahlwerk Witten AG	1951/52 - 1961/62
Hüttenwerke Phoenix AG	1951/52 - 1953/54
Rheinische Röhrenwerke AG	1951/52 - 1953/54
Phoenix-Rheinrohr AG	1954/55 - 1961/62
August Thyssen-Hütte AG	1952/53 - 1961/62
Nordwestdeutscher Hütten- und Bergwerksverein AG	1951/52 - 1952/53
Klöckner-Werke AG	1953/54 - 1962/63
Rheinische Strohzellstoff AG	1948/49 - 1962

A N H A N G

Ermittlung der Ertragbesteuerung

a) für einbehaltene Gewinne:

$$e_{st} = \frac{100 (k_2 + g_e)}{100 + g_e}$$

b) für berücksichtigungsfähige Ausschüttungen:

$$b_e = \frac{100 + k_1 - k_2}{100 - k_2} \cdot \frac{100 + g_e}{100}$$

es bedeuten:

e_{st} = Ertragsteuerbelastung für einbehaltene Gewinne

k_2 = KSt für einbehaltene Gewinne einschließlich NOB

k_1 = KSt für berücksichtigungsfähige Ausschüttungen einschließlich NOB

g_e = Gewerbeertragsteuer

b_e = ertragsabhängiges steuerliches Bruttoergebnis

Die Formel zu a) ergibt direkt die Ertragbesteuerung; die Formel zu b) ergibt Multiplikatoren, aus denen erst nach der Formel

$$b_{st} = \frac{b_e - 1}{b_e} 100$$

der Steuerprozentsatz zu ermitteln ist.

Berechnung der von der Gußstahlwerk Witten AG in den Geschäftsjahren ab 1955/56 vorgenommenen Wertberichtigungen gem. § 7c EStG bzw. der Abzinsungsbeträge auf zinslose Darlehen für den Wohnungsbau.

Im Geschäftsjahr 1955/56 ist der Posten Wertberichtigung gem. § 7c EStG im Gegensatz zu den vorigen Jahren nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Der in der Tabelle angegebene Betrag wurde wie folgt errechnet:

In den Geschäftsbericht 1957/58 sind die Rückflüsse mit TDM 113 angegeben, denen eine Minderung der Wertberichtigung um TDM 67 = 59,2% der Rückflüsse gegenübersteht, woraus sich ergibt, daß das Unternehmen nur die ertragsteuerliche Belastung der Rückflüsse der Wertberichtigung entnimmt und den versteuerten Teil als Rücklage stehen läßt.

Für 1955/56 beträgt die Wertberichtigungs-minderung

Wertberichtigung lt. Bilanz 1954/55	TDM 3.338	
./. " " 1955/56	<u>TDM 3.268</u>	
=	<u>TDM 70</u>	= 59,2%
(gleichhohe Besteuerung unterstellt)	TDM 118	= 100%

Darlehen für den Wohnungsbau lt. Bilanz 1954/55	TDM 3.567	
./. errechnete Rückflüsse	TDM 118	
+ Darlehensgewährung in 1955/56 (lt. Geschäftsbericht)	<u>TDM 329</u>	
	<u>TDM 3.778</u>	
./. Darlehen f.d. Wohnungsbau lt. Bilanz 55/56	<u>TDM 3.579</u>	
= Wertberichtigung gem. § 7c EStG bzw. Abzinsungsbetrag.	<u>TDM 199</u>	<u>=====</u>

Die Wertberichtigungs- bzw. Abzinsungsbeträge der übrigen Geschäftsjahre wurden entsprechend errechnet.

Tabelle 1

Entwicklung der Total- und Periodenkapazität einer Anlage, Anschaffungswert 100.000 WE = FE, Nutzungsdauer 5 Perioden, bei einmaliger Vornahme einer Sonderabschreibung in Höhe von 50% des Anschaffungswertes neben der Kapazitätsverzehrproportionalen (linearen) Abschreibung von 20% bzw. Restabschreibung von 10%, anschließend linearen Abschreibungsverfahren und jeweiliger Reinvestition der liquiden Abschreibungsgegenwerte.

Periode	Totalkapazität am Periodenbeginn	Kapazitäts- verzehr = perioden- kapazität	Totalkapazität am Periodenende	Kapazitätszu- wachs nach Reinvestition am folgenden Periodenbeginn
1	100.000	20.000	80.000	70.000
2	150.000	34.000	116.000	34.000
3	150.000	40.800	109.200	30.800
4	140.000	46.960	93.040	26.960
5	120.000	52.352	67.648	32.352
6	100.000	38.822	61.178	38.822
7		32.587	67.413	32.587
8		32.304	67.696	32.304
9		32.805	67.395	32.805
10		33.734	66.266	33.734
11	100.000	34.011	65.989	34.011
12		33.048	66.952	33.048
13		33.141	66.859	33.141
14		33.308	66.692	33.308
15		33.449	66.551	33.449
16	100.000	33.392	66.608	33.392
17		33.268	66.732	33.268
18		33.312	66.688	33.312
19		33.346	66.654	33.346
20		33.353	66.647	33.353
21	100.000	33.334	66.666	33.334
22		33.323	66.677	33.323
23		33.334	66.666	33.334
24		33.338	66.662	33.338
25		33.337	66.663	33.337
26	100.000	33.333	66.667	33.333
27		33.332	66.668	33.332
28		33.333	66.667	33.333
29		33.334	66.666	33.334
30		33.333	66.667	33.333

Tabelle 2

Entwicklung der Total- und Periodenkapazität einer Anlage, Anschaffungswert 100.000 WE = PE, Nutzungsdauer 5 Perioden, bei zweimaliger Vornahme einer Sonderabschreibung in Höhe von 50% des jeweiligen Anschaffungswertes neben der kapazitätsverzehrproportionalen (linearen) Abschreibung von 20% bzw. Restabschreibung von 10%, anschließendem linearem Abschreibungsverfahren und jeweiliger Reinvestition der liquiden Abschreibungsgegenwerte.

Periode	Totalkapazität am Periodenbeginn	Kapazitäts- verzehr = Perioden- kapazität	Totalkapazität am Periodenende	Kapazitätszu- wachs nach Reinvestition am folgenden Periodenbeginn
1	100.000	20.000	80.000	70.000
2	150.000	34.000	116.000	69.000
3	185.000	47.800	137.200	37.800
4	175.000	55.360	119.640	28.360
5	148.000	61.032	86.968	27.032
6	114.000	46.438	67.562	32.438
7	100.000	38.926	61.074	38.926
8		32.911	67.089	32.911
9		31.933	68.067	31.933
10		32.648	67.352	32.648
11	100.000	33.772	66.228	33.772
12		34.038	65.962	34.038
13		33.061	66.939	33.061
14		33.091	66.909	33.091
15		33.322	66.678	33.322
16	100.000	33.457	66.543	33.457
17		33.394	66.606	33.394
18		33.265	66.735	33.265
19		33.306	66.694	33.306
20		33.349	66.651	33.349
21	100.000	33.354	66.646	33.354
22		33.334	66.666	33.334
23		33.322	66.678	33.322
24		33.333	66.667	33.333
25		33.338	66.662	33.338
26	100.000	33.336	66.664	33.336
27		33.332	66.668	33.332
28		33.331	66.669	33.331
29		33.333	66.667	33.333
30		33.334	66.666	33.334

Tabelle 3

Entwicklung der Total- und Periodenkapazität einer Anlage, Anschaffungswert 100.000 WE = PE, Nutzungsdauer 5 Perioden, bei dreimaliger Vornehme einer Sonderabschreibung in Höhe von 50% des jeweiligen Anschaffungswertes neben der kapazitätsverzehrproportionalen (linearen) Abschreibung von 20% bzw. Restabschreibung von 10%, anschließendem linearen Abschreibungsverfahren und jeweiliger Reinvestition der liquiden Abschreibungsgegenwerte.

Periode	Totalkapazität am Periodenbeginn	Kapazitäts- verzehr = Perioden- kapazität	Totalkapazität am Periodenende	Kapazitätszu- wachs nach Reinvestition am folgenden Periodenbeginn
1	100.000	20.000	80.000	70.000
2	150.000	34.000	116.000	69.000
3	185.000	47.800	137.200	72.300
4	209.500	62.260	147.240	35.260
5	182.500	69.312	113.188	28.412
6	141.600	54.994	86.606	27.194
7	113.800	46.433	67.367	32.633
8	100.000	39.160	60.840	39.160
9		32.532	67.468	32.532
10		31.986	68.014	31.986
11	100.000	32.701	67.299	32.701
12		33.802	66.198	33.802
13		34.036	65.964	34.036
14		33.011	66.989	33.011
15		33.107	66.893	33.107
16	100.000	33.331	66.669	33.331
17		33.457	66.543	33.457
18		33.368	66.612	33.368
19		33.259	66.741	33.259
20		33.309	66.691	33.309
21	100.000	33.350	66.650	33.350
22		33.354	66.646	33.354
23		33.333	66.667	33.333
24		33.322	66.678	33.322
25		33.334	66.666	33.334
26	100.000	33.338	66.662	33.338
27		33.336	66.664	33.336
28		33.332	66.668	33.332
29		33.331	66.669	33.331
30		33.333	66.667	33.333

Tabelle 4

Entwicklung der Total- und Periodenkapazität einer Anlage, Anschaffungswert 100.000 WE = PE, Nutzungsdauer 5 Perioden, bei viermaliger Vornahme einer Sonderabschreibung in Höhe von 50% des jeweiligen Anschaffungswertes neben der kapazitätsverzehrproportionalen (linearen) Abschreibung von 20% bzw. Restabschreibung von 10%, anschließend linearen Abschreibungsverfahren und jeweiliger Reinvestition der liquiden Abschreibungsgegenwerte.

Periode	Totalkapazität am Periodenbeginn	Kapazitäts- verzehr = Perioden- kapazität	Totalkapazität am Periodenende	Kapazitätsszu- wachs nach Reinvestition am folgenden Periodenbeginn
1	100.000	20.000	80.000	70.000
2	150.000	34.000	116.000	69.000
3	185.000	47.800	137.200	72.300
4	209.500	62.260	147.240	71.410
5	218.650	76.542	142.108	35.642
6	177.750	63.670	114.080	28.640
7	142.720	55.398	87.322	27.138
8	114.460	47.026	67.434	32.566
9	100.000	39.079	60.921	39.079
10		32.613	67.387	32.613
11	100.000	32.008	67.992	32.008
12		32.681	67.319	32.681
13		33.789	66.211	33.789
14		34.034	65.966	34.034
15		33.025	66.975	33.025
16	100.000	33.107	66.893	33.107
17		33.327	66.673	33.327
18		33.457	66.543	33.457
19		33.390	66.610	33.390
20		33.261	66.739	33.261
21	100.000	33.308	66.692	33.308
22		33.349	66.651	33.349
23		33.353	66.647	33.353
24		33.332	66.668	33.332
25		33.320	66.680	33.320
26	100.000	33.332	66.668	33.332
27		33.337	66.663	33.337
28		33.334	66.666	33.334
29		33.331	66.669	33.331
30		33.333	66.667	33.333

Tabelle 5

Entwicklung der Total- und Periodenkapazität einer Anlage, Anschaffungswert 100.000 WE = PE, Nutzungsdauer 5 Perioden, bei fünffacher Vornahme einer Sonderabschreibung in Höhe von 50% des jeweiligen Anschaffungswertes neben der kapazitätsverzehrproportionalen (linearen) Abschreibung von 20% bzw. Restabschreibung von 10%, anschließendem linearen Abschreibungsverfahren und jeweiliger Reinvestition der liquiden Abschreibungsgegenwerte.

Periode	Totalkapazität am Periodenbeginn	Kapazitäts- verzehr = Perioden- kapazität	Totalkapazität am Periodenende	Kapazitätszu- wachs nach Reinvestition am folgenden Periodenbeginn
1	100.000	20.000	80.000	70.000
2	150.000	34.000	116.000	69.000
3	185.000	47.800	137.200	72.300
4	209.500	62.260	147.240	71.410
5	218.650	70.542	142.108	71.347
6	213.455	70.811	142.644	35.781
7	178.425	68.907	114.458	28.566
8	143.024	69.880	87.144	27.138
9	114.282	46.848	67.434	32.566
10	100.000	59.079	80.921	39.079
11	100.000	32.626	67.374	32.626
12		31.983	66.313	31.985
13		32.073	67.321	32.679
14		33.787	66.213	33.787
15		34.032	65.968	34.032
16	100.000	33.022	66.978	33.022
17		33.102	66.898	33.102
18		33.323	66.675	33.325
19		33.434	66.546	33.454
20		33.367	66.613	33.387
21	100.000	33.258	66.742	33.258
22		33.305	66.695	33.305
23		33.346	66.654	33.346
24		33.320	66.630	33.350
25		33.329	66.671	33.323
26	100.000	33.318	66.682	33.318
27		33.330	66.670	33.320
28		33.333	66.663	33.333
29		33.333	66.667	33.333
30		33.330	66.670	33.330

Tabelle 6

Entwicklung der Total- und Periodenkapazität einer Anlage, Anschaffungswert 100.000 WE = 1k€, Nutzungsdauer 5 Perioden, bei kapazitätsverzehrproportionaler Abschreibung von 20% und jeweiliger Reinvestition der liquiden Abschreibungsgegenwerte.

Periode	Totalkapazität am Periodenbeginn	Kapazitätsverzehr = Periodenkapazität = Kapazitätsszuwachs nach Reinvestition am fol- genden Periodenbeginn	Totalkapazität am Periodenende
1	100.000	20.000	80.000
2		24.000	76.000
3		28.800	71.200
4		34.560	65.440
5		41.472	58.528
6	100.000	29.786	70.234
7		31.719	68.281
8		33.203	66.737
9		34.156	65.844
10		34.072	65.925
11	100.000	32.996	67.404
12		33.162	66.838
13		33.421	66.549
14		33.486	66.512
15		33.394	66.646
16	100.000	33.210	66.790
17		33.333	66.667
18		33.367	66.633
19		33.350	66.650
20		33.323	66.677
21	100.000	33.317	66.683
22		33.338	66.662
23		33.339	66.661
24		33.334	66.666
25		33.331	66.669
26	100.000	33.332	66.668
27		33.335	66.665
28		33.334	66.666
29		33.333	66.667
30		33.332	66.668

Tabelle 7

Entwicklung der Total- und Periodenkapazität einer Anlage, Anschaffungswert 100.000 WE = PE, Nutzungsdauer 10 Perioden, bei fünfmaliger Vornahme einer Sonderabschreibung in Höhe von 50% des jeweiligen Anschaffungswertes neben der kapazitätsverzehrproportionalen (linearen) Abschreibung von 10%, anschließend linearen Abschreibungsverfahren und jeweiliger Reinvestition der liquiden Abschreibungsgegenwerte.

Tabelle 8

Entwicklung der Total- und Periodenkapazität einer Anlage, Anschaffungswert 100.000 WE = PE, Nutzungsdauer 10 Perioden, bei kapazitätsverzehrproportionaler Abschreibung von 10% und jeweiliger Reinvestition der liquiden Abschreibungsgegenwerte.

Tabelle 9

Entwicklung der Total- und Periodenkapazität einer Anlage, Anschaffungswert 100.000 WE = PE, Nutzungsdauer 10 Perioden, bei fünfmaliger Vornahme einer Sonderabschreibung in Höhe von 50% des jeweiligen Anschaffungswertes neben der kapazitätsverzehrproportionalen Abschreibung von 10%, anschließend geometrisch-degressiven Abschreibungsverfahren in Form einer jeweiligen Abschreibung in Höhe von 25% auf den Restbuchwert und jeweiliger Reinvestition der liquiden Abschreibungsgegenwerte bei weiterhin linearem Kapazitätsverzehr.

Tabelle 10

Entwicklung der Total- und Periodenkapazität einer Anlage, Anschaffungswert 100.000 WE = PE, Nutzungsdauer 10 Perioden, bei Anwendung eines geometrisch-degressiven Abschreibungsverfahrens in Form einer jeweiligen Abschreibung in Höhe von 25% auf den Restbuchwert und jeweiliger Reinvestition der liquiden Abschreibungsgegenwerte bei linearem -der Zeit proportionalen- Kapazitätsverzehr.

Tabelle 7

Periode	Totalkapazität am Periodenbeginn	Kapazitäts- verzehr = Perioden- kapazität	Totalkapazität am Periodenende	Kapazitätszu- wachs nach Reinvestition am folgenden Periodenbeginn
1	100.000	10.000	90.000	60.000
2	150.000	16.000	134.000	46.000
3	180.000	20.600	159.400	43.600
4	203.000	24.960	178.040	46.760
5	224.800	29.636	195.164	53.016
6	248.180	34.937	213.243	24.937
7	238.180	37.431	200.749	21.431
8	222.180	39.574	182.606	18.974
9	201.580	41.471	160.109	16.511
10	176.620	43.122	133.498	13.486
11	146.984	34.471	112.513	14.835
12	127.348	29.954	97.394	16.318
13	113.712	26.986	86.726	17.950
14	104.676	24.421	80.255	19.745
15	100.000	21.720	78.280	21.720
16	100.000	18.591	81.409	18.591
17		17.956	82.044	17.956
18		17.609	82.391	17.609
19		17.473	82.527	17.473
20		17.569	82.431	17.569
21	100.000	17.977	82.023	17.977
22		18.292	81.708	18.292
23		18.489	81.511	18.489
24		18.543	81.457	18.543
25		18.422	81.578	18.422
26	100.000	18.092	81.908	18.092
27		18.042	81.958	18.042
28		18.050	81.950	18.050
29		18.094	81.906	18.094
30		18.156	81.844	18.156
31	100.000	18.215	81.785	18.215
32		18.238	81.762	18.238
33		18.233	81.767	18.233
34		18.207	81.793	18.207
35		18.174	81.826	18.174
36	100.000	18.149	81.851	18.149
37		18.155	81.845	18.155
38		18.166	81.834	18.166
39		18.178	81.822	18.178
40		18.187	81.813	18.187
41	100.000	18.190	81.810	18.190
42		18.188	81.812	18.188
43		18.183	81.817	18.183
44		18.178	81.822	18.178
45		18.175	81.825	18.175
50	100.000	18.182	81.818	18.182

Tabelle 8

Periode	Totalkapazität am Periodenbeginn	Kapazitätsverzehr = Periodenkapazität = Kapazitätsszuwachs nach Reinvestition am fol- genden Periodenbeginn	Totalkapazität am Periodenende
1	100.000	10.000	90.000
2		11.000	89.000
3		12.100	87.900
4		13.310	86.690
5		14.641	85.359
6	100.000	16.105	83.895
7		17.716	82.284
8		19.488	80.512
9		21.437	78.563
10		23.580	76.420
11	100.000	15.938	84.062
12		16.532	83.468
13		17.085	82.915
14		17.584	82.416
15		18.011	81.989
16	100.000	18.348	81.652
17		18.572	81.428
18		18.657	81.343
19		18.573	81.427
20		18.287	81.713
21	100.000	18.758	81.242
22		17.940	82.060
23		18.081	81.919
24		18.180	81.820
25		18.240	81.760
26	100.000	18.263	81.737
27		18.255	81.745
28		18.224	81.776
29		18.180	81.820
30		18.141	81.859
31	100.000	18.126	81.874
32		18.163	81.837
33		18.185	81.815
34		18.196	81.804
35		18.197	81.803
36	100.000	18.193	81.807
37		18.186	81.814
38		18.179	81.821
39		18.175	81.825
40		18.175	81.825
41	100.000	18.178	81.822
42		18.183	81.817
43		18.185	81.815
44		18.185	81.815
45		18.185	81.815
50	100.000	18.181	81.819

Tabelle 9

Periode	Totalkapazität am Periodenbeginn	Kapazitäts- verzehr = Perioden- kapazität	Totalkapazität am Periodenende	Kapazitätszu- wachs nach Reinvestition am folgenden Periodenbeginn
1	100.000	10.000	90.000	60.000
2	150.000	16.000	134.000	46.000
3	180.000	20.600	159.400	43.600
4	203.000	24.960	178.040	46.760
5	224.800	29.636	195.164	53.016
6	248.180	34.938	213.242	32.890
7	246.132	38.227	207.905	31.798
8	239.703	41.407	198.296	30.607
9	228.903	44.467	184.436	28.507
10	212.943	47.318	165.625	25.000
11	190.625	39.818	150.807	25.000
12	175.807	36.318	139.489	25.000
13	164.489	34.216	130.271	25.000
14	155.271	32.358	122.913	25.000
15	147.913	30.182	117.731	27.986
16	145.717	27.678	118.039	26.851
17	144.890	27.074	117.816	26.788
18	144.604	26.573	118.031	26.721
19	144.752	26.185	118.567	26.605
20	145.172	25.995	119.177	26.406
21	145.583	26.135	119.448	26.407
22	145.855	26.276	119.579	26.407
23	145.986	26.417	119.569	26.407
24	145.976	26.558	119.418	26.407
25	145.825	26.698	119.127	26.575
26	145.702	26.558	119.144	26.511
27	145.655	26.524	119.131	26.509
28	145.640	26.496	119.144	26.504
29	145.648	26.474	119.174	26.498
30	145.672	26.463	119.209	26.487
31	145.696	26.472	119.224	26.486
32	145.710	26.480	119.230	26.485
33	145.715	26.487	119.228	26.488
34	145.716	26.495	119.221	26.488
35	145.709	26.504	119.205	26.497
36	145.702	26.496	119.206	26.495
37	145.701	26.494	119.207	26.494
38	145.701	26.492	119.209	26.493
39	145.702	26.491	119.211	26.493
40	145.704	26.491	119.213	26.490
41	145.703	26.491	119.212	26.490
42	145.702	26.491	119.211	26.491
43	145.702	26.492	119.210	26.491
44	145.701	26.492	119.209	26.491
45	145.700	26.492	119.208	26.493
50	145.701	26.490	119.211	26.492

Tabelle 10

Periode	Totalkapazität am Periodenbeginn	Kapazitäts- verzehr = Perioden- kapazität	Totalkapazität am Periodenende	Kapazitätszu- wachs nach Reinvestition am folgenden Periodenbeginn
1	100.000	10.000	90.000	25.000
2	115.000	12.500	102.500	25.000
3	127.500	15.000	112.500	25.000
4	137.500	17.500	120.000	25.000
5	145.000	20.000	125.000	25.000
6	150.000	22.500	127.500	25.000
7	152.500	25.000	127.500	25.000
8	152.500	27.500	125.000	25.000
9	150.000	30.000	120.000	25.000
10	145.000	32.500	112.500	30.631
11	143.131	25.563	117.568	26.408
12	143.976	25.704	118.272	26.408
13	144.680	25.845	118.835	26.408
14	145.243	25.986	119.257	26.408
15	145.665	26.126	119.539	26.408
16	145.947	26.267	119.680	26.408
17	146.088	26.408	119.680	26.408
18	146.088	26.549	119.539	26.408
19	145.947	26.690	119.257	26.408
20	145.665	26.831	118.834	26.725
21	145.559	26.440	119.119	26.487
22	145.606	26.448	119.158	26.487
23	145.645	26.456	119.189	26.487
24	145.676	26.463	119.213	26.487
25	145.700	26.472	119.228	26.487
26	145.715	26.480	119.235	26.487
27	145.722	26.487	119.235	26.487
28	145.722	26.495	119.227	26.487
29	145.716	26.503	119.211	26.487
30	145.698	26.511	119.187	26.504
31	145.691	26.489	119.202	26.491
32	145.693	26.489	119.204	26.492
33	145.696	26.489	119.207	26.492
34	145.699	26.491	119.208	26.491
35	145.699	26.491	119.208	26.492
36	145.700	26.491	119.209	26.492
37	145.701	26.492	119.209	26.491
38	145.700	26.492	119.208	26.493
39	145.701	26.492	119.209	26.492
40	145.701	26.492	119.209	26.492
41	145.701	26.492	119.209	26.492
42	145.701	26.492	119.209	26.492
43	145.701	26.492	119.209	26.492
44	145.701	26.491	119.210	26.493
45	145.703	26.492	119.211	26.492
50	145.702	26.493	119.209	26.493

Lebenslauf

Am 21. Dezember 1933 wurde ich, Klaus Richard Ernst Schultze, als Sohn des kaufmännischen Angestellten Ernst Schultze und seiner Ehefrau Gertrud geb. Nowak in Berlin geboren.

Von 1940 bis 1944 besuchte ich die Volksschule, zunächst in Berlin, ab 1943 in Schwedt/Oder, wohin wir evakuiert wurden; anschließend wechselte ich auf das dortige Realgymnasium über. Nachdem wir im Februar 1945 nach Berlin zurückgekehrt waren, besuchte ich nach Wiederaufnahme der Schultätigkeit die Robert-Blum-Schule in Berlin-Schöneberg, an der ich Anfang 1953 das Abitur ablegte.

In der Zeit vom 1.4.53 bis zum 30.9.55 absolvierte ich eine Lehre bei der Berliner Commerzbank AG, bei der ich nach Beendigung der Lehre bis zum 1.10.56 als kaufmännischer Angestellter tätig war.

Zum Wintersemester 1956/57 immatrikulierte ich mich an der Freien Universität Berlin und studierte ohne Unterbrechung an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät. Die Diplomprüfung für Handelslehrer legte ich im Sommersemester 1961, die Diplomprüfung für Betriebswirte im Wintersemester 1961/62 ab. Zu meinen akademischen Lehrern gehören u.a. die Herren Professoren Behrens, Bellinger, Blankertz, Dörschel, Hirsch, Kosiol, Paulsen und Thieß.

Seit dem 1.11.61 bin ich als Kreditreferent bei der Berliner Industriebank AG tätig.

